E B

NOUVEAU RECUEIL
DE
TRAITÉS

d'Alliance, de Paix, de Trêve, de Neutralité, de Commerce, de Limites, d'Echange etc. et de plusieurs autres actes servant à la connoissance des relations étrangères

des Puissances et Etats

DE L'EUROPE

TANT DANS LEUR RAPPORT MUTUEL
QUE DANS CELUI ENVERS LES PUISSANCES
ET ETATS DANS D'AUTRES PARTIES DU GLOBE

depuis 1808 *jusqu'à présent.*

Tiré des copies publiées par autorité, des meilleurs collections particulières de traités et des auteurs les plus éstimés.

PAR

GEO. FRÉD. DE MARTENS
continué par
FRÉDÉRIC SAALFELD.

TOME VI. PREMIÈRE PARTIE.
1822 — 1823 incl.

À GOTTINGUE,
DANS LA LIBRAIRIE DE DIETERICH.
1828.

JX
142
N67
t.6
pt 1

1.

Déclaration concernant les mesures prises par le grand duché de Bade et le grand duché de Hesse pour réprimer les délits forestiers dans les forêts limitrophes, signée à Carlsruhe le 4 Janvier 1822. 1822

(*Regierungs-Blatt des Grofsherzogthums Baden* Nro. IV. 22. Januar 1822.)

Nachdem die Grofsherzoglich Badische Regierung und die des Grofsherzogthums Hessen sich von der Nothwendigkeit, wirksamere Maasregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen gegenseitig zu treffen, überzeugt haben: so sind dieselben über nachfolgende Punkte mit einander übereingekommen, nämlich:

1. Es verpflichtet sich sowohl die grofsherzoglich Badische, als die Grofsherzoglich Hessische Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verüben möchten, sobald sie davon Kenntnifs erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welche sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

2. Die Forstbeamten des einen Staats haben den amtlichen Protocollen der Forstbeamten, so wie anderer etwa zuständiger Polizei- und Gerichtsbeamten, Glauben beizumessen, mithin die mit genügender Bestimmtheit angezeigten Frevler für schuldig zu erkennen, wenn sie keinen andern vollständigen Gegenbeweis führen.

1822 3. Die Förster (Waldwärter u. s. w.) haben das Recht den Frevler auf Betreten auf dem Gebiete, wo er gefrevelt hat, zu arretiren und ihn an die Local-Polizei-Behörde seines Wohnorts abzugeben oder abgeben zu lassen.

4. Von den beiderseitigen Behörden soll, zur Entdeckung der Frevler, alle mögliche Hülfe geleistet werden; namentlich wird gestattet, dafs die Spur der Forstfrevler durch die Förster (Waldwärter u. s. w.) in das fremde Gebiet verfolgt, und Haussuchungen auf der Stelle ohne vorherige Anfrage bei den Landesbehörden, jedoch nur in Gegenwart und nach der Anordnung des zu diesem Behufe mündlich zu requirirenden Orts-Polizeibeamten (Bürgermeisters, Schultheifsen u. s. w.) vorgenommen werden. Dieser hat die hierbei aufgefundenen, angeblich gefrevelten Gegenstände in sichere Verwahrung bringen zu lassen, übrigens für die Haussuchung keine Belohnung zu empfangen.

5. Bei diesen Haussuchungen mufs der Orts-Polizei-Beamte sogleich ein Protocoll aufnehmen, und eine Ausfertigung desselben dem requirirenden Angeber einhändigen; eine zweite Ausfertigung aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath, Regierungsbeamten u. s. w.) übersenden, bei Vermeidung einer Polizei-Strafe von einem bis fünf Gulden für jeden Ortsvorstand oder Polizei-Beamten, welcher der Requisition nicht Genüge leistete. Auch kann der Angeber verlangen, dafs der Förster oder in dessen Abwesenheit sonst jemand vom Forstpersonale des Orts, worin die Haussuchungen vorgenommen werden sollen, dabei zugezogen werde.

6. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden der beiden Staaten wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel so schleunig vorzunehmen, als es nur immer möglich ist; auch besonders bei ausgezeichneten und bedeutenden Freveln nicht bis zu den in mehreren Theilen des Grofsherzogthums Hessen, gewöhnlich vierteljährig zu haltenden Forstgerichten auszusetzen, sondern in jedem einzelnen Falle sogleich eintreten zu lassen.

7. Die Vollziehung der Forsterkenntnisse nebst der Beitreibung der dem Eigenthümer zuerkannten

Entschädigungsgelder soll mit der erforderlichen Beschleunigung bewirkt und deshalb zu gegründeten Beschwerden niemahls Anlafs gegeben werden. Die erkannte Geld- oder Arbeitsstrafe wird zum Vortheile desjenigen Staats volizogen, dessen Behörde die Strafe erkannt hat. Der dem Waldeigenthümer zuerkannte Schadensersatz, so wie die Denunzianten-Gebühr, wo diese gesetzlich besteht, werden vorzugsweise vor der Strafe beigetrieben. 1822

8. Gegenwärtige im Namen Sr. königlichen Hoheit des Grofsherzogs von Baden und Sr. königlichen Hoheit des Grofsherzogs von Hessen zweimahl gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll vom ersten März dieses Jahres an Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Carlsruhe, den 4. Januar 1822.

Grofsherzoglich badisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Frhr. v. Berstett.
Vdt. Römer.

2.

Déclaration concernant les mesures prises par le grand duché de Hesse et le duché de Nassau pour réprimer les délits forestiers et autres semblables, publiée à Darmstadt le 8 Janvier et à Wiesbaden le 21 Janvier 1822.

(*Grofsherz. Hessisches Regier. Blatt* No. VII. S. 44. *Sammlung der landesherrlichen Edicte und Verordnungen des Herzogthums Nassau* Bd. 3. S. 41.)

Nachdem die Grofsherzoglich Hessische Regierung mit der Herzoglich Nassauischen Regierung überein-

1822 gekommen ist, wirksamere Maasregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen, so wie zur Verhütung der Jagd-Fischerei- und Feldfrevel gegenseitig zu treffen, erklären beide Regierungen folgendes:

1. Es verpflichtet sich sowohl die Grofsherzoglich Hessische, als die Herzoglich Nassauische Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verüben möchten, sobald sie davon Kenntnifs erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

2. Die zur Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel zuständigen Behörden des einen Staats haben den amtlichen Protocollen der Forstbeamten, so wie anderer etwa zuständigen Polizei- oder Gerichtsbeamten des anderen Staats, vollen Glauben beizumessen, mithin die mit genügender Bestimmtheit angezeigten Frevler für schuldig zu erkennen, wenn sie keinen vollständigen Gegenbeweis führen.

3. Die Förster (Waldhüter) haben das Recht, den Frevler auf Betreten, wenn sie ihn nicht mit Bestimmtheit erkennen, auf dem Gebiet, wo er gefrevelt hat, zu arretiren und ihn an die Local-Polizei-Behörde seines Wohnorts abzugeben oder abgeben zu lassen.

4. Von den beiderseitigen Behörden soll zur Entdeckung der Frevler alle mögliche Hülfe geleistet werden, namentlich wird gestattet, dafs die Spur der Forstfrevler durch die Förster (Waldwärter u. s. w.) in das fremde Gebiet verfolgt und Haussuchungen auf der Stelle, ohne vorherige Anfrage bei den landräthlichen Behörden (Aemtern u. s. w.), jedoch nur in Gegenwart und nach der Anordnung der zu diesem Behufe mündlich zu requirirenden Orts-Polizei-Beamten (Bürgermeisters, Ortsschultheifsen) vorgenommen werden. Dieser hat die hierbei aufgefundenen, angeblich gefrevelten Gegenstände, in sichere Verwahrung bringen zu lassen, übrigens für die Haussuchung keine Belohnung zu empfangen.

5. Bei diesen Haussuchungen mufs der Orts-Polizei-Beamte sogleich ein Protocoll aufnehmen, und

eine Ausfertigung desselben dem requirirenden Ange- 1822
ber einhändigen, eine zweite Ausfertigung aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath, Beamten u. s. w.) übersenden; bei Vermeidung einer Polizeistrafe von Einem bis fünf Gulden für denjenigen Ortsvorstand oder Orts-Polizeibeamten, welcher der Requisition nicht Genüge leistete. Auch kann der Angeber verlangen, dafs der Förster (oder, in dessen Abwesenheit, der Waldwärter) des Orts, worin die Haussuchungen vorgenommen werden sollen, dabei zugezogen werde.

6. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Grofsherzoglich-Hessischen und Herzoglich-Nassauischen Staaten wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur immer möglich ist.

7. Die Vollziehung der Straferkenntnisse, nebst der Beitreibung der dem Waldeigenthümer zuerkannten Entschädigungsgelder, soll mit der erforderlichen Beschleunigung bewirkt und deshalb zu gegründeten Beschwerden niemals Anlafs gegeben werden. Die erkannte Geld- oder Arbeitsstrafe wird zum Vortheile desjenigen Staats vollzogen, dessen Behörde die Strafe erkannt hat. Der dem Waldeigenthümer zuerkannte Schadensersatz, so wie die Denuncianten-Gebühr, wo diese letztere gesetzlich besteht, werden vorzugsweise vor der Strafe beigetrieben.

8. Was in den vorhergehenden Artikeln in Ansehung der Forstfrevel bestimmt ist, gilt auch in Ansehung der Jagd- Fischerei- und Feldfrevel, so weit diese Bestimmungen hierauf anwendbar sind.

9. Gegenwärtige im Namen Sr. Königlichen Hoheit des Grofsherzogs von Hessen und Sr. Durchlaucht des Herrn Herzogs von Nassau zweimahl gleichlautend ausgefertigte Erklärung, soll nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Darmstadt den 8. Januar 1822.

3.

1822 *Capitulation entre le gouverneur de Guayaquil et le commandant de l'escadre espagnole, signée à Guayaquil, le 15 Février* 1822.

(*Le Journal de Francfort* 1822. 13 Juillet. No. 194.)

Art. I. Le commandant de l'escadre espagnole livrera au gouvernement suprême de Guayaquil les fregates la *Prueba* et la *Venganza* et la corvette *Alexandre*, dans l'état où elles sont à présent.

Art. II. En retour le gouvernement de Pérou se charge d'acquitter toute la solde et l'arriéré dus aux officiers et à l'équipage des trois bâtimens, depuis le mois d'octobre 1820, époque où ils ont quitté Callao pour la dernière fois, conformément aux états que présenteront les payeurs des vaisseaux respectivement, en ce qui concerne les fregates; et quant à la corvette Alexandre, de l'époque à laquelle elle a quitté Panama avec l'expédition du général Cruz Murgeon, sur le pied suivant: 12000 dollars en argent comptant, et le reste 30 jours après l'arrivée de la Prueba à Callao, où elle devra aller avec ses officiers actuels, accompagnés d'un officier de l'armée Péruvienne, et à son arrivée, ladite fregatte sera laissée à la disposition du dit gouvernement.

Art. III. La corvette Alexandre ira de même à Callao, commandée par ses officiers, avec des copies certifiées du présent traité, et à son arrivée sera mise à la disposition du dit gouvernement.

Art. IV. La fregate la Vengánza entrera dans ce port et sera mise à la disposition de l'agent pour les affaires du Pérou.

Art. V. Le dit état du Pérou s'engage à reconnoître une dette en faveur de l'Espagne, montant à 100,000 dollars, et à la payer au moment où cette dernière reconnoîtra l'indépendance de l'Amérique, sans quoi le présent article ne sera pas obligatoire.

Art. VI. Les officiers qui voudront rester volontairement seront promus par ledit état à un grade au dessus de celui qu'ils ont actuellement, et ils seront duement traités. 1822

Art. VII. Une amnistie entière sera proclamée en ce qui regarde les services précédens, et il sera permis aux hommes de rester et demeurer ici, s'ils le désirent.

Art. VIII. Les dépenses desdits vaisseaux seront supportées par le gouvernement du Pérou du moment où le présent traité sera échangé.

Art. IX. Les officiers et l'équipage desdits vaisseaux, s'ils le désirent, seront transportés en Espagne sur des vaisseaux neutres, aux frais de l'état du Pérou, et ceux qui voudront aller par Panama recevront une somme suffisante à cet effet.

Art. X. Les propriétés de toute espèce embarquées sur lesdits vaisseaux leur seront remises et seront débarquées avec exemption de droits etc.

Guayaquil, le 15 Février 1822.

Olmedo.

4.

Convention entre la Prusse et la Russie, relativement aux prétentions des sujets du royaume de Pologne du chef d'anciennes créances Silésiennes, signée à Berlin le 20 Février 1822.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1822. Nr. 9. p. 125.)

Au nom de la Très Sainte et indivisible Trinité!

La Majesté le Roi de Prusse, Grand Duc de Posen, et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, Roi de Pologne, considérant, que les prétentions qui se

1822 fondent sur des obligations contractées par l'ancienne Bankalitäts-Cameral-Casse à Breslau ou par l'ancien Steuer-Amt de Silésie ou bien qui en général dérivent de prêts assignés sur les domaines ou sur les fonds et revenus de Silésie, ont fait l'objet de traités conclus entre la Prusse et l'Autriche; que la ci-devant Bankalitäts-Cameral-Casse à Breslau n'a rien de commun ni avec la banque de Berlin, ni avec le comptoir de banque à Breslau; lequel ne forme qu'un établissement secondaire de cette dernière; que par la convention de Berlin du $\frac{22}{10}$ Mai 1819 les capitaux, que la banque et la caisse générale des invalides à Berlin possèdent en Pologne, ont été déclarés propriété particulière et ne sauroient par conséquent être attaqués à titre d'aucune créance ou prétention à la charge du gouvernement prussien; désirant d'ailleurs écarter les doutes, qui sont été élevés sur l'application des stipulations contenues dans les articles 13 et 14 de la susdite convention du $\frac{22}{10}$ Mai 1819 et prévenir par rapport à ces stipulations, des interprétations, que, si elles étoient jugées nécessaires, il n'appartiendroit qu'aux gouvernemens seuls de faire, ont nommé à cet effet Leurs Plenipotentiaires; savoir:

S. M. le Roi de Prusse, le sieur Chrétien Gonthier, Comte de Bernstorff, son Ministre d'état, du cabinet et des affaires étrangères, chevalier des ordres de l'aigle noire et de l'aigle rouge de la première classe de Prusse; de ceux de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de St. Anne de la première classe de Russie; grand' croix de l'ordre royal de St. Etienne de Hongrie; chevalier de l'ordre de l'éléphant et grand' croix de celui de Danebrog de Danemarc; grand cordon de la légion d'honneur de France; grand' croix de l'ordre royal de St. Ferdinand et du mérite de Sicile; grand' croix de l'ordre du lion d'or de la Hesse électorale et de celui du mérite de la Hesse Grand-ducale; chevalier des ordres de la fidélité et du lion de Zähringen de Baden;

et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, le sieur David, Comte d'Alopeus, son conseiller privé, chambellan actuel, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à la cour de Berlin; chevalier des ordres de St. Alexandre-Newsky et de St. Anne de

la première classe; grand' croix de la seconde classe 1822
de celui de St. Wladimir; chevalier de l'aigle blanche de Pologne et grand cordon de la légion d'honneur; lesquels après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Les réclamations fondées sur des prétentions provenant d'obligations contractées par l'ancienne Bankalitäts-Cameral-Casse à Breslau ou par l'ancien Steuer-Amt de Silésie, ou dérivant de prêts assignés sur les domaines ou sur les fonds et revenues de la Silésie et qui seroient élevées, soit contre la banque et la caisse des invalides à Berlin, soit contre toute autre institution ou caisse publique prussienne qui possèderoit des capitaux ou des biens en Pologne, ne peuvent être soumises à la connoissance et à la décision des tribunaux de ce royaume. Ces tribunaux ne pourront par conséquent non plus faire arrêt de ce chef sur les propriétés, que les susdits établissemens possèdent ou acquerroient en Pologne, et un pareil arrêt, fut-il déjà fait, sera incessamment levé.

Art. II. Les sujets polonois qui posséderoient des titres propres à fonder des prétentions de la nature de celles, dont il est question dans l'acte précédent, les rémettront à leur gouvernement, qui les adressera au ministre de S. M. Impériale et royale près S. M. le Roi de Prusse, afin que le ministre les présente directement au cabinet de Berlin.

Art. III. Le gouvernement prussien fera droit à ces réclamations, dès qu'elles auront été reconnues légitimes et fondées, et en tant qu'elles portent sur des obligations, qui retomberont à sa charge en vertu des arrangemens qu'il va prendre avec le gouvernement autrichien pour l'exécution définitive du traité de Berlin de 1742. Les sujets polonois qui possèdent des créances de ce genre, soit en première, soit en seconde main, ou moyennant des ventes ultérieures, seront traités sous ce rapport, tout comme les sujets prussiens, dont les prétentions appartiennent à la même classe.

Art. IV. Les dispositions contenues dans les articles II. et III. de la présente convention entreront

1822 en vigueur dès que le partage à faire entre la Prusse et l'Autriche des dettes de la Silésie, sera effectué.

Art. V. Il est entendu, que les stipulations arrêtées par les articles II, III et IV. de cette convention ne sont applicables qu'aux prétentions d'origine polonoise, savoir à celles, qui ont primitivement appartenu à un habitant du territoire, qui compose le royaume actuel de Pologne. Toutes les prétentions de même nature, dont l'origine polonoise n'aura pas été suffisamment prouvée, rentreront pour le gouvernement prussien dans la classe des prétentions possédées par des étrangers, et bien qu'elles puissent appartenir aujourd'hui à des sujets polonois et que naturellement elles restent astreintes à l'effet des dispositions de l'art. I. de la présente convention, elles ne pourront pas jouir de la faveur stipulée par les art. II, III et IV.

Art. VI. Les dispositions de la présente convetion sont applicables aux réclamations actuellement pendantes aux tribunaux civils.

Art. VII. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées dans l'espace de six semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi nous plenipotentiaires respectifs l'avons signé et y avons apposé le cachet de nos armes.

Fait à Berlin le $\frac{\text{vingt}}{\text{huit}}$ Février l'an de grace mil huit cent vingt-deux.

Comte de Bernstorff. (L. S.)

Comte d'Alopeus. (L. S.)

Cette convention a été ratifiée et les ratifications en ont été échangées le 11 Avril 1822.

5.

Déclaration concernant les mesures prises per la Prusse et le grand duché de Hesse pour réprimer les délits forestiers dans les forêts limitrophes, publiée le 11 Mars 1822. 1822

(*Grofsherzogl. Hessisches Regier. Blatt* Nr. XVIII. Seite 208. vom 11 März 1822.)

Nachdem die Grofsherzoglich Hessische Regierung mit der Königlich Preufsischen Regierung übereingekommen ist, wirksamere Maasregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen gegenseitig zu treffen, erklären beide Regierungen folgendes:

Art. I. Es verpflichtet sich sowohl die Grofsherzoglich Hessische, als die Königlich Preufsische Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben möchten, sobald sie davon Kenntnifs erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

Art. II. Die Forstgerichte des einen Staats, haben dem officiellen Angeben der Forstbeamten, so wie anderer etwa zuständiger Polizei- oder Gerichts-Beamten des andern Staates vollen Glauben beizumessen, mithin die mit genügender Bestimmtheit angezeigten Frevler für schuldig zu erkennen, wenn sie keinen vollständigen Gegenbeweis führen.

Art. III. Von den beiderseitigen Behörden soll, zur Entdeckung der Frevler alle mögliche Hülfe geleistet werden und namentlich wird gestattet, dafs die Spur der Forstfrevler durch die Förster (Waldwärter u. s. w.) bis in das fremde Gebiet verfolgt und Haussuchungen ohne vorherige Anfrage bei den landräthlichen Behörden (Ämtern u. s. w.), auf der

1822 Stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach der Anordnung des zu diesem Behufe mündlich zu requirirenden Bürgermeisters oder Ortsschultheifsen vorgenommen werden. — Der requirirte Orts-Polizeibeamte hat für die Haussuchung keine Belohnung zu empfangen und mufs die bei derselben aufgefundenen, angeblich gefrevelten Gegenstände in sichere Verwahrung bringen lassen.

Art. IV. Bei diesen Haussuchungen mufs der Ortsvorstand sogleich ein Protokoll aufnehmen und ein Exemplar dem requirirenden Angeber einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Regierung, Landrath oder Beamten) übersenden, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von einem bis fünf Thalern für denjenigen Ortsvorstand oder Orts-Polizeibeamten, welcher der Requisition nicht Genüge leistete. Auch kann der Angeber verlangen, dafs der Förster (oder in dessen Abwesenheit der Waldwärter) des Orts, worin die Haussuchungen vorgenommen werden sollen, dabei zugezogen werde.

Art. V. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Grofsherzoglich Hessischen und Königlich Preufsischen Staaten wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevler so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur immer möglich ist, auch insbesondere bei ausgezeichneten oder bedeutenden Freveln die Untersuchung nicht bis zu den in mehreren Theilen des Grofsherzogthums Hessen gewöhnlichen, vierteljährig zu haltenden Forstgerichten auszusetzen, sondern in jedem einzelnen Fall sogleich eintreten zu lassen.

Art. VI. Die erkannte Geld- oder Arbeitsstrafe wird zum Vortheil desjenigen Staats vollzogen, dessen Behörde die Strafe erkannt hat. Der, dem Waldeigenthümer zuerkannte Schadensersatz, so wie die Denunciantengebühr, wo diese letztere gesetzlich besteht, werden vorzugsweise vor der Strafe beigetrieben.

Art. VII. Gegenwärtige, im Namen Sr. Königlichen Hoheit des Grofsherzogs von Hessen und Sr. Majestät des Königs von Preufsen zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung, soll, nach erfolgter

gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden. 1822

So geschehen Darmstadt den 11ten März 1822.

Grofsherzoglich Hessisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Freiherr du Thil.

vdt. *Graf* v. Görlitz.

6.

Déclaration concernant les mesures prises par la Bavière et le grand duché de Hesse pour réprimer les délits forestiers dans les forêts limitrophes, publiée le 6 Avril 1822.

(*Grofsherz. Hessisches Regier. Blatt* Nr. XXIV. Seite 362. vom 6ten April 1822.)

Nachdem die Grofsherzoglich Hessische Regierung mit der Königlich Baierischen Regierung übereingekommen ist, wirksame Maasregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen gegenseitig zu treffen, so erklären beide Regierungen Folgendes:

Art. I. Es verpflichtet sich sowohl die Grofsherzoglich Hessische, als die Königlich Baierische Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des anderen Gebiets verübt haben möchten, sobald sie davon Kenntnifs erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

Art. II. Um von beiden Seiten zur Sicherheit des Forsteigenthums möglichst mitzuwirken, sollen

1822 die wechselseitigen gerichtlich verpflichteten Forst- und Polizeibeamten befugt sein, in den Fällen der Waldfrevel Haussuchungen im Gebiete des andern Staaats, wenn sich dort der angegebene Thäter aufhält, oder der gefrevelte Gegenstand befinden dürfte, zu veranlassen. Dieselben haben sich zu diesem Ende an den Ortsvorstand der betreffenden Gemeinde zu wenden und diesen zur Vornahme der Visitation in ihrer Gegenwart aufzufordern.

Art. III. Bei diesen Haussuchungen muſs der Ortsvorstand sogleich ein Protokoll aufnehmen und ein Exemplar dem requirirenden Beamten einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath oder Beamten oder Regierung) übersenden, bei Vermeidung einer polizeilichen Geldstrafe.

Art. IV. In Fällen, wo der Forst- und Polizeibeamte den betretenen Frevler nicht erkennt, ist er berechtigt, entweden denselben, in so ferne es ohne gewaltthätige und blutige Auftritte geschehen kann, zu arretiren und an die nächst gelegene Ortsbehörde zur Constatirung seiner Person abzuführen oder zu diesem Ende dessen Spur, so weit er kann, zu verfolgen. Miſslingt ihm das eine oder das andre, so muſs die Individualität allenfalls durch Zeugen hergestellt werden.

Art. V. Für die Constatirung eines Forstfrevels, welcher von einem Angehörigen des einen Staats in dem Gebiete des andern begangen worden, soll den Protokollen und Abschätzungen, welche von den competenten und gerichtlich verpflichteten Forst- und Polizeibeamten des Orts des begangenen Frevels aufgenommen worden, jener Glauben von der zur Aburtheilung geeigneten Gerichtsstelle beigemessen werden, welchen die Gesetze den Protokollen der inländischen Beamten beilegen.

Art. VI. Die Einziehung des Betrags der Strafe und der etwa Statt gehabten Gerichtskosten soll demjenigen Staat verbleiben, in welchem der verurtheilte Frevler wohnt und in welchem das Erkenntniſs Statt gefunden hat, und nur der Betrag des Schadenersatzes und der Pfandgebühren an die betref-

fende Casse desjenigen Staats abgeführt werden, in 1822
welchem der Frevel verübt worden ist.

Art. VII. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Grofsherzoglich Hessischen und Königlich Baierischen Staaten wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevler in jedem einzelnen Falle so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur irgend möglich sein wird.

Art. VIII. Gegenwärtige, im Namen Sr. Königlichen Hoheit des Grofsherzogs von Hessen und Sr. Majestät des Königs von Baiern zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Darmstadt am 6ten April 1822.

Grofsherzoglich Hessisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

du Thil.

von Zangen.

7.

Ordre de cabinet de S. M. le Roi de Prusse concernant la reciprocité à observer quant à la franchise du droit de détraction vis à vis les Etats Unis de l'Amérique septentrionale et tout autre état, du 11 *Avril* 1822.

(*Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1822. Nr. 14. p. 187.)

Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 16ten v. M. bestimme ich hiermit: dafs, da das jus de-

1822 tractus (Abschofs- oder Abfarthsgeld) in keine Theile der nordamerikanischen Freistaaten mehr b steht, die Reziprozität genau beobachtet und sämmtlichen Preufsischen Staaten gegen die vereini ten Staaten von Nordamerika weder Abfarths- no Abschofsgeld genommen werden soll.

Hiernach haben Sie jetzt bei dem zur Sprac gekommenen Falle, wo von Erfurt nach Neu-Orlea Vermögen ausgeführt werden soll, zu verfahren.

Bei dieser Veranlassung bestimme ich zugleic dafs auch gegen andere Staaten, in denen das J detractus nicht mehr zur Anwendung kommt, for hin weder Abschofs- noch Abfarthsgeld genomm werden soll.

Berlin, den 11ten April 1822.

FRIEDRICH WILHEL

An die Staats-Minister von SCHUCKMANN und Gr von BERNSTORFF.

8.

Convention entre S. A. R. le Grand Duc de Bade et S. M. le Roi de Würtemberg concernant l'exécution d traité du 2 Octobre 1811, du 22 Avril 1822.

(*Regierungs-Blatt des Grofsherzogthums Bade* Nro. XV. 23. August 1822.)

Ludwig, von Gottes Gnaden, Grofsherzog zu Ba den, Herzog zu Zähringen etc.

Beurkunden hierdurch, dafs Wir, zur Erledigun verschiedener auf die Vollziehung des Staatsvertrag vom 2ten October 1810 Bezug habenden Gegenständ mit Seiner Majestät dem Könige von Würtember

durch beider Seite ernannte Bevollmächtigte, über folgende Punkte übereingekommen sind: 1822

Art. I. I. Wegen des Schuldenpunctes.

a. Der Grofsherzoglich Badische Hof übernimmt für die vom Königlich Würtembergischen Hofe gemachten, aus dem Vertrage von 1810 herrührenden Anforderungen zur Staatsschulden-Theilnahme, die Summe von 220,000 Fl. und an jährlichen Reichscammer-Gerichtszielern 10 Fl. 10 Kr. Da aber inzwischen die reichscammergerichtlichen Verhältnisse auseinander gesetzt, und diese 10 Fl. 10 Kr. von Würtemberg hierbei vertreten worden sind, so wird der Grofsherzoglich Badische Hof den Königlich Würtembergischen Hof hierfür auf eine angemessene Weise bei der in Folge des gegenwärtigen Vertrags vorzunehmenden Abrechnung entschädigen.

b. Der Grofsherzoglich Badische Hof tritt in die Verbindlichkeit zur Uebernahme der verglichenen Summe von 220,000 Fl. mit dem 11ten November 1810 ein, und wird die Verzinsung dieser ganzen Summe mit fünf vom hundert von diesem Zeitpuncte an übernehmen, und dem Königlich Würtembergischen Hofe ersetzen.

c. Der Grofsherzoglich Badische Hof verzichtet auf seine Ansprüche auf die Activen, welche durch die früheren Auseinandersetzungen der kreisritterschaftlichen vorderösterreichischen und anderer Verhältnisse mit den Schulden, die einen Gegenstand der Ausgleichung machten, an die Krone Würtemberg übergegangen sind, und welche der Grofsherzoglich Badischen Angabe zur Folge nach dem Schatzungsfufse 29427 Fl. 17 Kr. betragen haben würden.

Art. II. Dagegen bringt der Grofsherzoglich Badische Hof

II. in Beziehung auf die vom Königlich Würtembergischen Hofe selbst übernommenen Verbindlichkeiten, und zwar

A. wegen der eigenthümlichen Besitzungen zu Sernatingen und Stahringen mit Homburg und des dafür evalvirten Capitals von 103065 Fl.

1. die Hälfte mit 51532 Fl. 30 Kr., als die verglichene Aversalsumme in Abrechnung;

1822 2. Berechnet derselbe von der ganzen Summe der 103065 Fl. die Zinsen zu fünf pr. Ct. vom 23ten Januar 1809 bis zum 11ten November 1810 und von diesem Tage an nur von der vorerwähnten Summe von 51532 Fl. 30 Kr.

3. Derselbe verzichtet dabei auf alle Forderungen, welche in Folge des Vertrags vom 31ten December 1808 wegen der nicht evalvirten Objecte in Sernatingen und Stahringen mit Homburg gemacht werden könnten.

B. Einen gleichen Abrechnungsposten macht das erwähnte Epavencapital von 120000 Fl. auf folgende Weise:

1. Dieses Capital vermindert sich durch Compensation eines von der ehemaligen Deutschordens-Commende Meinau herrührenden, Baden zur Bezahlung obliegenden Ersatzpostens von 38023 Fl. 15 Kr., so dafs dasselbe als eine nur noch in 81976 Fl. 44 Kr. bestehende Königlich Würtembergische Schuld zu betrachten ist.

2. Von letztgedachtem Capitalreste der 81976 Fl. 44 Kr. läfst der Grofsherzoglich Badische Hof wegen der von dem Kaiserlich Österreichischen Hofe in Folge seines Epavirungssystems incammerirten Gegenstände, welche mit den im Jahre 1810 von Würtemberg abgetretenen Orten an Baden gekommen sind, sich die Abfindungssumme von 19135 Fl. 30 Kr., in Abzug bringen. Jedoch wird dabei festgesetzt, dafs, wenn die in den Staatsverträgen vom 31ten December 1808 und vom 2ten October 1810 verabredeten Bestimmungen über ein oder anderes hieher gehörige Object ihre gänzliche Erledigung noch nicht erhalten haben sollten, dieses nachträglich geschehen wird, ohne dafs deswegen ein weiterer Abzug an dem Epavencapital, als der zu Folge gegenwärtiger Uebereinkunft eben festgesetzte in Anspruch genommen werden kann.

3. Der Rest des Capitals, welcher nach Abzug dieser beiden Posten noch in 62841 Fl. 14 Kr., besteht, wird an der Art. 1. bestimmten Aversal-Schuldentheilnahms-Summe abgezogen, und dadurch die ganze Capital-Summe von 120,000 Fl. getilgt, welche der Königlich Würtembergische Hof durch den Staatsvertrag vom 31ten December 1808 zu zahlen übernommen hat.

4. Die hiebei zu beobachtende Zinsberechnung ist folgende: von dem Epavencapital, welches nach Abzug des Meinauischen Compensationspostens nur noch in den oben Lit. B. I. angeführten 81976 Fl. 44 Kr. besteht, werden in Folge des Staatsvertrages vom 31ten December 1808, Abschnitt II. Art. 10. Lit. D., die Zinsen zu 5 pr. Ct., vom 1sten Januar 1808 bis zum 11ten November 1810, von diesem Zeitpunkte an aber nur von der unter Nummer 3 angeführten Summe von 62841 Fl. 14 Kr. berechnet. 1822

5. Dem Grofsherzoglich Badischen Hofe bleibt dabei vorbehalten, die auf Abrechnung Königlich Würtembergischer Seite überwiesenen Zahlungen, so wie sonstige zur Aufrechnung geeignete liquide Activposten mit Zinsberechnung zu 5 pr. Ct. von den einen wie den andern, vom Tage der für Würtemberg eingetretenen Zahlungsverbindlichkeit an, in Abzug zu bringen. Das Nämliche findet für den Königlich Würtembergischen Hof bei von seiner Seite zur Aufrechnung geeigneten liquiden Activposten Statt.

Art. III. Da in Beziehung auf die an Baden aufser den Localdienern noch übergehenden Pensionisten und Quiescenten der Grofsherzogliche Hof gröfstentheils auf Königlich Würtembergisches Ansinnen nach und nach solche Individuen auf künftige Ausgleichung wirklich übernommen hat, welche nach dem darüber entworfenen hier angeschlossenen Verzeichnifs jährlich die Summe von 8399 Fl. 53 Kr. in Folge der Königlich Würtembergischen Pensionsangaben zu beziehen haben, so ist auch dieser Gegenstand, in Verbindung mit den vorhergegangenen, auf folgende Weise erledigt worden:

1. Die von dem Grofsherzoglich Badischen Hofe provisorisch geschehene Übernahme wird nunmehr beider Seite als definitiv anerkannt. Jedoch wird hievon der von Baden auf Abrechnung mit einem Gehalte von 1506 Fl. übernommene Ober-Zollverwalter Weizel in der Art ausgenommen, dafs derselbe zwar bei Baden bleibt, aber bei der in Folge des gegenwärtigen Vertrages vorzunehmenden Abrechnung in Compensation zu bringen ist.

2. Durch diese definitive Übernahme wird Baden von jeder weitern Übernahme, sowohl anderer Personen, als einer gröfseren Zahl von Pensionisten und

1822 Quiescenten, oder auch einer gröfseren Gehalts-Summe für die schon übernommenen, befreit.

3. Sollten aber in dem anliegenden Verzeichnisse Pensionisten und Quiescenten nicht genannt sein, welche der Grofsherzoglich Badische Hof früher wirklich provisorisch übernommen hat, so bleiben dieselben bei Baden, und können aus dem Grunde nicht an Würtemberg zurückgewiesen werden, weil sie in jenen Verzeichnissen nicht erwähnt sind. Dagegen ist es für Baden ohne Nachtheil, wenn jenes Verzeichnifs ein oder anderes Individuum enthalten sollte, wenn es nicht wirklich übernommen worden wäre.

4. Von Seiten Badens kann an Würtemberg keine Ansprache gemacht werden, wenn von jenem einem Pensionisten oder Quiescenten mehr an Pensions- oder Quiescentengehalt bezahlt wird, als in den früheren Würtembergischen Verzeichnissen jener Individuen enthalten war.

5. Die Verbindlichkeit zur Zahlung der Grofsherzoglich Badischen Seits übernommenen Gehalte fängt den 11ten November 1810 an.

6. Wenn daher aus Königlich Würtembergischen Cassen einem von Baden übernommenen Pensionisten oder Quiescenten noch nach dem 11ten November 1810 Zahlungen geleistet sein sollten, so werden dieselben von dem Grofsherzoglich Badischen Hofe ersetzt, so wie dagegen der Königlich Würtembergische alle vor dem 11ten November 1810 fällig gewesenen und aus Grofsherzoglich Badischen Cassen etwa bezahlten Besoldungen und Pensionen vergüten wird.

7. Nach Auswechselung gegenwärtiger Declaration wird gegenseitige Abrechnung gepflogen, und sogleich nach deren Beendigung das hieraus sich ergebende Guthaben berichtigt.

Indem wir diese Bestimmungen nach ihrem ganzen Inhalte vollziehen zu lassen versichern, bekräftigen Wir dieses durch Unsere Unterschrift und beigedrucktes Siegel.

So geschehen Carlsruhe den 26ten April 1822.

LUDWIG.

Vdt. *Freiherr* v. BERSTETT.

Auf Befehl Sr. Königlichen Hoheit.
RÖMER.

9.

Déclaration de la régence provisoire de la Grèce aux puissances Chrétiennes, signée à Corinthe le 27 Avril 1822. 1822

(*Journal de Francfort* 1822. 12 Juillet. No. 193.)

La grande lutte dans laquelle est engagée la nation grecque a occupée l'Europe, comme elle occupera un jour les plumes des historiens. Dans le premier moment, toutes les ames droites et sensibles se sont réjouies en entendant retentir ces mots: la Grèce combat pour sa liberté. Devenue la victime de l'oppression la plus humiliante et la plus tyrannique, elle a excité la commiseration du monde civilisé; l'humanité a demandé à haute voix la délivrance de sa bienfaitrice, l'Europe le rétablissement de sa partie la plus intéressante et la plus précieuse. La justice éternelle a déchiré le voile devant le trône du Tout Puissant, et a accusé les profanateurs impies des mystères chretiens, les dépredateurs sanguinaires des fortunes légitimes, qui s'abreuvent des larmes de la veuve et de l'orphelin. Comment s'est-il pu faire que la politique, au lieu de bénir d'aussi justes efforts, ait si étrangement méconnu leur veritable nature? Comment est-il possible qu'une malveillance inouie cherche à calomnier et à denaturer les intentions d'une nation opprimée, et à envenimer une entreprise qui a à peine besoin d'excuse? L'insurrection grecque n'avoit-elle pas un motif cathégorique dans la tyrannie ottomane toujours en flagrant délit? Ne savoit-on pas que le désespoir et les armes deviendroient bientôt les moyens de parvenir à l'indépendance et à la liberté légitime? Quelles que pussent être l'occasion, le pretexte et les circonstances de l'explosion du mouvement insurrectionnel, il étoit néanmoins évident, qu'ils avoient leur source dans un mécontentement intérieur, général et nourri depuis longtems; méconten-

1822 tement dont les terribles suites devoient tôt ou tard mettre la Grèce en feu. Du reste, le soulevement de cette nation n'est ni une revolte ni une insurrection. Il n'est pas davantage une parodie sans but, ou une émanation materielle en morale de ces secousses politiques, dont le caractère équivoque a fait faire des reflexions sérieuses aux hommes sensés. Les vexations horribles que la Grèce avoit à souffrir, prouvoient assez que nous n'appartenions pas à une puissance protectrice et légale, et que la légitimité se deshonoreroit elle-même, si elle vouloit mettre sa cause en parallèle avec la conduite de ces barbares inexorables, que notre anéantissement politique n'avoit point adoucis, et qu'une ombre de liberté civile met en fureur. Aucun serment, aucun traité ne nous lioit à un pouvoir absolu fondé sur la force, qui semblable à la plus mortelle épidémie, infectoit l'atmosphère de notre patrie devastée. Ce n'étoit pas sans quelque vraisemblance, quoique foible et éloignée, d'un heureux succès, que le tems étoit arrivé, non de renverser une royauté nationale et révérée, non de sacrifier une situation supportable, bien que défectueuse, aux phantômes d'une perfection imaginaire, mais de briser la verge de fer de nos tyrans, de repousser la force par la force et de substituer un état légal, invariable à une existence précaire, sans lois et sans protection. Et quel desastre plus grand ou plus funestre pouvoit-on craindre que celui où ont été plongés Candie, l'Epire et la Morée? Une administration detestable, digne fille du gouvernement avide du troisième Mahomed, modèle de brigandage et de pillage, qui tous les jours étoit mise officiellement à l'enchère, arrachoit à un peuple opprimé les dernières gouttes de son sang. C'est envain que les plaintes des malheureux s'élevoient de toutes parts, elles retentissoient, sans pénétrer, jusqu'à la région, d'où emanoit l'autorité qui nous écrasoit. Déjà le désespoir, causé par le délai des secours, commençoit à présenter à la misère de plusieurs provinces, un changement de religion, comme le dernier moyen pour parvenir à la tranquillité, et à faire évanouir les droits sacrés que l'évangile s'étoit acquis sur la reconnoissance pieuse de la nation grecque. Mais l'Europe auroit-elle préféré voir sous ses yeux ce

monstrueux parjure? auroit-elle quoique fière d'une alliance toute chretienne, voulu donner de nouveau son suffrage au triomphe du Coran sur la sainte écriture, de la barbarie sur la civilisation? Il a fallu prendre les armes pour périr du moins avec honneur. Qu'on ne se fasse point ici illusion sur ce grand problême; en politique chaque illusion a aussi sa punition, qui est d'autant plus rigoureuse que les intérêts et les tems que l'on meconnoît, sont plus importans. Ici, dans le cas actuel, tout nait et découle de la force des choses. Les hommes, les lieux, les paroles ne comptent pour rien. Le premier pas une fois fait, quoique d'une manière violente, il a fallu continuer sous peine d'être anéanti. La révolution, populaire dans ses motifs, devoit le devenir encore plus par les événemens, qui l'ont suivie. Le sort affreux de tout ce que la nation grecque possedoit d'hommes distingués et de familles célèbres, la déstruction des églises et des écoles, les effets d'une vengeance féroce, ont montré l'abîme où la nation devoit tomber, si elle avoit eu la lâcheté de se soumettre. Quelle garantie pouvoit-elle espérer pour sa sûreté des contempteurs de tous les grecs, des violateurs de toutes les lois? Animée par la situation qui la privoit de l'appui des lois et de toute protection, elle s'est trouvée par les orages du premier mouvement réduite à l'alternative où de périr où de s'affranchir. Foible et dépouillée de tout, elle auroit en effet déjà été perdue, si la divine providence n'avoit pas jusqu'à présent produit le miracle de ses progrès, et annoncé de nouveau à l'Europe attentive, qu'elle vient au secours des opprimés, et qu'elle montre sa puissance en soutenant les foibles. 1822

Quoi! après un si petit nombre d'années écoulées depuis la délivrance de l'Europe, exaltée même par les puissans et les chefs des peuples comme une faveur divine, ne seroit-il déjà plus tems de rappeler en politique que la Toute Puissance veille sur les nations et les rois, qu'elle égalise les époques même par des revers et que du sang repandu avec un généreux sacrifice, par les générations présentes, elle fait naitre le bonheur des générations à venir? Depuis treize mois nos peuples ont fait plus qu'ils n'osoient espérer. Abandonnée du reste du monde,

1822 ayant derrière elle le souvenir d'un illustre passé, poussée enfin par sa propre misère, la Grèce continuera de parcourir une glorieuse et pénible carrière, et de donner aux peuples chrétiens, ainsi qu'aux ames sensibles qui dirigent sa destinée, le spectacle d'un peuple qui combat pour sa patrie, et qui est décidé à vaincre ou à mourir dans cette lutte. Tel est son sort et la destination que la Providence lui a assignée. Elle est forcée de la suivre avec persévérance, et de sacrifier dans cette lutte désespérée tout ce qui lui reste de plus cher, à la possibilité de sa délivrance. Si néanmoins le destin de notre nation, étoit de succomber à la supériorité du nombre ou aux immenses ressources de son ennemi mortel, le sang de cet ennemi coulera avec le sien dans ses défaites, et en finissant comme elle a commencé, elle laissera au monde par sa chûte la conviction qu'elle étoit digne d'un meilleur sort. La nation rassemblée par le moyen de ses réprésentans, s'étant donnée une constitution provisoire qui embrasse toute la Grèce dans toutes ses parties et ses intérêts, cette assemblée a cru qu'il étoit de son devoir et conforme aux intérêts de la nation à la tête de laquelle elle se trouve, d'exposer aux puissances chretiennes sa situation et sa résolution. Les succès qu'elle a eus depuis son établissement fortifient l'espérance que la Grèce parviendra à jouir paisiblement de son indépendance nationale, et des avantages de la civilisation européenne. Nous protestons d'avance contre toute violation des droits incontestables que nous avons achetés au prix de sacrifices immenses. L'humanité et la religion, les considérations de la politique et du commerce, montreront dans cette occasion aux puissances chretiennes, dans la sagesse de leurs delibérations, le legs conforme aux intérêts de leurs peuples et à leur gloire, qu'elles ont l'intention de laisser dans cette affaire à l'histoire et à la postérité.

Donné à Corinthe le 15 (27) Avril 1822.

Les membres de la régence provisoire de la Grèce.
MAUROCORDATO, *président.* ATHANASE CANACERI, *vice-président.* ANAGNOSTI PAPPAGANEPULO. JEAN ORLANDO. JEAN LOGOTHETY.

Le secrétaire des affaires étrangères,
NEGRI.

10.

Convention entre la France et l'Espagne concernant la liquidation et le paiement des créances des sujets de S. M. Très-Chretienne à la charge de l'Espagne, signée à Paris le 30 Avril 1822. 1822

(*Le Moniteur universel* 1822. No. 215.)

Sa Majesté Très-Chrétienne et Sa Majesté Catholique étant également animées du désir de mettre un terme aux difficultés qui ont retardé jusqu'à présent la liquidation et le paiement des créances des sujets de Sa Majesté Très-Chrétienne à la charge de l'Espagne, et voulant, pour l'utilité commune de leurs sujets respectifs, régler cet objet par un arrangement définitif, ont nommé dans ce but et à cet effet, pour leurs plénipotentiaires; savoir:

Sa Majesté Très-Chrétienne,

Le Sieur Gérard de Rayneval, conseiller d'état, son ministre plénipotentiaire et envoyé extraordinaire près la cour de Prusse, commandant de l'ordre royal de la Légion d'honneur et chevalier de l'ordre très distingué de Charles III etc.

Et Sa Majesté Catholique,

Don Joseph Noguera, son secrétaire en exercice, premier officier de la secrétairerie-d'état, chevalier de l'Ordre très distingué de Charles III etc. etc.

Lesquels après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivans:

Art. I. A l'effet d'operer le remboursement et l'extinction totale des créances des sujets de S. M. Très-Chrétienne, dont le paiement est réclamé de S. M. Catholique, en vertu du premier article additionnel au traité du 20 Juillet 1814, la somme de

1822 quatre cent vingt-cinq mille francs, représentant un capital de huit millions cinq cent mille francs, sera prélevée par le gouvernement français sur celle qui est actuellement en dépot entre ses mains, et qui appartient à l'Espagne en vertu des précédentes conventions.

Art. II. Au moyen de l'exécution de la stipulation précédente S. M. T. C. se charge de pourvoir au remboursement des dites créances de ses sujets sur l'Espagne, fondées sur le premier article additionnel au traité du 20 Juillet 1814 et S. M. Catholique se trouve en conséquence complétement libérée de tout ce qu'elle pouvoit leur devoir en vertu du dit article.

Art. III. Immédiatement après l'échange des ratifications de la présente convention, le Gouvernement français fera remettre à la personne et aux personnes qui seront autorisées à cet effet par S. M. Catholique, le surplus de la rente qu'il a gardée en dépôt, y compris la somme totale des intérêts accumulés et composés, par lui perçus jusqu'à ce jour.

Art. IV. Afin de prévenir, autant qu'il est possible, toutes les difficultés qui pourroient entraver et retarder la liquidation qui devra être faite par le Gouvernement français d'après l'article II. ci dessus, le Gouvernement espagnol s'engage à faciliter de toutes les manières la production des titres et pièces servant à constater les réclamations auxquelles se rapporte le dit article.

Art. V. Dans le cas où, contre la teneur de l'article additionnel du traité du 20 Juillet 1814, le séquestre existeroit encore sur des propriétés françaises dans les états de S. M. C. la main levée en sera immédiatement effectuée.

Art. VI. Il est bien entendu que les stipulations ci-dessus, relatives seulement à l'extinction des créances fondées sur le Ier article additionnel du traité du 20 Juillet 1814, ne préjudicient en rien aux réclamations de toute autre nature que des sujets de S. M. T. C. auroient à faire valoir sur le Gouvernement espagnol, lesquelles réclamations seront liquidées et payées par ce gouvernement, conformément aux lois et décrets sur la dette publique d'Espagne.

Art. VII. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Paris dans le terme d'un mois, ou plutôt si faire se peut. 1822

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris le 30 Avril 1822.

Signé Rayneval.
Signé Joseph Noguera.

Article separé.

Pour prévenir le renouvellement des difficultés qui se sont élevées lors de l'exécution de la convention du 25 Avril 1818, sur le paiement des créances qui ont cessé d'appartenir à leurs titulaires primitifs, il est bien convenu que ce sera l'origine de la créance, et non la qualité de celui qui en seroit porteur, qui déterminera de quelle manière et par quel gouvernement elle devra être payée, sans que l'on puisse regarder le transfert qui en auroit été ou en serait fait, comme un motif qui puisse en faire refuser la liquidation et le paiement. Le present article séparé aura la même force et valeur que s'il étoit inséré mot à mot dans la convention de ce jour: il sera ratifié, et les ratifications en seront échangées en même tems.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 30 Avril 1822.

Signé, Rayneval.
Signé, Joseph Noguera.

11.

1822 *Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction entre les états Prussiens et tous les états Danois du 2 Mai* 1822.

(*Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1822. No. 12. p. 173.)

Nachdem Se. Königliche Majestät von Preufsen mit Sr. Königlichen Majestät von Dänemark dahin übereingekommen sind, den Abschofs und das Abfarthsgeld gegenseitig aufzuheben, wie solches bereits in Folge des 18ten Artikels der deutschen Bundesakte vom 8ten Jun. 1815 und des Beschlusses der deutschen Bundesversammlung vom 23ten Jun. 1817 in Rücksicht der Herzogthümer Holstein und Lauenburg und der Königlich Preufsischen zum deutschen Bunde gehörigen Lande geschehen ist; so wird hiedurch im Namen Sr. Majestät des Königs von Preufsen erklärt:

Art. I. Bei keinem Vermögensausgang aus den sämmtlichen Königlich Preufsischen Staaten im Allgemeinen, in das Königreich Dänemark und das Herzogthum Schleswig oder aus den nicht zum deutschen Bunde gehörigen Königlich Preufsischen Landen in die Herzogthümer Holstein und Lauenburg, so wie aus dem Königreiche Dänemark und dem Herzogthum Schleswig in die sämmtlichen Königlich Preufsischen Staaten im Allgemeinen, oder aus den Herzogthümern Holstein und Lauenburg in die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Königlich Preufsischen Lande, es mag solcher Ausgang durch Auswanderung oder Erbschaft, oder Legat, oder Brautschatz, oder Schenkung, oder auf andere Art erfolgen, soll irgend ein Abschofs (gabella hereditaria) oder Abfarthsgeld (census emigrationis) erhoben werden.

Von dieser Bestimmung bleiben jedoch diejenigen allgemeinen Abgaben ausgenommen, welche mit ei-

nem Erbschaftsanfall, Legat, Verkauf u. s. w. verbunden sind und ohne Unterschied, ob das Vermögen im Lande bleibt oder hinausgezogen wird, ob der neue Besitzer ein Inländer oder ein Fremder ist, bisher in den Königlich Preufsischen und in den Königlich Dänischen Staaten haben entrichtet werden müssen, wie z. B. Erbschaftssteuer, Stempelabgaben, Zollabgaben und dergleichen. 1822

Art. II. Die vorstehend bestimmte Freizügigkeit soll sich sowohl auf denjenigen Abschofs und auf dasjenige Abfartsgeld, welche in die landesherrlichen Kassen fliefsen, als auch auf denjenigen Abschofs und auf dasjenige Abfarthsgeld erstrecken, welche sonst Individuen, Communen oder öffentlichen Stiftungen zufallen möchten.

Art. III. Die Bestimmungen der Artikel I und II. erstrecken sich auf alle jetzt anhängigen und auf alle künftige Fälle.

Art. IV. Die Freizügigkeit, welche in den Artikeln I. II und III. bestimmt ist, soll sich nur auf das Vermögen beziehen. Es bleiben demnach, ungeachtet dieses Uebereinkommens, diejenigen Königlich Preufsischen und Königlich Dänischen Gesetze in ihrer Kraft bestehen, welche die Person des Auswandernden, seine persönlichen Pflichten und seine Verpflichtungen zum Kriegsdienste betreffen.

Es wird auch für die Zukunft in dieser Materie der Gesetze über die Pflicht zu Kriegsdiensten und über die persönlichen Pflichten der Auswandernden keine der beiden, die gegenwärtige Erklärung abgebenden Regierungen, in Ansehung der Gesetzgebung in den respectiven Staaten beschränkt.

Gegenwärtige auf Allerhöchsten Befehl Sr. Königlichen Majestät von Preufsen unter vorgedrucktem Königlichen Insiegel aufgestellte Deklaration soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in den sämmtlichen Königlich Preufsischen Staaten haben.

Berlin den 2ten Mai 1822.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Bernstorff.

12.

1822 *Convention entre le duché de Saxe-Gotha et la principauté de Schwarzbourg-Rudolstadt concernant la réception réciproque des vagabonds, signée à Gotha le 6 Mai 1822.*

(*Zusatz zu dem ersten Theile der neuen Beifügen zur* (*Gothaischen*) *Landes-Ordnung.* No. CLIV.)

Zwischen der Herzoglich Sachsen-Gotha-Altenburgischen und Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtischen Regierung ist wegen wechselseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen folgende Uebereinkunft verabredet worden.

§. 1. Es soll in Zukunft kein Vagabund oder Verbrecher in das Gebiet des andern der beiden hohen contrahirenden Theile ausgewiesen werden, wenn derselbe nicht entweder ein Angehöriger desjenigen Staats ist, welchem er zugewiesen wird, und in demselben sein Heimwesen zu suchen hat, oder doch durch das Gebiet desselben, als ein Angehöriger eines in gerader Richtung rückwärts liegenden Staats, nothwendig seinen Weg nehmen muſs.

§. 2. Als Staatsangehörige, deren Uebernahme gegenseitig nicht versagt werden darf, sind anzusehen:

a) alle diejenigen, deren Vater, oder wenn sie aufser der Ehe erzeugt wurden, deren Mutter zur Zeit ihrer Geburt in der Eigenschaft eines Unterthans mit dem Staate in Verbindung gestanden hat, oder welche ausdrücklich zu Unterthanen aufgenommen worden sind, ohne nachher wieder aus dem Unterthans-Verbande entlassen worden zu sein, oder ein anderweites Heimathrecht erworben zu haben;

b) diejenigen, welche von heimathlosen Eltern zufällig innerhalb des Staatsgebietes geboren sind, so

lange sie nicht in einem andern Staate das Unterthanenrecht, nach dessen Verfassung, erworben, oder sich daselbst mit Anlegung einer Wirthschaft verheirathet, oder darin, unter Zulassung der Obrigkeit, zehn Jahre lang gewohnt haben; 1822

c) diejenigen, welche zwar weder in dem Staatsgebiete geboren sind, noch das Unterthanenrecht nach dessen Verfassung erworben haben, hingegen nach Aufgebung ihrer vorherigen staatsbürgerlichen Verhältnisse, oder überhaupt als heimathlos, dadurch in nähere Verbindung mit dem Staate getreten sind, dafs sie sich selbst, unter Anlegung einer Wirthschaft, verheirathet haben, oder dafs ihnen, während eines Zeitraums von Zehn Jahren stillschweigend gestattet worden ist, darin ihren Wohnsitz zu haben;

wobei festgesetzt worden ist, dafs auch insbesondere diejenigen als ausdrücklich zu Unterthanen aufgenommen betrachtet werden sollen, welche nicht in dem Staatsgebiete geboren sind, jedoch dem Staate zu Zeiten eines Kriegs oder des Friedens, Militärdienste geleistet haben, und zwar ohne Rücksicht auf die Dauer dieses Dienstverhältnisses und den im Militär gehabten Rang.

§. 3. Wenn ein Landstreicher ergriffen wird, welcher in dem einen Staate geboren ist, in einem andern aber das Unterthanenrecht ausdrücklich erworben oder mit Anlegung einer Wirthschaft sich verheirathet, oder durch zehnjährigen Aufenthalt sich einheimisch gemacht hat; so ist der letztere Staat vorzugsweise verbunden, ihn aufzunehmen. Trifft das ausdrücklich erworbene Unterthanenrecht in dem einen Staate mit der Verheirathung oder der zehnjährigen Wohnung in einem andern Staate zusammen; so ist das erweislich neuere Verhältnifs entscheidend, jedoch dann, wenn hierüber zu einer ausreichenden Gewifsheit nicht zu gelangen sein sollte, der Staat, in welchem dem Heimathlosen ein zehnjähriger Aufenthalt gestattet worden, vorzugsweise zu seiner Aufnahme verpflichtet.

§. 4. Sind bei einem Vagabunden oder auszuweisenden Verbrecher keine der in den vorstehenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen anwendbar, so

1822 mufs derjenige Staat, in welchem er sich befindet, ihn vorläufig beibehalten.

§. 5. Verheirathete Personen weiblichen Geschlechts sind demjenigen Staate zuzuweisen, welchem ihr Ehemann vermöge eines der angeführten Verhältnisse zugehört. Witwen sind nach eben denselben Grundsätzen zu behandeln, es wäre denn, dafs während ihres Witwenstandes eine Veränderung eingetreten sey, durch welche sie, nach den Grundsätzen der gegenwärtigen Übereinkunft, einem andern Staate zufallen.

Auch soll Witwen, ingleichen den geschiedenen, oder von ihren Ehemännern verlassenen Eheweibern, die Rückkehr in ihren auswärtigen Geburts- oder vorherigen Aufenthaltsort dann vorbehalten bleiben, wenn die Ehe innerhalb der ersten fünf Jahre nach deren Schliefsung wieder getrennt worden, und kinderlos geblieben ist.

§. 6. Befinden sich unter einer heimathlosen Familie Kinder unter 14 Jahren, oder welche sonst wegen des Unterhalts, den sie von den Eltern geniefsen, von denselben nicht getrennt werden können, so sind solche, ohne Rücksicht auf ihren zufälligen Geburtsort, in denjenigen Staat zu verweisen, welchem bei ehelichen Kindern der Vater, oder bei unehelichen die Mutter zugehört. Wenn aber die Mutter unehelicher Kinder nicht mehr am Leben ist, und letztere bei ihrem Vater befindlich sind, so werden sie von dem Staate mit übernommen, welchem der Vater zugehört. Diejenigen Kinder einer heimathlosen Familie, welche 14 Jahr und darüber alt sind, und bei ihren Eltern keinen Unterhalt finden, gehören, sofern nicht ein näherer Anspruch auf ihre anderweitige Aufnahme begründet ist, in den Ort ihrer Geburt.

§. 7. Hat ein Staatsangehöriger durch irgend eine Handlung sich seines Bürgerrechts verlustig gemacht, ohne einem andern Staate zugehörig geworden zu seyn, so kann der erstere Staat der Beibehaltung oder Wiederannahme desselben sich nicht entziehen.

§. 8. Handlungsdiener, Handwerksgesellen und Dienstboten, welche, ohne eine selbstständige Wirthschaft zu haben, in Diensten stehen, ingleichen Zög-

linge und Studirende, welche der Erziehung oder des Unterrichts wegen irgendwo verweilen, erwerben durch diesen Aufenthalt, wenn derselbe auch länger als zehn Jahre dauern sollte, kein Wohnsitzrecht. 1822

Zeitpächter sind den hier oben benannten Individuen nur dann gleich zu achten, wenn sie nicht für ihre Person, oder mit ihrem Hausstande und Vermögen sich an den Ort der Pachtung hinbegeben haben.

§. 9. Denjenigen, welche als Landstreicher, oder aus irgend einem andern Grunde ausgewiesen werden, hingegen in dem benachbarten Staate, nach den in der gegenwärtigen Übereinkunft festgestellten Grundsätzen, kein Heimwesen anzusprechen haben, ist Letzterer, den Eintritt in sein Gebiet zu gestatten, nicht schuldig, es würde denn urkundlich zur völligen Überzeugung dargethan werden können, dafs das zu übernehmende Individuum einem in gerader Richtung rückwärts liegenden Staate zugehöre, welchem dasselbe nicht wohl anders, als durch das Gebiet des erstern zugeführt werden kann.

§. 10. Sämmtlichen betreffenden Behörden wird es zur strengsten Pflicht gemacht, die Absendung der Vagabunden in das Gebiet des andern der hohen contrahirenden Theile nicht blofs auf die eigene unzuverlässige Angabe derselben zu veranlassen, sondern wenn das Verhältnifs, wodurch der andere Staat zur Übernahme eines Vagabunden conventionsmäfsig verpflichtet wird, nicht aus einem unverdächtigen Passe oder aus andern völlig glaubhaften Urkunden hervorgeht, oder wenn die Angabe des Vagabunden nicht durch besondere Gründe und die Verhältnisse des vorliegenden Falles unzweifelhaft gemacht wird, zuvor die Wahrheit sorgfältig zu ermitteln, und nöthigenfalls bei der, vermeintlich zur Aufnahme des Vagabunden verpflichteten Behörde Erkundigung einzuziehen.

§. 11. Sollte der Fall eintreten, dafs ein, von dem einen der hohen contrahirenden Theile, dem andern Theil, zum weitern Transporte in einen rückwärts liegenden Staat, zufolge der Bestimmung des §. 9. zugeführter Vagabund von dem letztern nicht angenommen würde, so kann derselbe wieder in den-

1822 jenigen Staat, welcher ihn ausgewiesen hatte, zur vorläufigen Beibehaltung zurückgebracht werden.

§. 12. Es bleibt den beiderseitigen Provinzial-Regierungsbehörden überlassen, unter einander die nähern Verabredungen wegen der zu bestimmenden Richtung der Transporte, so wie wegen der Übernahmsorte zu treffen.

§. 13. Die Überweisung der Vagabunden geschieht in der Regel vermittelst Transports und Abgabe derselben an die Polizeibehörde desjenigen Orts, wo der Transport als von Seiten des ausweisenden Staats für beendigt anzusehen ist. Mit den Vagabunden werden zugleich die Beweisstücke, worauf der Transport conventionsmäfsig gegründet wird, übergeben. In solchen Fällen, wo keine Gefahr zu besorgen ist, können einzelne Vagabunden auch mittelst eines Laufpasses, in welchem ihnen die zu befolgende Route genau vorgeschrieben ist, in ihr Vaterland gewiesen werden.

Es sollen auch nie mehr als drei Personen zugleich auf den Transport gegeben werden, es wäre denn, dafs sie zu einer und derselben Familie gehören und in dieser Hinsicht nicht wohl getrennt werden können. Gröfsere, sogenannte Vagantenschube sollen künftig nicht Statt finden.

§. 14. Da die Ausweisung der Vagabunden nicht auf Requisition des zur Annahme verpflichteten Staats geschieht, und dadurch zunächst nur der eigene Vortheil des ausweisenden Staats bezweckt wird; so können für den Transport und die Verpflegung der Vagabunden keine Anforderungen an den übernehmenden Staat gemacht werden.

Wird ein Auszuweisender, welcher einem rückwärts liegenden Staate zugeführt werden soll, von diesem nicht angenommen, und deshalb nach §. 11. in denjenigen Staat, welcher ihn ausgewiesen hatte, zurückgebracht; so mufs letzterer auch die Kosten des Transports und der Verpflegung erstatten, welche bei der Zurückführung aufgelaufen sind.

§. 15. Vorstehende Verordnung soll vom Tage der Publication derselben an verbindlich seyn, und in Kraft treten.

Da nun des regierenden Herzogs zu Sachsen-Gotha und Altenburg Durchlaucht diese Uebereinkunft genehmigt und wegen deren Vollziehung das Nöthige angeordnet haben, so ist hierüber die gegenwärtige zur öffentlichen Bekanntmachung bestimmte Erklärung ausgefertigt und in Seiner Durchlaucht Namen unterzeichnet worden. 1822

Gotha, den 6ten May 1822.

Herzogl. Sächs. geheimes Ministerium.
VON DER BECKE.

13.

Déclaration concernant les mesures prises par la Prusse et la Bavière pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes, datée de Berlin du 4 Mai 1822.

(*Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* J. 1822. No. 9. S. 144.)

Nachdem die Königlich Preufsische Regierung mit der Königlich Baierischen Regierung übereingekommen ist, wirksame Maasregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen gegenseitig zu treffen, so erklären beide Regierungen Folgendes:

1. Es verpflichtet sich sowohl die Königlich Preufsische als die Königl. Baierische Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben möchten, sobald sie davon Kenntnifs erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

1822 2. Um von beiden Seiten zur Sicherheit des Forsteigenthums möglichst mitzuwirken, sollen die wechselseitigen, gerichtlich verpflichteten Forst- und Polizeibeamten befugt sein, in den Fällen der Waldfrevel Haussuchungen im Gebiete des andern Staats, wenn sich dort der angegebene Thäter aufhält oder der gefrevelte Gegenstand befinden dürfte, zu veranlassen. Dieselben haben sich zu diesem Ende an den Ortsvorstand der betreffenden Gemeinde zu wenden, und diesen zur Vornahme der Visitation in ihrer Gegenwart aufzufordern.

3. Bei diesen Haussuchungen mufs der Ortsvorstand sogleich ein Protocoll aufnehmen, und ein Exemplar dem requirirenden Beamten einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath oder Beamten) übersenden, bei Vermeidung einer polizeilichen Geldstrafe.

4. Für die Konstatirung eines Forstfrevels, welcher von einem Angehörigen des einen Staats in dem Gebiete des andern begangen worden, soll den offiziellen Angaben und Abschätzungen, welche von den competenten und gerichtlich verpflichteten Forst- und Polizeibeamten des Orts des begangenen Frevels aufgenommen worden, jener Glaube von der zur Aburtheilung geeigneten Gerichtsstelle beigemessen werden, welchen die Gesetze den offiziellen Angaben der inländischen Beamten beilegen.

5. Die Einziehung des Betrages der Strafe, und der etwa stattgehabten Gerichtskosten, soll demjenigen Staate verbleiben, in welchem der verurtheilte Frevler wohnt und in welchem das Erkenntnifs stattgefunden hat und nur der Betrag des Schadensersatzes und der Pfandgebühren an die betreffende Kasse desjenigen Staates abgeführt werden, in welchem der Frevel verübt worden ist.

6. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Königl. Preufsischen und Königl. Baierischen Staaten wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in jedem einzelnen Falle so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur irgend möglich sein wird.

7. Gegenwärtige im Namen Sr. Majestät des Königs von Preufsen und Sr. Majestät des Königs von Baiern

zweimahl gleichlautend ausgefertigte Erklärung, soll, 1822
nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in den beiden Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Berlin, den 4ten Mai 1822.

Königl. Preufs. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

VON BERNSTORFF.

14.

Convention conclue entre la Hesse électorale et le duché de Saxe Gotha, concernant l'extradition réciproque des vagabonds du 10 *Mai* 1822.

[*Zusatz zu dem ersten Theile der neuen Beifugen zur* (*Gothaischen*) *Landes-Ordnung* No. CLV.]

Mit höchster Genehmigung ist zwischen dem Kurfürstlich Hessischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und dem hiesigen Herzoglichen Geheimen Ministerium, wegen wechselseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen, am 10ten Mai des laufenden Jahres folgende Uebereinkunft abgeschlossen worden:

§. 1. In Zukunft soll kein Landstreicher oder Verbrecher in das Gebiet des andern der beiden contrahirenden Theile ausgewiesen werden, wenn derselbe nicht entweder ein Angehöriger desjenigen Staats ist, welchem er zugewiesen wird, und in solchem sein Heimwesen zu suchen hat, oder doch durch dessen Gebiet als ein Angehöriger eines rückwärts liegenden Staates, nothwendig seinen Weg nehmen mufs.

1822 §. 2. Als Staatsangehörige, deren Uebernahme gegenseitig nicht versagt werden darf, sind anzusehen:

a) alle diejenigen, deren Vater, oder, wenn sie aufser der Ehe erzeugt wurden, deren Mutter, zur Zeit ihrer Geburt in der Eigenschaft eines Unterthans mit dem Staat in Verbindung gestanden hat, oder welche ausdrücklich zu Unterthanen aufgenommen worden sind, ohne nachher wieder aus dem Unterthans-Verbande entlassen worden zu sein, oder ein anderweitiges Heimathrecht erworben zu haben;

b) diejenigen, welche von heimathlosen Eltern zufällig innerhalb des Staatsgebiets geboren sind, so lange sie nicht in einem andern Staate das Unterthanenrecht nach dessen Verfassung erworben, oder sich daselbst mit Anlegung einer Wirthschaft verheirathet, oder darin, unter Zulassung der Obrigkeit, zehn Jahre lang gewohnt haben;

c) diejenigen, welche zwar weder in dem Staatsgebiete geboren sind, noch das Unterthanenrecht, nach dessen Verfassung, erworben haben, hingegen nach Aufhebung ihrer vorherigen staatsbürgerlichen Verhältnisse, oder überhaupt, als heimathlos, in nähere Verbindung mit dem Staate dadurch getreten sind, dafs sie sich daselbst unter Anlegung einer Wirthschaft verheirathet haben, oder dafs ihnen während eines Zeitraums von Zehn Jahren stillschweigend gestattet worden ist, darin ihren Wohnsitz zu haben.

§. 3. Wenn ein Landstreicher ergriffen wird, welcher in dem einen Staate zufällig geboren ist, in einem andern aber das Unterthanenrecht ausdrücklich erworben oder mit Anlegung einer Wirthschaft sich verheirathet, oder durch zehnjährigen Aufenthalt sich einheimisch gemacht hat; so ist der letztere Staat vorzugsweise, ihn aufzunehmen, verbunden. Trifft das ausdrücklich erworbene Unterthanenrecht in dem einen Staate mit der Verheirathung oder zehnjährigen Wohnung in einem andern Staate zusammen, so ist das erstere Verhältnifs entscheidend. Ist ein Heimathloser in dem einen Staat in die Ehe getreten, in einem andern aber nach seiner Verheirathung

während des bestimmten Zeitraums von zehn Jahren geduldet worden; so muſs er in dem letztern beibehalten werden. 1822

§. 4. Sind bei einem Vagabunden oder auszuweisenden Verbrecher keine der in den vorstehenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen anwendbar; so muſs derjenige Staat, in welchem er sich befindet, ihn vorläufig beibehalten.

§. 5. Verheirathete Personen weiblichen Geschlechts sind demjenigen Staate zuzuweisen, welchem ihr Ehemann, vermöge eines der angeführten Verhältnisse, zugehört. Wittwen sind nach eben denselben Grundsätzen zu behandeln, es wäre denn, daſs während ihres Wittwenstandes eine Veränderung eingetreten sey, durch welche sie nach den Grundsätzen der gegenwärtigen Übereinkunft einem andern Staate zufallen.

§. 6. Befinden sich unter einer heimathlosen Familie Kinder unter 14 Jahren, oder welche sonst wegen des Unterhaltes, den sie von den Eltern genieſsen, von denselben nicht getrennt werden können, so sind solche, ohne Rücksicht auf ihren zufälligen Geburtsort, in denjenigen Staat zu verweisen, welchem, bei ehelichen Kindern der Vater, oder, bei unehelichen die Mutter zugehört. Wenn aber die Mutter unehelicher Kinder nicht mehr am Leben ist, und dieselben bei ihrem Vater befindlich sind, so werden sie von dem Staate mit übernommen, welchem der Vater zugehört.

§. 7. Hat ein Staatsangehöriger durch irgend eine Handlung sich seines Bürgerrechtes verlustig gemacht, ohne einem andern Staate zugehörig geworden zu seyn, so kann der erstere Staat der Beibehaltung oder Wiederannahme desselben sich nicht entziehen.

§. 8. Handlungsdiener, Handwerksgesellen und Dienstboten, welche, ohne eine selbstständige Wirthschaft zu haben, in Diensten stehen, ingleichen Zöglinge und Studirende, welche der Erziehung oder des Unterrichts wegen, irgendwo verbleiben, erwerben durch diesen Aufenthalt, wenn derselbe auch länger als zehn Jahre dauern sollte, kein Wohnsitzrecht.

1822 §. 9. Denjenigen, welche als Landstreicher oder aus irgend einem andern Grunde ausgewiesen werden, hingegen in dem benachbarten Staate, nach den in der gegenwärtigen Uebereinkunft festgestellten Grundsätzen, kein Heimwesen anzusprechen haben, ist dieser Staat, den Eintritt in sein Gebiet zu gestatten, nicht schuldig, es würde denn urkundlich zur völligen Ueberzeugung dargethan werden, dafs das zu übernehmende Individuum einem rückwärts liegenden Staate zugehöre, welchem dasselbe auf geradem Wege nicht anders, als durch das Gebiet des ersteren zugeschickt werden kann.

§. 10. Sämmtlichen betreffenden Behörden wird es zur strengsten Pflicht gemacht, die Absendung der Vagabunden in das Gebiet des andern der beiden contrahirenden Theile, nicht blofs auf die eigene unzuverlässige Angabe derselben zu veranlassen, sondern, wenn das Verhältnifs, wodurch der andere Staat zur Annahme eines Vagabunden der Uebereinkunft gemäfs verpflichtet wird, nicht aus einem unverdächtigen Passe, oder aus anderen völlig glaubhaften Urkunden hervorgeht, oder wenn die Angabe des Vagabunden nicht durch besondere Gründe und die Verhältnisse des vorliegenden Falles unzweifelhaft gemacht wird, zuvor die Wahrheit sorgfältig zu ermitteln, und nöthigenfalls bei der, vermeintlich zur Aufnahme des Vagabunden verpflichteten Behörde Erkundigung einzuziehen.

§. 11. Sollte der Fall eintreten, dafs ein, von dem einen der beiden contrahirenden Theile dem andern Theile zur Weiterschaffung in einen rückwärts liegenden Staat, zufolge der Bestimmung des §. 9. zugeführter Vagabund von dem letztern nicht angenommen würde, so kann derselbe wieder in denjenigen Staat, welcher ihn ausgewiesen hatte, zur vorläufigen Beibehaltung zurückgebracht werden.

§. 12. Um die Transporte gehörig zu dirigiren, sind Sachsen-Gothaischer Seits zu Übernahmsorten die Ämter Georgenthal und Tenneberg festgesetzt worden.

§. 13. Die Überweisung der Vagabunden geschieht in der Regel vermittelst Transports und Abgabe der-

selben an die Polizeibehörde desjenigen Ortes, wo der Transport als von Seiten des ausweisenden Staats beendigt anzusehen ist. Mit den Vagabunden werden zugleich die Beweisstücke, worauf der Transport der Übereinkunft gemäfs gegründet wird, übergeben. In solchen Fällen, wo keine Gefahr zu besorgen ist, können einzelne Vagabunden auch mittelst eines Laufpasses, in welchem ihnen die zu befolgende Route genau vorgeschrieben ist, in ihr Vaterland gewiesen werden. 1822

Es sollen auch nie mehr als drei Personen zugleich auf den Transport gegeben werden, es sey denn, dafs sie zu einer und derselben Familie gehörten, und in dieser Hinsicht nicht wohl getrennt werden könnten. Gröfsere, sogenannte Vagantenschube sollen künftig nicht statt finden.

§. 14. Da die Ausweisung der Vagabunden nicht auf Requisition des zur Annahme verpflichteten Staats geschieht und dadurch zunächst nur der eigene Vortheil des ausweisenden Staates bezweckt wird; so können für den Transport und die Verpflegung der Vagabunden keine Anforderungen an den übernehmenden Staat gemacht werden. Wird aber ein Ausgewiesener, welcher einem rückwärts liegenden Staate zugeführt werden soll, von diesem nicht angenommen und deshalb nach §. 11. in denjenigen Staat, welcher ihn ausgewiesen hatte, zurückgebracht; so mufs letzterer auch die Kosten des Transports und der Verpflegung erstatten, welche bei der Zurückführung aufgelaufen sind.

Nachdem nun des regierenden Herzogs zu Sachsen-Gotha und Altenburg Durchlaucht die vorstehende Übereinkunft genehmigt haben, so ist hierüber diese zur Publication bestimmte Erklärung ausgefertigt und unterzeichnet worden.

So geschehen Gotha den 10ten Mai 1822.

Herzoglich Sachsen-Gotha und Altenburgisches geheimes Ministerium.

VON DER BECKE.

Auf gnädigsten Befehl Sr. Herzogl. Durchlaucht wird die vorstehende Übereinkunft hiermit zu Jeder-

1822 manns Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, den Unterobrigkeiten aber insbesondere noch in Beziehung auf den 12ten §. der besagten Convention bemerklich gemacht, dafs Kurhessischer Seits die Stadt *Schmalkalden* und der Flecken *Brotterode* zu Übernahms-Orten der aus den hiesigen Landen in die Kurfürstlich Hessischen Staaten zu bringenden Vagabunden und Ausgewiesenen bestimmt worden sind.

Gotha den 16ten September 1822.

Herzogl. Sächs. Landes-Regierung daselbst.

15.

Convention entre le Danemarc et le duché de Nassau concernant l'abolition du droit de détraction et de traite foraine du 17 Mai 1822.

(*Sammlung der landesherrlichen Edicte und Verordnungen des Herzogthums Nassau.* Bd. 3. S. 30.)

Nachdem Se. Majestät der König zu Dännemark und Se. Herzoglichen Durchlaucht übereingekommen sind, die bisher bei Emigrations- Erbschafts- und anderen Fällen gegenseitig bezogenen Abschofs- oder Abzugsgelder, Zehnten, Nachsteuer u. s. w. aufzuheben; so ist hierüber nachstehende Urkunde ausgefertigt und gegenseitig ausgewechselt worden:

Nachdem Se. Königliche Majestät zu Dännemark u. s. w. mit Sr. Durchlaucht dem Herzoge zu Nassau, in Betracht der Beschwernisse, welche mit dem von den um- und wegziehenden Landes-Eingesessenen auch in Erbschafts- und anderen Fällen bisher geforderten Abzugs- oder Abschofsgelde verknüpft sind, sich dahin vereinigt haben, solches Abzugs- oder Abschofsrecht nunmehr zwischen dem Königreiche Dännemark und dem Herzogthume Schleswig (so wie solches bereits zufolge des 18ten Artikels der deut-

schen Bundesakte vom 8ten Juni 1815 und des Beschlusses der deutschen Bundesversammlung vom 23ten Juni 1817 in Rücksicht der Herzogthümer Holstein und Lauenburg geschehen) einer, und den gesammten Herzoglich Nassauischen Landen anderer Seits gänzlich abzustellen und aufzuheben, so dafs von den Herzoglich Nassauischen Unterthanen, welche aus dem Herzogthum Nassau mit wesentlicher Wohnung und mit ihren Gütern sich fürs künftige in das Königreich Dännemark und das Herzogthum Schleswig begeben, so wie auch von den Unterthanen des Königreichs Dännemark und des Herzogthums Schleswig, welche künftig in dem Herzogthume Nassau Erbschaften zu erheben haben und solche in vorbemeldete Königlich Dänische Staaten ziehen und transportiren, kein Abschofs, Nachsteuer, Zehent- oder Abzugsgeld, unter irgend einer Benennung gefordert, noch beigetrieben werden soll. Diejenigen allgemeinen Abgaben ausgenommen, welche in solchen Fällen die Königlich Dänischen oder die Herzoglich Nassauischen Unterthanen an ihren eigenen Landesherren zu entrichten haben, wird diese reciproke Aufhebung vorgedachter Abschofs- Nachsteuer- Zehent- oder Abzugsgelder sich übrigens auch nicht nur ausdrücklich auf die Emigrations- und Erbschafts-, sondern auch auf alle sonstige Fälle erstrecken, in welchen bisher dem Herkommen nach oder per modum retorsionis, die Erlegung dergleichen Gelder, unter welchem Namen es auch geschehen sein mag, gebräuchlich gewesen ist, zu welchem Ende mit Sr. Herzoglichen Durchlaucht höchster Genehmigung diese Declaration unter beigedrucktem Staats-Insiegel darüber ausgestellt worden ist. 1822

Wiesbaden, den 17ten Mai 1822.

Herzoglich Nassauisches Staats-Ministerium.

(L. S.) *Freiherr* von Marschall.

Vdt. Stein.

deren Inhalt hiermit zur Kenntnifs und Darnachachtung sämmtlicher Herzoglicher Behörden und Unterthanen mit dem Bemerken gebracht wird, dafs die-

1822 selbe als mit dem 17ten März laufenden Jahrs in völlige Wirksamkeit getreten anzusehen sei.

Wiesbaden, den 17ten November 1823.

Herzoglich Nassauisches Staats-Ministerium.

Freiherr von Marschall.

Vdt. Stein.

16.

Convention provisoire entre la Prusse et le grand duché de Saxe-Weimar, concernant l'extradition réciproque des vagabonds, du 12 Juin 1822.

(*Gesetz-Sammlung für die Königlich Preufsischen Staaten* J. 1822. No. 12. S. 175.)

Zwischen der Königlich Preufsischen und Grofsherzoglich Sachsen-Weimarschen Regierung ist unter Vorbehalt einer, nach demnächstiger Beseitigung der gegenwärtig obwaltenden Hindernisse, künftig abzuschliefsenden förmlichen Convention, die provisorische Übereinkunft getroffen worden:

in allen vorkommenden Fällen, welche die Übernahme von Vagabunden und Ausgewiesenen betreffen, sich gegenseitig nach der Bestimmung der, unterm 5ten Februar 1820 zwischen den Königreichen Preufsen und Sachsen abgeschlossenen Convention (confer. pag. 40 seq. der Gesetzsammlung des Jahres 1820) richten zu wollen.

Dabei sind zu gegenseitigen Ablieferungs- und Übernahms-Orten bestimmt worden:

Königlich Preufsischer Seits

Gegen den Weimar-Jenaischen Kreis: die Städte Eckardsberga und Erfurt,

Gegen den Eisenachschen Kreis: die Städte Treffurt und Erfurt,

Für die dem Kreise Ziegenrück zugehörigen Transportanten, die Kreisstadt Ziegenrück, und

Für die dem Kreise Schleusingen angehörigen Va- 1822
ganten, die Kreisstadt Schleusingen.

Grofsherzoglich-Weimarscher Seits dagegen für den Weimar-Jenaischen Kreis, die Städte Weimar und Buttstädt,

Für den Eisenachschen Kreis, die Stadt Eisenach,
Für den Neustädter Kreis, die Stadt Neustadt,
Für das Amt Ilmenau, die Stadt Ilmenau.

Gegenwärtige im Namen Sr. Majestät des Königs von Preufsen, und Sr. Königlichen Hoheit des Grofsherzogs von Sachsen-Weimar zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung, soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, in den beiderseitigen Landen öffentlich bekannt gemacht werden, und sogleich Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 12ten Juni 1822.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Bernstorff.

17.

Déclaration des commissaires nommés par la Grande-Bretagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale pour régler les frontières, du 18 Juin 1822.

(*The Times* 1822. August 8. No. 11, 632.)

Department of State. Washington. July 3, 1822.

The following is a copy of the report and decision of the commissioners of the United States and of Great Britain, appointed by virtue of the sixth article of the treaty of Ghent: —

The undersigned commissioners, appointed, sworn and authorized, in virtue of the sixth article of the

1822 treaty of peace and amity between His Britannic Majesty and the United States of America, concluded at Ghent on the 24th of December 1814, "impartially to examine, and by a report or declaration under their hands and seals, to designate that portion of the boundary of the United States from the point where the 45th degree of north latitude strikes the river Iroquois, or Cataragui, along the middle of said river into Lake Ontario, through the middle of said lake until it strikes the communication by water between that lake and Lake Erie; thence along the middle of said communication into Lake Erie, through the middle of said lake, until it arrives at the water communication into Lake Huron; thence through the middle of said water communication into Lake Huron; thence through the middle of said lake to the water communication between that lake and Lake Superior;" and to "decide to which of the two contracting parties the several islands, lying within the said rivers, lakes and water communications, do respectively belong, in conformity with the true intent of the treaty of 1783;" do decide and declare that the following described line is the true boundary intended by the two before mentioned treaties; that is to say —

Beginning at a stone monument erected by Andrew Ellicott, Esq., in the year 1817, on the south bank, or shore, of the said river Iroquois, or Cataragui (now called the St. Lawrence) which monument bears south 74 deg. 45 min. west, and is 1,840 yards distant from the stone church in the Indian village of St. Regis, and indicates the point at which the 45th parallel of north latitude strikes the said river; thence running north 35 deg. 45 sec. west into the river, on a line at right angles with the southern shore, to a point 100 yards south of the opposite island, called Cornwall island; thence, turning westerly, and passing round the southern and western sides of said island, keeping 100 yards distant therefrom, and following the curvatures of its shores, to a point opposite to the north west corner, or angle of said island; thence to and along the middle of the main river, until it approaches the eastern extremity of Barnhart's island; thence, nor-

therly, along the channel which divides the last-mentioned island from the Canada shore, keeping 100 yards distant from the island, until it approaches Sheik's island; thence, along the middle of the strait which divides Barnhart's end Sheik's islands, to the channel called the Long Sault, which separates the two last mentioned islands from the Lower Long Sault island; thence westerly, (crossing the centre of the last-mentioned channel), until it approaches within 100 yards of the north shore of the Lower Sault island; thence up the north branch of the river, keeping to the north of, and near the Lower Sault island; and also north of, and near the Upper Sault (sometimes called Baxter's) island, and south of the two small islands to the western extremity of the Upper Sault, or Baxter's island; thence passing between the two islands called the Cats, to the middle of the river above; thence along the middle of the river, keeping to the north of Christler's Island and of the small island next above it, until it approaches the north-east angle of Goose-neck Island; thence along the passage which divides the last-mentioned Island from the Canada shore, keeping 100 yards from the island, to the upper end of the same; thence south of, and near the island called Dry or Smuggler's Island; then passing to the north of the island called Isle au Rapid Platt; thence along the north side of the last-mentioned island, keeping 100 yards from the shore to the upper end thereof; thence along the middle of the river, keeping to the south of and near the island called Cousson (or Tussin) or Presque Isle; thence up the river, keeping north of, and near the several Gallop Isles, and also of Tick, Tibbet's and Cannny Islands; and south of Duck, Drummond and Sheep Islands; thence along the middle of the river north of Gull Island, Bluff Island, and to the south of Grenadier Island, until it approaches the north-east point of Grindstone Island; thence to the north of Grindstone Island, until it approaches the southern point of Hickory Island; thence passing to the south of Hickory Island, and of the two small islands lying near its southern extremity; thence to the south of Grand or Long Island, keeping near its 1822

1822 southern shore, and passing the north of Carlton Island, until it arrives opposite to the southwestern point of said Grand Island in Lake Ontario; thence passing to the north of Grenadier, Fox, Stoney, and the Gallop Islands in Lake Ontario, and to the south of, and near, the islands called the Ducks, to the middle of the said lake; thence, westerly, along the middle of the said lake, to a point opposite the mouth of the Niagara river; thence to and up the middle of the said river, to the Great Falls; thence, up the Falls, through the point of the Horse Shoe, keeping to the west of Tris or Goat Island, and of the group of small islands at its head, and following the bends of the river so as to enter the strait between Navy and Grand Islands; thence, along the middle of the said strait to the head of Navy Islands; thence, to the west and south of, and near to, Grand and Beaver Islands, and to the west of Strawberry, Squaw and Bird Islands to Lake Erie; thence southerly and westerly, along the middle of Lake Erie, in a direction to enter the passage immediately south of Middle Island, being one of the eastern most of the group of islands lying in the western part of the said lake; thence along the said passage, proceeding to the north of Cunningham's Island, of the three Bafs-Islands and of the Western Sister, and to the south of the islands called the Hen and Chickens, and of the Eastern and Middle Sisters; thence to the middle of the mouth of the Detroit river, in a direction to enter the channel which divides Bois-blanc and Sugar Islands; thence up the said channel to the west of Bois-blanc Island, and to the east of Sugar, Fox and Stony Islands, until it approaches Fighting, or Great Turkey Island; thence along the western side and near the shore of said last-mentioned island, to the middle of the river above the same; thence, along the middle of said river, keeping to the south-east of and near Hog Island, and to the north-west of, and near the island called Isle à la Peche, to Lake St. Clair; thence, through the middle of said lake, in a direction to enter the mouth or channel of the river St. Clair, which is usually denominated the Old Ship Channel; thence,

along the middle of said channel, between Squirrel Island on the south-east and Herson's Island on the north-west, to the upper end of the last mentioned island, which is nearly opposite to Point au chenes, on the American shore; thence along the middle of the river St. Clair, keeping to the west of, and near, the islands called Belle Revieve Isle, and Isle aux Cerfs, to Lake Huron; thence, through the middle of Lake Huron, in a direction to enter the strait or passage between Drummond's Island on the west and the Little Manitou Island on the east: thence, through the middle of the passage, which divides the two last mentioned islands; thence, turning northerly and westwardly, around the eastern and north eastern shores of Drummond's Island, and proceeding in a direction to enter the passage between the island of St. Joseph's and the American shore, passing to the north of the intermediate islands. Thence, up the said last mentioned passage, keeping near to the island of St. Joseph's, and passing to the north and east of Isle à la Crosse, until it strikes a line passing accrofs the river at the head of St. Joseph's Island, and at the foot of the Neebish Rapids, which line denotes the termination of the boundary directed to be run by the 6th article of the treaty of Ghent. 1822

And the said commissioners do further decide and declare, that all the islands lying in the rivers, lakes and water communications, between the before described boundary line and the adjacent shores of Upper Canada, do, and each of them does, belong to his Britannic Majesty; and that all the islands lying in the rivers, lakes and water communications, between the said boundary line and the adjacent shores of the United States, or their territories, do and each of them does, belong to the United States of America, in conformity with the true intent of the second article of the said treaty of 1783, and of the 6th article of the treaty of Ghent.

In faith whereof, we, the commissioners aforesaid, have signed this declaration, and thereunto affixed our seals.

1822 Done in quadruplicate, at Utica, in the State of New York, in the United States of America, the 18th day of June, in the year of our Lord 1822.

PETER B. PORTER (L. S.)
ANTH. BARCLAY (L. S.)

18.

Déclaration concernant le rénouvellement du cartel existant entre l'Autriche et la Bavière, du 19 Juin 1822.

(*Regierungs- und Intelligenz-Blatt für das Königreich Baiern* 1822. No. 31.)

Da gegenwärtig mit der Kaiserl. Königl. Österreichischen Regierung über die Erneuerung der im Jahre 1817 auf fünf Jahre abgeschlossenen Militär-Cartel-Convention unterhandelt wird, so ist man von beiden Seiten übereingekommen, dafs bis zum Abschlufs der neuen die gegenwärtig bestehende Convention ihre volle Wirksamkeit beibehalten soll, wonach sich in vorkommenden Fällen zu achten ist.

München, den 19ten Junius 1822.

Auf Seiner Königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl,

Graf VON RECHBERG.

An sämmtliche Kön. Kreis-Regierungen also ergangen.

Durch den Minister:

der General-Secretair,

V. BAUMÜLLER.

19.

Convention entre la Prusse et le duché d'Anhalt-Dessau, concernant la restitution des fraix de justice en matières criminelles, du 22 Juin 1822. 1822

(*Gesetz - Sammlung für die Königlich Preufsischen Staaten* 1822. No. 16. p. 193.)

Die Königlich Preufsische Regierung hat sich wegen der Kosten in Untersuchungen wider unvermögende Personen mit der Herzoglich Anhalt - Dessauschen Regierung dahin vereinigt:

1. In allen Fällen, wo Delinquenten von einer Königlich Preufsischen Criminal - Justizbehörde an eine Herzoglich Anhalt-Dessausche Criminal-Justizbehörde, oder von dieser an jene, nach vorgängiger Requisition ausgeliefert werden, sind nicht allein alle baaren Auslagen, sondern auch die sämmtlichen nach der bei dem requirirten Gerichte üblichen Taxe zu liquidirenden Gerichtsgebühren, dem letztern aus dem Vermögen des an das requirirende Gericht ausgelieferten Delinquenten, wenn solches dazu hinreicht, zu entrichten. Hat aber der ausgelieferte Delinquent kein hinreichendes Vermögen, so fallen die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Gerichts durchgehends weg und das requirirende Gericht bezahlt alsdann dem Erstern nur die baaren Auslagen für Atzung, Transport, Porto und Copialien.

2. Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Absicht der Bezahlung der Kosten in solchen Criminalfällen verfahren werden, wo es nicht auf die Auslieferung von Delinquenten, sondern nur auf die Abhörung oder Sistirung von Zeugen oder anderer Personen ankommt.

3. Zur Entscheidung der Frage: ob der Delinquent hinreichendes eigenes Vermögen zur Bezahlung der Gerichtsgebühren besitze oder nicht, — soll in den beiderseitigen Ländern nichts weiter als das Zeugnifs derjenigen Gerichtsstelle erfordert werden, unter wel-

1822 cher der Delinquent seinen wesentlichen Wohnsitz hat. Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben, und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden sein, so wird es angesehen, als ob er kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze.

4. Den bei den Criminaluntersuchungen zu sistirenden Zeugen und anderen abzuhörenden Personen sollen die Reise- und Zehrungskosten nebst der wegen ihrer Versäumnifs ihnen gebührenden Vergütung, bei erfolgter wirklicher Sistirung vom requirirenden Gerichte sofort verabreicht werden. Sofern sie deswegen eines Vorschusses bedürfen, wird das requirirte Gericht zwar die Auslage davon übernehmen, es soll selbige jedoch vom requirirenden Gerichte auf die erhaltene Benachrichtigung, dem requirirten Gerichte ungesäumt wieder erstattet werden.

Diese im Namen Sr. Majestät des Königs von Preufsen ausgefertigte, von dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnete Erklärung soll, nach erfolgtem Austausche gegen eine gleichlautende Erklärung der Herzoglich-Dessauschen Regierung, gesetzliche Kraft und Wirksamkeit haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Berlin, den 22ten Juni 1822.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

(L. S.) v. Bernstorff.

20.

Traité entre la Prusse et la principauté de Schwarzbourg-Rudolstadt concernant les droits à percevoir sur les frontières du territoire prussien du commerce de la partie enclavée des possessions souveraines de S. A. le prince de Schwarzbourg-Rudolstadt, conclu le 24 Juin 1822, et ratifié par S. M. le Roi de Prusse le 28 Octobre de la même année. 1822

(*Gesetz-Sammlung für die Königlich Preufsischen Staaten.* J. 1822. No. 22. S. 225.)

Da die Gefälle, welche dem Königlich Preufsischen Gesetze vom 26sten Mai 1818 gemäfs, auf den äufsern Gränzen des Staats erhoben werden, auch mehrere in demselben eingeschlossene souveraine Besitzungen deutscher Bundesstaaten treffen, Seine Majestät der König von Preufsen aber geneigt sind, dasjenige Einkommen, welches Ihren Cassen in Folge dieses besonderen Verhältnisses zufliefst, den landesherrlichen Cassen gedachter Staaten für den Fall überweisen zu lassen, dafs eine gemeinschaftliche billige Übereinkunft deshalb getroffen werden könnte, so haben Seine Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt Sich zu einer solchen Übereinkunft in Rücksicht Ihrer, in den äufsern Umfange der Preufsischen Staaten eingeschlossenen souverainen Besitzungen, unbeschadet Ihrer landesherrlichen Hoheitsrechte, bereit erklärt, und es ist hierauf zwischen den Bevollmächtigten beider Theile nachstehender Vertrag verabredet und unter Vorbehalt der beiderseitigen landesherrlichen Genehmigung abgeschlossen worden.

Art. I. Der Betrag des aus den Königlich Preufsischen Cassen nach gegenwärtigem Vertrage an Seine

1822 Durchlaucht den Fürsten zu Schwarzburg-Rudolstadt zu überreichenden Einkommens soll von drei zu drei Jahren in gemeinsamer Übereinkunft festgesetzt werden. Zur Grundlage dieser Übereinkunft soll der jedesmalige letztdreijährige Ertrag des Einkommens an Verbrauchssteuer bei den Königlichen Zoll- und Steuer-Ämtern in den sieben östlichen Provinzen des Preufsischen Staats dergestallt dienen, dafs der Antheil Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt daran nach dem Verhältnisse der Bevölkerung der gedachten sieben Provinzen zu der Bevölkerung des eingeschlossenen Theils der Fürstlichen souverainen Besitzungen berechnet wird.

Es wird dabei, um die Schwierigkeit der Sonderung der Zollgefälle von der Verbrauchssteuer zu beseitigen, welche letztere nach der dermahligen Erhebungsrolle unter den Eingangs-Abgaben mit begriffen ist, angenommen, dafs die Verbrauchssteuer fünf Achtel des Einkommens an Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben zusammengenommen betrage.

Art. II. Mit Rücksicht auf die Bestimmungen im ersten Artikel, ist die Summe, welche Se. Fürstliche Durchlaucht bis zum 31sten Decemb. 1824 erheben lassen werden auf "Fünftausend siebenhundert Thaler Preufsisches Silbergeld" jährlich festgesetzt, welche in gleichen Quartal-Raten in den Monathen Mai, Juni, September und December jedesmal mit Eintausend vierhundert fünf und zwanzig Thalern bei der Königlichen Regierungs-Hauptcasse zu Erfurt zur Verfügung Sr. Durchlaucht bereit stehen sollen. Die bei Abschlufs dieses Vertrags fällige Zahlung wird innerhalb vier Wochen, nach erfolgter Genehmigung desselben, durch die General-Staatscasse zu Berlin geleistet.

Art. III. Im Fall eine Fürstliche Hofhaltung zu Frankenhausen sein sollte, werden von denjenigen Waaren, welche mit Fürstlichen Kammer-Attesten für die Hofhaltung Sr. Durchlaucht eingehen, die Gefälle, so weit es durch gedachte Atteste verlangt wird, nicht beim Eingange erhoben, sondern blofs notirt und bei der nächsten Quartal-Hebung statt baaren Geldes in Zahlung angerechnet.

Art. IV. In Rücksicht der von den mit der Pos ankommenden steuerpflichtigen Waaren einzuziehen-

den Gefälle, soll es bis auf anderweite Übereinkunft 1822
dabei bleiben, wie es seit dem 1sten Januar 1819, bis jetzt gehalten worden.

Art. V. Diejenige Freiheit der Durchfuhr durch das Königlich Preufsische Gebiet, welche durch den achten Artikel des zwischen Sr. Majestät dem Könige und Sr. Durchlaucht dem Fürsten unterm 19ten Juni 1816 abgeschlossenen Staats - Vertrages festgesetzt worden ist, wird unverkürzt aufrecht erhalten. In Rücksicht der Erzeugnisse der landesherrlichen Berg- und Hüttenwerke, worauf sich derselbe bezieht, wollen beide Theile die Durchfuhrfreiheit, jedoch zu Vermeidung von Misbräuchen, ausdrücklich auf solche Gegenstände beziehen, welche mit Fürstlichen Ministerial - Attesten aus Sr. Durchlaucht gehörigen Berg- und Hüttenwerken in Fürstliche Niederlagen gehen.

Art. VI. Sr. Majestät der König und Se. Durchlaucht der Fürst versichern Ihren Unterthanen gegenseitig den völlig freien und ungestörten Verkehr zwischen den innerhalb der Preufsischen Zoll - Linie an den äufsern Gränzen des Staats belegenen Königlich Preufsischen und Fürstlich Schwarzburg - Rudolstädtischen Ländern dergestalt, dafs die von den beiderseitigen Unterthanen innerhalb des gedachten Bezirks zu verführenden Waaren und Erzeugnisse aller Art, überall den eigenen inländischen völlig gleich behandelt werden sollen.

Art. VII. In Folge des vorstehenden Artikels werden auch solche inländische Erzeugnisse, welche in dem Königlich Preufsischen oder in dem Fürstlich Schwarzburg - Rudolstädtischen Gebiete innerhalb der Preufsischen Zoll - Linie mit besonderen Verbrauchssteuern zur Zeit belegt sind, oder künftig belegt werden möchten, in sofern in völlig freiem Umlaufe sein, als in beiden Ländern dem Landesherrn gleiche Abgaben davon entrichtet werden. Wo aber eine solche Gleichheit nicht Statt findet, kann in dem Gebiete, welches den höhern Steuersatz hat, das Fehlende nacherhoben werden.

Wiewohl hiernach (aufser dem Salze und den Spielkarten, wovon der folgende Artikel besonders handelt) nur beim Branntwein, Bier und Taback, sofern die Umstände es erfordern sollten, beide letzte

1822 Gegenstände zu beachten, der freie Übergang in den Preufsischen Staat Hindernisse findet, so bleibt es doch für den wechselseitigen Verkehr der Unterthanen mit ihren Erzeugnissen wünschenswerth, solche immer mehr zu beseitigen, daher Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg - Rudolstadt den Zins der Branntweinbrenner, oder die Auflage auf den Branntwein, welcher in dem enklavirten Lande erzeugt wird, alsbald dergestalt erhöhen wollen, dafs solche der Preufsischen Abgabe vom inländischen Branntwein, völlig gleich kommt.

Art. VIII. Da das Salz und die Spielkarten, welche in dem Preufsischen Staate von den eigenen Unterthanen desselben verfertigt werden, im Preufsischen Gebiete nicht freien Umlauf haben, sondern nur von den dazu bestimmten Anstalten verkauft werden können, so werden in Folge der festgesetzten Gleichheit auch Salz und Spielkarten, wenn diese in den Fürstlichen Landen verfertigt sein möchten, in den Königlichen Landen nicht freien Umlauf haben können, sondern daselbst den gleichen Beschränkungen, vorbehaltlich jedoch der im fünften Artikel bestätigten Durchfuhrfreiheit, unterworfen sein.

Art. IX. Beide Landesregierungen werden in den zur Sicherung Ihrer landesherrlichen Gefälle und Aufrechthaltung der Gewerbe Ihrer Unterthanen nothwendigen Maasregeln einander gegenseitig freundschaftlich unterstützen. Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg - Rudolstadt wollen namentlich gestatten, dafs die Königlichen Zollbeamten die Spuren begangener Unterschleife auch in Ihr Gebiet verfolgen und mit Zuziehung der Orts - Obrigkeiten sich des Thatbestandes versichern. Wenn auch zu dessen Feststellung, oder Sicherung der Gefälle und Strafen, Visitationen, Beschlagnahmen und Vorkehrungen von den Königlichen Zollbedienten bei den Fürstlichen Landes- oder Ortsbehörden in Antrag gebracht werden, sollen diese, nachdem sie sich von der Zulässigkeit den Umständen nach überzeugt haben, solche alsbald willig und zweckmäfsig veranstalten. Se. Durchlaucht wollen ferner in Ihrem Lande verordnen und darauf halten lassen:

1. Dafs alle Fürstliche Unterthanen und Andere, die sich im Fürstlichen Gebiete aufhalten, welche

Waaren ohne die an den Preufsischen Zollstellen zu 1822
erhebenden Gefälle, — woran Se. Durchlaucht für den im Preufsischen Staate eingeschlossenen Theil Ihrer Besitzungen Selbst Antheil haben, — unterschleiflich über die äufsere Preufsische Gränze eingeführt haben, oder welche sonst Handlungen begehen, welche gegen das Preufsische Steuergesetz und Ordnung vom 26sten Mai 1818 laufen, nach der Strenge dieser Gesetze, deren Kenntnifs bei ihnen vorausgesetzt wird, auch von den Schwarzburgischen Gerichten, wenn von diesen die Untersuchung und Überführung erfolgt, bestraft werden sollen;

2. Dafs diejenigen, welche auch innerhalb der Gränzen des Fürstenthums Handlungen begehen, wodurch vorsätzlich oder wissentlich die Kontrebande mit Salz und Spielkarten oder Defraude mit anderen Waaren, welche einer Verbrauchssteuer unterworfen sind, befördert wird, um den doppelten Betrag des dadurch gesuchten Vortheils bestraft werden. Es soll jeden Falls dieser Vortheil mindestens dem Betrage der Abgabe gleich geachtet werden, womit die Waare im Preufsischen belegt ist.

Art. X. In Berücksichtigung sowohl der von Sr. Durchlaucht gewünschten Erleichterung und Erhaltung des Verkehrs zwischen Ihren abgesondert gelegenen Landen, als auch des gestatteten völlig freien Absatzes aller Erzeugnisse des Preufsischen Staats in den Fürstlichen, nicht vom Preufsischen Gebiete eingeschlossenen Landen, ist vereinbart, dafs grobe Eisen- und Stahlwaaren, Glas, Töpferwaaren, Leinenzeug und Tuch aus Rudolstadt auf gehörige von der dazu bestellten Fürstlichen Behörde ausgestellte Bescheinigung ihres dortigen Ursprungs, in den Preufsischen Staat, über ein dazu am besten belegenes Haupt-Zollamt in so weit frei eingehen sollen, als die Abgaben, welche nach dem Tarif darauf ruhen, aber frei geschrieben werden, Vierhundert Thaler im Laufe eines Jahres nicht übersteigen. Der in dem herrschaftlichen Weinberge zu Frankenhausen erbauete und zur Fürstlichen Hofhaltung nach Rudolstadt abzusendende Wein, kann, wie dies bei jedem andern Produkt, welches mit keinem Ausgangs-Zoll im Preufsischen Tarif betroffen ist, Statt findet, ohne alle Abgabe durch das Preufsische durchgeführt werden.

1822 Art. XI. Gegenwärtiger Vertrag soll unvorzüglich zur landesherrlichen Ratification vorgelegt und nach Auswechselung der Ratifications-Urkunden sofort zur Vollziehung gebracht werden.

Des zu Urkund ist derselbe von den beiderseitigen Bevollmächtigten unter Beidrückung ihres Siegels unterzeichnet worden.

Berlin, den 24sten Juni 1822.

Maassen. Hoffmann. von L'Estocq.

21.

Traité d'union et d'alliance entre la république de Colombie et le Pérou, signé à Lima, le 6 Juillet 1822; ratifié à Bogota le 12 Juillet 1823.

(*The Times* 1823. November 8. No. 12, 024. *Annual register* 1823. *Publ. documents* p. 204.)

Francisco de Paula Santander, of the liberators of Venezuela and Cundinamarca etc. Vicepresident of the republic, and charged with the executive power,

To all persons who may see these presents, health! Whereas, between the republic of Colombia and the state of Peru there was concluded and signed in the city of the freemen of Lima, on the 6th of July, in the year of grace 1822, by plenipotentiaries sufficiently authorized on both sides, a treaty of perpetual union, coalition, and confederation, the tenour of which is literally as follows: —

In the name of God, the Sovereign Governor of the Universe!

The government of the republic of Colombia on the one part, and that of the state of Peru on the other, being animated with a sincere wish to put

an end, as early as possible, to the calamities of 1822
the present war, provoked by the government of his Catholic Majesty, the King of Spain, by efficaciously co-operating to so desirable an end with all their influence, means and sea and land forces, until they have secured for ever, to their respective countries, subjects and citizens, the valuable enjoyments of their internal tranquillity, freedom and national independence; and his excellency the liberator, president of Colombia, having for this purpose, conferred full powers on the hon. Joaquin Mosquera, member of the senate of the said republic; and the state of Peru on colonel Don Bernardo Monteagudo, counsellor and minister of state and foreign affairs, founder and member of the great council of the order of the Sun, and secretary thereof, decorated with the medal of the liberating army, superintendant general of the post-office and president of the patriotic society, they have after exchanging in good and due from their said powers, agreed upon the following articles:

Art. I. The Republic of Colombia and the State of Peru, hereby agree to unite, bind and confederate themselves in peace and war, from this time forward for ever, in order to sustain with their influence, and sea and land forces, as far as circumstances will allow, their independence of the spanish nation, and of all other foreign dominion whatever; and to secure, after the same has been acknowledged, their mutual prosperity, the best harmony and understanding, as well between their own countries, subjects and citizens, as the other nations with whom they will have to enter relations.

Art. II. The Republic of Colombia and the State of Peru, therefore, spontaneously promise and contract a perpetual compact of intimate alliance and firm and constant friendship for their common defence, for the security of their independence and liberty, for their reciprocal and general welfare, and their interior tranquillity; binding each other to afford mutual aid, and in common to repel all attack and invasion which may, in any manner, threaten their political existence.

1822 Art. III. In cases of sudden invasion, both parties may operate hostilely on the territory of each, whenever the circumstances of the moment do not allow of a special agreement being made with the government to whom belongs the sovereignity of the invaded territory. The party, however, so operating, shall observe, and cause to be observed, the statutes, regulations and laws of the respective state, as far as circumstances will allow and cause the government thereof to be respected and obeyed. The expenses which may be incurred in these operations shall be settled in particular conventions and paid within one year after the conclusion of the present war.

Art. IV. In order to secure and perpetuate, in the best manner possible, good friendship and intercourse between both states, the citizens of Peru and Colombia shall enjoy the rights and prerogatives, belonging to citizens born in both territories; that is to say, that Colombians shall be held in Peru to be Peruvians, and the latter in the republic of Colombia, to be Colombians; without prejudice to the extensions or restrictions which the legislative power of either state has made or may think fit to make, with respect to the exercice of the first magistracies. But to enter upon the enjoyment of the other rights, active and passive, of citizens, it shall be sufficient, that they have their domicile in the state to which they may choose to belong.

Art. V. The subjects and citizens of both states shall have free entry and departure in their respective ports and territories, and shall there enjoy all the civil rights and privileges of trade and commerce, subjecting themselves only to such duties, imposts and restrictions, to which the subjects and citizens of either of the contracting parties may be subject.

Art. VI. By virtue thereof, the vessels and territorial productions of each one of the contracting parties shall pay no more duties of importation, exportation, anchorage, and tonnage, than those established, or which may be hereafter established, for national vessels in the ports of each state, according to the laws in force; that it, that the vessels and

productions of Colombia shall pay such duties of entry and clearance in the ports of the state of Peru, as are paid by Peruvians; and the vessels and productions of Peru, the same as Colombians in the ports of Colombia. 1822.

Art. VII. Both contracting parties bind themselves to furnish every aid in their power to the vessels of war and merchantmen arriving in the ports belonging to either, in cases of distrefs, or through any other motive; and accordingly, they shall be allowed to heave down, refit, take in provisions, arms, increase their armament and crews, so as to be able to continue their voyages or cruises at the expense of the state or individuals to whom they belong.

Art. VIII. In order to avoid the scandalous abuses, which may be caused on the high seas by privateers, armed on account of the individuals, in detriment to national and neutral commerce, the contracting parties agree to extend the jurisdiction of their maritime courts to the privateers navigating under the flag of either, and the prizes thereof indistinctly, whenever they cannot easily proceed to the ports to which they belong, or there is any suspicion of their having committed excesses against the trade of neutral nations, with whom both states ought to cultivate the best harmony and good understanding.

Art. IX. The demarcation of the precise limits which are to divide the territories of the republic of Colombia and the state of Peru, shall be stipulated by a particullar convention, after the next constituent congrefs of Peru shall have empowered the executive government of the said state to settle that point: and the differences which may arise on this subject shall be adjusted by those conciliatory and specific means, which become two fraternal and confederate nations.

Art. X. If, unfortunately, internal tranquillity should be interrupted in any part of the aforesaid states by turbulent and seditions persons, or enemies of those governments legally constituted by the will of the inhabitants, freely, quietly and peaceably expressed by virtue of the laws, both parties bind

1822 themselves solemnly and formally to make common cause against them, by mutually aiding each other by every measure in their power, until order and the empire of the laws shall have been reestablished.

Art. XI. If any person, guilty or accused of treason, sedition, or any other grievous crime, should fly from justice, and should be found in the territory of either of the aforesaid states, he shall be delivered up and sent back to the disposal of the government that has taken cognizance of his crime, and under whose jurisdiction he is liable to be tried, as soon as the offended party has made the demand in due form. Deserters from the armies and national navy of both the contracting parties are also comprehended in this article.

Art. XII. This treaty or convention of union, and firm and perpetual friendship, shall be ratified by the government of the state of Peru within the period of ten days, without prejudice to the approbation which is has still to receive from the constituent congrefs; and by the government of the republic of Colombia, as soon as the same shall have received the approbation of the senate, by virtue of the law passed by congrefs, on the 13th of October, 1821; and in case, through any accident, the senate cannot meet, the same shall be ratified by the ensuing congrefs, conformably to the provisions of this constitution of the republic, made in article 55, section 18. The ratifications shall be exchanged without delay, and within such period as the distance which separates the two states will allow.

In faith whereof, the respective plenipotentiaries have signed the present, and sealed the same with the respective seals of the states they represent.

Done in the city of the freemen of Lima, on the 6th of July, in the year of grace 1822, and the 12th of the independence of Columbia and the third of that of Peru.

(*Signed*) Bernardo Monteagudo.
Joaquin Mosquera.

Having seen and examined the above treaty of perpetual union, coalition and confederation, in anticipation of the consent and approbation of the

congrefs of the republic, conformable to article 55, section 18 of the constitution, I have exercised the power conferred on me by the article 120, in ratifying the said treaty; and by these presents I do ratify and hold it to be valid and binding in all its articles and clauses, with the exception of the words "and for their interior tranquillity" of the second article; and what follows of the eleventh article, viz — "If any person, guilty or accused of treason, sedition or any other grievous crime, should fly from justice, and should be found in either of the aforesaid states, he shall be delivered up and sent back to the disposal of the government that has taken cognizance of his crime, and under whose jurisdiction he is liable to be tried, as soon as the offended party has made the demand in due form." 1822

And for the execution and punctual observance of the same on our part, I engage and solemnly pledge the national honour.

In faith whereof etc.

FRANCISCO DE P. SANTANDER.

(*Counterseigned*) PEDRO GUAL.

Bogota, July 12, 1823.

22.

Traité additionnel au traité d'union et d'alliance entre la république de Colombie et le Pérou, signé à Lima le 6 Juillet 1822.

(*The Times* 1823. November 8. No. 12, 024. *Annual register* 1823. *Publ. documents* p. 208.)

Francisco de Paula Santander etc.

Whereas, between the republic of Colombia and the state of Peru, there was concluded and signed a treaty, additional to that of perpetual union, coalition and confederation, on the 6th of July 1822 by Plenipotentiaries sufficiently authorized on both sides, the tenour of which is literally as follows: —

1822 *In the name of etc.*

The Government of the Republic of Colombia on the one part, and that of the State of Peru on the other, being animated by the most sincere desire, to terminate the calamities of the present war in which they have been involved by the government of Spain, determined to employ all their resources and forces by sea and land to maintain their liberty and independence; and desirous that this league may be general among all the states of America heretofore spanish, in order that, strongly and powerfully united, they may in common sustain the cause of their independence, which is the first object of the present contest; they have nominated plenipotentiaries to discuſs, settle and conclude a treaty of union, coalition and confederation, viz — (Here follow the names of the negociators Mosquera and Monteagudo, as in the preceding treaty):

Art. I. In order to tighten the bonds, which hereafter are to unite both states, and remove any difficulty that may arise, or in any way interrupt their good understanding and harmony, an assembly composed of two plenipotentiaries on each part, in the same terms and under the same formalities, which, according to established usage, are observed in the nomination of ministers of the same claſs near the governments of foreign nations.

Art. II. Both governments bind themselves to interpose their good offices with the governments of the other states of America, heretofore spanish, in order to enter into the present compact of union, coalition and confederation.

Art. III. As soon as this great and important object has been attained, a general assembly of all the American states, composed of the plenipotentiaries, shall meet for the purpose of cementing in a more solid and formal manner those intimate relations which ought to exist between all and each of them, and serve as counsel under great difficulties, as a point of contact in common danger, and as a faithful interpreter of their public treaties when difficulties arise, and as an arbiter and conciliator in their disputes and differences.

Art. IV. The isthmus of Panama, being an integral part of Columbia and the most adequate for such an important meeting, that republic is gratified by having the opportunity of offering to the plenipotentiaries who shall compose the assembly of the American states, all the aid which hospitality between fraternal nations, and the sacred and inviolable character of their persons, demand. 1822

Art. V. The State of Peru contracts the same obligation, if by the events of war, or by the consent of the majority of the American states, the said assembly should take place on its territory in the same terms as promised by the republic of Columbia in the preceding article.

Art. VI. The present compact of union, bond and confederation, shall not in any way interrupt the exercice of the national sovereignty of each one of the contracting parties, either as regards their laws and the establishment and form of their respective governments, or their relations with other foreign nations. They, however, exprefsly and irrevocably bind themselves not to yield to the demands of indemnities, tribute or exaction, which the government of Spain may seek to establish for the lofs of her old supremacy over these countries, or any other nation in her name, and representing her, and not to enter into any treaty with Spain, or any other nation, to the detriment and injury of the present independence, sustaining on all occasions, and in all places, their respective interests with the dignity and energy of free, independent, friendly, allied and confederated nations.

Art. VII. The Republic of Columbia especially stipulates to maintain on foot, 4000 men armed and equipped for the purpose of concurring in the objects indicated in the preceding articles. Its national marine will always be disposable for the execution of these stipulations.

Art. VIII. The State of Peru will contribute, on its part, with its maritime force and a number of troops equal to that furnished by the republic of Columbia.

(Signed as before.)

23.

1822 *Convention between His Majesty, the Emperor of Russia, and the United States of America, for carrying into effect His Imperial Majesty's Award on the First Article of the Treaty of Ghent. Signed at St. Petersburgh* $\frac{12\ July}{30\ June}$ 1822.

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the President of the United States of America, having agreed, in pursuance of the fifth Article of the Convention concluded at London on the 20th day of Octobre 1818, to refer the Differences which had arisen between the two Governments upon the true construction and meaning of the first Article of the Treaty of Peace and Amity concluded at Ghent on the 24th day of December 1814, to the friendly Arbitration of His Majesty the Emperor of all the Russias, mutually engaging to consider His decision as final and conclusive; and His said Imperial Majesty having, after due consideration, given His decision upon these Differences in the following terms, to wit: —

"That the United States of America are entitled „to claim from Great Britain a just Indemnification „for all private Property which the British Forces „may have carried away; and, as the question relates „to Slaves more especially, for all the Slaves that „the British Forces may have carried away from the „places and territories of which the Treaty stipulates „the restitution, in quitting these same places and „territories."

23.

Convention entre la Grande-Bretagne, la Russie et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale pour mettre à exécution l'arbitrage de S. M. l'Empereur de toutes les Russies concernant le premier article du traité de Gand; signée à St. Petersbourg le $\frac{12 \text{ Juillet}}{30 \text{ Juin}}$ 1822. 1822

(*D'après la copie officielle présentée au parlament en Mars* 1825.)

Au nom de la Très Sainte et indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, et le Président des Etats-Unis d'Amérique, ayant décidé d'un commun accord, en conséquence de l'article cinq de la convention conclue à Londres le 20 Octobre 1818, que les différends qui se sont élevés entre les deux Gouvernemens sur la construction et le vrai sens du premier article du traité de paix et d'amitié conclu à Gand le 24 Décembre 1814, seroient déférés à l'arbitrage amical de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies; s'étant en outre engagés réciproquement à régarder Sa décision comme finale et définitive; et Sa Majesté Impériale, après mûre consideration, ayant émis cette décision dans les termes suivans:

"Que les Etats-Unis d'Amérique sont en droit „de réclamer de la Grande-Bretagne une juste in„demnité pour toutes les propriétés particulières que „les forces britanniques auroient emportées, et, comme „il s'agit plus spécialement d'esclaves, pour tous les „esclaves que les forces britanniques auroient emmé„nés des lieux et territoires dont le traité stipule la re„stitution, en quittant ces mêmes lieux et territoires."

1822 "That the United States are entitled to consider „as having been so carried away, all such Slaves as „may have been transferred from the above-mentio- „ned territories, to British Vessels within the waters „of the said territories, and who, for this reason, „may not have been restored."

"But that if there should be any American Sla- „ves who were carried away from territories of which „the first Article of the Treaty of Ghent has not „stipulated the restitution to the United States, the „United States are not entitled to claim an Indemni- „fication for the said Slaves."

Now for the purpose of carrying into effect this Award of His Imperial Majesty as Arbitrator, His Good Offices have been farther invoked to assist in framing such Convention or Articles of Agreement between His Britannick Majesty and the United States of America, as shall provide the mode of ascertaining and determining the value of Slaves and of other private Property, which may have been carried away in contravention of the Treaty of Ghent, and for which Indemnification is to be made to the Citizens of the United States, in virtue of His Imperial Majesty's said Award, — and shall secure compensation to the sufferers for their losses so ascertained and determined. And His Imperial Majesty has consented to lend His Mediation for the above purpose, and has constituted and appointed Charles Robert Count Nesselrode, His Imperial Majesty's Privy Councillor, Member of the Council of State, Secretary of State directing the Imperial Department of Foreign Affairs, Chamberlain, Knight of the Order of Saint Alexander Newsky, Grand Cross of the Order of Saint Wladimir of the First Class; Knight of that of the White Eagle of Poland, Grand Cross of the Order of Saint Stephen of Hungary, of the Black and of the Red Eagle of Prussia, of the Legion of Honour of France, of Charles the Third of Spain, of Saint Ferdinand and of Merit of Naples, of the Annunciation of Sardinia, of the Polar Star of Sweden, of the Elephant of Denmark, of the Golden Eagle of Wurtemberg, of Fidelity of Baden, of Saint Constantine of Parma, and of Guelph of Hanover; — and John Count Capodistrias, His Imperial Majesty's Privy Councillor and

„Que les Etats-Unis sont en droit de régarder 1822
„comme emménés, tous ceux de ces esclaves, qui,
„des territoires indiqués ci-dessus, auroient été
„transportés à bord de vaisseaux britanniques mouil-
„lés dans les eaux des dits territoires, et qui, par
„ce motif, n'auroient pas été restitués."

„Mais que s'il y a des esclaves américains emmé-
„nés de territoires dont l'article premier du traité de
„Gand n'a pas stipulé la restitution aux Etats-Unis,
„les Etats-Unis ne sont pas en droit de réclamer
„une indemnité pour les dits esclaves."

Comme il s'agit à présent de mettre cette sentence arbitrale à exécution, les bons Offices de Sa Majesté Impériale ont été encore invoqués, afin qu'une convention arrêtée entre Sa Majesté Britannique et les Etats-Unis, stipulât les articles d'un accord, propre à établir, d'une part le mode à suivre pour fixer et déterminer la valeur des esclaves ou autres propriétés privées qui auroient été emménés en contravention au traité de Gand, et pour lesquels les Citoyens des Etats-Unis auroient droit de réclamer une indemnité, en vertu de la décision ci-dessus mentionnée de Sa Majesté Impériale; — de l'autre, à assurer un dédommagement aux individus qui ont supporté les pertes qu'il s'agit de vérifier et d'évaluer. Sa Majesté Impériale a consenti à prêter Sa méditation pour le dit objet, et a fondé et nommé le Sieur Charles Robert Comte de Nesselrode, Son Conseiller Privé, Membre du Conseil d'Etat, Sécrétaire d'Etat dirigeant le Ministère Impérial des Affaires Etrangères, Chambellan actuel, Chevalier de l'Ordre de St. Alexandre Newsky, Grand-Croix de l'Ordre de St. Wladimir de la première classe, Chevalier de celui de l'Aigle Blanc de Pologne, Grand-Croix de l'Ordre de St. Etienne de Hongrie, de l'Aigle Noir et de l'Aigle Rouge de Prusse, de la Légion d'Honneur de France, de Charles III. d'Espagne, de St. Ferdinand et du Mérite de Naples, de l'Annonciade de Sardaigne, de l'Etoile Polaire de Suède, de l'Eléphant de Danemarc, de l'Aigle d'Or de Wurtemberg, de la Fidelité de Bade, de St. Constantin de Parme, et des Guelfes de Hanovre; — Et le Sieur Jean Comte de Capodistrias, Son Conseiller Privé et Sécrétaire d'Etat,

1822 Secretary of State, Knight of the Order of Saint Alexander Newsky, Grand Cross of the Order of Saint Wladimir of the First Class, Knight of that of the White Eagle of Poland, Grand Cross of the Order of Saint Stephen of Hungary, of the Black and of the Red Eagle of Prussia, of the Legion of Honour of France, of Charles the Third of Spain, of Saint Ferdinand and of Merit of Naples, of Saint Maurice and of Saint Lazarus of Sardinia, of the Elephant of Denmark, of Fidelity and of the Lion of Zahringen of Baden, Burgher of the Canton of Vaud, and also of the Canton and of the Republic of Geneva; — as His Plenipotentiaries to treat, adjust, and conclude such Articles of Agreement as may tend to the attainment of the above-mentioned end, with the Plenipotentiaries of His Britannick Majesty and of the United States, that is to say: — On the part of His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Sir Charles Bagot, one of His Majesty's Most Honourable Privy Council, Knight Grand Cross of the Most Honourable Order of the Bath, and His Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary to His Majesty the Emperor of all the Russias: — And, on the part of the President of the United States, with the advice and consent of the Senate thereof, Henry Midleton, a Citizen of the said United States, and their Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to His Majesty the Emperor of all the Russias: — And the said Plenipotentiaries, after a reciprocal Communication of their respective Full Powers, found in good and due form, have agreed upon the following Articles.

Art. 1. For the purpose of ascertaining and determining the Amount of Indemnification which may be due to citizens of the United States under the Decision of His Imperial Majesty, two Commissioners and two Arbitrators shall be appointed in the manner following, that is to say: — One Commissioner and one Arbitrator shall be appointed by His Britannick Majesty, and one Commissioner and one Arbitrator shall be nominated and appointed by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof; and the two Commissioners and two Arbitrators thus appointed,

Chevalier de l'Ordre de St. Alexandre Newsky, Grand-Croix de l'Ordre de St. Wladimir de la première classe, Chevalier de celui de l'Aigle Blanc de Pologne, Grand-Croix de l'Ordre de St. Etienne de Hongrie, de l'Aigle Noir et de l'Aigle Rouge de Prusse, de la Légion d'Honneur de France, de Charles III. d'Espagne, de St. Ferdinand et du Mérite de Naples, des Sts. Maurice et Lazare de Sardaigne, de l'Eléphant de Dannemarc, de la Fidélité et du Lion de Zahringen de Bade, Bourgeois du Canton de Vaud, ainsi que du Canton et de la République de Genève; — pour Ses Plénipotentiaires à l'effet de négocier, règler, et conclure tels articles d'un accord, qui pourroient faire atteindre la fin indiquée plus haut, conjointement avec les Plénipotentiaires de Sa Majesté Britannique et des Etats-Unis, savoir: — De la part de Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, le très Honorable Sir Charles Bagot, l'un des Membres du très Honorable Conseil Privé de Sa Majesté, Chevalier Grand-Croix du très Honorable Ordre du Bain, et Son Ambassadeur extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Impériale: — Et, de la part du Président des Etats-Unis, de l'avis et du consentement de leur Sénat, le Sieur Henry Middleton, Citoyen des dits Etats-Unis, et leur Envoyé extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté Impériale. — Lesquels Plénipotentiaires, après s'être réciproquement communiqués leurs Pleinspouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans. 1822

Art. I. Pour vérifier et déterminer le montant de l'indemnité qui pourra être due aux Citoyens des Etats-Unis, par suite de la décision de Sa Majesté Impériale, deux commissaires et deux Arbitres seront nommés de la manière suivante, savoir: — Un commissaire et un arbitre seront nommés par Sa Majesté Britannique; — l'autre commissaire et l'autre arbitre seront nommés et accrédités par le Président des Etats-Unis, de l'avis et du consentement de leur Sénat. Les deux commissaires, et les deux arbitres

1822 shall meet and hold their sittings as a Board in the City of Washington.

They shall have power to appoint a Secretary, and, before proceeding to the other business of the Commission, they shall respectively take the following oath or affirmation in the presence of each other, which oath or affirmation being so taken and duly attested, shall be entered on the record of their Proceedings, that is to say: — "I, A. B. one of the „Commissioners (or Arbitrators as the case may be) „appointed in pursuance of the Convention concluded „at Saint Petersburgh on the $\frac{\text{twelfth}}{\text{thirtieth}}$ day of $\frac{\text{July}}{\text{June}}$ 1822, „between His Majesty the Emperor of all the Russias, „His Britannick Majesty, and the United States of „America, do solemnly swear (or affirm) that I will „diligently, impartially, and carefully examine, and „to the best of my judgment, according to justice and „equity, decide, all matters submitted to me as Com„misioner (or Arbitrator, as the case may be) under „the said Convention." All vacancies occurring by death or otherwise, shall be filled up in the manner of the original appointments, and the new Commissioners or Arbitrators shall take the same oath (or affirmation), and perform the same duties.

Art. II. If at the first meeting of this Board, the Governments of Great Britain and of the United States shall not have agreed upon an average value to be allowed as compensation for each Slave for whom Indemnification may be due, — then, and in that case, the Commissioners and Arbitrators shall conjointly proceed to examine the testimony which shall be produced under the authority of the President of the United States, together with such other competent testimony as they may see cause to require or allow, going to prove the true value of Slaves at the period of the exchange of the Ratifications of the Treaty of Ghent; and upon the evidence so obtained, they shall agree upon and fix the average value. But in case that the majority of the Board of Commissioners and Arbitrators should not be able to agree respecting such average value, then, and in that case, recourse shall be had to the Arbitration of

ainsi nommés, se réuniront en conseil, et tiendront 1822
leurs séances dans la ville de Washington.

Ils auront le pouvoir de choisir un sécrétaire, et, avant de procéder au travail de la commission, ils devront prêter respectivement, et en présence les uns des autres, le serment ou l'affirmation qui suit, et ce serment ou affirmation prêté et formellement attesté, fera partie du protocole de leurs actes, et sera conçu ainsi qu'il suit: — „Moi A. B. l'un des „commissaires (ou arbitres, suivant le cas) nommés „en exécution de la convention conclue à St. Peters-„bourg le $\frac{\text{12 Juillet}}{\text{30 Juin}}$ 1822, entre Sa Majesté l'Empe-„reur de toutes les Russies, Sa Majesté Britannique, „et les Etats-Unis d'Amérique, jure (ou affirme) so-„lennellement, que j'examinerai avec diligence, im-„partialité, et sollicitude, et que je déciderai d'après „mon meilleur entendement, et en toute justice et „équité, toutes les réclamations qui me seront déféré-„rées en ma qualité de commissaire (ou d'arbitre, „suivant le cas) à la suite de la dite convention." Les vacances causées par la mort, ou autrement, seront remplies de la même manière qu'au moment de la nomination primitive, et les nouveaux commissaires ou arbitres devront prêter le même serment (ou affirmation) et s'acquitter des mêmes devoirs.

Art. II. Si, lors de la première réunion de ce conseil, le gouvernement de la Grande-Bretagne et celui des Etats-Unis ne sont point parvenus à determiner d'un commun accord, la valeur moyenne qui devra être assignée comme compensation pour chaque esclave pour lequel il sera dû une indemnité, — dans ce cas les commissaires et les arbitres procèderont conjointement à l'examen de tous les témoignages qui leur seront présentés par ordre du Président des Etats-Unis, ainsi que de tous les autres témoignages valables qu'ils croiront devoir réquérir ou admettre, dans la vue d'arrêter la véritable valeur des esclaves à l'époque de l'échange des ratifications du traité de Gand; et d'après les preuves qu'ils auront ainsi obtenues, ils établiront et fixeront la susdite valeur moyenne. — Dans le cas où la majorité du conseil des commissaires et arbitres ne pourroit pas s'accorder sur cette valeur proportionelle, alors on aura

1822 the Minister or other Agent of the Mediating Power accredited to the Government of the United States. A statement of the evidence produced, and of the proceedings of the Board there-upon, shall be communicated to the said Minister or Agent, and his decision, founded upon such evidence and proceedings, shall be final and conclusive. — And the said average value, when fixed and determined by either of the three before-mentioned methods, shall, in all cases, serve as a rule for the compensation to be awarded for each and every Slave for whom it may afterwards be found that Indemnification is due.

Art. III. When the average value of Slaves shall have been ascertained and fixed, the two Commissioners shall constitute a Board for the examination of the Claims which are to be submitted to them, and they shall notify to the Secretary of State of the United States, that they are ready to receive a definitive List of the Slaves and other private Property, for which the Citizens of the United States claim Indemnification; — it being understood and hereby agreed, that the Commission shall not take cognizance of nor receive, and that His Britannick Majesty shall not be required to make compensation for, any Claims for Private Property under the first Article of the Treaty of Ghent, not contained in the said List. And His Britannick Majesty hereby engages to cause to be produced before the Commission, as material towards ascertaining facts, all the evidence of which His Majesty's Government may be in possession, by returns from His Majesty's Officers, or otherwise, of the number of Slaves carried away. But the evidence so produced, or it's defectiveness, shall not go in bar of any Claim or Claims which shall be otherwise satisfactorily authenticated.

Art. IV. The two Commissioners are hereby empowered and required to go into an examination of all the Claims submitted through the above-mentioned List, by the Owners of Slaves or other Property, or by their lawful Attornies or Representatives, and to determine the same respectively, according to the merits of the several cases, under the rule of the Imperial Decision herein-above recited, and having re-

recours à l'arbitrage du ministre ou autre agent de la puissance médiatrice accrédité auprès du gouvernement des Etats-Unis. Toutes les preuves produites, et tous les actes des opérations du conseil à ce sujet lui seront communiqués, et la décision de ce ministre ou agent, basée, comme il vient d'être dit, sur ces preuves, et sur les actes de ces opérations, sera régardée comme finale et définitive. C'est sur la valeur moyenne, fixée par un des trois modes mentionnés ci-dessus, que devra être règlée en tout état de cause, la compensation qui sera accordée pour chaque esclave, pour lequel on réconnoitra par la suite qu'une indemnité est due. 1822

Art. III. Lorsque le prorata aura été ainsi arrêté, les deux commissaires se constitueront en conseil pour l'examen des réclamations qui leur seront soumises, et ils notifieront au sécrétaire d'état des Etats-Unis, qu'ils sont prêts à recevoir la liste définitive des esclaves et autres propriétés privées pour lesquels les citoyens des Etats-Unis réclament une indemnité. Il est entendu, que les commissaires ne sauroient examiner ni recevoir, et que Sa Majesté Britannique ne sauroit, en vertu des clauses de l'article premier du traité de Gand, bonifier aucune prétention qui ne seroit pas portée sur la dite liste. Sa Majesté Britannique s'engage d'autre part, à ordonner que tous les témoignages que Son gouvernement peut avoir acquis, par les rapports des officiers de Sa dite Majesté, ou par tout autre canal, sur le nombre des esclaves emmenés, soient mis sous les yeux des commissaires, afin de contribuer à la vérification des faits. Mais, soit que ces témoignages viennent à être produits, soit qu'ils manquent, cette circonstance ne pourra porter préjudice à une réclamation, ou aux réclamations, qui, par une autre voie, seront légitimées d'une manière satisfaisante.

Art. IV. Les deux commissaires sont autorisés et chargés d'entrer dans l'examen de toutes les réclamations qui leur seront soumises, au moyen de la liste ci-dessus mentionnée. par les propriétaires d'esclaves ou les possesseurs d'autres propriétés, ou par ses procureurs ou mandataires de ceux-ci, et à prononcer sur ces réclamations, suivant le dégré de leur mérite, la lettre de la décision impériale citée

1822 ference, if need there be, to the explanatory Documents hereunto annexed, marked A. and B. And, in considering such Claims, the Commissioners are empowered and required to examine on oath or affirmation, all such persons as shall come before them, touching the real number of the Slaves, or value of other Property for which Indemnification is claimed; and also to receive in evidence, according as they may think consistent with Equity and Justice, written depositions or papers, such depositions or papers being duly authenticated, either according to existing legal forms, or in such other manner as the said Commissioners shall see cause to require or allow.

Art. V. In the event of the two Commissioners not agreeing in any particular case under examination, or of their disagreement upon any question which may result from the stipulations of this Convention, then, and in that case, they shall draw by lot the name of one of the two Arbitrators, who, after having given due consideration to the matter contested, shall consult with the Commissioners, and a final decision shall be given conformably to the opinion of the majority of the two Commissioners, and of the Arbitrator so drawn by lot. And the Arbitrator, when so acting with the two Commissioners, shall be bound in all respects by the rules of proceeding enjoined by the fourth Article of this Convention upon the Commissioners, and shall be vested with the same powers, and be deemed, for that case, a Commissioner.

Art. VI. The decision of the two Commissioners, or of the majority of the Board, as constituted by the preceding Article, shall, in all cases, be final and conclusive, whether as to the number, the value, or the ownership of the Slaves or other Property for which Indemnification is to be made; — and His Britannick Majesty engages to cause the sum awarded to each and every Owner, in lieu of his Slave or Slaves, or other Property, to be paid in specie without deduction, at such time or times, and at such place or places, as shall be awarded by the said Commissioners, and on condition of such releases or assignments to be given, as they shall direct; — provided,

plus haut, et, en cas de besoin, la teneur des documens ci-annexés, et cotés A et B. En considérant les dites réclamations, les commissaires sont autorisés à interpeller sous serment ou affirmation, telle personne qui se présentera à eux, concernant le véritable nombre des esclaves, ou la valeur de toute autre propriété pour laquelle il seroit réclamé une indemnité. — Ils sont autorisés de même à reçevoir, autant qu'ils le jugeront conforme à l'équité et à la justice, toutes les dépositions écrites qui seroient duement légitimées, soit d'après les formes existantes voulues par la loi, soit dans tout autre mode que les dits commissaires auroient lieu d'exiger ou d'admettre. 1822

Art. V. Si les deux commissaires ne parviennent pas à s'accorder sur une des réclamations qui seront soumises à leur examen, ou s'ils diffèrent d'opinion sur une question résultant de la présente convention, alors ils tireront au sort le nom d'un des deux arbitres, lequel, après avoir pris en mûre delibération l'objet en litige, le discutera avec les commissaires. La décision finale sera prise conformément à l'opinion de la majorité des deux commissaires et de l'arbitre tiré au sort. Dans des cas semblables, l'arbitre sera tenu de procéder, à tous égards, d'après les règles prescrites aux commissaires par le quatrième article de la présente convention. Il sera investi des mêmes pouvoirs, et censé, pour le moment, faire les mêmes fonctions.

Art. VI. La décision des deux commissaires, ou celle de la majorité du conseil, formé ainsi qu'il a été dit en l'article précédent, sera, dans tous les cas, finale et définitive, soit rélativement au nombre et à la valeur, soit pour la vérification de la propriété des esclaves, ou de tout autre bien-meuble privé pour lequel il sera réclamé une indemnité; — et Sa Majesté Britannique prend l'engagement que la somme adjugée à chaque propriétaire, en place de son esclave ou de ses esclaves, ou de toute autre propriété, sera payée en espèces sans déduction, à tel tems ou à tels termes, et dans tel lieu ou tels endroits, que l'auront prononcé les dits commissaires, et sous clause de telles exemptions ou assignations qu'ils l'auront arrêté;

1822 that no such payments shall be fixed to take place sooner than twelve months from the day of the exchange of the Ratifications of this Convention.

Art. VII. It is further agreed, that the Commissioners and Arbitrators shall be respectively paid in such manner as shall be settled between the Governments of Great Britain and of the United States, at the time of the exchange of the Ratifications of this Convention: and all other Expences attending the execution of the Commission shall be defrayed jointly by His Britannick Majesty and the United States, the same being previously ascertained and allowed by the majority of the Board.

Art. VIII. A certified copy of this Convention, when duly ratified by His Majesty the Emperor of all the Russias, by His Britannick Majesty, and by the President of the United States, by and with the advice and consent of their Senate, shall be delivered by each of the Contracting Parties respectively to the Minister or other Agent of the Mediating Power accredited to the Government of the United States, as soon as may be after the Ratifications shall have been exchanged, which last shall be effected at Washington, in six months from the date hereof, or sooner if possible.

In Faith whereof, the respective Plenipotentiaries have signed this Convention, drawn up in two languages, and have hereunto affixed their Seals.

Done in triplicate at St. Petersburgh, this $\frac{\text{twelfth}}{\text{thirtieth}}$ day of $\frac{\text{July}}{\text{June}}$ one thousand eight hundred and twenty-two.

(L. S.) Nesselrode.
(L. S.) Capodistrias.
(L. S.) Charles Bagot.
(L. S.) Henry Middleton.

— pourvu seulement, qu'il ne soit pas fixé pour ces payemens, de terme plus rapproché que celui de douze mois, à partir du jour de l'échange des ratifications de la présente convention. 1822

Art. VII. Il est convenu en outre, que les commissaires et arbitres recevront, de part et d'autre, un traitement, dont les gouvernemens de Sa Majesté Britannique et des Etats-Unis se réservent de déterminer le montant et le mode, à l'époque de l'échange des ratifications de la présente convention. Toutes les autres dépenses qui accompagneront les travaux de la commission, seront supportées conjointement par Sa Majesté Britannique et par les Etats-Unis. Ces dépenses devront d'ailleurs être au préalable vérifiées et admises par la majorité du conseil.

Art. VIII. Lorsque la présente convention aura été duement ratifiée par Sa Majesté Impériale, par Sa Majesté Britannique, et par le Président des Etats-Unis, de l'avis et du consentement de leur sénat, une copie vidimée en sera délivrée par chacune des parties contractantes, au ministre ou autre agent de la puissance médiatrice accrédité près le gouvernement des Etats-Unis, et cela le plutôt que faire se pourra après que les ratifications auront été échangées. Cette dernière formalité sera remplie à Washington, dans l'espace de six mois de la date ci-dessous, ou plutôt, s'il est possible.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention, et y ont apposé respectivement le cachet de leurs armes.

Fait triple à St. Pétersbourg, le $\frac{\text{douze Juillet}}{\text{trente Juin}}$ de l'année mil huit cent vingt et deux.

(L. S.) Nesselrode.
(L. S.) Capodistrias.
(L. S.) Charles Bagot.
(L. S.) Henry Middleton.

1822 *Annexe A.*

Le soussigné, Sécrétaire d'Etat Dirigeant le Ministère Impérial des Affaires Etrangères, à l'honneur de communiquer à son Excellence Monsieur le Chevalier Bagot, Ambassadeur Extraordinaire et plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique, l'Opinion que l'Empereur Son Maître a crû devoir exprimer sur l'objet des différends qui se sont élevés entre la Grande-Bretagne et les Etats-Unis, rélativement à l'interprétation de l'Article premier du traité de Gand. Monsieur le Chevalier Bagot est invité à considérer cette opinion comme la décision arbitrale démandée à l'Empereur par les deux puissances.

Il se rappellera sans doute, qu'aussi bien que le plénipotentiaire des Etats-Unis, il a, dans tous ses mémoires, principalement insisté sur les sens grammatical de l'article premier du traité de Gand, et que même dans sa note du $\frac{8}{20}$ Octobre 1821, il a formellement déclaré, que c'étoit sur la *signification des mots dans le texte de l'article, tel qu'il existe,* que devoit se fonder la décision de Sa Majesté Impériale.

La même déclaration étant consignée dans la note du plénipotentiaire américain, en date du $\frac{4}{16}$ Novembre 1821, l'Empereur n'a fait que se conformer aux voeux énoncés par les deux parties, en vouant toute Son attention à l'examen de la question grammaticale.

L'opinion ci-dessus mentionnée fera connoître la manière dont Sa Majesté Impériale juge cette question, et afin que le cabinet de St. James connoisse également les motifs sur lesquels se fonde le jugement de l'Empereur, le soussigné joint à la présente un extrait de quelques observations sur le sens littéral de l'article premier du traité de Gand.

Sous ce rapport, l'Empereur s'est borné à suivre les règles de la langue employée dans la rédaction de l'acte par lequel les deux puissances ont réclamé son arbitrage, et défini l'objet de leur différend. C'est uniquement à l'autorité de ces règles que Sa Majesté Impériale a crû devoir obéir, et Son avis ne

pouvoit qu'en être la conséquence rigoureuse et nécessaire. 1822

Le soussigné saisit avec empressement cette occasion de réitérer à son Excellence Monsieur le Chevalier Bagot l'assurance de sa haute considération.

St. Pétersbourg, le 22 Avril 1822.

(*Signé*) NESSELRODE.

Annexe B.

Le soussigné, sécrétaire d'état dirigeant le ministère impérial des affaires étrangères, s'est empressé de porter à la connoissance de l'Empereur son maître, les explications dans lesquelles Monsieur l'ambassadeur de Sa Majesté Britannique est entré avec le ministère impérial, à la suite de la communication préalable et confidentielle qui lui a été faite, ainsi qu'à Monsieur de Middleton, de l'opinion exprimée par l'Empereur sur le vrai sens de l'article premier du traité de Gand.

Monsieur le Chevalier Bagot entend, qu'en vertu de la décision de Sa Majesté Imperiale, "Sa Majesté „Britannique n'est pas tenue à indemniser les Etats-„Unis d'aucuns esclaves qui, venant des endroits qui „n'ont jamais été occupés par Ses troupes, se sont „volontairement réunis aux forces britanniques, ou „en conséquence de l'encouragement que les officiers „de Sa Majesté leur avoient offert, ou pour se dérober au pouvoir de leur maître, ces esclaves n'ayant „pas été emménés des lieux ou territoires pris par „Sa Majesté Britannique durant la guerre, et conséquemment n'ayant pas été emménés des lieux dont „l'article stipule la restitution."

En réponse à cette observation, le soussigné est chargé par Sa Majesté Impériale de communiquer ce qui suit à Monsieur l'ambassadeur de Sa Majesté Britannique.

L'Empereur ayant, du consentement mutuel des deux plénipotentiaires, émis une opinion fondée uniquement sur le sens qui résulte *du texte de l'article* en litige, ne se croit appélé à décider ici, aucune

1822 question rélative à ce que les loix de la guerre permettent ou défendent aux parties belligérantes: — mais, toujours fidèle à l'interprétation grammaticale de l'article premier du traité de Gand, Sa Majesté Impériale déclare une seconde fois qu'il lui semble, d'après cette interprétation

"Qu'en quittant les lieux et territoires dont le „traité de Gand stipule la restitution aux Etats-Unis, „les forces de Sa Majesté Britannique n'avoient le „droit d'emméner de ces mêmes lieux et territoires „absolument aucun esclave, par quelque moyen qu'il „fut tombé, ou venu se rémettre en leur pouvoir." Mais, „que si durant la guerre, des esclaves américains avoient été emménés par les forces anglaises „d'autres lieux que ceux dont le traité de Gand stipule la restitution, sur territoire ou à bord de vaisseaux britanniques, la Grande-Bretagne ne seroit „pas tenue d'indemniser les Etats-Unis de la perte „de ces esclaves, par quelque moyen qu'ils fussent „tombés, ou venus se rémettre au pouvoir de Ses „officiers."

Quoique convaincu par les explications préalables dont il a été question plus haut, que tel est aussi le sens que Monsieur le Chevalier Bagot attache à son observation, le soussigné n'en a pas moins reçu de Sa Majeste Impériale, l'ordre d'adresser aux plénipotentiaires respectifs, la présente note, qui leur prouvera, que pour mieux répondre à la confiance des deux gouvernemens, l'Empereur n'a pas voulu qu'il put s'élever le plus léger doute sur les conséquences de Son opinion.

Le soussigné saisit cette occasion pour réiterer à son Excellence Monsieur le Chevalier Bagot les assurances de sa haute considération.

St. Pétersbourg, le 22 Avril 1822.

(*Signé*) Nesselrode.

A. I. 1822

Opinion de Sa Majesté Impériale.

Invité par la Grande-Bretagne et par les Etats-Unis d'Amérique, à émettre une opinion comme arbitre dans les différends qui se sont élevés entre ces deux puissances, au sujet de l'interprétation de l'article premier du traité qu'elles ont conclu à Gand le 24 Décembre 1814, l'Empereur a pris connaissance de tous les actes, mémoires, et notes, où les plénipotentiaires respectifs ont exposé à Son ministère des affaires étrangères, les argumens que chacune des parties en litige fait valoir à l'appui de l'interprétation qu'elle donne au dit article.

Après avoir mûrement pésé les observations dévéloppées de part et d'autre: — Considérant que le plénipotentiaire britannique et le plénipotentiaire américain ont démandé que la discussion fut close; — Considérant que le premier, dans sa note du $\frac{8}{20}$ Octobre 1821, et le second, dans sa note du $\frac{4}{16}$ Novembre suivant, ont déclaré que *c'est sur la construction du texte de l'article, tel qu'il existe,* que la décision arbitrale doit se fonder, et que l'un et l'autre n'ont invoqué que comme moyens subsidiaires, les principes généraux du droit des gens et du droit maritime:

L'Empereur est d'avis, "Que ce n'est que d'après „le sens littéral et grammatical de l'article premier du „traité de Gand, que la question peut être décidée."

Quant au sens littéral et grammatical de l'article premier du traité de Gand: — Considérant que la période sur la signification de laquelle il s'élève des doutes, est construite ainsi qu'il suit: —

"Tous les territoires, lieux, et possessions quel„conques pris par l'une des parties sur l'autre durant „la guerre, ou qui pourroient être pris après la „signature du présent traité, à l'exception seulement „des isles ci-dessous mentionnées, seront rendus „sans délai, et sans faire détruire ou emporter au„cune partie de l'artillerie ou autre propriété publi„que *originairement prise dans les dits forts et „lieux, et qui s'y trouvera au moment de l'échange*

1822 „*des ratifications du traité*, ou aucuns esclaves ou „autres propriétés privées: — Et tous archives, ré„gistres, actes, et papiers, soit d'une nature publi„que, ou appartenans à des particuliers, qui, dans „le cours de la guerre, peuvent être tombés entre les „mains des officiers de l'une ou de l'autre partie, „seront de suite, en tant qu'il sera praticable, resti„tués et délivrés aux autorités propres et personnes „auxquelles ils appartiennent respectivement." — Considérant que dans cette période, les mots *originairement prise*, et *qui s'y trouvera au moment de l'échange des ratifications*, forment une phrase incidente, laquelle ne peut se rapporter *grammaticalement* qu'aux substantifs ou sujets qui précèdent; — qu'ainsi l'article premier du traité de Gand ne défend aux parties contractantes d'emporter des lieux dont il stipule la restitution, que les seules propriétés publiques *qui y auroient été originairement prises, et qui s'y trouveroient au moment de l'échange des ratifications;* mais qu'il défend d'emporter de ces mêmes lieux, aucune propriété particulière quelconque: —

Que d'un autre côté, ces deux défenses ne sont applicables qu'uniquement aux lieux dont l'article stipule la restitution: —

L'Empereur est d'avis, "Que les Etats-Unis „d'Amérique sont en droit de réclamer de la Grande„Bretagne une juste indemnité pour toutes les pro„priétés particulières que les forces britanniques au„roient emportées, et, comme il s'agit plus spéciale„ment d'esclaves, pour tous les esclaves que les „forces britanniques auroient emmenés des lieux et „territoires dont le traité stipule la restitution, en „quittant ces mêmes lieux et territoires."

"Que les Etats-Unis sont en droit de régarder „comme emmenés, tous ceux de ces esclaves, qui, „des territoires indiqués ci-dessus, auroient été „transportés à bord de vaisseaux britanniques, mouil„lés dans les eaux des dits territoires, et qui, par „ce motif, n'auroient pas été restitués."

"Mais que s'il y a des esclaves américains, em„menés de territoires dont l'article premier du traité

„de Gand n'a pas stipulé la restitution aux Etats- 1822
„Unis, les Etats-Unis ne sont pas en droit de récla-
„mer une indemnité pour les dits esclaves."

L'Empereur déclare en outre, qu'il est prêt à exercer l'office de médiateur, qui lui a été déféré d'avance par les deux états, dans les négociations que doit amener entre Eux, la décision arbitrale qu'ils ont demandée.

Fait à St. Pétersbourg, le 22 Avril 1822.

24.

Déclaration concernant les mesures prises par la Prusse et la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes, du 16 Juillet 1822.

(*Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* J. 1822. No. 15. S. 190.).

Nachdem die Königlich Preufsische Regierung mit der Fürstlich Schwarzburg-Sondershausischen Regierung übereingekommen ist, wirksamere Maasregeln zur Verhütung der Forsfrevel in den Gränzwaldungen gegenseitig zu treffen, erklären beide Regierungen Folgendes:

1. Es verpflichtet sich sowohl die Königlich Preufsische als die Fürstlich Schwarzburg-Sondershausensche Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben möchten, sobald sie davon Kenntnifs erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

1822 2. Von den beiderseitigen Behörden soll zur Entdeckung der Frevler alle mögliche Hülfe geleistet werden, und namentlich wird gestattet, dafs die Spur der Forstfrevler durch die Förster oder Waldwärter u. s. w. bis auf eine Stunde Entfernung von der Gränze verfolgt, und Haussuchungen, ohne vorherige Anfrage bei den landräthlichen Behörden und Ämtern, auf der Stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach der Anordnung des zu diesem Behufe mündlich zu requirirenden Bürgermeisters oder Ortsschultheifsen vorgenommen werden.

3. Bei diesen Haussuchungen mufs der Ortsvorstand sogleich ein Protocoll aufnehmen, und ein Exemplar dem requirirenden Angeber einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath oder Beamten) übersenden, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 1 bis 5 Rthlr für denjenigen Ortsvorstand, welcher der Requisition nicht Genüge leistet. Auch kann der Angeber verlangen, dafs der Förster, oder, in dessen Abwesenheit, der Waldwärter des Orts, worin die Haussuchung vorgenommen werden soll, dabei zugezogen werde.

4. Die Einziehung des Betrages der Strafe und der etwa statt gehabten Gerichtskosten soll demjenigen Staate verbleiben, in welchem der verurtheilte Frevler wohnt, und in welchem das Erkenntnifs statt gefunden hat, und nur der Betrag des Schaden-Ersatzes und der Pfandgebühren an die betreffende Casse desjenigen Staats abgeführt werden, in welchem der Frevel verübt worden ist.

5. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Königlich Preufsischen und in den Fürstlich-Schwarzburg-Sondershausenschen Staaten wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in jedem einzelnen Falle so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur irgend möglich sein wird.

6. Gegenwärtige, im Namen Seiner Majestät des Königs von Preufsen und Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen zweimahl gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter

gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit 1822
in den beiderseitigen Landen haben, und öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Berlin den 16ten Juli 1822.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf v. Bernstorff.

25.

Déclaration concernant les mesures prises par la Prusse et la principauté de Lippe pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes, du 31 Juillet 1822.

(*Gesetz - Sammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* J. 1822. No. 15. S. 191.)

Nachdem die Königlich Preufsische Regierung mit der Fürstlich Lippeschen Regierung übereingekommen ist, wirksamere Maasregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen gegenseitig zu treffen, so erklären beide Regierungen Folgendes:

1. Es verpflichtet sich sowohl die Königlich Preufsische, als die Fürstlich Lippesche Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben möchten, sobald sie zur Kenntnifs der Behörden gelangen, nach denselben Gesetzen untersuchen und bestrafen zu lassen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

2. Um von beiden Seiten zur Sicherheit des Forsteigenthums möglichst mitzuwirken, sollen die wech-

1822 selseitigen verpflichteten Forst- und Polizeibeamten befugt sein, in den Fällen der Waldfrevel, Haussuchungen im Gebiete des andern Staats, wenn sich dort der angegebene Thäter aushält, oder der gefrevelte Gegenstand befinden dürfte, zu veranlassen. Dieselben haben sich zu diesem Ende an den Ortsvorstand der betreffenden Gemeinde zu wenden und diesen zur Vornahme der Visitasion in ihrer Gegenwart aufzufordern.

3. Bei diesen Haussuchungen mufs der Ortsvorstand sogleich ein Protocoll aufnehmen und ein Exemplar dem requirirenden Beamten einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath oder Beamten) übersenden, bei Vermeidung einer polizeilichen Geldstrafe.

4. Für die Konstatirung eines Forstfrevels, welcher von einem Angehörigen des einen Staats in dem Gebiete des andern begangen worden, soll dem officiellen Angaben und Abschätzungen, welche von den kompetenten und gerichtlich verpflichteten Forst- und Polizeibeamten des Orts des begangenen Frevels aufgenommen worden, jener Glaube von der zur Aburtelung geeigneten Gerichtsstelle beigemessen werden, welchen die Gesetze den officiellen Angaben der inländischen Beamten beilegen.

5. Die Einziehung des Betrages der Strafe und der etwa statt gehabten Gerichtskosten soll demjenigen Staate verbleiben, in welchem der verurtheilte Frevler wohnt und in welchem das Erkenntnifs statt gefunden hat, und nur der Betrag des Schaden-Ersatzes und der Pfandgebühren an die betreffende Casse desjenigen Staats abgeführt werden, in welchem der Frevel verübt worden ist.

6. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Königlich Preufsischen und in den Fürstlich Lippeschen Staaten wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in jedem einzelnen Falle so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur irgend möglich sein wird.

7. Die Fürstlich Lippesche Regierung verpflichtet sich nicht nur, die in dem Königlich Preufsischen

Gesetze vom 7ten Juni v. J., vorgeschriebene Beeidigung, in Rücksicht der Fürstlich Lippeschen Gränz-Forstbedienten, zu verordnen, sondern auch letztere von der Theilnahme an den Geldstrafen und von dem Genusse der Anzeigegebühren auszuschliefsen. 1822

8. Gegenwärtige, im Namen Seiner Majestät des Königs von Preufsen und Seiner Durchlaucht des Fürsten von Lippe zweimahl gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in den beiden Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Berlin, den 31sten Juli 1822.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

VON BERNSTORFF.

26.

1822 *Déclaration de S. M. la Duchesse de Parme, Plaisance et Guastalle concernant l'abolition du droit d'aubaine en faveur des sujets de S. M. le Roi de Bavière, du 23 Mars 1822.*

(*Regierungs- und Intelligenz-Blatt für das Königreich Baiern* 1822. Nro. 19.)

Parma 23. Marzo 1822.

Noi Maria Luigia Principessa Imperiale ed Arciduchessa d'Austria, per la grazia di Dio Duchessa di Parma, Piacenza e Guastalla etc. etc.

Essendoci stato sottoposto che la legislazione del Regno di Baviera *non hà mai privato i Forestieri dell' uso dei diritti civili, e principalmente di quelli dell' acquisto e della possessione in quel Regno,*

Dichiariamo:

1. Il diritto d'albinaggio è abolito negli Stati di Parma in favore de' Sudditi di S. M. il Re di Baviera.

2. Essi potranno perciò godere dei diritti civili, e così potranno liberamente acquistare beni di qualunque sorta, a titolo oneroso o gratuito, è tanto fra vivi, che a causa di morte, sia per testamento, sia per successione legitima, comme se fossero Sudditi dello Stato.

Dato a Parma il 23 Marzo 1822.

MARIA LUIGIA.

Per espresso e supremo ordine di S. M.

Il Presidente dell' Interno,

Barone Commend. F. Corsacchia.

26. 1822

Parma den 23. März 1822.

Wir Maria Louise Kaiserliche Prinzessin und Erzherzogin von Österreich, von Gottes Gnaden Herzogin von Parma, Piacenza und Guastalla etc. etc.

Nachdem Uns vorgetragen worden ist, dafs die Gesetze des Königreichs Baiern *den Fremden die Ausübung der bürgerlichen Rechte, und besonders jener der Erwerbung und des Besitzes in dem gedachten Königreiche, niemalen abgesprochen haben,*

so erklären Wir:

1. Das Heimfallrecht gegen die Königlich Baierischen Unterthanen, ist in den Staaten von Parma abgeschafft.

2. Dieselben können demnach der bürgerlichen Rechte geniefsen, und mithin Güter jeder Art, mit oder ohne Lasten, und sowohl unter Lebenden wie durch Sterbfälle, es sei durch Testament oder aus rechtmäfsiger Erbfolge, erwerben, als wenn sie Unterthanen des Staats wären.

Gegeben zu Parma den 23. März 1822.

Auf höchsten besondern Befehl Ihrer Majestät.

Der Präsident des Innern:

Baron Commend. F. Cornacchia.

27.

1822 *Déclaration de S. M. le Roi de Bavière concernant l'abolition du droit de détraction et de traite foraine entre la Bavière et les duchés de Parme, Plaisance et Guastalle, du 31 Juillet 1822.*

(*Regierungs- und Intelligenz-Blatt für das Königreich Baiern* 1822. No. 30.)

Maximilian Joseph, von Gottes Gnaden König von Baiern.

Nachdem das in den Staaten von *Parma, Piacenza* und *Guastalla* noch allgemein übliche Heimfallrecht gegen Angehörige fremder Staaten, bereits durch die Erklärung vom 23. März d. J. zu Gunsten Unserer Unterthanen aufgehoben worden (Regierungs- und Intelligenz-Blatt No. 19. S. 516-519.), und Wir demnächst mit *Ihrer Majestät der Frau Erzherzogin von Oesterreich, Herzogin von Parma, Piacenza und Guastalla*, zum Vortheile des gegenseitigen Verkehrs zwischen beiden Staaten, über Festsetzung einer vollkommenen Freizügigkeit übereingekommen sind, auch die Auswechselung der beiderseitigen, von besagter Ihrer Majestät unterm 18. Mai, von Uns aber am 10. Juni d. J., vollzogenen Ratificatòrien am 23. d. M. hieselbst Statt gefunden hat; so soll dieses durch das Regierungs- und Intelligenz-Blatt zu Jedermanns Wissenschaft, besonders Unsern Kreis-Regierungen, dann andern unmittelbaren wie mittelbaren Behörden, zu schuldiger Nachachtung, bekannt gemacht werden, damit der erwähnte Vertrag bei allen vorkommenden Fällen in genauen Vollzug gebracht, sohin rücksichtlich alles Vermögens, welches von nun an durch Erbschaft, Heirath, Auswanderung, Schenkung, Kauf, Tausch, oder wie sonst immer aus unsern Staaten in die Herzogthümer Parma, Piacenza

und Guastalla exportirt wird, die vollkommene Freiheit von Nachsteuer, Abschofs, Erbsteuer, oder andern dergleichen Abzügen, beobachtet und gestattet werde. 1822

München, den 31sten Juli 1822.

MAXIMILIAN JOSEPH.

Graf von Rechberg.

Auf Königlichen Allerhöchsten Befehl:
der General-Secretär,
von Baumüller.

28.

Manifeste du prince régent du Brésil, adressé à tous les gouvernemens et à toutes les nations amies; publié à Rio Janéiro le 6 Août 1822.

(*Journal de Francfort* 1822. 25 Octobre. No. 297.)

Désirant ainsi que le peuple qui me reconnoit comme prince régent, conserver les relations politiques et commerciales qui subsistent avec les gouvernemens et nations amies de ce royaume, et assurer la continuation de cette approbation ou de cette estime due au caractère brésilien, il me convient de rapporter succinctement mais sincèrement, la série de faits et de motifs qui m'ont engagé à acceder au voeu général du peuple brésilien, qui a proclamé son indépendance politique à la face de l'univers, et qui désire, comme formant une grande et puissante nation, conserver intacts et dans toute leur vigueur les droits imprescriptibles que le Portugal a toujours cherché à enfreindre, et qu'il s'efforce d'attaquer plus que jamais depuis la célèbre régénération politique operée par les cortès de Lisbone.

1822 Peu de tems après que les riches et vastes régions du Brésil se furent présentées par hazard à l'oeil du hardi Cabral, l'avarice et le proselytisme réligieux, premiers mobiles des decouvertes et des colonisations modernes, s'emparèrent d'elles par droit de conquête, et des lois de sang, dictées par des passions furieuses et des intérêts sordides, confirmèrent la tyrannie du Portugal. Les indigènes non civilisés et les colons européens traînèrent la même existence dans la servitude et la misère. On ouvrit les entrailles des montagnes, on en arracha de l'or; mais des lois absurdes et le quinto arrêtèrent des travaux qui n'étoient que commencés. Tandis que le gouvernement portugais, avec une insatiable voracité, dévoroit les trésors que la nature bienveillante avoit prodigués, il opprimoit les malheureuses provinces dont il tiroit les richesses par le plus odieux de tous les impôts, la capitation. Il vouloit faire payer aux Brésiliens l'air qu'ils respiroient et la liberté d'exister dans leur pays natal. Si l'industrie de quelque homme actif se dirigeoit sur les moyens de donner une nouvelle forme à certaines productions du pays pour que le Brésil pût couvrir la nudité de ses enfans, des lois tyranniques prohiboient bientôt et punissoient de généreux efforts. Le but des Européens a toujours été de tenir ce beau pays dans la dépendance la plus absolue de la mère-patrie, parcequ'ils jugeoient nécessaire à la sûreté de leur pouvoir que les sources de nos richesses fussent taries ou appauvries.

Si un colon entreprenant montroit à ses concitoyens la perspective flatteuse de l'établissement de quelque nouvelle branche d'économie agricole, par l'introduction de plantes exotiques utiles et précieuses, des impôts accablans détruisoient bientôt des efforts que l'on avoit fait sous les auspices les plus favorables. Si des hommes cherchoient hardiment à detourner le cours des rivières, pour en retirer les trésors qu'elles recéloient, ils étoient aussitôt arrêtés par les agens du monopole, et punis par des lois inexorables. Si le superflu des produits exigeoit un échange avec les produits étrangers, le Brésil ne pouvoit les porter dans les grands débouchés des nations et par conséquent toute rivalité commerciale étoit détruite. Il ne lui restoit d'autre ressource que

le commerce avec les ports de la mère-patrie, ce 1822
qui excitoit encore davantage la cupidité, et ajoutoit à la prépondérance de ses tyrans.

Enfin quand le Brésilien, que la nature avoit doué de talens, vouloit, pour la connoissance de ses droits et de ses devoirs, acquérir des connoissances dans les sciences et les arts, il étoit obligé d'aller en Portugal mendier le peu de lumières qu'on y pouvoit trouver, et souvent il ne lui étoit pas permis de retourner dans son pays.

Tel a été le sort du Brésil pendant environ trois siècles; telle a été la cruelle politique au moyen de laquelle le Portugal, toujours injuste dans ses vues, toujours avide et tyrannique, a cherché à confirmer son pouvoir et sa splendeur factice. Les colons et les Indiens, les vainqueurs et les vaincus, leurs enfans et petits-enfans, ont tous, sans distinction, été soumis à l'anathème général; et comme l'ambition du pouvoir et la soif de l'or sont toujours insatiables, le Portugal n'a jamais cessé d'envoyer des pachas impitoyables, des magistrats corrompus, des essaims d'agens du fisc, qui, dans le délire de leurs passions et de leur avarice, ont brisé tous les liens moraux, publics et particuliers.

C'est ainsi qu'ils ont déchiré les entrailles du Brésil qui les enrichissoit, afin que le peuple, reduit au dernier degré du désespoir, pût, comme des musulmans soumis, faire des pélérinages à la nouvelle Mecque, pour acheter, au moyen de riches présens et offrandes, une éxistence qui n'étoit supportable qu'autant qu'elle étoit obscure. Si le Bresil a resisté à tant de fléaux, s'il a prospéré, quoi qu'accablé d'une telle oppression, il le doit à ses enfans courageux auxquels la nature a donné des forces gigantesques; il le doit à cette tendre mère qui a constamment accordé une nouvelle vigueur à ses enfans, afin qu'ils pussent surmonter les obstacles physiques et moraux que leurs frères ingrats avoient impitoyablement opposés à leur prospérité.

Cependant, quoique ulcéré par le souvenir de ses infortunes passées, le Brésil étant naturellement bon, n'a pas laissé que de recevoir avec une joie inexprimable l'auguste personne de Joan VI, ainsi que

1822 toute la famille royale: il a fait plus; il a reçu à bras ouverts la noblesse et le peuple qui émigroient, chassés par le despote de l'Europe, il s'est chargé avec joie du fardeau du trône de mon auguste père, a conservé la splendeur du diadème qui lui ceignoit le front, a suppléé avec générosité et profusion aux dépenses d'une nouvelle cour exilée, et de plus, sans aucun intérêt particulier, et uniquement à cause des liens de fraternité, il a contribué, quoiqu'à une grande distance, aux dépenses de la guerre que le Portugal a si glorieusement soutenue contre ses invaseurs. Qu'a gagné le Brésil en retour de tant de sacrifices? La continuation des vieux abus, l'augmentation des nouveaux, introduits tant par la négligence que par l'immoralité et le crime. De tels malheurs demandoient hautement une prompte réforme dans le gouvernement, que rendoit facile une augmentation de lumières, et qu'exigeoient les droits incontestables d'hommes qui formoient la portion la plus considérable et la plus riche de la nation portugaise, et qui étoient favorisés de la nature par leur position géographique au centre du globe, par de vastes ports et enfin par la richesse naturelle de leur sol. Des sentimens d'une loyauté excessive, un amour outré pour leurs frères du Portugal, ont étouffé leurs plaintes, plié leur volonté, et fait céder à ces derniers cette palme glorieuse.

Lorsque le cri de la régéneration politique de la monarchie s'éleva en Portugal, les peuples du Brésil, se fiant dans l'inviolabilité de leurs droits, et jugeant leurs frères incapables d'avoir des sentimens différens des leurs, abandonnèrent à ces ingrats la défense de leurs intérêts les plus chers, le soin d'une complette et nouvelle constitution, et s'endormirent tranquillement au bord du plus terrible précipice: se fiant entièrement dans la justice et la sagesse du congrès de Lisbone, le Brésil ésperoit en recevoir tout ce qui lui appartenoit de droit: combien il étoit loin de penser que ce même congrès trahiroit d'une manière aussi vile ses espérances et ses intérêts, intérêts qui sont si étroitement liés avec ceux de la généralité de la nation.

Le Brésil connoit actuellement son erreur, et si ses habitans n'étoient pas doués de ce généreux en-

thousiasme qui fait souvent confondre des lueurs 1822
passagères avec la vraie lumière de la raison, ils auroient vu dès le premier manifeste que le Portugal adressa aux peuples de l'Europe, qu'un des buts cachés de sa régénération si vantée étoit de retablir astucieusement l'ancien système colonial auquel il a toujours cru et croit encore aujourd'hui devoir sa puissance et sa richesse. Le Brésil ne prévit pas que ses députés devant aller dans un pays étranger et éloigné, obligés de lutter contre les préjugés et les caprices invétérés de la métropole, manquant des appuis de leurs parens et amis, devoient nécessairement tomber dans l'état de nullité où nous les voyons; mais il leur a fallu les dures leçons de l'expérience pour leur faire connoître l'illusion de leurs espérances.

Cependant les Brésiliens sont excusables, car comment leurs ames sincères et généreuses auroient-elles pu penser que cette régénération si prônée de la monarchie auroit commencé par le rétablissement de l'odieux système colonial? Il étoit bien difficile et presqu'incroyable de concilier ce plan absurde et tyrannique avec les lumières et le libéralisme que le congrès portugais prêchoit hautement! et il étoit encore moins croyable qu'il y eût des hommes assez audacieux et assez insensés pour oser (comme je le dirai bientôt) attribuer à la volonté et aux ordres de mon auguste père et Roi, le Seigneur D. Joao VI à qui le Brésil doit son élévation au rang de royaume, la volonté d'effacer d'un seul trait une des plus belles actions de sa vie, qui rendra sa mémoire éternelle dans l'histoire de l'univers. Un aveuglement aussi complet se croiroit difficilement si les faits ne parloient: mais il peut y avoir des sophismes contre vérité manifeste.

Tant que mon auguste père n'a pas quitté les rives de Janéiro, pour aller malheureusement habiter de nouveau celles du vieux Tage, le congrès de Lisbone affectoit envers le Brésil des sentimens d'une égalité fraternelle, et les principes lumineux d'une justice réciproque, déclarant formellement dans l'art. 21 des bases de la constitution: que la loi fondamentale qu'on alloit organiser et promulguer ne seroit

1822 applicable au Brésil que si ses députés, après être réunis, déclaroient que c'étoit la volonté des peuples qu'ils représentoient. Mais quelle a été l'épouvante de ces mêmes peuples quand ils ont vu qu'en opposition à cet article, au mépris de leurs droits inaliénables, une portion du congrès général décidoit de leurs intérêts les plus chers. En voyant la partie dominante de ce congrès incomplet, imparfait, traiter des objets d'une importance majeure, qui régardoient uniquement le Brésil, et celà sans entendre au moins les deux tiers de ses représentans!

Ce parti dominant, sans égard pour les lumières et la probité des hommes sensés qui existent dans les cortès, insulte le Brésil et veut continuer à le tromper par les moyens infernaux de la politique la plus noire, affectant une faternité qui n'a jamais éxisté; il profite adroitement des écarts de la junte gouvernante de Bahia (qu'il a soutenue en cachette) pour dissoudre le noeud sacré qui lioit toutes les provinces du Brésil à une régence légitime et paternelle. Comment le congrès a-t-il osé reconnoître dans cette junte facheuse, une autorité suffisante pour détruire les liens politiques de sa province et se séparer du centre auquel elle se trouvoit réunie, et cela après le serment prêté par mon auguste père à la constitution promise à toute la monarchie? De quel droit ce congrès, qui ne représentoit que le Portugal, a-t-il sanctionné des actes aussi illégaux que criminels, et dont les conséquences sont des plus funestes pour tout le royaume uni? Et quels fruits en a tiré Bahia, si ce n'est le nom vain et ridicule de province de Portugal, et, qui pis est, les maux d'une guerre civile, et l'anarchie dans laquelle elle se trouve plongée par la faute de son premier gouvernement vendu aux démagogues de Lisbone, et à quelques autres hommes égarés par des idées anarchiques et républicaines. Quand bien même Bahia pourroit se conserver province du chétif Portugal, seroit-ce donc plus que d'être une des premières du vaste et grand Brésil? Mais ce n'étoient pas là les vues du congrès. Le Brésil ne devoit pas être royaume, il devoit descendre de son trône, se dépouiller du manteau royal, déposer la couronne et le sceptre, et

rétrograder dans l'ordre politique de l'Univers, recevoir de nouveaux fers et s'humilier comme esclave devant le Portugal. 1822

Sans nous arrêter davantage ici, examinons la marche progressive du congrès. Il autorise et établit des gouvernemens provinciaux, anarchiques, indépendans les uns des autres, mais rélevant du Portugal. Il détruit la responsabilité et l'harmonie, qui existe entre les pouvoirs civil, militaire et financier, ne laissant aux peuples de remèdes à des maux inévitables, qu'au-delà du vaste océan: ressource imaginaire et inutile.

Le congrès voyoit bien, qu'il détruisoit l'architecture majestueuse de l'Empire Brésilien, qu'il alloit séparer ses parties, les mettre continuellement aux prises, anéantir ses forces et même convertir ses provinces en autant de républiques ennemies les unes des autres: mais peu lui importoit les malheurs du Brésil: pour lors des avantages momentanés lui suffisoient, et il ne craignoit pas de couper l'arbre à la racine, pourvu qu'à limitation des sauvages de la Luisiane, il ceuillît aussitôt ses fruits, ne fût-ce qu'une fois.

Les représentations de la junte et des députés de Pernambuco, qui avoient pour but de se voir délivrés des bayonettes européennes, auxquelles cette province devoit les dissentions intestines qui la déchiroient, furent sans effet. Ce fut alors que le Brésil commença à déchirer le voile épais qui obscurciscoit sa vue, et qu'il jugea à quoi ces troupes étoient destinées. Il examina les causes du mauvais accueil que recevoient les propositions du petit nombre de députés qu'il avoit déjà en Portugal, et perdit chaque jour davantage l'espérance de voir les choses s'améliorer et d'une réforme dans les délibérations du congrès; car il voyoit qu'on n'avoit pas plus d'égard à la justice de ses droits qu'au patriotisme de ses députés.

Ce n'est pas encore tout: les cortès de Lisbone n'ignoroient pas que le Brésil avoit été épuisé par l'immense dette que le trésor devoit à la banque nationale, et que si celle-ci venoit à manquer, une

1822 immensité de familles se trouveroient ruinées et réduites à une totale indigence: cet objet étoit de la plus grande urgence: néanmoins le crédit de cette banque ne leur a jamais coûté la moindre inquiétude: il sembloit au contraire qu'ils faisoient leurs efforts, pour lui porter le dernier coup, en tirant du Brésil le surplus des revenus des provinces, qui devoient entrer dans son trésor public et central, et même en ôtant à la banque l'administration des contrats que le Roi mon auguste père lui avoit accordés pour l'amortissement de cette dette sacrée.

Arrivent enfin au Brésil les fatals décrets de mon retour en Europe et de l'extinction totale des tribunaux de Rio-Janéiro, pendant que ceux du Portugal devoient subsister. A l'instant, s'évanouit tout espoir de conserver même une délégation du pouvoir exécutif qui fût un centre commun d'union et de force entre toutes les provinces de cet immense pays, si nécessaire pour donner aux mouvemens de sa machine sociale de la régularité, et sans lequel les dons que la nature lui a faits avec profusion pour l'accroissement rapide de ses forces et de sa prosperité future eussent été répandus en vain.

Un gouvernement fort et constitutionnel pouvoit seul faciliter l'augmentation de civilisation et la richesse progressive du Brésil: lui seul pouvoit le défendre de ses ennemis externes, étouffer les factions internes des hommes ambitieux et méchans qui osoient attenter à la liberté, à la propriété individuelle, au repos et à la sûreté publique de l'état en général, et de chacune de ses provinces en particulier. Sans ce centre commun, je le repète, toute relation d'amitié et de commerce mutuel entre ce royaume, celui de Portugal et les pays étrangers, auroient mille chocs et embarras; et bien loin de voir notre richesse s'augmenter sous un système d'économie politique convenable au pays, nous la verrions au contraire s'engourdir, diminuer, et peut-être s'anéantir entièrement. Enfin, sans ce centre de force et d'union, les Brésiliens ne pourroient pas conserver leurs frontières ni leurs limites naturelles; et ils perdroient (ce à quoi travaille actuellement le congrès) tout ce qu'ils ont gagné au prix de tant de

sang, de capitaux; et qui pis est, c'eût été aux 1822
dépens de l'honneur national et des grands intérêts politiques et commerciaux. Mais heureusement que la justice et la saine politique outragées ont élevé leurs cris en notre faveur, et l'exécution de décrets aussi détestables n'a pas eu lieu.

Les peuples de ce royaume n'ont pu qu'être très choqués de voir avec quel mépris les citoyens de merite brésiliens étoient traités, car dans la liste nombreuse de diplomates, ministres-d'état, conseillers et gouverneurs militaires, on ne rencontre pas un seul nom brésilien.

On sait actuellement dans quel but sinistre ont été nommés ces nouveaux bachas sous le titre de gouverneurs d'armes: il suffit de se rappeler que dans toutes les provinces on les a vu constamment s'opposer à la dignité et à la liberté du Brésil; de faire attention à la considération avec laquelle les cortès reçoivent leurs dépêches et la part qu'ils prennent aux affaires civiles et politiques, absolument étrangères au service militaire; ajoutez à cela la condescendance avec laquelle les cortès ont reçu les félicitations de la troupe fraticide expulsée de Pernambuco, l'approbation donnée par le parti dominant du congrès aux procédés révoltans du général Avelez, qui, pour comble de maux, a donné occasion à la mort prématurée de mon fils chéri le prince D. Joao; l'indifference avec laquelle on a entendu le récit des scènes sanglantes de Bahia, provoquées par l'infâme Madeira, à qui on a envoyé de nouveaux renforts malgré la protestation des députés du Brésil; et on sera convaincu qu'après avoir subjugué la liberté des provinces, étouffé leurs justes réclamations, dénoncé comme anti-constitutionnels le patriotisme et l'honneur de leurs concitoyens, ces désorganisateurs ne prétendent qu'établir sous le masque de paroles trompeuses d'union et fraternité, un despotisme militaire complet avec lequel ils ésperent nous accabler.

Tout gouvernement juste et toute nation civilisée comprendra, que privé de son pouvoir exécutif, de ses tribunaux nécessaires, obligé d'aller au travers des périls d'une longue navigation mendier la grace

1822 et la justice au Portugal, Lisbone s'appropriant les revenus de ses provinces, déchu de son rang de royaume et dominé par les bayonnettes, c'en étoit fait du Brésil ; il étoit pour toujours rayé du nombre des nations libres et se trouvoit de nouveau réduit à l'ancien état colonial et de commerce exclusif. Mais comme il ne convenoit pas de déclarer à la face du monde civilisé ces projets cachés et abominables, il a tâché de les dissimuler encore en nommant des commissions chargées de traiter les affaires politiques et commerciales de ce royaume. Les rapports de ces commissions sont répandus partout, et montrent clairement le machiavélisme et l'hypocrisie des cortès de Lisbone, qui ne peuvent tromper que des hommes ignorans, mais qui donnent de nouvelles armes aux ennemis répandus parmi nous. Ces faux et mauvais politiques disent actuellement que le congrès désire être instruit des voeux du Brésil et qu'il a toujours désiré y avoir égard dans ses délibérations ; si c'est la vérité, pourquoi donc les cortès de Lisbone rejèttent-ils à présent même tout ce que proposent le petit nombre de députés que nous y avons ?

Cette commission spéciale, chargée des affaires politiques de ce royaume, avoit déjà en son pouvoir les représentations de beaucoup de nos provinces et municipalités, par lesquelles on demandoit la dérogation du décret sur l'organisation des gouvernemens provinciaux et la continuation de mon séjour dans ce royaume comme prince Régent. Cependant qu'a fait la commission ? elle n'a eu égard à rien : à peine a-t-elle proposé mon séjour temporaire à Rio Janéiro, sans entrer dans le détail des attributions qui devoient me revenir comme délégué du pouvoir exécutif. Les peuples demandoient un seul centre de ce pouvoir, afin d'éviter le démembrement du Brésil en parties isolées et rivales. Qu'a fait la commission ? elle a insidieusement proposé qu'on accordât au Brésil deux ou plus de centres, et même que les provinces qui le voudroient ainsi, correspondissent directement avec le Portugal.

Les cris de nos députés en faveur du Brésil se sont élevés mille et mille fois ; leurs voix ont été étouffées par les insultes d'une horde salariée qui

occupoit les tribunes. A toutes leurs réclamations on 1822
a toujours répondu qu'elles étoient contre le réglement intérieur des cortès, ou qu'on ne pouvoit déroger ce qui étoit déjà décidé, ou enfin on répondoit avec hauteur: il n'y a point ici de députés de provinces, tous sont députés de la nation, et la pluralité seule doit prévaloir. Principe de droit public faux et inoui, mais très utile aux dominateurs, parceque soutenu de la majorité des votes européens, ceux des Brésiliens devenoient nuls, et ils pouvoient ainsi enchainer le Brésil à leur aise. On a présenté au congrès la lettre que m'adressa le gouvernement de Saint-Paul, ainsi que le voeu unanime de la députation envoyée par le gouvernement, municipalité et clergé de la capitale. Tout a été vain; la junte de ce gouvernement a été insultée, traitée de rebelle, méritant d'être traduite devant les tribunaux. Enfin, par l'organe de la liberté de la presse, les écrivains brésiliens ont mis au jour les injustices et les erreurs du congrès: et en retour de leur loyauté et de leur patriotisme, ils ont été taxés, par la commission, d'hommes intéressés et inspirés uniquement par le génie du mal.

Comment le Brésil pourroit-il ensevelir dans un éternel oubli tant d'insultes et d'atrocités? Il lui est également impossible d'avoir jamais confiance dans les cortès de Lisbone, se voyant à chaque instant abîmé et déchiré par une guerre intestine commencée par des hommes iniques, et même menacé des scènes horribles de Haïty, que nos furieux ennemis désireroient ardemment faire renaître.

Et n'est-elle pas aussi un commencement réel d'hostilités, la défense qu'a faite ce gouvernement, que les nations étrangères avec lesquelles nous trafiquions librement nous envoient des munitions de guerre? Devons-nous aussi souffrir que le Portugal offre à la France de lui céder une partie de la province du Para, si cette puissance vent lui fournir des troupes et des vaisseaux avec lesquels il puisse nous enchainer plus aisément et étouffer les cris de notre justice? Les belliqueux Brésiliens pourront-ils oublier que dans le même but on a fait de semblables propositions à l'Angleterre, en lui offrant de perpetuer le traité

1822 de commerce de 1810, et même de l'étendre par de plus grands avantages? Jusqu'où va la mauvaise foi et l'impolitique des cortès!

De plus, le congrès de Lisbone cherchant tous les moyens de nous opprimer, a répandu une cohorte d'émissaires secrets qui emploient toutes les ressources de l'astuce et de la perfidie pour corrompre l'ésprit public, troubler le bon ordre et fomenter l'anarchie dans le Brésil. Bien persuadés de la haine que ses peuples portent au despotisme, ces perfides émissaires ne cessent de pervertir l'opinion publique, et d'envenimer les actions les plus pures et les plus justes de mon gouvernement, osant avec témérité m'imputer le désir de séparer entièrement le Brésil du Portugal, et de faire revivre l'ancien système arbitraire. Mais c'est en vain qu'ils tentent de désunir les habitans de ce royaume; les honnêtes Européens, nos concitoyens ne seront pas ingrats envèrs le pays qui les a adoptés pour enfans; les a honorés et enrichis.

Les factieux des cortès n'étant pas encore satisfaits de cette suite de perfidies, osent insinuer qu'une grande partie de ces mesures désastreuses sont emanées du pouvoir exécutif; comme s'il étoit dans le caractère du Roi, du bienfaiteur du Brésil, d'être coupable de semblables atrocités; comme si le Brésil et le monde entier ignoroient que le seigneur Don Joao VI, mon auguste père, est réellement prisonnier d'état, dans une complète inaction, sans la volonté libre que devroit avoir tout véritable monarque qui jouiroit des attributions qu'une légitime constitution, quelque retrécie et suspecte qu'elle pût être, ne pourroit lui nier. L'Europe et le monde entier savent que ses ministres, les uns sont dans les mêmes circonstances, les autres sont créatures et partisans de la faction dominatrice.

Sans doute tant de provocations, tant d'injustices du congrès à l'égard du Brésil, sont nées de parties contraires, entre eux, mais ligués contre nous; les uns veulent forcer le Brésil à se séparer du Portugal, afin de pouvoir mieux entraver le système constitutionnel; les autres desirent la même chose parcequ'ils voudroient se réunir à l'Espagne. D'après cela, il n'est pas surprenant qu'en Portugal on écrive effron-

tement que ce royaume ne peut que gagner en perdant le Brésil. 1822

Les cortès, aveuglés par l'orgueil et la vengeance, ont décidé par deux traits de plume une question de la plus haute importance pour la grande famille lusitanienne, en établissant que le siège de la monarchie seroit en Portugal, sans consulter la volonté générale des portugais des deux hémisphères; comme si la plus petite partie du territoire portugais, et sa population stationnaire et restreinte, devoit être le centre politique et commercial de la nation entière. En effet, s'il convient à des états séparés, mais réunis sous un même chef, d'avoir le principe vital de leur énergie dans la partie la plus centrale et la plus puissante de la grande machine sociale, afin que le mouvement se communique dans tous ses points avec le plus de vigueur et de promptitude possible, sûrement le Brésil avoit un droit incontestable à posseder le siège du pouvoir exécutif. Car ce riche et vaste pays, dont les côtes prolongées s'étendent depuis deux degrés au nord de l'équateur, jusqu'à la rivière de la Plata, et sont baignées par l'Atlantique, se trouve presqu'au centre du globe, au bord du grand canal par lequel se fait le commerce des nations, qui est le lien qui unit les quatre parties du monde. Le Brésil a l'Europe à sa gauche, ainsi que la partie la plus considérable de l'Amérique: vis-à-vis se trouve l'Afrique; à droite, le reste de l'Amérique et l'Asie, avec l'immense archipel du Sud, et derrière, la mer pacifique avec le détroit de Magellan, et le cap de Horn presqu'à sa porte.

Qui peut ignorer qu'il est presqu'impossible de donner une nouvelle vigueur à des peuples vieillis et usés? Qui est ce qui ne sait pas aujourd'hui que les beaux jours du Portugal sont passés, et que c'est seulement du Brésil, que cette petite portion de la monarchie peut espérer un soutien, et de nouvelles forces pour reprendre son ancienne virilité? Mais certainement il ne pourroit pas lui prêter ses secours, si ces insensés parvenoient à l'abattre, à le désunir et à le ruiner.

Quelle devroit être la conduite du Brésil au milieu du cours systématique de si grandes erreurs et

1822 de tant d'atrocités! Les cortès de Lisbone voudroient-ils par hazard feindre d'ignorer nos droits et nos convenances? Non, certainement; car, même parmi les factieux, il existe des hommes qui, bien que mauvais, ne sont point ignorans. Le Brésil doit-il souffrir et se contenter de demander humblement le remède à ses maux à des coeurs égoïstes et sans pitié? Ne voit-il pas qu'en changeant les despotes, le despotisme continuera? Outre qu'une telle conduite seroit inepte et déshonorante, elle plongeroit le Brésil dans un gouffre de malheurs et le Brésil perdu, la monarchie l'est aussi.

Placé par la providence au milieu de ce vaste et beau pays comme héritier et legitime délégué du Roi, mon auguste père, le premier de mes devoirs est non seulement d'avoir à coeur le bien-être de mes peuples mais aussi celui de toute la nation que je suis appelé à gouverner. Pour remplir ces devoirs sacrés, j'ai accédé aux voeux des provinces qui me demandoient de ne pas les abandonner: et voulant assurer le succès de mes délibérations, j'ai consulté l'opinion de mes sujets, et j'ai fait nommer et convoquer les procureurs-généraux de toutes les provinces pour en ouïr les conseils dans les affaires d'état et d'utilité publique. Ensuite de quoi, voulant leur donner une nouvelle preuve de mon amour et de ma sincérité, j'ai accepté le titre et la charge de défenseur perpétuel de ce royaume, que les peuples m'ont conféré: et enfin, voyant l'importance des évènemens, et écoutant le voeu général du Brésil qui vouloit être sauvé, j'ai convoqué une assemblée constituante et législative pour travailler à son bien-être et à affermir son bonheur. Ainsi le reclamoient les peuples qui considèrent mon auguste père et Roi comme privé de sa liberté et sujet aux caprices de cette horde de factieux qui domine les cortès de Lisbone, dont il seroit absurde d'espérer jamais des mesures justes et utiles aux destins du Brésil et au véritable bien de toute la nation portugaise.

Je serois ingrat envers les Brésiliens, parjure à mes promesses, et indigne du nom de prince royal du royaume-uni de Portugal, Brésil et Algarves, si j'agissois différemment; mais je proteste en même

tems devant Dieu et à la face de toutes les nations 1822
amies et alliées, que je ne désire point rompre les liens d'union et de fraternité qui doivent faire de toute la nation portugaise un seul tout politique bien organisé. Je proteste également que sauf la due et juste réunion de toutes les parties de la monarchie sous un seul Roi, comme chef suprême du pouvoir exécutif de toute la nation, je défendrai les droits légitimes et la constitution future du Brésil (qui j'espère sera bonne et prudente) avec toutes nos forces et aux dépens de mon sang si cela est nécessaire.

Je viens d'exposer avec précision et sincérité aux gouvernemens et aux nations auxquels je m'adresse dans le manifeste, les causes de la dernière résolution des peuples de ce royaume. Si le Roi mon auguste père étoit encore au sein du Brésil, jouissant de sa liberté et libre autorité, certainement il se complairoit à remplir les voeux de ce peuple loyal et généreux; et l'immortel fondateur de ce royaume, qui déjà en Février 1821 appelloit à Rio-Janéiro les cortès brésiliens, n'auroit pas manqué dans ce moment-ci de les convoquer comme je l'ai fait; mais notre Roi se trouvant prisonnier et captif, c'est à moi qu'il appartient de le relever de l'état humiliant auquel l'ont réduit les factieux de Lisbone. Il m'appartient comme à son délégué et son héritier, de sauver non seulement le Brésil, mais toute la nation portugaise.

Ma ferme résolution, ainsi que celle des peuples que je gouverne, est légitimement promulguée; j'espère donc que les hommes sages et impartiaux du monde entier, ainsi que les gouvernemens et nations amis du Brésil, rendront justice à des sentimens si justes et si nobles. Je serai prêt à recevoir leurs ministres et agens diplomatiques, et à leur envoyer les miens, tant que durera la captivité du Roi mon auguste père. Les ports du Brésil continueront à être ouverts à toutes les nations pacifiques et amies qui voudront faire le commerce que les lois ne défendent pas.

Les colons européens qui voudront venir ici pourront compter sur la plus juste protection dans ce pays riche et hospitalier. Les savans, les artisans et ceux

1822 qui voudront y faire des établissemens y trouveront aussi amitié et bon accueil; et comme le Brésil sait respecter les droits des autres peuples et des autres gouvernemens légitimes, il espère aussi que par une juste réciprocité, ses droits inaliénables en seront reconnus et toujours respectés, pour, en cas contraire, ne pas se voir dans la dure nécessité d'agir contre les désirs de son coeur généreux.

Palais de Rio Janéiro, 6 Août 1822.

Prince Régent.

29.

Convention entre la Prusse et la Saxe royale concernant la réconnoissance réciproque des déclarations de majorité, du 3 Mars 1822.

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen* 1822. Nro. 9. p. 185.)

Zwischen der Königlich Sächsischen und Königlich Preufsischen Regierung ist, zu Erläuterung und Ergänzung der, unterm 20sten Februar 1816 wegen Abgabe und Fortsetzung der in dem Königreiche und Herzogthum Sachsen anhängigen Rechtssachen, abgeschlossenen Convention, und zwar des 11ten bis mit dem 16ten Paragraphen derselben, folgende Übereinkunft getroffen worden.

1. So oft von der Behörde des Landes, in welchem die Hauptvormundschaft anhängig ist, dem Minderjährigen venia aetatis ertheilt wird, soll diese in beiden Landestheilen in der Regel die Kraft der erlangten Volljährigkeit, mithin auch in Rücksicht auf das in dem andern Landestheile gelegene Vermögen, haben.

2. Sollen von dieser Regel Ausnahmen Statt finden und gewisse Beschränkungen der Dispositions-

ähigkeit noch fortdauern, so müssen diese jedesmal 1822
namentlich in der, von der Behörde des Landes, wo die Hauptvormundschaft geführt wurde, über die Grofsjährigkeitserklärung auszustellenden Urkunde ausgedrückt werden.

3. Wenn auch Minderjährige das Land verlassen, in welchem die Hauptvormundschaft Statt findet, so soll doch dadurch, "in sofern sie noch Vermögen in beiden Landen besitzen," nichts in der Führung der Vormundschaft geändert werden, und mithin die von der Oberbehörde der Hauptvormundschaft ertheilte venia aetatis auch alsdann noch in dem andern Landestheile volle Wirkung haben.

Wie nun Se. Königliche Majestät von Sachsen diese Übereinkunft allenthalben genehmigt, und wegen Vollziehung derselben das Erforderliche anzuordnen geruhet haben: so ist hierüber diese, zur Publication bestimmte Erklärung ausgefertigt und auf Allerhöchsten Befehl unterzeichnet worden.

Dresden, am 3ten März 1822.

Dr. Königl. Majestät von Sachsen Cabinets-Minister und Staats-Secretär

Detlev *Graf* von Einsiedel,

30.

Convention entre la Saxe royale et la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen concernant la réception réciproque des vagabonds, du 11 Avril 1822.

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen* 1822. No. 15. p. 331.)

Zwischen der Königl. Sächsischen Landesregierung und dem Fürstlich Schwarzburg-Sondershausenschen

1822 geheimen Consilium ist, zu Feststellung der bei Übernahme der Vagabunden und anderer Ausgewiesenen gegenseitig zu befolgenden Grundsätze, die Vereinigung verabredet worden, dafs, statt einer diefsfallsigen besondern Übereinkunft, der Inhalt der, zwischen der Königlich Sächsischen und der Grofsherzoglich Sachsen-Weimarischen Regierung, unterm 14ten November 1821 geschlossenen Convention (Gesetzsammlung vom Jahre 1821, Nr. 21. Seite 155-159), unter den beiderseitigen Staaten als gegenseitig verbindlich anerkannt werden soll.

Wie nun Se. Königliche Majestät, unser allergnädigster Herr, vorstehende Vereinigung, welche vom Tage der in den beiderseitigen Landen zu bewirkenden Publication derselben an in Kraft treten soll, allenthalben genehmiget haben; also ist hierüber gegenwärtige Erklärung ausgefertiget und gewöhnlichermafsen vollzogen worden.

Dresden, am 11ten April 1822.

Königlich Sächsische Landesregierung.

31.

Convention entre le royaume de Saxe et le duché de Saxe-Cobourg-Saalfeld, concernant la réception réciproque des vagabonds du 20 Juill. 1822.

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen* 1822. No. 24. p. 381.)

Nachdem die Königlich Sächsische und die Herzoglich Sachsen-Coburg-Saalfeldische Regierung, zu Feststellung der hinsichtlich der Vagabunden und Ausgewiesenen zu befolgenden Grundsätze, übereingekommen sind, dafs, statt einer diesfallsigen besondern Übereinkunft, der Inhalt der zwischen der erstgenannten Königlichen und der Herzoglich Sachsen-Gothai-

schen Regierung, wegen wechselseitiger Übernahme der Vagabunden und anderer Ausgewiesenen, unterm 17ten December 1821 abgeschlossenen, in der Königlich Sächsischen Gesetzsammlung vom Jahre 1822, No. 2. S. 11, abgedruckten Convention auch zwischen den Königlich Sächsischen und den Herzoglich Sachsen-Coburgischen Staaten als verbindlich anerkannt werden, und vom 1sten künftigen Monats August an in Kraft treten soll: 1822

So ist hierüber, auf Befehl Sr. Königlichen Majestät von Sachsen, diese Erklärung ausgefertigt worden, und wegen deren unverzüglicher Bekanntmachung und Vollziehung die nöthige Anordnung ergangen.

Dresden, am 20sten Juli 1822.

Königl. Sächs. Cabinets-Minister und Staats-Secretär.

Graf von Einsiedel.

32.

Convention entre le grand duché de Mecklenbourg-Schwerin et le duché d'Oldenbourg et la principauté de Lubec concernant l'extradition des criminels et la suppression des fraix de justice en matières criminelles; publiée le 31 Août 1822.

(*Schwerinsches Wochen-Blatt* 1822. St. 31.)

Mit dem Herzogthum Holstein-Oldenburg und dem Fürstenthum Lübeck ist nachstehende Convention, wegen wechselseitiger Auslieferung der Verbrecher und Aufhebung der Gerichtsgebühren in Criminalfällen abgeschlossen.

Art. I. Alle, welche während des Aufenthalts in Mecklenburg-Schwerin oder im Herzogthum Ol-

1822 denburg und Fürstenthum Lübeck ein Criminal-Verbrechen begangen, und sich vor der Bestrafung in die anderseitigen Länder begeben haben, sollen auf Requisition an das forum delicti commissi ausgeliefert werden. Sind solche Verbrecher wirkliche domicilirte Unterthanen des einen oder andern Fürsten, so soll die Bewilligung der Auslieferung zu einer, in jedem Falle zwischen den Regierungen benannter Länder zu treffenden Uebereinkunft, verstellt sein, namentlich bei Accise- und Contrabande-Vergehungen.

Art. II. Das Requisitionsschreiben soll die Gründe des Ansuchens enthalten. Wenn in nicht Criminalfällen, oder um Auslieferung anderer nicht oben benannter Personen nachgesucht wird; so muſs der judex requisitus den Fall seiner Regierung berichten und Resolution erwarten. Sollte nach der Verfassung des Landes der Inculpat nicht in foro delicti commissi inquirirt werden können; so wird er an den zur Untersuchung berechtigten Richter ausgeliefert.

Art. III. Die angebotene Auslieferung soll nicht nur dann angenommen werden, wenn sie durch Steckbriefe u. s. w. verlangt ist, sondern auch, wenn der Inculpat im andern Lande in Untersuchung gezogen, und vor beendigtem Processe entwichen, oder wenn er zur peinlichen Strafe condemnirt, vor erlittener Strafe aber entwichen ist, in so fern er nicht im andern Lande ein schweres Verbrechen verübt hat.

Art. IV. Wird die Auslieferung nachgesucht, wenn der Inculpat schon wegen anderer Verbrechen in Untersuchung ist, so findet sie nur dann Statt, wenn das Verbrechen, weshalb die Requisition geschieht, gröſser ist.

Art. V. Ist dies zweifelhaft, so unterbleibt die Untersuchung, wenn nicht eine andere Uebereinkunft beliebt wird.

Art. VI. Hat der Inculpat sich in beiden Ländern vergangen, so werden die verhandelten Acten dem requirirenden Gerichte mitgetheilt, und dies erkennt auf beide Delicte und auf etwanige Entschädigung. Diese Grundsätze finden auch Statt, wenn die Auslieferung abgelehnt ist.

Art. VII. Ist der Inculpat noch nicht beim requirirten Gerichte in Haft, so soll er sogleich inhaftirt werden. 1822

Art. VIII. Ist dies geschehen, so läfst auf gegebene Nachricht, das requirirende Gericht ihn abholen. Der requirirte Richter übernimmt die Abschickung nur auf desfalsiges Einverständnifs mit dem judicio requirente.

Art. IX. Wird nur um Vernehmung von Zeugen u. s. w. gebeten, so sollen die Gerichte sich wechselseitig willfährig erzeigen. Auch die vom requirirenden Richter nöthig erachtete Stellung der Zeugen soll nicht verweigert werden.

Art. X. Behuf anzustellender Confrontationen eines oder mehrerer Inquisiten, sollen solche auf vorgängige Communication der Landes-Justizgerichte unter sicherer Begleitung verabfolgt werden.

Art. XI. Hat der Inculpat Vermögen, so sollen daraus judicio requisito alle Auslagen und Gerichtsgebühren erstattet werden. Ist dies nicht der Fall; so bezahlt requirens dem requisito lediglich die baaren Auslagen, welche durch die Haft und die Unterhaltung des Verbrechers bis zur Abholung veranlafst sind.

Art. XII. Nach gleichen Grundsätzen wird auch bei Stellung von Zeugen verfahren, rücksichtlich der Kostenbezahlung.

Art. XIII. Das Zeugnifs des fori domicilii des Inculpaten, entscheidet über den Vermögenszustand desselben. Hat er in einem dritten Lande gewohnt, so wird angenommen, er habe kein Vermögen.

Art. XIV. Die zu stellenden Zeugen erhalten Reise-, Zehrungs- und Versäumnifs-Kosten, nach dem vom judice requisito gemachten Verzeichnifs, sofort vom requirirenden ausbezahlt. Etwaniger vom requirirten Gerichte gemachter Vorschufs, wird auf Anzeige desselben vom requirirenden erstattet.

Art. XV. a. Ist der Arrestant kein Unterthan des Landesherren, durch dessen Land er transportirt wird; b. ist die Wache kein Militär, auch c. nicht grofs, (höchstens 5 Mann); so wird die Durchfüh-

1822 rung auf blofse Polizeipässe gestattet, und die nöthige Assistenz geleistet. Aufser diesen Fällen soll eine vorgängige Correspondenz der höheren Collegien eintreten.

Art. XVI. Polizeibediente beider Länder können flüchtigen Verbrechern über die Gränze nachsetzen, und müssen den Ergriffenen am Orte der Ergreifung ins Gericht abgehen, das dann die Ablieferung besorgt.

33.

Convention entre le duché de Saxe-Gotha et le duché de Saxe-Cobourg concernant la réception mutuelle des vagabonds, du 13 Septembre 1822.

[*Zusatz zu dem ersten Theile der neuen Beifugen zur (Gothaischen) Landes-Ordnung* No. CLVIII.]

Zwischen der Herzoglich Sachsen-Koburgischen und der Herzoglich Sachsen-Gotha-Altenburgischen Regierung ist, wegen wechselseitiger Übernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen, folgende Übereinkunft getroffen worden.

§. 1. Es soll in Zukunft kein Vagabund oder Verbrecher in das Gebiet des andern der beiden contrahirenden Theile ausgewiesen werden, wenn derselbe nicht entweder ein Angehöriger desjenigen Staates ist, welchem er zugewiesen wird, und in demselben sein Heimwesen zu suchen hat, oder doch durch das Gebiet desselben, als ein Angehöriger eines in gerader Richtung rückwärts liegenden Staates nothwendig seinen Weg nehmen mufs.

§. 2. Als Staats-Angehörige, deren Übernahme nicht versagt werden darf, sind anzusehen:

a) alle diejenigen, deren Vater, oder wenn sie aufser der Ehe erzeugt wurden, deren Mutter, zur Zeit

ihrer Geburt in der Eigenschaft eines Unterthans, 1822
mit dem Staate in Verbindung gestanden hat, oder welche ausdrücklich zu Unterthanen aufgenommen worden sind, ohne nachher wieder aus dem Unterthans-Verbande entlassen worden zu sein oder ein anderweitiges Heimathsrecht erworben zu haben.

b) Diejenigen, welche von heimathlosen Eltern zufällig innerhalb des Staats-Gebiets geboren sind, so lange sie nicht in einem andern Staate das Unterthanenrecht, nach dessen Verfassung, erworben, oder sich daselbst, mit Anlegung einer Wirthschaft verheirathet oder darin, unter Zulassung der Obrigkeit, Zehn Jahre lang gewohnt haben.

c) Diejenigen, welche zwar weder in dem Staats-Gebiete geboren sind, noch das Unterthanenrecht, nach dessen Verfassung, erworben haben, hingegen nach Aufgebung ihrer vorherigen staatsbürgerlichen Verhältnisse, oder überhaupt als heimathlos, dadurch in nähere Verbindung mit dem Staate getreten sind, dafs sie sich daselbst, unter Anlegung einer Wirthschaft verheirathet haben, oder, dafs ihnen, während eines Zeitraums von Zehn Jahren, stillschweigend gestattet worden ist, darin ihren Wohnsitz zu haben;

wobei festgesetzt worden ist, dafs auch insbesondere diejenigen als ausdrücklich zu Unterthanen aufgenommene betrachtet werden sollen, welche nicht in dem Staats-Gebiete geboren sind, jedoch dem Staate zu Zeiten eines Kriegs, oder des Friedens, Militär-Dienste geleistet haben, und zwar ohne Rücksicht auf die Dauer dieses Dienst-Verhältnisses und den im Militär gehabten Rang.

§. 3. Wenn ein Landstreicher ergriffen wird, welcher in dem einen Staate geboren ist, in einem andern aber das Unterthanenrecht ausdrücklich erworben oder mit Anlegung einer Wirthschaft sich verheirathet, oder durch zehnjährigen Aufenthalt sich einheimisch gemacht hat, so ist der letztere Staat, vorzugsweise verbunden, ihn aufzunehmen. Trifft das ausdrücklich erworbene Unterthanenrecht in dem einen Staate mit der Verheirathung oder der zehnjährigen Wohnung in einem andern Staate zusammen, so ist das erweislich neuere Verhältnifs entscheidend, jedoch

1822 dann, wenn hierüber zu einer ausreichenden Gewifsheit nicht zu gelangen sein sollte, der Staat, in welchem dem Heimathlosen ein zehnjähriger Aufenthalt gestattet worden, vorzugsweise zu seiner Aufnahme verpflichtet.

§. 4. Sind bei einem Vagabunden oder auszuweisenden Verbrecher keine der in den vorstehenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen anwendbar, so mufs derjenige Staat, in welchem er sich befindet, ihn vorläufig beibehalten.

§. 5. Verheirathete Personen weiblichen Geschlechts sind demjenigen Staate zuzuweisen, welchem ihr Ehemann, vermöge eines der angeführten Verhältnisse, gehört. Wittwen sind nach eben denselben Grundsätzen zu behandeln, es wäre denn, dafs während ihres Wittwenstandes eine Veränderung eingetreten sei, durch welche sie nach den Grundsätzen der gegenwärtigen Übereinkunft, einem andern Staat zufallen.

Auch soll Wittwen, ingleichem den Geschiedenen, oder von ihren Ehemännern verlassenen Eheweibern die Rückkehr in ihren auswärtigen Geburts- oder vorherigen Aufenthalts-Ort dann vorbehalten bleiben, wenn die Ehe innerhalb der ersten fünf Jahre nach deren Schliefsung wieder getrennt worden und kinderlos geblieben ist.

§. 6. Befinden sich unter einer heimathlosen Familie Kinder unter 14 Jahren, oder welche sonst wegen des Unterhalts, den sie von den Eltern geniefsen, von denselben nicht getrennt werden können, so sind solche, ohne Rücksicht auf ihren zufälligen Geburtsort, in denjenigen Staat zu verweisen, welchem bei ehelosen Kindern der Vater, oder, bei unehelichen die Mutter zugehört. Wenn aber die Mutter unehelicher Kinder nicht mehr am Leben ist, und letztere bei ihrem Vater befindlich sind, so werden sie von dem Staate mit übernommen, welchem der Vater zugehört. Diejenigen Kinder einer heimathlosen Familie, welche 14 Jahre und darüber alt sind, und bei ihren Eltern keinen Unterhalt finden, gehören, sofern nicht ein näherer Anspruch auf ihre anderweitige Aufnahme begründet ist, in den Ort ihrer Geburt.

§. 7. Hat ein Staats-Angehöriger durch irgend eine Handlung sich seines Bürgerrechts verlustig ge-

macht, ohne einem andern Staate zugehörig geworden 1822
zu sein, so kann der erstere Staat der Beibehaltung oder Wiederannahme desselben sich nicht entziehen.

§. 8. Handlungsdiener, Handwerksgesellen und Dienstboten, welche, ohne eine selbstständige Wirthschaft zu haben, in Diensten stehen, ingleichem Zöglinge und Studirende, welche der Erziehung oder des Unterrichts wegen, irgendwo verweilen, erwerben durch diesen Aufenthalt, wenn derselbe auch länger als zehn Jahre dauern sollte, kein Wohnsitzrecht.

Zeitpächter sind den hier obenbenannten Individuen nur dann gleich zu achten, wenn sie nicht für ihre Person, oder mit ihrem Hausstande und Vermögen sich an den Ort der Pachtung hinbegeben haben.

§. 9. Diejenigen, welche als Landstreicher oder aus irgend einem andern Grunde ausgewiesen worden, hingegen in dem benachbarten Staate, nach den in der gegenwärtigen Übereinkunft festgestellten Grundsätzen kein Heimwesen anzusprechen haben, ist letzterer den Eintritt in sein Gebiet zu gestatten, nicht schuldig, es würde denn urkundlich zur völligen Überzeugung dargethan werden können, dafs das zu übernehmende Individuum einem in gerader Richtung rückwärts liegenden Staate zugehöre, welchem dasselbe nicht wohl anders, als durch das Gebiet des erstern zugeführt werden kann.

§. 10. Sämmtlichen betreffenden Behörden wird es zur strengsten Pflicht gemacht, die Absendung der Vagabunden in das Gebiet des andern der hohen contrahirenden Theile, nicht blofs auf die eigene unzuverlässige Angabe derselben zu veranlassen, sondern wenn das Verhältnifs, wodurch der andere Staat zur Übernahme eines Vagabunden conventionsmäfsig verpflichtet wird, nicht aus einem unverdächtigen Passe oder aus andern völlig glaubhaften Urkunden hervorgeht, oder wenn die Angabe des Vagabunden nicht durch besondere Gründe und die Verhältnisse des vorliegenden Falles unzweifelhaft gemacht wird, zuvor die Wahrheit sorgfältig zu ermitteln, und nöthigenfalls bei der vermeintlich zur Aufnahme des Vagabunden verpflichteten Behörde Erkundigung einzuziehen.

§. 11. Sollte der Fall eintreten, dafs ein von dem einen der hohen contrahirenden Theile dem an-

1822 dern Theile zum weitern Transporte in einen rückwärts liegenden Staat, zufolge der Bestimmung des §. 9. zugeführter Vagabund von dem letztern nicht angenommen würde, so kann derselbe wieder in denjenigen Staat, welcher ihn ausgewiesen hatte, zur vorläufigen Beibehaltung zurückgebracht werden.

§. 12. Es bleibt den beiderseitigen Provinzial-Regierungs-Behörden überlassen, unter einander die nähern Verabredungen wegen der zu bestimmenden Richtung der Transporte, so wie wegen der Ubernahms-Orte zu treffen.

§. 13. Die Überweisung der Vagabunden geschieht in der Regel vermittelst Transports und Abgabe derselben an die Polizei-Behörde desjenigen Orts, wo der Transport als von Seiten des auszuweisenden Staats für beendigt anzusehen ist.

Mit den Vagabunden werden zugleich die Beweisstücke, worauf der Transport conventionsmäfsig begründet wird, übergeben.

In solchen Fällen, wo keine Gefahr zu besorgen ist, können einzelne Vagabunden auch mittelst Laufpasses, in welchem ihnen die zu befolgende Route genau vorgeschrieben ist, in ihr Vaterland gewiesen werden.

Es sollen auch nie mehr als drei Personen zugleich auf den Transport gegeben werden, es wäre denn, dafs sie zu einer und derselben Familie gehören und in dieser Hinsicht nicht wohl getrennt werden können. Gröfsere, sogenannte Vagabunden-Schube sollen künftig nicht statt finden.

§. 14. Da die Ausweisung der Vagabunden nicht auf Requisition des zur Annahme verpflichteten Staats geschieht, und dadurch zunächst nur der eigene Vortheil des ausweisenden Staats bezweckt wird, so können für den Transport und die Verpflegung der Vagabunden keine Anforderungen an den übernehmenden Staat gemacht werden.

Wird ein Auszuweisender, welcher einem rückwärts liegenden Staate zugeführt werden soll, von diesem nicht angenommen, und deshalb nach §. 11. in denjenigen Staat, welcher ihn ausgewiesen hatte,

zurückgebracht, so mufs letzterer auch die Kosten 1822
des Transport und der Verpflegung erstatten, welche bei der Zurückführung aufgelaufen sind.

§. 15. Vorstehende Übereinkunft soll vom Tage der beiderseits zu bewirkenden Publication an verbindlich sein und in Kraft treten.

Nachdem nun Se. Durchlaucht der regierende Herzog zu Sachsen-Gotha und Altenburg diese Übereinkunft genehmigt haben, so ist hierüber gegenwärtige zur Publication bestimmte Erklärung ausgefertigt worden.

So geschehen Gotha, den 13ten September 1822.

Herzogl. Sächs. Landes-Ministerium.

(L. S.) Friedrich August von Minckwitz.

In Gemäfsheit höchsten Befehls wird die vorbefindliche Übereinkunft zu Jedermanns Wissenschaft und Nachachtung hierdurch bekannt gemacht, und den Unterobrigkeiten dabei noch insbesondere in Beziehung auf den §. 12. der gedachten Convention unverhalten gelassen, dafs *hiesiger Seits* in Ansehung des Herzogthums Gotha für den Fall einer unmittelbaren Zuschickung heimathloser Personen die Ämter Georgenthal, Schwarzwald und Kranichfeld, in Ansehung des Herzogthums Altenburg die Stadt Kahla, — *Sachsen-Koburgischer Seits* aber die Ämter Themar und Saalfeld, ingleichem die Stadt Pösneck zu Übernahms-Orten bestimmt worden sind.

Gotha, den 2ten November 1822.

Herzogl. Sächs. Landes-Regierung daselbst.

34.

1822 *Cartel pour la restitution réciproque des déserteurs, conclu entre la Russie et l'Autriche, à Vienne le* $\frac{14}{26}$ *Juillet* 1822, *et ratifié le* 23 *Septembre de la même année.*

(*Le Moniteur Universel* 1823. No. 24. *Le Journal de Francfort* 1823. No. 17. 17 Janv.)

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, Roi de Pologne etc. et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème etc. ayant trouvé conforme aux rapports d'amitié et d'alliance heureusement existans entre les deux empires, de donner une plus grande extension au cartel conclu le 6-18 Juin 1815, pour la restitution réciproque des déserteurs, et désirant en outre assurer au moyen de stipulations plus précises l'accomplissement de quelques modifications relatives à l'exécution du dit cartel, préalablement arrêtées entre leurs ministères, ont resolu de réunir ces differentes clauses dans des articles additionnels au cartel du 6-18 Juin 1815 et ayant nommé à cet effet des plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, Roi de Pologne etc. etc. le Sieur Georges Comte Golowkin, conseiller privé actuel, sénateur, chambellan actuel, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur et Roi près S. M. J. et R. apostolique;

Et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème etc. etc. le Sieur Clement-Venceslas Lothaire, Prince de Metternich-Winnebourg, Prince d'Ochsenhausen, Duc de Portella, chevalier de la toison d'or,

Et le Sieur Henri, Comte de Bellegarde, chevalier de la toison d'or, grand' croix de l'ordre impérial d'Autriche de Leopold etc. ministre d'Etat et des conférences, dirigeant le département de la guerre;

Les dits plénipotentiaires sont convenus des articles suivans: 1822

Art. I. Outre les déserteurs de l'armée active tout homme appartenant à ce qui constitue la force armée dans les deux empires, et nommément à la Landwehr, ou à la réserve autrichienne, de même qu'à la première réserve polonoise, lequel passeroit sur le territoire de l'autre puissance sans passeport ou feuille de route en règle, sera considéré comme déserteur et restitué comme tel, même sans réclamation préalable, aussitôt que sa qualité aura été reconnue.

Art. II. Tout homme non militaire et sujet de l'une des puissances contractantes, qui se présenteroit à la frontière sans passeport ou autorisation en règle, sera réputé vagabond et repoussé comme tel de la frontière, à l'exception toute fois des propriétaires limitrophes dont les possessions sont coupées par la frontière, à l'égard desquels les stipulations de l'art. 20 du traité du 3 Mai 1815 restent en pleine vigueur.

Art. III. Tous les hommes désignés pour le service militaire, en particulier les hommes de la seconde réserve polonoise, et ceux portés dans les listes de la conscription autrichienne sous la dénomination "die conscribirt Anwendbaren" seront restitués, si même ils avoient passé la frontière avec un passeport en règle, du moment que de la part de leur gouvernement, ils seront individuellement réclamés pour le service militaire, soit dans l'armée active, soit dans la reserve ou la Landwehr, etc.

Art. IV. Les sujets de l'une des hautes parties contractantes ne seront pas reçus au service militaire de l'autre, à moins qu'ils ne fassent constater, ou d'être, par les lois en vigueur dans leur patrie, libres de toute obligation du service militaire, tant dans l'armée que dans la reserve ou la Landwehr, ou d'avoir satisfait à ces obligations; ou enfin d'avoir obtenu l'autorisation de leur gouvernement d'entrer au service militaire étranger.

Art. V. Les sujets de l'une des hautes parties contractantes, qui, au jour de la publication de la présente convention, ont déjà été reçus dans les

1822 armées de l'autre, auront le libre choix, ou de retourner dans leur patrie, ou de demeurer ultérieurement au service dans lequel ils se trouvent. Chaque soldat qui sera dans le cas d'opter de cette manière, devra se déclarer en conséquence dans l'espace d'un an à dater du jour de l'échange des ratifications des présens articles additionnels. Si son choix se prononce pour le retour dans sa patrie, son licenciement aura lieu sans qu'on puisse y opposer ni délai ni prétexte quelconque, et il pourra retourner librement dans sa patrie, sans que ni pour son éloignement, ni même pour la désertion, s'il s'en étoit rendu coupable, il puisse être inquiété en aucune manière: si au contraire il déclare librement vouloir demeurer au service militaire de l'autre puissance, il n'en résultera pour lui dans sa patrie ni confiscation de biens, ni autre recherche quelconque. Seront toutefois exclus de ce dernier bienfait ceux qui s'étant rendu coupables de désertion ne profiteroient pas du pardon qui leur est ainsi offert pour retourner librement dans leur patrie.

Art. VI. La liquidation des frais d'entretien pour les déserteurs dont la restitution s'effectue, ayant présenté différentes difficultés en suivant le mode prescrit pour le calcul de ce remboursement, il a été convenu d'y substituer le payement d'une somme fixe de 7 Kreutzers et demi, ou 7 Kopeks et demi, ou 15 gros de Pologne en argent, pour l'entretien journalier d'un déserteur; payement qui comprend le prix de la ration de pain pesant $1\frac{3}{4}$ livres, ainsi que celui du service du quartier pour lesquels on impute $3\frac{1}{2}$ Kr. et enfin les 4 Kr. alloués à titre de paye journalière à chaque déserteur par le §. 6 du susdit art. V du cartel du $\frac{6}{18}$ Juin 1815. Les frais d'entretien d'un déserteur, qui sont à rembourser, commencent à courir du jour de son arrestation, et seront approximativement calculées sur la distance à laquelle le deserteur se trouvoit du poste d'extradition au moment de son arrestation; bien entendu toutefois que ce remboursement ne peut jamais dépasser le terme de trois mois, sauf néanmoins le cas de maladie.

Art. VII. Dans le cas où un déserteur tomberoit malade postérieurement à l'époque de son arrestation,

le prix d'une journée d'hôpital a été fixé de commun 1822
accord à 20 et un gros polonois, équivalent à 10 Kr. et demi ou 10 Kopeks et demi en argent, y compris le prix de l'entretien journalier de $7\frac{1}{2}$ Kr. ou 15 gros de Pologne. Ces journées d'hôpital seront remboursées avec les autres de simple entretien au moment de l'extradition du déserteur.

Art. VIII. La récompense pécuniaire (Taglia) accordée par l'art. VI de la convention de cartel du $\frac{6}{18}$ Juin 1815, pour celui qui aura dénoncé ou amené un déserteur, sera également payée dans les cas prévus par l'art. I de la présente convention additionnelle: mais elle ne pourra être exigée dans le cas où l'homme qui n'étoit que désigné pour le service militaire sera restitué en suite de la réclamation individuelle voulue par l'art. III de la présente convention. Si cependant un tel individu destiné au service militaire étoit gardé et transporté aux frais du gouvernement auquel il en a été fait la réclamation, le remboursement des frais d'entretien et de maladie, qu'il peut avoir occasionnés, aura lieu au moment de son extradition, de la manière fixée à l'égard des déserteurs effectifs.

Art. IX. L'expérience ayant par fois démontré la nécessité de fournir aux déserteurs les vêtemens les plus indispensables, et cette nécessité pouvant également avoir lieu à l'égard des individus désignés pour le service militaire, que l'on seroit dans le cas d'extrader en suite d'une réclamation individuelle, conformément à l'art. III. de la présente convention additionnelle: on est convenu de délivrer aux uns et aux autres les vêtemens dont ils pourront avoir besoin, d'après la spécification suivante, qui contient et les objets à fournir et les prix qui devront être bonifiés de part et d'autre, pour ces fournitures. Ces objets d'habillement seront confectionnés d'après les ordonnances en vigueur dans l'armée à laquelle le déserteur appartient, conformément aux modèles qui en ont été réciproquement communiqués. La fourniture de pareils vêtemens aux déserteurs sera constatée dans le protocole de présentation et le payement se fera en argent au moment de la remise du déserteur, conjointement avec les frais d'entretien et autres. Si le

1822 dit payement se fait en or, le ducat d'Hollande sera calculé à 19 florins de Pologne en argent.

Art. X. Pour assurer l'exécution ponctuelle et régulière des arrangemens concernant la remise réciproque des déserteurs, il a été jugé utile de fixer de part et d'autre les points sur les frontières respectives, où cette remise devra exclusivement avoir lieu, et où se trouveront établis des commissaires civils et militaires, spécialement déstinés à recevoir les déserteurs, ainsi qu'à liquider et à solder, au moment même de leur réception, la Taglia et les differens frais qui pourroient être à bonifier. Ces endroits où la remise des déserteurs autrichiens devra se faire, seront, en Galicie, sur la frontière de Russie, Hussiatin et Brodi, et sur la frontière de Pologne, Narol, et pour la remise des déserteurs de l'armée russe ou polonoise, Sotamoff, et Radziwiloff en Russie, et Josefoff dans le royaume de Pologne. En cas que l'une ou l'autre des hautes parties contractantes auroit l'intention de faire de son côté des changemens à l'égard de ces endroits, ce changement ne pourroit s'effectuer qu'après en être convenu réciproquement.

Art. XI. Les présens articles additionnels au cartel du $\frac{6}{18}$ Juin 1815, auront la même force et valeur que s'ils étoient insérés mot à mot dans la convention principale, laquelle pour autant qu'il n'y auroit point été dérogé par les dits articles, conservera sa pleine et entière vigueur.

Art. XII. Les ratifications des présens articles additionnels seront échangées dans le terme de deux mois ou plus tôt si faire se peut; après cet échange, ils seront de suite publiés de part et d'autre, et dès lors mis à exécution pour autant qu'ils n'auroient pas déjà été observés antérieurement.

Fait à Vienne le $\frac{14}{26}$ Juillet 1822.

George *Comte* Golowkin. Metternich.

Bellegarde.

35.

Proclamation de l'Empereur de Brésil, adressée aux Portugais d'Europe, datée de Rio Janéiro du 21 Octobre 1822. 1822

(*Le Journal de Francfort* 1823. 23 Janv. No. 23.)

Portugais!

La force est insuffisante contre la volonté d'un peuple décidé à ne plus vivre dans l'esclavage. L'histoire du monde a confirmé cette vérité, devenue encore plus frappante par les rapides évènemens de ce vaste empire; d'abord séduit par les promesses flatteuses du congrès de Lisbone, dont la fausseté n'a pas tardé à éclater, le Brésil a été trahi ensuite dans ses droits les plus sacrés, dans ses intérêts les plus chers, et on ne lui présentoit pour toute perspective qu'un nouveau système de colonisation et un despotisme légal, mille fois plus insupportable que les caprices d'un seul tyran. Le grand et généreux peuple brésilien a été livré alors à toutes les alternatives d'une entière crédulité, d'une méfiance raisonnable et d'une haine mortelle; il a adopté la ferme résolution d'établir dans son sein une assemblée législative pour traiter avec sagesse et prudence le nouveau pacte social qui doit gouverner cet empire. Cette assemblée va commencer ces nobles travaux. Le grand et généreux peuple m'a unanimement choisi pour son défenseur perpétuel, fonction honorable que j'ai acceptée avec orgueil, et dont je suis décidé à m'acquitter même au sacrifice de ma vie.

Cette première mesure qui auroit dû ouvrir les yeux du congrès sur l'abîme profond dans lequel la nation entière est sur le point d'être précipitée; qui auroit dû le rendre plus circonspect dans sa conduite et plus juste dans ses actes, n'a servi qu'à enflammer la fureur des passions des démagogues, qui, à votre honte, siègent dans l'auguste sanctuaire des lois.

1822 Tous les moyens tendant à rétenir le Brésil sous le joug de fer de la servitude, ont obtenu l'approbation des cortès. Les cortès ont donné l'ordre à leurs troupes d'aller conquérir le Brésil, sous le prétexte frivole de réprimer les factions. Les députés du Brésil ont été publiquement insultés; leurs jours ont été menacés. Le senhor Don Jean VI., mon auguste père, a été forcé de descendre de la haute dignité de monarque constitutionnel par la captivité sévère dans laquelle il est retenu, et de jouer le rôle de simple publicateur des décrets furibonds de ses vils ministres, et des membres séditieux du congrès, dont les noms passeront avec leurs crimes à l'exécration de la postérité; et moi, l'héritier du trône, j'ai été méprisé, trompé par ceux même qui auroient dû apprendre au peuple à me respecter, afin qu'ils pussent eux-mêmes se faire respecter par le peuple.

Dans une situation si critique, l'héroïque nation du Brésil, après avoir épuisé toutes les voies de conciliation, a fait usage d'un droit dont personne ne peut lui disputer la possession. Le 12 de ce mois, elle m'a proclamé son empereur constitutionnel, et a déclaré son indépendance. Cet acte solemnel a mis un terme à toutes les méfiances et à toutes les jalousies des Brésiliens, excitées par les plans ambitieux du congrès portugais. Les monumens historiques qui pendant tant d'années avoit rappelé au peuple brésilien ses anciennes infortunes, ne servent plus qu'à le convaincre du dégré de prospérité auquel le Brésil seroit arrivé, s'il avoit été plus tôt séparé du Portugal, si le bon sens et la raison avoient plus tôt sanctionné une séparation faite par la nature.

Tel est l'état du Brésil. Depuis le 12 de ce mois, le Brésil ne fait plus partie intégrante de l'ancienne monarchie portugaise, mais rien n'empêche la continuation de leurs anciennes relations commerciales, ainsi que je l'ai déclaré dans mon décret du 1er Août pourvu que le Portugal n'envoye pas de troupes pour envahir les provinces de cet empire.

Portugais, je vous offre un délai de quatre mois, pour prendre une décision. Choisissez l'un des deux, ou la continuation d'une amitié fondée sur la justice,

la générosité, sur les liens du sang, sur les intérêts 1822
réciproques, ou une guerre violente qui ne pourroit se terminer que par l'indépendance du Brésil ou par la ruine des deux pays.

Palais de Rio Janéiro, 21 Octobre 1822.

L'Empereur.

36.

Lettre de l'Empereur de Brésil à son père le Roi de Portugal, du 23 Octobre 1822.

(*Le Journal de Francfort* 1823. 7 Février No. 38.)

Rio Janéiro, 23 Octobre.

Mon père, l'amour filial que je dois, sous tous les rapports, à V. M. me fait sentir le besoin de m'informer de la santé de V. M., à laquelle je prends le plus vif intérêt, comme doit faire tout fils qui, comme moi, aime son père.

V. M. sera instruite par les journaux que je lui transmets, de la haute dignité à laquelle j'ai été élevé par la voix unanime du bon, loyal et brave peuple, pour lequel je conserve la plus grande reconnoissance, puisqu'il est disposé à me soutenir, ainsi que ma postérité impériale et la dignité de cette nation dont j'ai le bonheur d'être Empereur et le défenseur perpétuel, et dans laquelle la nation portugaise peut trouver un refuge contre les malheurs qui la menacent.

J'ai l'honneur de baiser avec respect la main royale de V. M.

Le fils affectionné de V. M.

Pedro.

37.

1822 *Convention entre le grand-duché de Saxe-Weimar et le duché de Saxe-Gotha, concernant la réception réciproque des vagabonds, publiée le 1 Novembre 1822.*

(*Zusatz zum ersten Theile der neuen Beifugen zur* (*Gothaischen*) *Landes-Ordnung* No. CLVII.)

Es ist unter beiderseitiger landesherrlicher Genehmigung zwischen dem hiesigen Herzogl. geheimen Ministerium und dem Grofsherzogl. S. Weimar-Eisenachischen Staats-Ministerium die Uebereinkunft getroffen worden, in allen vorkommenden Fällen, welche die Übernahme von Vagabunden und Ausgewiesenen betreffen, sich gegenseitig nach den Bestimmungen der, beiderseits mit der Königl. Sächsischen Regierung abgeschlossenen, von Herzoglicher Regierung durch den Zusatz zu dem 1sten Theile der neuen Beifugen zur Landes-Ordnung No. CLII., unterm 18ten Januar dieses Jahres, bereits zur öffentlichen Kenntnifs gebrachten Convention richten zu wollen. Dabei sind *hiesiger Seits*

I) für das Herzogthum *Gotha*

1. gegen den Weimar-Jenaischen Kreis: die Gerichte zu Elgersburg für die von Ilmenau aus; und das Amt Cranichfeld für die aus den übrigen Theilen jenes Kreises Ausgewiesenen;

2. gegen den Eisenachischen Kreis: das Amt Gotha, und in so fern die Ausgewiesenen zu einer, in der Nähe der nachbenannten Gerichtsstellen liegenden diesseitigen Ortschaft gehören: das Amt Tenneberg, und die Gerichte zu Thal und Nazza;

II) für das Herzogthum *Altenburg* gegen die, an dasselbe anstofsenden Grofsherzogl. Landes-Theile: die Städte Camburg, Roda, Eisenberg, Cahla und Ronneburg;

Sachsen-Weimar-Eisenachischer Seits 1822

I) für den Weimar-Jenaischen Kreis:

1. gegen das Herzogthum Gotha: die Stadt Weimar, und in Hinsicht auf das Amt Ilmenau: die Stadt dieses Namens;

2. gegen das Herzogthum Altenburg: die Städte Jena, Bürgel, Dornburg und Sulza;

II) für den Neustädtischen Kreis gegen das Herzogthum Altenburg: die Städte Neustadt und Weyda;

III) für den Eisenachischen Kreis gegen das, an denselben anstofsende Herzogthum Gotha: die Stadt Eisenach, als gegenseitige Ablieferungs- und Übernahms-Orte bestimmt worden.

Indem solches auf höchsten Befehl unsers gnädigst regierenden Herrn Herzoglicher Durchlaucht zu Jedermanns Wissenschaft hierdurch öffentlich bekannt gemacht wird, werden die Unterobrigkeiten des hiesigen Landes zugleich angewiesen, sich hiernach gebührend zu richten.

Gotha, den 1sten November 1822.

Herzogl. Sächs. Landes-Regierung daselbst.

38.

Convention de navigation et de commerce conclue entre la France et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale le 24 Juin 1822, et ratifiée à Paris le 6 Novembre suivant.

(*Le Moniteur universel* 1823. No. 191.)

S. M. le Roi de France et de Navarre et les Etats-Unis d'Amérique, désirant régler les relations de navigation et de commerce entre leurs nations respectives par une convention temporaire réciproquement

1822 avantageuse et satisfaisante, et arriver à un arrangement plus étendu et durable, ont respectivement donné leurs pleinspouvoirs, savoir S. M. Très-Chrétienne, au baron Hyde de Neuville, chevalier de l'ordre royal et militaire de Saint-Louis, commandeur de la Légion d'Honneur, grand' croix de l'ordre royal americain d'Isabelle la catholique, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près les Etats-Unis; et le président des Etats-Unis, à John Quincy Adams, leur secrétaire d'état; lesquels après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Les produits naturels ou manufacturés des Etats-Unis, importés en France sur bâtimens des Etats-Unis, paieront un droit additionnel qui n'excédera pas vingt francs par tonneau de marchandise, en sus des droits payés sur les mêmes produits naturels ou manufacturés des Etats-Unis, quand ils sont importés par navires françois.

Art. II. Les produits naturels ou manufacturés de France importés aux Etats-Unis sur bâtimens françois paieront un droit additionnel qui n'excédera point trois dollars soixante quinze cents par tonneau de marchandise, en sus des droits payés sur les mêmes produits naturels ou manufacturés de France, quand ils sont importés par navires des Etats-Unis.

Art. III. Aucun droit differentiel ne sera levé sur les produits du sol et de l'industrie de France qui seront importés par navires françois dans les ports des Etats-Unis pour transit ou réexportation.

Il en sera de même dans les ports de France pour les produits du sol et de l'industrie de l'Union qui seront importés pour transit ou réexportation par navires des Etats-Unis.

Art. IV. Les quantités suivantes seront considérées comme formant le tonneau de marchandises pour chacun des articles ci-après spécifiés;

Vins, quatre barriques de soixante un gallons chaque; ou deux cent quarante-quatre gallons de deux cent trente-un pouces cubes, mesure americaine.

Eaux de vie et tous autres liquides, deux cent quarante quatre gallons.

Soieries et toutes autres marchandises sèches ainsi que tous autres articles généralement soumis au mesurage, quarante-deux pieds cubes, mesure françoise en France et cinquante pieds cubes, mesure americaine, aux Etats-Unis. 1822

Cotons, 804′ avoir-du-poids, ou 365 Kilogrammes. Tabacs, 1600′ avoir-du-poids, ou 725 Kilogrammes.

Potasse et perlasse, 2240′ avoir-du-poids, ou 1016 Kilogrammes.

Riz, 1600′ avoir-du-poids, ou 725 Kilogrammes; et pour tous les articles non specifiés et qui se pèsent, 2240′ avoir-du-poids, ou 1016 Kilogrammes.

Art. V. Les droits de tonnage, de phare, de pilotage, droits de port, courtage et tous autres droits sur la navigation étrangère, en sus de ceux payés respectivement par la navigation nationale dans les deux pays, autres que ceux spécifiés dans les articles 1 et 2 de la présente convention, n'excederont pas en France, pour les bâtimens des Etats-Unis, cinq francs par tonneau, d'après le registre americain du bâtiment, ni pour les bâtimens françois aux Etats-Unis, quatre-vingt quatorze cents par tonneau d'après le passeport françois du bâtiment.

Art. VI. Les parties contractantes désirant favoriser mutuellement leur commerce, en donnant dans leurs ports toute assistance nécessaire à leurs bâtimens respectifs, sont convenues que les consuls et vice-consuls pourront faire arrêter les matelôts faisant partie des équipages des bâtimens de leurs nations respectives, qui auroient déserté desdits bâtimens, pour les renvoyer et faire transporter hors du pays: auquel effet, lesdits consuls et vice-consuls s'adresseront aux tribunaux, juges et officiers compétens, et leur feront par écrit la demande desdits déserteurs, en justifiant par l'exhibition des registres du bâtiment ou rôle d'équipage, ou autres documens officiels, que ces hommes faisoient partie desdits équipages; et sur cette demande ainsi justifiée, sauf toutefois la preuve contraire, l'extradition ne pourra être refusée et il sera donné toute aide et assistance aux dits consuls et vice-consuls pour la recherche, saisie et arrestation des susdits déserteurs, lesquels

1822 seront même détenus et gardés dans les prisons du pays, à leur requisition et à leurs fraix, jusqu'à ce qu'ils ayent trouvé une occasion de les renvoyer: mais s'ils n'étoient renvoyés dans le délai de trois mois à compter du jour de leur arrestation, ils seront élargis et ne pourront plus être arrêtés pour la même cause.

Art. VII. La présente convention temporaire aura son plein effet pendant deux ans, à partir du 1 Octobre prochain; et même après l'expiration de ce terme, elle sera maintenue jusqu'à la conclusion d'un traité définitif, ou jusqu'à ce que l'une des parties ait déclaré à l'autre son intention d'y renoncer, laquelle déclaration devra être faite au moins six mois d'avance.

Et dans le cas où la présente convention viendroit à continuer sans cette déclaration par l'une ou l'autre partie, les droits extraordinaires spécifiés dans les 1 et 2 articles seront, à l'expiration desdites deux années, diminués, de part et d'autre d'un quart de leur montant, et successivement d'un quart dudit montant, d'année en année, aussi long-tems qu'aucune des parties n'aura déclaré son intention d'y renoncer, ainsi qu'il est dit ci-dessus.

Art. VIII. La présente convention sera ratifiée de part et d'autre, et les ratifications en seront échangées dans l'espace d'une année à compter de ce jour, ou plutôt, si faire se peut. Mais l'exécution de ladite convention commencera dans les deux pays, le 1 Octobre prochain et aura son effet dans le cas même de non-ratification, pour tous les bâtimens, partis bona fide pour les ports de l'une ou l'autre nation, dans la confiance qu'elle étoit en vigueur.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs sceaux, en la ville de Washington, ce 24 jour de Juin de l'an de Notre-Seigneur 1822.

(L. S.) *Signé* John Quincy Adams.

(L. S.) *Signé* G. Hyde de Neuville.

Article separé. 1822

Les droits extraordinaires levés de part et d'autre jusqu'à ce jour, en vertu de l'acte du congrès du 15 Mai 1820 et de l'ordonnance du 26 Juillet de la même année et autres la confirmant, qui n'ont point été déjà remboursés, seront restitués.

Signé et scellé comme ci-dessus, ce 24 jour de Juin 1822.

(L. S.) *Signé* G. Hyde de Neuville.
(L. S.) *Signé* John Quincy Adams.

39.

Convention entre le Danemarc et la Suède concernant le payement de la dette de Norwège, conclue à Copenhague le 8 Novembre 1822.

(*Le Journal de Francfort* 1822. 12 Décemb. No. 345.)

Au nom de la Très Sainte et indivisible Trinité.

S. M. le Roi de Danemarc et S. M. le Roi de Suède et de Norwège ayant jugé à propos de conclure une convention relativement à un payement anticipé de la partie de l'ancienne dette de la monarchie danoise, qui d'après la convention de Stockholm du 1er Septembre 1819, doit être supportée par la Norwège, les hautes parties contractantes ont nommé des deux cotés des plénipotentiaires pour négocier sur cet objet, savoir:

S. M. le Roi de Danemarc M. Niels Rosenkranz, son ministre privé d'état et chef du départemens des affaires étrangères, chevalier de l'ordre de l'éléphant, etc.

Et S. M. le Roi de Suède et de Norwège, M. Paul-Chretien Holst, conseiller d'état de Norwège et chevalier de l'étoile polaire,

1822 Lesquels, après avoir échangé réciproquement leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des points suivans:

Art. I. S. M, le Roi de Suède et de Norwège s'engage en sa qualité de souverain de ce dernier royaume à faire payer dans six mois, à compter de la date de cette convention, à Copenhague et à la personne que S. M. le Roi de Danemarc autorisera à cet effet, la somme d'un million sept-cent mille écus de banque de Hambourg. Par ce payement, la somme que le royaume de Norwège, a, d'après la convention du 1 Septembre 1819, à payer au Danemarc du 1 Janvier 1823 au 1 Juillet 1829 tant en capital qu'en intérêts, sera regardée comme amortie.

Art. II, En recevant ladite somme d'un million sept-cent mille écus de banque de Hambourg, S. M. le Roi de Danemarc s'engage à faire délivrer à la personne que S. M. le Roi de Suède et de Norwège autorisera à cet effet, tant les sept obligations de 300,000 écus de banque de Hambourg chacune, émises en vertu de la convention du 1 Septembre 1819 par le département des finances du royaume de Norwège, mais dont le terme de payement n'est pas encore échu, et pourvues de quittances dans les formes, que les coupons d'intérêts annexées aux dites obligations. La remise soit des obligations, soit des coupons, n'aura lieu toutefois que lorsque la somme susdite d'un million sept-cent mille écus aura été payée à S. M. le Roi de Danemarc, en vertu du 1 article de cette convention. Jusque là, les engagemens contractés par le royaume de Norwège dans la convention du 1 Septembre 1819, relativement à une partie de la dette danoise, resteront en vigueur, en tant qu'ils n'auront pas encore été acquittés.

Art. III. La présente convention doit être ratifiée et les ratifications échangées à Copenhague d'ici à vingt jours, à compter de la date ci-dessous, ou plus tôt, si faire se peut.

En foi de quoi, les plénipotentiaires ont signé, en vertu de leurs pleins-pouvoirs, la présente convention, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Copenhague, le 8 Novembre 1822.

N. Rosenkranz. P. C. Holst.

40.

Déclaration concernant les mesures prises par la Prusse et la principauté de Waldeck pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes du 9 Novembre 1822. 1822

(*Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* J. 1822. No. 20. S. 217.)

Nachdem die Königlich Preufsische Regierung mit der Fürstlich Waldeckschen Regierung übereingekommen ist, wirksamere Maasregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen gegenseitig zu treffen, erklären beide Regierungen folgendes:

1. Es verpflichtet sich sowohl die Königlich Preufsische, als die Fürstlich Waldecksche Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben möchten, sobald sie davon Kenntnifs erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

2. Von den beiderseitigen Behörden soll, zur Entdeckung der Frevler, alle mögliche Hülfe geleistet werden, und namentlich wird gestattet, dafs die Spur der Forstfrevler, durch die Förster oder Waldwärter u. s. w. bis in das fremde Gebiet verfolgt, und Haussuchungen, ohne vorherige Anfrage bei den landräthlichen Behörden und Ämtern, auf der Stelle, jedoch in Gegenwart und nach Anordnung des zu diesem Behufe mündlich zu requirirenden Bürgermeisters oder Ortsschultheifsen vorgenommen werden.

3. Bei diesen Haussuchungen mufs der Ortsvorstand sogleich ein Protocoll aufnehmen und ein Exemplar dem requirirenden Angeber einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Be-

1822 hörde (Landrath oder Beamten) übersenden, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 1 bis 5 Rthlr. für denjenigen Ortsvorstand, welcher der Requisition nicht Genüge leistet. Auch kann der Angeber verlangen, dafs der Förster, oder in dessen Abwesenheit der Waldwärter des Orts, worin die Haussuchungen vorgenommen werden sollen, dabei zugezogen werde.

4. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Königlich Preufsischen und Fürstlich Waldeckschen Staaten, wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in jedem einzelnen Falle so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur irgend möglich sein wird.

5. Gegenwärtige, im Namen Seiner Majestät des Königs von Preufsen und Seiner Durchlaucht des Fürsten von Waldeck zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben, und öffentlich bekannt gemacht werden.

Berlin, den 9ten November 1822.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf von Lottum.

In Abwesenheit des Staatsministers Grafen von Bernstorff.

41.

Déclaration concernant les mesures prises par la Prusse et la principauté de Schwarzbourg-Rudolstadt pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes du 13 Novembre 1822. 1822

(*Gesetz - Sammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* J. 1822. No. 20. S. 219.)

Nachdem die Königlich Preufsische Regierung mit der Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtischen Regierung übereingekommen ist, wirksamere Maasregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen gegenseitig zu treffen; so erklären beide Theile Folgendes:

1. Es verpflichtet sich sowohl die Königlich Preufsische als die Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtische Regierung, die Forstfrevel, welche die beiderseitigen Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben möchten, sobald man davon Kenntnifs erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

2. Von den beiderseitigen Behörden soll zur Entdeckung der Frevler alle mögliche Hülfe geleistet werden, und namentlich wird gestattet, dafs die Spur der Forstfrevler bis auf eine Stunde Entfernung von der Gränze verfolgt und Haussuchungen, ohne vorherige Anfrage bei den landräthlichen Behörden oder Ämtern, auf der Stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach der Anordnung des zu diesem Behufe mündlich zu requirirenden Bürgermeisters oder Ortsschultheifsen, vorgenommen werden.

3. Bei diesen Haussuchungen mufs der Ortsvorstand sogleich ein Protocoll aufnehmen und ein

1822 Exemplar dem requirirenden Angeber einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath oder Beamten) übersenden, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 1 bis 5 Rthlr. für denjenigen Ortsvorstand, welcher der Requisition nicht Genüge leistet. Auch kann der Angeber verlangen, dafs der Förster, oder in dessen Abwesenheit der Waldwärter des Orts, worin die Haussuchungen vorgenommen werden sollen, dabei zugezogen werde.

4. Die Einziehung des Betrages der Strafe und der etwa statt gehabten Gerichtskosten soll demjenigen Staate verbleiben, in welchem der verurtheilte Frevler wohnt, und in welchem das Erkenntnifs statt gefunden hat, und nur der Betrag des Schaden-Ersatzes und der Pfandgebühren an die betreffende Kasse desjenigen Staats abgeführt werden, in welchem der Frevel verübt worden ist.

5. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Königlich Preufsischen und in den Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtischen Staaten wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in jedem einzelnen Falle so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur irgend möglich sein wird.

6. Gegenwärtige, im Namen Seiner Majestät des Königs von Preufsen und Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben, und öffentlich bekannt gemacht werden.

Berlin, den 13ten November 1822.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf von Lottum.

In Abwesenheit des Staatsministers Grafen von Bernstorff.

42.

Résolutions relatives à l'abolition de la traite des nègres, adoptées au congrès de Vérone à la conférence du 28 Novembre 1822. 1822

(*Archives diplomatiques pour l'histoire du tems et états* Vol. 6. p. 102.)

Les plénipotentiaires d'Autriche, de France, de la Grande Bretagne, de Prusse et de Russie, réunis en congrès à Vérone, considérant que leurs augustes souverains ont pris part à la déclaration du 8 Février 1815, par laquelle les puissances reunies au congrès de Vienne ont proclamé à la face de l'Europe leur résolution invariable de faire cesser le commerce connu sous le nom de la traite des nègres d'Afrique;

Considérant de plus que, malgré cette déclaration et en dépit des mesures législatives dont elle a été suivie dans plusieurs pays, et des différens traités conclus depuis ladite époque entre les puissances maritimes, ce commerce, solennellement proscrit, a continué jusqu'à ce jour, qu'il a gagné en intensité ce qu'il peut avoir perdu en étendue; qu'il a même un caractère plus odieux et plus funeste par la nature des moyens auxquels ceux qui l'exercent sont forcés d'avoir recours.

Que les causes d'un abus aussi révoltant se trouvent principalement dans les pratiques frauduleuses, moyennant desquelles les entrepreneurs de ces spéculations condamnables éludent les lois de leurs pays, déjouent la surveillance des bâtimens employés pour arrêter le cours de leurs iniquités, et couvrent les opérations criminelles dont des milliers d'êtres humains deviennent, d'année en année, les innocentes victimes.

Que les puissances de l'Europe sont appelées par leurs engagemens antérieures, autant que par un de-

1822 voir sacré, à chercher les moyens les plus efficaces pour prévenir un traffic que déjà les lois de la presque totalité des pays civilisés ont déclaré illicite et coupable; et pour punir rigoureusement ceux qui le poursuivent en contravention manifeste de ces lois,

Ont reconnu la necessité de vouer l'attention la plus sérieuse à un objet d'aussi grande importance pour le bien et l'honneur de l'humanité, et déclarent, en conséquence, au nom de leurs augustes souverains;

Qu'ils persistent invariablement dans les principes et les sentimens que ces souverains ont manifestés par la déclaration du 8 Février 1815; qu'ils n'ont pas cessé, et qu'ils ne cesseront jamais de regarder le commerce des nègres comme un fléau qui a trop long-tems désolé l'Afrique, dégradé l'Europe et affligé l'humanité, et qu'ils sont prêts à concourir à tout ce que pourra assurer et accélérer l'abolition complette et définitive de ce commerce;

Qu'afin de donner effet à cette déclaration renouvelée, leurs cabinets respectifs se livreront avec empressement à l'examen de toute mesure compatible avec leurs droits et les intérêts de leurs sujets, pour amener un resultat constatant aux yeux du monde la sincérité de leurs voeux et de leurs efforts, en faveur d'une cause digne de leur sollicitude commune.

43.

Convention provisoire entre la Prusse et le duché de Saxe-Gotha concernant la réception réciproque des vagabonds, publiée le 17 Décembre 1822.

(*Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* J. 1823. No. 2. S. 13.)

Zwischen der Königlich Preufsischen und Herzoglich Sachsen-Gotha'schen Regierung ist unter Vorbehalt einer, nach demnächstiger Beseitigung der gegenwärtig obwaltenden Hindernisse, künftig abzuschliefsen-

den förmlichen Convention, die provisorische Über- 1822
einkunft getroffen worden:

"in allen vorkommenden Fällen, welche die Übernahme von Vagabunden und Ausgewiesenen betreffen, sich gegenseitig nach der Bestimmung der, unter dem 5ten Februar 1820 zwischen den Königreichen Preufsen und Sachsen abgeschlossenen Convention richten zu wollen."

Dabei sind zu gegenseitigen Ablieferungs- und Übernahms-Orten bestimmt worden:

Königlich Preufsischer Seits:

a) Gegen das Herzogthum Gotha: die Städte Erfurt und Langensalza;
b) Gegen das Herzogthum Altenburg: die Städte Naumburg, Zeitz und Eckartsberga;
c) Für die dem Kreise Schleusingen angehörigen Vagabunden, die Kreisstadt Schleusingen und
d) Die dem Kreise Ziegenrück angehörigen Transportanden, die Kreissadt Ziegenrück.

Herzoglich Sachsen-Gotha'scher Seits dagegen:

a) Für die Stadt Erfurt: das Amt Gotha;
b) Für den nördlichen Theil des Erfurter Regierungsbezirks: die Ämter Tonna und Volkenroda;
c) Für den südlichen Theil jenes Bezirks und insbesondere für den diesseitigen Antheil der Grafschaft Henneberg: die Ämter Ichtershausen und Schwarzwald, und
d) Für das Herzogthum Sachsen: die Städte Altenburg, Ronneburg, Eisenberg und Kamburg.

Gegenwärtige im Namen Seiner Majestät des Königs von Preufsen und Seiner Durchlaucht des Herzogs von Sachsen-Gotha zweimahl gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter Auswechselung, in den beiderseitigen Landen öffentlich bekannt gemacht werden, und sogleich Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 17ten December 1822.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf von Lottum.

In Abwesenheit des Staatsministers Grafen von Bernstorff.

44.

1822 *Convention entre la Hesse électorale et la Hesse grand-ducale concernant l'imposition réciproque des bien-fonds limitrôphes, publiée le* 18 *Décembre* 1822.

(*Grofsherzoglich Hessisches Regier. Blatt* No. II. Seite 20. vom 8ten Jan. 1823.)

Nachdem die Grofsherzoglich Hessische Staatsregierung mit der Churfürstlich Hessischen Staatsregierung, in Gefolg der im 2ten Artikel des Präliminar-Vertrags vom 19ten December 1816 enthaltenen Bestimmung über die bei der gegenseitigen Besteuerung der Grundstücke an der Landesgränze künftig zu befolgenden Normen übereingekommen ist, so erklären beide Staatsregierungen Folgendes:

1. Die im Gränzresse von 1669 festgesetzte oder in den gegenseitigen Staaten sonst noch bestehende Besteuerung der Grundstücke am Wohnorte des Besitzers wird hierdurch aufgehoben und dagegen deren Besteuerung künftig demjenigen Staate überlassen, in dessen Gebiete sie liegen.

2. Diese Verfügung soll auch in Ansehung derjenigen geschlossenen Güter Statt haben, welche etwa zum Theil unter Grofsherzoglich Hessischer und zum Theil unter Churhessischer Hoheit sich befinden.

3. Gegenwärtige im Namen Sr. Königlichen Hoheit des Grofsherzogs von Hessen und Sr. Königlichen Hoheit des Churfürsten von Hessen zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung, soll, nach gegenseitiger Auswechselung, vom 1sten Januar 1823 an Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Urkundlich der Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels.

Darmstadt den 18ten Decembr. 1822.

Grofsherzoglich Hessisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

(L. S.) *Freyh.* du Thil.

Gladbach.

45.

Convention provisoire entre la Prusse et la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen concernant la réception réciproque des vagabonds, publiée le 26 Décembre 1822. 1822

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten.* J. 1823. No. 2. S. 14.)

Zwischen der Königlich Preufsischen und Fürstlich-Schwarzburg-Sondershauschen Regierung ist unter Vorbehalt einer, nach demnächstiger Beseitigung der gegenwärtig obwaltenden Hindernisse, künftig abzuschliefsenden förmlichen Convention, die provisorische Übereinkunft getroffen worden:

"in allen vorkommenden Fällen, welche die Übernahme von Vagabonden und Ausgewiesenen betreffen, sich gegenseitig nach der Bestimmung der, unter dem 5ten Februar 1822 zwischen den Königreichen Preufsen und Sachsen abgeschlossenen Convention richten zu wollen."

Dabei sind zu gegenseitigen Ablieferungs- und Übernahms-Orten bestimmt worden:

Königlich Preufsischer Seits:

a. für die aus der Unterherrschaft Sondershausen nördlich gehenden Transporte, die Stadt Nordhausen;

b. für die aus der Unterherrschaft Sondershausen südlich gehenden Transporte, die Städte Weissensee und Mühlhausen;

c. für die nach dem Erfurter Kreise gehenden Transporte, die Stadt Erfurt;

d. für die Transporte nach dem Hennebergschen Kreise, die Stadt Schleusingen und

e. für die Transporte nach dem Ziegenrücker Kreise, die Stadt Ziegenrück.

1822 Fürstlich Schwarzburg-Sondershausenscher Seits dagegen:

a. für den unterherrschaftlichen Landestheil, die Städte Sondershausen und Greussen und

b. für den oberherrschaftlichen Landestheil, die Stadt Arnstadt und der Marktflecken Gehren.

Gegenwärtige, im Namen Seiner Majestät des Königs von Preufsen und Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, in den beiderseitigen Landen öffentlich bekannt gemacht werden, und sogleich Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 22ten December 1822.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf von Lottum.

In Abwesenheit des Staatsministers Grafen von Bernstorff.

46.

Acte de l'indépendance de la nation Grecque publié à Epidaure le $\frac{15}{27}$ *Janvier* 1822.

(*Le Moniteur universel* 1822. 30 Avril No. 120.)

La nation grecque prend le ciel et la terre à témoin, que malgré le joug affreux des Ottomans, qui la menaçoit de son dépérissement, elle existe encore. Pressée par les mesures aussi iniques que destructives que ces tyrans féroces, après avoir violé leurs capitulations ainsi que tout éspri d'équité, rendoient de plus en plus oppressives, et qui ne tendoient à rien moins qu'à l'anéantissement entier du peuple soumis, elle s'est trouvée dans la nécessité absolue de courir

aux armes pour mettre à l'abri sa propre conserva- 1822
tion. Après avoir repoussé la violence par le seul courage de ses enfans, elle déclare aujourd'hui devant Dieu et devant les hommes, par l'organe de ses représentans légitimes, réunis dans ce congrès national convoqué par le peuple, son *indépendance politique.*

Descendans d'une nation distinguée par ses lumières et par la douce civilisation, vivant à une époque où cette même civilisation répand avec une profusion vivifiante ses bienfaits sur les autres peuples de l'Europe, et ayant sans cesse sous les yeux le spectacle du bonheur dont ces peuples jouissent sous l'égide protectrice de la loi, les Grecs pouvoient-ils rester plus long-tems dans cet état aussi affreux qu'ignominieux, et voir avec apathie ce bonheur qu'ils sentoient, que la nature a réservé à tous les hommes également? Des motifs si puissans et si justes ne pouvoient sans doute que presser le moment du réveil où la nation, pleine de ses souvenirs et de son indignation devoit réunir ses forces pour revendiquer ses droits et venger la patrie d'une tyrannie dont rien n'égaloit l'horreur.

Telles sont les causes de la guerre, que nous avons été forcés d'entreprendre contre les Turcs. Loin d'être fondée sur les principes de démagogie ou de rebellion, loin d'avoir pour motifs des intérêts particuliers de quelques individus, cette guerre est une guerre nationale et sacrée; elle n'a pour but que la restauration de la nation et sa réintégration dans les droits de propriété, d'honneur et de vie; droits qui sont le partage des peuples policés nos voisins, mais qui étoient arrachés aux Grecs par une puissance spoliatrice.

Des clameurs publiques, peu dignes d'hommes nés libres et élevés au sein de l'Europe chrétienne et civilisée, dirigées contre notre cause, sont parvenues jusqu'à nous. Mais quoi! les Grecs seuls de tous les Européens devoient-ils être exclus comme indignes de ces droits que Dieu a établis pour tous les hommes? ou bien étoient-ils condamnés par leur nature à un esclavage éternel qui perpétuât chez eux la spoliation, les violations et les massacres? Enfin la force brutale de quelques hordes barbares qui, sans

1822 être jamais provoquées, vinrent, précédées du carnage et suivies de l'esprit de destruction, s'établir au milieu de nous, pouvoit-elle jamais être légalisée par le droit des gens de l'Europe? Les Grecs sans l'avoir jamais reconnue, n'ont pas cessé de la repousser par les armes chaque fois qu'une espérance ou des circonstances favorables se sont présentées.

Partant de ces principes et sûrs de nos droits, nous ne voulons, nous ne réclamons que notre rétablissement dans l'association européenne, où notre religion, nos moeurs et notre position nous appellent à nous réunir à la grande famille des chrétiens, et à reprendre parmi les nations le rang qu'une force usurpatrice nous a ravi injustement. C'est dans cette intention aussi pure que sincère que nous avons entrepris cette guerre, ou plutôt que nous avons concentré les guerres partielles que la tyrannie musulmane a fait éclater sur les diverses provinces et sur nos îles et nous marchons d'un commun accord à notre délivrance avec la ferme résolution de l'obtenir ou d'ensevelir enfin à jamais nos malheurs sous une grande ruine digne de notre origine qui, dans ces malheurs, ne fait que peser davantage sur nos coeurs.

Dix mois se sont déjà écoulés depuis que nous avons commencé la carrière de notre guerre nationale. Le Tout Puissant ne nous a pas refusé sa faveur; quoique peu préparés à cette lutte inégale, nos armes ont été couronnées de succès. Cependant, sur plus d'un point, elles ont aussi rencontré une résistance sérieuse. Occupés sans relâche à aplanir les difficultés survenues, nous avons été forcés de differer l'accomplissement de notre organisation politique qui devoit constater devant le monde l'indépendance de la nation. Certes, avant d'assurer notre existence physique, nous ne pouvions, nous ne devions pas même entreprendre celle de l'état politique. Telles furent les causes de ce retard involontaire qui nous ont empêchés de prévenir quelques desordres qui ont pu avoir lieu.

Enfin, ces difficultés étant levées en grande partie, nous nous sommes appliqués avec ardeur à compléter notre ouvrage politique. Pressés par les

localités physiques et morales, à la force desquelles 1822
rien ne sauroit résister, nous avons d'abord établi les gouvernemens locaux, tels que ceux d'Etolie, de Livadie, du Péloponnèse, des îles etc. Cependant comme les fonctions de ces gouvernemens n'embrassoient que l'administration intérieure des lieux respectifs, les provinces et les îles ont député des représentans chargés de la formation d'un gouvernement provisoire, mais suprême, à la souveraineté duquel ces juntes locales devoient être soumises. Ces députés, réunis dans ce congrès national, après de longues et mûres déliberations, établissent aujourd'hui ce gouvernement, et le proclament, à la face de la nation, seul gouvernement légitime de la Grèce, tant parcequ'il est fondé sur la justice et les lois de Dieu et de la nature, que parcequ'il repose sur la volonté et le choix de la nation. Ce gouvernement est composé du conseil exécutif et du sénat législatif, le pouvoir judiciaire en est indépendant.

Les députés en finissant, déclarent au panellénion (toute la nation Grecque) que leur tâche est accomplie, le congrès se dissout aujourdhui. Le devoir du peuple est desormais d'obéir aux lois et de respecter les exécuteurs de ces lois.

Grecs, vous avez voulu secouer le joug, qui pesoit sur vous, et vos tyrans disparoissent tous les jours du milieu de vous. Mais il n'y a que la concorde et l'obéissance au gouvernement qui peuvent consolider votre indépendance. Daigne le Dieu des lumières éclairer de sagesse les gouvernans et les gouvernés, afin qu'ils connoissent leurs véritables intérêts, et qu'ils coopèrent, d'un commun accord, à la prosperité de la patrie!

Donné à Epidaure, le 15 (27) Janvier l'an 1822 et le 1er de l'indépendance.

Signé ALEXANDRE MAUROCORDATO
Président du congrès.

(Suivent ensuite les signatures de soixante-sept membres du congrès.)

47.

1822 *Actes relatifs à la reconnoissance de l'indépendance des nouveaux états dans l'Amérique ci-devant espagnole, de la part des Etats-Unis de l'Amérique septentrionale.*

a.

Message du président des Etats-Unis au congrès concernant la reconnoissance des nouveaux états dans l'Amérique ci-devant espagnole, daté de Washington du 8 *Mars* 1822.

[*The Times* 1822. April 10. No. 11, 527. *Columbia, being a geographical etc. account of that country* (London 1822. 2 Vol. 8.) Vol. I. p. xxxv.]

To the house of Representatives of the United States.

In transmitting to the house of Representatives the documents called for by the resolution of that house of the 30th of January, I consider it my duty to invite the attention of Congrefs to a very important subject, and to communicate the sentiments of the executive on it, that, should Congrefs entertain similar sentiments, there may be such cooperation between the two departments of the Government, as their respective rights and duties may require.

The revolutionary movement in the Spanish provinces in this hemisphere attracted the attention and excited the sympathy, of our fellow-citizens, from its commencement. This feeling was natural and honourable to them, from causes which need not be communicated to you. It has been gratifying to all, to see the general acquiescence which has been manifested in the policy which the constituted authorities have deemed it proper to pursue, in regard to this

contest. As soon as the movement assumed such a 1822
steady and consistent form as to make the succefs of the provinces probable, the rights to which they were entitled by the law of nations, as equal parties to a civil war, were extended to them. Each party was permitted to enter our ports with its public and private ships and to take from them every article which was the subject of commerce with other nations. Our citizens also carried on commerce with both parties and the Government has protected it, with each, in articles not contraband of war. Through the whole of this contest, the United States have remained neutral, and have fulfilled, with the greatest impartiality, all the obligations incident to that character.

This contest has now reached such a stage, and been attended with such decisive succefs on the part of the provinces, that it merits the most profound consideration, whether their right to the rank of independent states with all the advantages incident to it in their intercourse with the United States, is not complete. Buenos Ayres assumed the rank by a formal declaration in 1816, and has enjoyed it since 1810, free from invasion by the parent country. The provinces composing the republic of Colombia, after having separately declared their independence, were united by a fundamental law, of December 17, 1819. A strong Spanish force occupied, at that time, certain parts of the territory within their limits and waged a destructive war. That force has since been repeatedly defeated, and the whole of it either made prisoners or destroyed, or expelled from the country, with the exception of a small portion only, which is blockaded in two fortresses. The provinces of the Pacific have likewise been very succefsful. Chili declared its independence in 1818, and has since enjoyed it undisturbed; and of late, by the assistance of Chili and Buenos Ayres, the revolution has extended to Peru. Of the movements in Mexico, our information is lefs authentic: but it is, nevertheless, distinctly understood, that the new government has declared its independence, and that there is now no opposition to it there, nor a force to make any. For the last three years the government of Spain has not

1822 sent a single corps of troops to any part of that country; nor is there reason to believe it will send any in future. Thus it is manifest that all those provinces are not only in the full enjoyment of their independence, but considering the state of the war and other circumstances, that there is not the most remote prospect of their being deprived of it.

When the result of such a contest is manifestly settled, the new Government have a claim to recognition by other powers, which ought not to be resisted. Civil wars too often excite feelings which the parties cannot controul. The opinion entertained by other powers as to the result, may assuage those feelings, and promote an accommodation between them, useful and honourable to both. The delay which has been observed in making a decision on this important subject, will, it is presumed, have afforded an unequivocal proof to Spain, as it must have done to other powers, of the high respect entertained by the United States for her rights and of their determination not to interfere with them. The provinces belonging to this hemisphere are our neighbours, and have successively, as each portion of the country acquired its independence, pressed their recognition by an appeal to facts not to be contested, and which, they thought, gave them a just title to it. To motives of interest, this government has invariably disclaimed all pretension, being resolved to take no part in the controversy, or other measures in regard to it, which should not merit the sanction of the civilized world. To other claims, a just sensibility has been always felt and frankly acknowledged; but they, in themselves, could never become an adequate cause of action. It was incumbent on this government to look to every important fact and circumstance on which a sound opinion could be formed; which has been done. When we regard, then, the great length of time which this war has been prosecuted, the complete succefs which has attended it in favour of the provinces, the present condition of the parties, and the utter inability of Spain to produce any change in it, we are compelled to conclude thas its fate is settled, and that the province

which have declared their independence and are in the enjoyment of it, ought to be recognized. 1822

Of the views of the Spanish government on this subject, no particular information has been recently received. It may be presumed, that the successful progress of the revolution through such a long series of years, gaining strength, and extending annually in every direction, and embracing, by the late important events, with little exception, all the dominions of Spain south of the United States, on this continent, — placing, thereby, the complete sovereignty over the whole in the hands of the people, will reconcile the parent country to an accommodation with them, on the basis of their unqualified independance. Nor has any authentic information been recently received of the disposition of other powers respecting it. A sincere desire has been cherished to act in concert with them, in the proposed recognition, of which several were some time past duly apprized; but it was understood that they were not prepared for it. The immense space between those powers, even those which border on the Atlantic, and these provinces, makes the movement an affair of less interest and excitement to them than to us. It is probable therefore, that they have been less attentive to its progress than we have been. It may be presumed, however, that the late events will dispel all doubt of the result.

In proposing this measure, it is not contemplated to change thereby in the slightest manner our friendly relations with either of the parties but to observe in all respects, as heretofore, should the war be continued, the most perfect neutrality between them. Of this friendly disposition, an assurance will be given to the government of Spain, to whom, it is presumed, it will be, as it ought to be, satisfactory. The measure is proposed, under a thorough conviction that it is in strict accord with the law of nations; that it is just and right, as to the parties; and that the United States owe it to their station and character in the world, as well as to their essential interests, to adopt it. Should Congress concur

1822 in the view herein presented, they will doubtlefs see the propriety of making the necessary appropriations for carrying it into effect.

Washington, March 8. 1822.

JAMES MONROE.

b.

Rapport du comité des affaires étrangères de la chambre des représentans concernant la reconnoissance de l'indépendance des ci-devant provinces espagnoles en Amérique du 19 *Mars* 1822.

(*Columbia etc.* Vol. I. p. XLI.)

House of Representatives, March 19.

The committee of foreign affairs, to which was referred the message of the precident, concerning the recognition of the late Spanish provinces in America, and the documents therewith communicated, having examined the same with the most profound attention, unanimously report. —

That the provinces of Buenos Ayres, after having, from the year 1810, proceeded in their revolutionary movements without any obstacle from the government of Spain, formally declared their independence of that government in 1816. After various intestine commotions and external collisions, those provinces now enjoy domestic tranquillity and good understanding with all their neighbours; and actually exercise without opposition from within, or the fear of annoyance from without, all the attributes of sovereignty.

The provinces of Venezuela and New Grenada, after having, separately declared their independence, sustained, for a period of more than ten years, a desolating war against the armies of Spain, and having severally attained, by their triumph over those armies, the object for which they contended, united themselves on the 19th of December

1819, in one nation, under the title of "The republic 1822
of Colombia."

The republic of Colombia has now a well-organized government, instituted by the free will of its citizens and exercises all the functions of sovereignty, fearlefs alike of internal and foreign enemies. The small remnant of the numerous armies commissioned to preserve the supremacy of the parent state, is now blockaded in two fortresses, where it is obnoxious, and where, deprived as it is, of hope of succour, it must soon surrender at discretion. When this event shall have occurred, there will not remain a vestige of foreign powers in all that immense republic, containing between three and four millions of inhabitants.

The province of Chili, since it declared its independence in the year 1818, has been in the constant and unmolested enjoyment of the sovereignty which it then assumed.

The province of Peru, situated like Chili, beyond the Andes, and bordering on the Pacific Ocean, was for a long time deterred from making any effectual effort for independence, by the presence of an imposing military force which Spain had kept up in that country. It was not, therefore, until the 12th of June of the last year, that its capital, the city of Lima, capitulated to an army, chiefly composed of troops from Buenos Ayres and Chili, under the command of General San-Martin. The greatest part of the royal troops, which escaped on that occasion, retreated to the mountains, but soon left them to return to the coast, there to join the royal garrison of the fortrefs of Callao. The surrender of that fortrefs soon after to the Americans, may be regarded as the termination of the war in that quarter.

When the people of Peru found themselves by this event free to exprefs their will, they most unequivocally expressed it in favour of independence, and with an unanimity and enthusiasm which have no where been excelled.

The revolution in Mexico has been somewhat different in its character and progrefs from the revo-

1822 lutions in the other Spanish American provinces, and its result, in respect to the organisation of its internal government, has also not been precisely the same. Independence, however, has been as emphatically declared and as practically established, since the 24th of August last; by the "Mexican empire," as ever it has been by the republics of the south; and her geographical situation, her population, and her ressources, eminently qualify her to maintain the independence which she has thus declared, and now actually enjoys.

Such are the facts which have occupied the attention of your committee, and which, in their opinion, irresistibly prove that the nations of Mexico, Colombia, Buenos Ayres, Peru and Chili, in Spanish America, are, in fact, independent.

It now remains for your committee to examine the right, and the expediences, on the part of the United States, of recognizing the independence which those nations have thus effectually achieved.

In this examination, it cannot be necessary to inquire into the right of the people of Spanish America, "to dissolve bands which have connected them with another and to assume, among the powers of the earth, that separate and equal station to which the laws of nature and of nature's God entitle them." The right to change the political institutions of the state has, indeed, been exercised equally by Spain and by her colonies; and for us to deny to the people of Spanish America the right to independence, on the principles which alone sanction it here, would be virtually to renounce our own.

The political right of this nation to acknowledge their independence, without offending others, does not depend on its justice, but on its actual establishment. To justify such a recognition by us, it is necessary only to show, as is already sufficiently shewn, that the people of Spanish America are within their respective limits exclusively sovereign, and thus in fact independent. With them, as with every other government possessing and exercising the power of making war, the United States, in

common with all nations, have the right of concerting the terms of mutual peace and intercourse. 1822

Who is the rightful sovereign of a country, is not an enquiry permitted to foreign nations, to whom it is competent only to treat with "the powers that be."

There is no difference in opinion, on this point, among the writers on public law; and no diversity, with respect to it, in the practice of civilized nations. It is not necessary here to cite authority for a doctrine familiar to all who have paid the slightest attention to the subject; nor to go back for its practical illustration, to the civil wars between the houses of York and Lancaster. Long since, the chiefs of those conflicting houses alternately triumphed and ruled, and were alternately obeyed at home and recognized abroad, according as they successively exercised the power without demonstrating the right: — monarchies have become commonwealths or republics, and powerful usurpers have been recognized by foreign nations, in preference to legitimate and powerlefs pretenders. Modern history is replete with instances in point. Have we not, indeed, within the brief period of our own remembrance, beheld governments vary their forms and change theirs rulers, according to the prevailing power or passion of the moment; and doing so in virtue of the principle now in question, without materially and lastingly affecting their relations with other governments? Have we not seen the Emperors and Kings of yesterday receive, on the throne of exiled sovereigns, who claimed the right to reign there, the friendly embassies of other powers, with whom those exiled sovereigns had sought an asylum, — and have we not seen to day those Emperors and Kings, thus courted and recognized yesterday, reft of their scepters, and from a mere change of circumstances, not of right, treated as usurpers by their successors, who, in their turn, have been acknowledged and caressed by the same foreign powers.

The peace of the world and the independence of every member of the great political family, require

1822 that each should be the exclusive judge of its own internal proceedings, and that the fact alone should be regarded by foreign nations. "Even when civil war breaks the bonds of society and of government, or, at least, suspends their force and effect, it gives birth in the nation to two independent parties, who regard each other as enemies and acknowledge no common judge." It is of necessity, therefore, that those two parties should be considered by foreign states as two distinct and independent nations. To consider or treat them otherwise, would be to interfere in their domestic concerns, to deny them the right to manage their own affairs in their own way, and to violate the essential attributes of their respective sovereignty. For a nation to be entitled, in respect to foreign states, to the enjoyment of those attributes, "and to figure directly in the great political society, it is sufficient that it is really sovereign and independent; that it, that it governs itself by its own authority and laws." The people of Spanish America do, notoriously so govern themselves, and the right of the United States to recognize the governments which they have instituted is incontestable. A doubt of the expediency of such a recognition can be suggested only by the apprehension that it may injuriously affect the peaceful and friendly relations with the nations of the other hemisphere.

Can such an apprehension be well founded?

Have not all those nations practically sanctioned, within the last thirty years, the very principle on which we now propose to act; or have they ever complained of one another or of us, for acting on that principle?

No nation of Europe, excepting Spain herself, has, hitherto, opposed force to the independence of Spanish America. Some of these nations have not only constantly maintained commercial and friendly intercourse with them, in every stage of the revolution, but indirectly and efficiently, though not avowedly, aided them in the prosecution of their great object. To these the acknowledgment, by the United States, of the attainment of that object, must be satisfactory.

To the other nations of Europe who have regarded the wars occurring in Spanish America, not only without interference, but with apparent indifference, such an acknowledgment ought not to be offensive. 1822

The nations who have thus respectively favoured, or never opposed, the Spanish American people, during their active struggle for independence, cannot, it is believed, regard with dissatisfaction the formal recognition of that independence by a nation which, while the struggle lasted, has religiously observed, towards both the conflicting parties, all the duties of neutrality. Your committee are, therefore, of opinion, that we have a right, on this occasion, confidently to expect, from what these nations have done or forborne to do, during the various fortunes of the civil war which has terminated, that they will franckly approve the course of policy which the United States may now think proper to adopt in relation to the successful party in that war. It surely cannot be reasonably apprehended, that nations who have thus been the tranquil spectators, the apparent well-wishers, if not the efficient supporters of this party, and who had not made the faintest attempt to arrest its progress, or to prevent its success, should be displeased with a third power formally recognizing the governments, which, owing to that success, have thus been virtually permitted, or impliedly approved, in acquiring the undisputed and exclusive controul of the countries in which they are established. It is therefore, on the consistency, as well as on the justice, of those nations of Europe, that we may confidently rely, that the simple recognition, on the part of the United States, of the necessary effect of what has already been done, will not be considered as a just cause of complaint against them; while the interested and immediate agents, who have directly and actively engaged in producing that effect, have neither been opposed nor censured.

Your Committee, therefore, instead of sericusly apprehending that the recognition by the United States of the independence of Spanish America, will

1822 be unacceptable to those nations, are not without hope, that they may practically approve it, by severally adopting a similar measure. It is not, indeed, unreasonable to suppose, that those governments have, like this, waited only for the evidence of facts, which might not only suffice to justify them, under the laws and usages of nations, but to satisfy Spain herself, that nothing has been prematurely done, or which could justly offend her feelings, or be considered as inconsistent with her rights. As their motives for not having hitherto recognized the independence of Spanish America, may thus be supposed to have been analogous to our own, it is permitted to presume, that the facts and reasons which have prevailed on us no longer to hesitate, will, confirmed as they are by our example, have a like influence on them.

No nation can entertain a more sincere deference for the feelings of Spain, or take a more lively interest in her welfare than the United States. It is to this deference, too evident to be doubted or misunderstood, that ought to be adscribed the hesitation of this government, until now, to yield to the claims of Spanish America, although these claims were in perfect accordance with our own principles, feelings and interests. Having thus forborne to act, even at the hazard of having those principles and feelings misunderstood on this side of the Atlantic, we have, as your committee believe, given at once satisfactory proofs of our desinterestedness and moderation, and of our scrupulous respect to the principle which leaves the political institutions of every foreign state to be directed by its own view of its own rights and interests.

Your committee have been particularly anxious to shew, in a manner satisfactory to Spain herself, that the measure which this government now proposes to adopt, has been considered with the most respectful attention, both in relation to her rights and to her feelings.

It is not on the laws and usages of nations, or on the practice of Spain herself on like occasions,

that your committee have relied for our justification 1822
towards her.

The fact, that for the last three years, she has not sent a single company of troops against her trans-atlantic colonies, has not been used as evidence of their actual independence or of her want of power to oppose it. This fact, explained as it is by the public acts of Spain herself, is regarded by your committee as evidence only of her policy.

The last troops collected at Cadiz, in 1819, which were destined to suppreſs the revolutionary movements in Spanish America, not only rejected that service, but joined in the revolution, which has since proved succeſsful in Spain itself. The declaration of the leaders in that revolution was, that "Spanish America had a right to be free, and that Spain should be free." Although the constitution, which was reestablished by that revolution, guaranteed the integrity of the Spanish dominions, yet the principles on which the constitution was founded, seem to discountenance the employment of force for the accomplishment of that object, in contempt of the equal rights and declared will of the American portion of the Spanish people. The conduct of the government, organized under that constitution, has uniformly been, in this respect, in conformity to those principles. Since its existence, there has not been even a proposal by that government to employ force for the subjugation of the American provinces, but merely recommendations of conciliatory measures for their pacification.

The answer of the Cortes, on the 10th of July 1820, to the adreſs of the King, furnishes conclusive proof of this policy. "The intimate union," says this answer, "of the Cortes with your Majesty; the re-establishment of the constitution; the faithful performance of promises, depriving malevolence of all pretext, will facilitate the pacification of the ultramarine provinces, which are in a state of agitation and dissension. The Cortes, on its part, will omit no opportunity to propose and adopt measures necessary for the observance of the constitution and restoration of tranquillity in those countries, to the

1822 end that the Spain of both worlds may thus form a single happy family."

Although the ultra-marine provinces are not here encouraged to expect absolute independence, yet they are no longer treated as vassal colonies, or threatened with subjugation, but are actually recognized as brothers in the great constitutional and free family of Spain.

A report made to the Cortes, on the 24th of June 1821, by a committee appointed by that body, not only manifestly corroborates the policy above stated, but sufficiently intimates, that the recognition of the independence of South America by Spain herself, had nearly been the measure recommended by that committee.

The report avers, that "tranquillity is not sufficient, even if it should extend throughout America, with a prospect of permanency: No; it falls short of the wishes of the friends of humanity."

In speaking of the measure demanded by the crisis, it says, that this measure was not only warmly approved by the committee, but, at first, entirely assented to by the ministers with whom it had been discussed and failed only to be proposed to the Cortes, "by these ministers having, on account of peculiar occurrences, suspended their judgment." It speaks of this measure as indicative of a new and glorious revolution; that is was demanded by America, and the true interest of the Peninsula; that from it Spain might reap advantages which otherwise she could never expect; and that the ties of kindred and the uniformity of religion, with commercial relations, and those emanating from free institutions, would be the surest pledge of mutual harmony and close union.

Your committee do not feel themselves authorized to say, positively, what that measure was; but they do not hesitate to declare their entire conviction, that no measure short of a full unconditional independence, could have deserved the character, nor been capable of producing the effects adscribed to it.

It is, therefore, sufficiently manifest, that Spain, far from wishing to call into action her means of

prosecuting hostilities against the people of Spanish America, has renounced even the feelings of an enemy towards them, and but for "peculiar occurrences" had been prepared, nearly a year ago, to consent to their independence. 1822

She has not only practically discontinued, and even emphatically deprecated, the employment of force to restore tranquillity to Spanish America, but she has declared, that even universal and permanent tranquillity there, falls short of the wishes of the friends of humanity.

While she appeals to "the ties of kindred," she undoubtedly feels them; and if she has not abandoned her desire, so often avowed, of mere constitutional union, and equal commercial intercourse with her former colonies, as between provinces of the same empire, a union and an intercourse, which intervening Andes and oceans seem to render highly inconvenient, if not utterly impracticable, she evidently refers the accomplishment of this desire to the unawed deliberations and to the congenial and kindred feelings of the people of those colonies, and thus substantially acknowledges their independence.

Whatever may be the policy of Spain, however, in respect to her former American colonies, our recognition of their independence can neither affect her rights nor impair her means in the accomplishment of that policy. We cannot, for this, be justly accused of aiding in the attainment of independence which has already been established without our assistance. Besides our recognition must necessarily be co-existent only with the fact on which it is founded, and cannot survive it. While the nations of Spanish America are actually independent, it is simply to speak the truth to acknowledge them to be so.

Should Spain, contrary to her avowed principles and acknowledged interests, renew the war for conquest of South America, we shall indeed regret it, but we shall observe, as we have done, between the independent parties, an honest and impartial neutrality; but, on the other hand, should Spain, faithful

1822 to her own glory and prosperity, consent that her offspring in the New World should enjoy the right of self-government, equally with their brethren in the Old, we shall sincerely rejoice; and we shall cherish with equal satisfaction and cultivate with equal assiduity, the friendship of regenerated Spain and of emancipated America.

Your committee, in justice to their own feelings, and to the feelings of their fellow citizens, have made this declaration without disguise; and they trust that the uniform character and conduct of this people, will safe it from all liability to misinterpretation.

Happy in our own institutions, we claim no privilege; we indulge no ambition to extend them to other nations; we admit the equal rights of all nations to form their own governments, and to minister their own internal affairs as they may judge proper; and however they may, in these respects, differ from us, we do not, on that account, regard with the lefs satisfaction their tranquillity and happinefs.

Your committee having thus considered the subject referred to them in all its aspects, are unanimously of opinion, that it is just and expedient to acknowledge the independence of the several nations of Spanish America, without any reference to the diversity in the forms of their governments: and in accordance with this opinion, they respectfully submit the following resolutions: —

Resolved, That the house of Representatives concur in the opinion expressed by the President, in his message of the 8th March 1822, that the American provinces of Spain, which have declared their independence, and are in the enjoyment of it, ought to be recognized by the United States as independent nations.

Resolved, That the committee of ways and means be instructed to report a bill appropriating a sum not exceeding 100,000 dollars, to enable the president of the United States to give due effect to such recognition.

c.

Message du président des Etats-Unis au Sénat en lui présentant, conformement à sa resolution du 25 Avril 1822, différens papiers relatifs à la reconnoissance de l'indépendance des colonies de l'Amérique méridionale, du 26 Avril 1822. 1822

(*Columbia etc.* Vol. 1. p. XLIX.)

I transmit to the Senate, agreeably to their resolution of yesterday, a report from the Secretary of State, with copies of the papers requested by that resolution, in relation to the recognition of the South American provinces.

Washington, April 26. 1822.

JAMES MONROE.

Department of State, April 25.

The Secretary of State, to whom has been referred a resolution of the Senate of this day, requesting the President to communicate to the Senate any information he may have, proper to be disclosed, from our Minister at Madrid, or from the Spanish Minister resident in this country, concerning the views of Spain relative to the recognition of the independence of the South American colonies, and of the dictamen of the Spanish Cortes, has the honour to submit to the President, copies of the papers particularly referred to.

JOHN QUINCY ADAMS.

d.

1822 *Memoire adressé à Mr. John Quincy Adams secrétaire d'état des Etats-Unis, par Mr. d'Anduaga, envoyé extraordinaire de S. M. Catholique à Washington, le 9 Mars* 1822.

(*Columbia etc.* Vol. I. p. L.)

Washington, March 9, 1822.

Sir! — In the national Intelligencer of this day, I have seen the message sent by the President to the house of Representatives, in which he proposes the recognition, by the United States, of the insurgent governments of Spanish America. How great my surprise was, may be easily judged by any one acquainted with the conduct of Spain towards this Republic, and who knows the immense sacrifices which she has made to preserve her friendship. In fact, who should think that, in return for her cession of her most important provinces in this hemisphere; for the forgetting of the plunder of her commerce by American citizens; for the privileges granted to her navy; and for as great proofs of friendship as one nation can give an other, this executive would propose that the insurrection of the ultra-marine possessions of Spain should be recognized? And moreover, will not his astonishment be augmented, to see that this power is desirous to give the destructive example of sanctioning the rebellion of provinces which have received no offence from the mother-country, — to whom she has granted a participation of a free constitution — and to whom she has extended all the rights and prerogatives of Spanish citizens? In vain will a parallel be attempted to be drawn between the emancipation of this republic and that which the Spanish rebels attempt; and history is sufficient to prove, that if a harassed and persecuted province has a right to break its chains, others, loaded with benefits, elevated to the high rank of free-men ought only to bless and embrace more closely the protecting country which has bestowed such favours upon them.

But, even admitting that morality ought to yield 1822
to policy, what is the present state of Spanish America, and what are its governments to entitle them to recognition? — Buenos Ayres is sunk in the most complete anarchy, and each day sees new despotes produced, who disappear the next. Peru, conquered by a rebel army, has near the gates of its capital another Spanish army, aided by part of the inhabitants. In Chili an individual suppresses the sentiments of the inhabitants; and his violence presages a sudden change. On the coast of Firma also the Spanish banners wave; and the insurgent generals are occupied in quarelling with their own compatriots, who prefer taking the part of a free power, to that of being the slave of an adventurer. In Mexico too, there is no government; and the result of the questions which the chiefs commanding there have put to Spain, is not known. Where then, are those governments, which ought to be recognized, — where the pledges of their stability, — where the proof that those provinces will not return to a union with Spain, when so many of their inhabitants desire it; and, in fine, where the right of the United States to sanction, and declare legitimate, a rebellion without cause, and the event of which is not yet decided?

I do not think it necessary to prove, that, if the state of Spanish America were such as is represented in the message; that, if the existence of its governments were certain and established; that, if the impossibility of the reunion with Spain were so indisputable; and that, if the justice of its recognition were so evident, the powers of Europe, interested in gaining the friendship of countries so important for their commerce, would not have been negligent in fulfilling it. But seeing how distant the prospect is of even this result, and faithfull to the ties which unite them with Spain, they await the issue of the contest, and abstain from doing a gratuitous injury to the friendly government, the advantages of which are doubtful, and the odium certain. Such will be that which Spain will receive from the United States, in case the recognition proposed in the message should take effect; and posterity will be no lefs liable

1822 to wonder, that the power which has received the most proofs of the friendship of Spain, should be the one delighted with being the first to take a step which could have only been expected from another that had been injured.

Although I could enlarge upon this disagreeable subject, I think it uselefs to do so, because the sentiments which the message ought to excite in the breast of every Spaniard can be no secret to you. Those which the King of Spain will experience at receiving a notification so unexpected, will be doubtlefs very disagreeable; and at the same time that I hasten to communicate it to his Majesty, I think it my duty to protest, as I do solemnly protest, against the recognition of the governments mentioned of the insurgent provinces of South America, by the United States, declaring that it can in no way now, or at any time, lessen or invalidate, in the least, the right of Spain to the said provinces, or to employ whatever means may be in her power to reunite them to the rest of her dominions.

I pray you, Sir, to be pleased to lay this protest before the President; and I flatter myself that, convinced of the solid reasons which have dictated it, he will suspend the measure which he has proposed to congrefs, and that he will give to his Catholic Majesty this proof of his friendship and of his justice.

I remain, with the most distinguished consideration, praying God to guard your life many years, your most obedient humble servant.

JOAQUIN DE ANDUAGA.

"John Q. Adams, Secretary of State."

e.

Reponse du Sécretaire d'Etat des Etats-Unis au memoire du ministre d'Espagne, datée de Washington du 6 Avril 1822. 1822

(*Columbia etc.* Vol. I. p. LII.)

Department of State, Washington, April 6. 1822.

Sir! — Your letter of the 9th March was, immediately after I had the honour of receiving it, laid before the President of the United States, by whom it has been deliberately considered, and by whose direction I am, in replying to it, to assure you of the earnestnefs and sincerity with which this government desires to entertain and to cultivate the most friendly relations with that of Spain.

This disposition has been manifested, not only by the uniform course of the United States, in their direct political and commercial intercourse with Spain, but by friendly interest which they have felt for the welfare of the Spanish nation, and by the cordial sympathy with which they have witnessed their spirit and energy, exerted in maintaining their independence of all foreign controul and their right of self-government.

In every question relating to the independence of a nation, two principles are involved: one of right, and the other of fact: the former exclusively depending upon the determination of the nation itself, and the latter resulting from the succefsful execution of that determination. This right has been recently exercised, as well by the Spanish nation in Europe, as by several of those countries in the American hemisphere, which had for two or three centuries been connected as colonies with Spain. In the conflicts which have attended these revolutions, the United States have carefully abstained from taking any part: respecting the right of the nations concerned in them to maintain or new organize their own political constitutions, and observing, wherever it was a contest by arms, the most impartial neutra-

1822 lity. But the civil war in which Spain was for some years involved with the inhabitants of her colonies in America, has in substance ceased to exist.

Treaties, equivalent to an acknowledgment of independence, have been concluded by the commanders and viceroys of Spain herself, with the republic of Colombia, with Mexico, and with Peru; while in the provinces of La Plata, and in Chili, no Spanish force has for several years existed to dispute the independence which the inhabitants of those countries had declared.

Under these circumstances, the government of the United States, for from consulting the dictates of a policy questionable in its morality, has yielded to an obligation of duty of the highest order, by recognizing as independent states nations which, after deliberately asserting their right to that character, have maintained and established it against all the resistance which had been, or could be brought to oppose it. This recognition is neither intended to invalidate any right of Spain, nor to affect the employment of any means which she may yet be disposed or enabled to use with the view of reuniting those provinces to the rest of her dominions. It is the mere acknowledgment of existing facts, with the view to the regular establishment, with the nations newly formed, of those relations, political and commercial, which it is the moral obligation of civilized and Christian nations to entertain reciprocally with one another.

It will not be necessary to discuſs with you a detail of facts, upon which your information appears to be materially different from that which has been communicated to this government, and is of public notoriety; nor the propriety of the denominations which you have attributed to the inhabitants of the South American provinces. It is not doubted that other and more correct views of the whole subject will very shortly be taken by your government; and that it, as well as the other European governments, will show that deference to the example of the United States, which you urge as the duty of

the United States to shew to theirs. The effect of the example of one independant nation upon the counsels and measures of another, can be just only so far as it is voluntary; and as the United States desire that their example should be followed, so it is their intention to follow that of others upon no other principle. They confidently rely that the time is at hand when all governments of Europe friendly to Spain, and Spain herself, will not only concur in the acknowledgment of the independence of the American nations, but in the sentiment, that nothing will tend more effectually to the welfare and happinefs of Spain than the universal concurrence in that recognition. I pray you, Sir, to accept the assurance of my distinguished consideration. 1822

JOHN QUINCY ADAMS.

"Don Joaquin de Anduaga. Envoy extraordinary etc. etc."

48.

Note circulaire adressée par Mr. Zéa, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la république de Colombie, au ministre des affaires étrangères de France et aux légations des differentes cours à Paris, pour demander la reconnoissance de l'indépendance de la république de Colombie; du 8 Avril 1822.

(*Archives diplomatiques* Vol. 3. pag. 418.)

Le soussigné, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la république de Colombie, pour établir ses rélations politiques et commerciales avec

1822 les puissances de l'Europe; a l'honneur d'adresser, d'après les ordres de son gouvernement, à S. Exc. le ministre des affaires étrangères de. . . ., la communication suivante:

Le bruit de la lutte que l'Amérique vient de soutenir contre l'Espagne a retenti dans tout l'Univers. Sil est permis d'en ignorer les merveilleux détails, nul doute ne peut au moins s'élever sur les immenses résultats obtenus à force de combats et de victoires. L'Amérique comprimée, asservie pendant trois siècles, a secoué le joug de la métropole. L'Espagne n'est plus rien au-delà des mers qui baignent la péninsule.

En effet, l'Amérique avoit atteint sa majorité; l'accroissement de la population, la propagation des lumières, mille besoins nouveaux que la métropole ne pouvoit satisfaire, rendoient la crise inévitable. L'Espagne, dépeuplée, sans marine, sans industrie, auroit-elle retenu plus long-tems sous ses lois un continent tout entier, séparé d'elle par le vaste Océan? *L'indépendance* n'a donc fait que rétablir l'ordre naturel, et a mis un terme à des maux infinis que produisoit nécessairement une liaison mal assortie.

L'Espagne, à jamais expulsée des rivages de l'Amérique, n'a plus aucun moyen d'y rentrer. Divisée dans son intérieur, sans influence au-dehors, privée des mines du Mexique et du Perou, où prendroit-elle des soldats pour des expéditions lointaines? Comment suffiroit-elle aux frais des armemens nécessaires pour reconquerir ce qu'elle a perdu?

Les ports, les havres, les points fortifiés sont au pouvoir des américains; tous les emblèmes de la suprématie européenne ont disparu; les lions et les tours de Castille ont fait place aux couleurs de l'indépendance et de la liberté. Dans ces vastes contrées qui furent si long-tems la source de la grandeur espagnole et le théâtre d'une domination étrangère, il ne reste plus que les ossemens épars des guerriers qui furent envoyés pour s'opposer à nos destinées. Partout se forment des états naissans fondés sur les mêmes bases, également favorisés par la nature, puissans de resources locales, fiers d'un avenir qui ne sauroit les tromper. Le climat seul les

protégeroit contre des invasions téméraires, si le 1822
courage éprouvé des habitans n'offrait la meilleure de toutes les garanties.

Parmi ces états s'élève celui de Colombie; douze années d'une guerre implacable n'ont pu l'abattre, ni même ralentir sa marche. Colombie a recueilli le fruit de ses nobles travaux; elle est libre, souveraine, indépendante. Bientôt, tous ces nouveaux états formeront une association complette, solemnelle, et fixeront d'un commun accord les bases de cette grande fédération contre laquelle toute attaque extérieure seroit plus absurde que dangereuse. La coalition du reste du monde civilisé, si elle étoit possible, échoueroit devant cette barrière.

Ainsi parvenue au point où elle est, assimilée de fait et droit à toutes les nations existantes, voulant vivre amicalement avec tous les peuples, l'Amérique n'a plus qu'à se faire reconnoître par la grande famille dont elle fait partie, et à laquelle son association ne peut manquer d'offrir beaucoup d'avantages.

C'est dans ce but que le soussigné ministre plénipotentiaire de la république de Colombie a l'honneur de s'adresser à S. Exc. le ministre des affaires étrangères de.... pour lui communiquer les intentions de son gouvernement.

La république de Colombie est constituée, son gouvernement est en pleine activité. L'Espagne ne possède plus rien sur son territotre; une armée de 60,000 hommes soutenus par une réserve de la même force, assure l'existence de Colombie.

La république a tout ce qui caractérise les gouvernemens reconnus sur la terre; elle ne demande à aucun d'eux par quelle voie, par quel droit ils sont devenus ce qu'ils sont; ils existent; c'est là tout ce qui lui importe de savoir. Colombie respecte tout ce qui est; elle a droit à la réciprocité, elle la demande, et cette demande n'est dictée ni par l'intérêt, ni par la crainte; l'un et l'autre motif sont indignes d'une nation généreuse et libre. Qui pourroit l'attaquer? qui pourroit ajouter à ses richesses, ou les diminuer? de qui a-t-elle besoin, et parmi tous les peuples connus, quel est celui qui n'aspirera

1822 pas à établir avec elle des relations commerciales? Colombie a la conscience intime de sa force. Si elle invite tous les peuples à partager avec elle les trésors que la nature lui a prodigués, c'est plus tôt par un sentiment de générosité que par un esprit de calcul.

Quiconque s'approchera de Colombie avec des intentions pacifiques et bienveillantes pourra puiser en toute sûreté dans la source commune de nos richesses. Telle est l'unique base des rapports que nous sommes jaloux d'avoir avec tous les peuples de la terre: Cordialité, liberté, réciprocité. Les jalousies, les défiances qui jadis séparoient les diverses nations et les armoient l'une contre l'autre, sont bannies de la législation ainsi que de l'esprit de nos concitoyens. Nous ne dementirons jamais les principes philantropiques pour lesquels notre sang a coulé avec tant d'abondance sur le champ de bataille et sur les échafauds.

Mais, après avoir ainsi remplie tous ses devoirs à l'égard des autres nations, Colombie se doit à elle-même d'exiger que ses propres droits soient également reconnus: Colombie ne les tient de personne; elle s'est faite elle-même, et compte sur ses propres moyens pour se soutenir. Indépendante, forte, libre, invulnérable, elle n'obéit qu'à un sentiment de bienveillance générale; elle n'aspire qu'à rendre faciles, amicales, utiles ses relations avec tous ceux qui traiteront avec elle.

Un vaste et riche continent, habité par des peuples civilisés, ne peut demeurer étranger au reste du monde; toutefois il seroit difficile de concevoir des rapports durables, avantageux et tels que l'intérêt du commerce les réclame, entre des états dont les gouvernemens ne se reconnaitroient pas réciproquement.

Ces principes non équivoques, ces considérations puissantes, imposent au soussigné l'obligation de faire connoître à S. Exc. le ministre des affaires étrangères de . . . les intentions de son gouvernement, qui sont les suivantes:

1. Que le gouvernement de Colombie reconnoit tous les gouvernemens existans, quelles que soient leur origine et leur forme.

2. Qu'il ne communiquera pas avec les gouvernemens qui, de leur côté, ne reconnaitront point le gouvernement de Colombie. 1822

3. Que tout commerce, accès, séjour dans les ports et sur le territoire de Colombie, sont ouverts et assurés avec pleine liberté, sûreté, tolérance et réciprocité, à tous les peuples dont les gouvernemens reconnaitront celui de Colombie.

4. Que ces mêmes ports et territoires sont et resteront fermés aux sujets des états qui ne reconnoitront pas celui de Colombie.

5. Qu'il sera établi des délais pour l'admission dans les ports et sur le territoire de Colombie, proportionnés au retard qu'aura éprouvé la reconnoissance proposée.

6. Qu'il sera pris des mesures par le gouvernement de Colombie, pour prohiber toutes marchandises provenant des pays dont les gouvernemens refuseront ou différeront de le reconnoître.

Le soussigné, en portant à la connoissance de S. Exc., les sentimens et les principes de son gouvernement, insiste sur la nécessité d'une prompte réponse. S. Exc. est trop éclairée pour ne pas pénétrer les motifs de cette demande de la part d'un gouvernement qui siège à une aussi grande distance et qui, occupé à la fois de son organisation intérieure et de l'établissement de ses relations extérieures, ne peut admettre ni les longueurs ni les détours dont on croiroit, d'après d'anciens usages, pouvoir se servir dans cette circonstance nouvelle, et dont la nouveauté même est un motif de plus de désirer la prompte solution, que Colombie attend avec une égale confiance des lumières du gouvernement de ... et de ses propres forces.

Le soussigné saisit avec empressement cette occasion de présenter à S. Exc. le ministre des affaires étrangères, de .... les assurances de sa plus haute considération.

Paris le 8 Avril 1822.

ZÉA.

49.

1822 *Affaires d'Espagne.*

a.

Note confidentielle du vicomte de Castlereagh, sur les affaires d'Espagne, communiquée aux cours d'Autriche, de France, de Prusse et de Russie en Mai 1820.

(*Le Journal de Francfort* 1823. 5 Mai No. 125.)

(Extrait) Les évènemens qui sont arrivés en Espagne ont, comme on pouvoit s'y attendre, excité, à mesure qu'ils se sont développés, la plus grande inquiétude en Europe.

Le cabinet britannique, dans cette occasion, comme dans toutes les autres, est prêt à délibérer avec ceux des alliés, et s'expliquera sans réserve sur cette grande question d'intérêt commun; mais quant à la forme sous laquelle il peut être prudent de conduire ces délibérations, il croit ne pouvoir trop recommander le mode de délibération, qui excitera le moins l'attention ou les allarmes et qui pourra le moins provoquer le mécontentement dans l'esprit du peuple ou du gouvernement espagnol. Dans cette vue, il paroit convenable d'éviter soigneusement toute réunion de souverains; de s'abstenir (au moins dans l'état présent de la question) de charger aucune assemblée ostensible de la commission de délibérer sur les affaires d'Espagne. Le cabinet anglois croit préférable que les relations se bornent à des communications confidentielles entre les cabinets, qui sont par elles-mêmes mieux faites pour rapprocher les idées, et à conduire, autant que possible à l'adoption de principes communs, plutôt que de hazarder la discussion dans une conférence ministérielle qui, à cause des pouvoirs nécessairement limités des individus qui la composent, convient toujours mieux pour exécuter un plan déjà arrêté, que pour régler une ligne de politique dans des circonstances délicates et difficiles.

Il semble y avoir d'autant moins de motifs pour 1822
précipiter une démarche de cette nature, dans le cas actuel, que, d'après les renseignemens qui nous parviennent, il n'existe en Espagne aucun ordre des choses sur lequel il y ait à délibérer, ni jusqu'à présent aucune autorité avec laquelle les puissances étrangères puissent communiquer.

L'autorité du Roi, pour le moment, du moins, semble anéantie. S. M. est représentée, dans les dernières dépêches de Madrid, comme s'étant entièrement abandonnée au cours des évènemens et comme concédant tout ce qui est réclamé par la junte provisoire et par les clubs.

L'autorité du gouvernement provisoire ne s'étend pas au-delà des deux Castilles et d'une partie de l'Andalousie. Des autorités locales séparées commandent dans les diverses provinces, et l'on pense que la sûreté personnelle du Roi seroit extrêmement hazardée par toute démarche qui pourroit faitre naître le soupçon du dessein de tenter une contre-révolution par des moyens internes ou externes.

Cet important sujet ayant été référé au duc de Wellington, et pris en considération par S. G. (son memoire accompagne cette note) le duc n'hésite pas, d'après sa connoissance intime des affaires d'Espagne, à déclarer que, de tous les peuples de l'Europe, le peuple espagnol est celui qui souffrira le moins une intervention étrangère. Il cite divers cas où, pendant la dernière guerre, ce trait distinctif du caractère national a rendu les espagnols obstinément aveugles sur les considérations les plus pressantes de salut public. Il expose le danger imminent où le soupçon d'une intervention étrangère, spécialement de la part de la France, placeroit le Roi; il décrit en outre les difficultés qui s'opposeroient en Espagne à toutes les opérations militaires entreprises dans le but de réduire par la force la nation à se soumettre à un ordre de choses qui lui seroit suggéré ou prescrit du dehors.

Sir Henri Wellesley, à l'appui de cette opinion, a cité l'alarme que la mission projettée de M. de Latour du Pin a excitée à Madrid, et le préjudice que,

1822 dans l'opinion de tous les ministres étrangers à Madrid, elle étoit propre à porter aux intérêts et à la sûreté du Roi. Il cite aussi les mesures que le Roi se proposoit d'adopter pour empêcher le ministre françois de poursuivre son voyage lorsqu'on reçut de Paris la nouvelle que cette mission n'auroit point lieu.

A tous évènemens donc, jusqu'à ce que quelque autorité centrale se soit établie en Espagne, toute idée d'influer sur ses conseils, semble absolument impraticable et faite pour n'avoir d'autre résultat possible que de compromettre, soit le Roi, soit les alliés, mais probablement lui et eux à la fois.

Il n'y a nul doute que l'état actuel de l'Espagne n'étende d'une manière grave le cercle de l'agitation politique en Europe; il faut néanmoins convenir qu'il n'y a pas en Europe de pays d'une égale grandeur où il eût pu arriver une révolution de ce genre, qui menaçât moins les autres états de ce danger direct et prochain qui a toujours été regardé, du moins dans notre pays, comme constant le seul cas qui justifieroit une intervention étrangère. Si le cas n'est pas de nature à justifier une telle intervention, si nous ne jugeons pas que nous ayons dans ce moment ni le droit ni les moyens d'intervenir directement par la force; si la démonstration d'une telle intervention est plus faite pour irriter que pour épouvanter, et si nous avons appris par experience combien peu un gouvernement espagnol, soit du Roi, soit des cortès est disposé à écouter les avis des puissances étrangères, n'est-il pas prudent au moins de réfléchir avant de prendre une attitude qui sembleroit nous engager aux yeux de l'Europe à quelque mesure décisive? Avant de nous y embarquer, n'est-il pas convenable de reconnoître avec quelque degré de précision ce que nous avons réellement intention de faire? Cette marche politique, modérée et prudente, et si convenable au cas actuel et à la position critique où le Roi se trouve personnellment placé, ne limitera en aucune manière notre action, si jamais le cas d'agir arrive.

En même tems, et comme états indépendans, les puissances alliées peuvent, au moyen de leurs légations respectives à Madrid et avec non moins d'effet

que par des représentations collectives, exciter une crainte salutaire des conséquences qui pourroient résulter de toute violence faite à la personne du Roi ou à celles de sa famille, ou de toute autre mesure hostile dirigée contre les possessions portugaises en Europe, pour la protection desquelles la Grande-Bretagne est liée par un traité special. 1822

Toutefois on devra observer la plus grande délicatesse en transmettant ces insinuations, et quoiqu'il y ait à présumer que les vues et les intentions de toutes les puissances alliées doivent être essentiellement les mêmes, et que les sentimens qu'elles ont à exprimer ne puissent matériellement différer entre eux, il ne s'ensuit pas qu'elles doivent parler collectivement ni par un interprête commun, deux moyens plutôt faits pour offenser que pour concilier ou persuader.

Il ne peut y avoir de doute sur le danger général dont est plus ou moins menacée la stabilité de tous les gouvernemens existans, par les principes qui prévalent et par la circonstance que tant d'états en Europe s'occupent aujourd'hui de la tâche difficile de reconstituer leurs gouvernemens sur le principe représentatif; mais l'idée de contester, de limiter ou de régler la marche de ces expériences, soit par des conseils étrangers ou une force étrangère, seroit aussi dangereuse à avouer qu'impossible à mettre à exécution, et l'illusion trop répandue sur ce sujet ne doit point être encouragée dans nos relations avec les alliés. On ne peut nier que de ces espérances il pourroit naître dans quelque pays des circonstances menaçant directement la sûreté des autres états, et contre un pareil danger les alliés pourroient, avec raison, et devroient, par prudence, être sur leurs gardes; mais tel n'est pas le cas actuel. Quelque effrayant que soit l'exemple qu'offre l'Espagne d'une armée en révolte et d'un monarque jurant une constitution qui ne contient guère dans sa forme que l'apparence d'une monarchie, il n'y a pas lieu d'appréhender que l'Europe soit de sitôt mise en danger par les armes espagnoles. . . . .

Dans cette alliance, comme dans tous les autres arrangemens humains, rien n'est plus propre à altérer,

1822 ou même à détruire son utilité réelle que toute tentative pour étendre ses devoirs et ses obligations au-delà de la sphère marquée par les idées et les principes bien connus qui ont présidé à sa formation. Ce fut une union pour reconquérir et délivrer une grande partie du continent de l'Europe de la domination militaire de la France: après avoir abattu le conquérant, elle mit l'état de choses établi par la paix sous la protection de l'alliance; mais on n'entendit jamais en faire une autorité suprême pour le gouvernement du monde, ou pour la surintendance des affaires intérieures des autres états. . . .

On nous trouvera à notre place, quand un danger effectif menacera le système de l'Europe; mais notre pays ne peut et ne veut point agir d'après des principes de précaution purement abstraits et spéculatifs. L'alliance qui existe n'a pas eu un tel objet en vue lors de sa formation primitive. On ne l'a jamais expliqué ainsi au parlement; si on l'eût fait, il est très certain que la sanction du parlement ne lui auroit jamais été donnée, et ce seroit maintenant un manque de foi de la part des ministres de S. M. B. que d'aprouver une telle interprétation de cette alliance, ou de se laisser entraîner dans un système de mesures incompatibles avec les principes qu'ils ont avoués dans le tems, et qu'ils ont depuis cette époque invariablement maintenus tant à l'intérieur qu'à l'extérieur.

b.

Dépêche de Mr. le Comte de Bernstorff, Ministre des affaires étrangères de S. M. le Roi de Prusse, adressée au chargé d'affaires de Prusse à Madrid, datée de Vérone du 22 Novembre 1822.

(*Le Journal de Francfort* 1823. 21 Janv. No. 21.)

Monsieur,

Au nombre des objets qui fixoient l'attention ou réclamoient la sollicitude des souverains et cabinets

réunis à Vérone, la situation de l'Espagne et ses rapports avec le reste de l'Europe ont occupé une première place. 1822

Vous connoissez l'intérêt que le Roi, notre auguste maître, n'a jamais cessé de prendre à S. M. C. et à la nation espagnole.

Cette nation si distinguée par la loyauté et l'énergie de son caractère, illustrée par tant de siècles de gloire et de vertus, et à jamais célèbre par le noble dévouement et l'héroïque persévérance qui l'ont fait triompher des efforts ambitieux et oppresseurs de l'usurpateur du trône de France, a des titres trop anciens et trop fondés à l'intérêt et à l'estime de l'Europe entière, pour que les souverains puissent regarder avec indifférence les malheurs qui l'accablent et ceux dont elle est menacée.

L'évènement le plus déplorable est venu subvertir les antiques bases de la monarchie espagnole, compromettre le caractère de la nation, attaquer et empoisonner la prospérité publique dans ses premières sources.

Une révolution, sortie de la révolte militaire, a soudainement rompu tous les liens du devoir, renversé tout ordre légitime et décomposé les élémens de l'édifice social, qui n'a pu tomber sans couvrir le pays entier de ses décombres.

On crut pouvoir renverser cet édifice, en arrachant à un souverain, déjà dépouillé de toute autorité réelle et de toute liberté de volonté, le rétablissement de la constitution des cortès de l'année 1812, qui, confondant tous les élémens et tous les pouvoirs, ne partant que du seul principe d'une opposition permanente et légale contre le gouvernement, devoit nécessairement détruire cette autorité centrale et tutélaire, qui fait l'essence du système monarchique.

L'évènement n'a pas tardé à faire connoître à l'Espagne les fruits d'une aussi fatale erreur.

La révolution, c'est à dire le déchaînement de toutes les passions contre l'ancien ordre des choses, loin d'être arrêtée ou comprimée, a pris un développement aussi rapide qu'effrayant. Le gouvernement, impuissant et paralysé, n'a plus eu aucun moyen ni

1822 de faire le bien, ni d'empêcher ou d'arrêter le mal. Tous les pouvoirs se trouvent concentrés, cumulés et confondus dans une assemblée unique. Cette assemblée n'a présenté qu'un conflit d'opinions et de vues, et un froissement d'intérêts et de passions, au milieu desquels les propositions et les résolutions les plus disparates se sont constamment croisées, combattues ou neutralisées. L'ascendant des funestes doctrines d'une philosophie désorganisatrice n'a pu qu'augmenter l'égarement général, jusqu'à ce que, selon la pente naturelle des choses, toutes les notions d'une saine politique fussent abandonnées pour de vaines théories, et tous les sentimens de justice et de modération sacrifiés aux rêves d'une fausse liberté. Dès-lors les institutions établies sous le prétexte d'offrir des garanties contre l'abus de l'autorité, ne furent plus que des instrumens d'injustice et de violence, et un moyen de couvrir ce système tyrannique d'une apparence légale.

L'on n'hésita plus à abolir sans ménagement les droits les plus anciens et les plus sacrés, à violer les propriétés les plus légitimes, et à dépouiller l'église de sa dignité, de ses prérogatives et de ses possessions. Il est permis de croire que le pouvoir despotique exercé par une faction pour le malheur du pays, se seroit plutôt brisé entre ses mains, si les déclamations trompeuses sorties de la tribune, les vociférations féroces des clubistes, et la licence de la presse n'avoient pas comprimé l'opinion et étouffé la voie de la partie saine et raisonnable de la nation espagnole qui, l'Europe ne l'ignore pas, en forme l'immense majorité. Mais la mesure de l'injustice a été comblée, et la patience des espagnols fidèles paroît enfin avoir trouvé son terme. Déjà le mécontement éclate sur tous les points du royaume, et des provinces entières sont embrasés par le feu de la guerre civile.

Au milieu de cette cruelle agitation, l'on voit le souverain du pays réduit à une impuissance absolue, dépouillé de toute liberté d'action et de volonté, prisonnier dans sa capitale, séparé de tout ce qui lui restoit de serviteurs fidèles, abreuvé de dégouts et d'insultes, et exposé du jour au lendemain à des

attentats dont la faction, si même elle ne les provo- 1822
que pas sur lui, n'a conservé aucun moyen de le garantir.

Vous, Monsieur, qui avez été témoin de l'origine, les progrès et des résultats de la révolution de 1820, vous êtes à même de reconnoître et d'attester ici qu'il n'y a rien d'exagéré dans le tableau que je viens d'en tracer rapidement. Les choses en sont venues au point, que les souverains réunis à Vérone ont enfin dû se demander quels sont aujourd'hui et quels seront désormais leurs rapports avec l'Espagne.

L'on avoit pu se flatter que la maladie affreuse dont l'Espagne se trouve attaquée, éprouveroit des crises propres à ramener cette ancienne monarchie à un ordre de choses compatible avec son propre bonheur et avec les rapports d'amitié et de confiance avec les autres états de l'Europe. Mais cet espoir se trouve jusqu'ici déçu. L'état moral de l'Espagne est aujourd'hui tel, que ses relations avec les puissances étrangères doivent nécessairement se trouver troublées ou interverties. Des doctrines subversives de tout ordre social y sont hautement prêchées et protégées. Des insultes contre les premiers souverains de l'Europe remplissent impunément les journaux. Les sectaires de l'Espagne font courir leurs émissaires pour associer à leurs travaux ténébreux tout ce qu'il y a dans les pays étrangers de conspirateurs contre l'ordre public et contre l'autorité légitime.

L'effet inévitable de tant de désordres se fait surtout sentir dans l'altération des rapports entre la France et l'Espagne. L'irritation qui en résulte est de nature à donner les plus justes alarmes pour la paix entre les deux royaumes. Cette considération suffiroit pour déterminer les souverains réunis à rompre le silence sur un état de choses qui, d'un jour à l'autre, peut compromettre la tranquillité de l'Europe.

Le gouvernement espagnol veut-il et peut-il apporter des remèdes à des maux aussi palpables et aussi notoires? Veut-il et peut-il prévenir ou réprimer les effets hostiles et les provocations insultantes qui résultent pour les gouvernemens étrangers

1822 de l'attitude que la révolution lui a donnée et a du système qu'elle a établi ?

Nous concevons que rien ne doit être plus contraire aux intentions de S. M. C. que de se voir placée dans une position aussi pénible envèrs les souverains étrangers ; mais c'est précisément parceque ce monarque, seul organe authentique et légitime entre l'Espagne et les autres puissances de l'Europe, se trouve privé de sa liberté et enchainé dans ses volontés, que ces puissances voient leurs rapports avec l'Espagne dénaturés et compromis.

Ce n'est pas aux cours étrangères à juger quelles institutions répondent le mieux au caractère, aux moeurs et aux besoins réels de la nation espagnole ; mais il leur appartient indubitablement de juger des effets que des expériences de ce genre produisent par rapport à elles, et d'en laisser dépendre leurs déterminations et leur position future envèrs l'Espagne. Or, le Roi, notre maître, est d'opinion que pour conserver et rasseoir sur des bases solides ses relations avec les puissances étrangères, le gouvernement espagnol ne sauroit faire moins que d'offrir à ces derniers des preuves non-équivoques de la liberté de S. M C., et une garantie suffisante de son intention et de sa faculté d'écarter les causes de nos griefs et de nos trop justes inquiétudes à son égard.

Le Roi vous ordonne, Monsieur, de ne pas dissimuler cette opinion au ministère espagnol, mais de lui faire lecture de la présente dépêche, d'en laisser une copie entre ses mains et de l'inviter à s'expliquer franchement et clairement sur ce qui en fait l'objet.

Agréez etc.

c.

Dépêche de Mr. le Comte de Nesselrode, ministre des affaires étrangères de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, adressée au chargé d'affaires de Russie à Madrid, datée de Vérone du $\frac{14}{26}$ *Novembre* 1822. 1822

(*Le Journal de Francfort* 1823. 22 Janv. No. 22.)

Les souverains et les plénipotentiaires réunis à Vérone dans la ferme intention de consolider de plus en plus la paix dont jouit l'Europe et de prévenir tout ce qui pourroit compromettre cet état de tranquillité générale, dévoient dès le moment où ils se sont assemblés, porter un regard inquiet et attentif sur une antique monarchie que des troubles intérieurs agitent depuis deux ans, et qui ne peut qu'exciter à un égal degré la sollicitude, l'intérêt et les appréhensions des autres puissances.

Lorsqu'au mois de Mars 1820 quelques soldats parjures tournèrent leurs armes contre le souverain et la patrie, pour imposer à l'Espagne des lois que la raison publique de l'Europe, éclairée par l'expérience de tous les siècles, frappoit de la plus haute réprobation, les cabinets alliés et nommément celui de Pétersbourg, se hâtèrent de signaler les malheurs qu'entraineroient après elles des institutions qui consacroient la révolte militaire par le mode de leur établissement.

Ces craintes ne furent que trop tôt complettement justifiées. Ce ne sont plus des théories ni des principes qu'il s'agit ici d'examiner et d'approuver. Les faits parlent, et quel sentiment leur témoignage ne doit-il pas faire éprouver à tout espagnol qui conserve encore l'amour de son Roi et de son pays? Que de regrets s'attachent à la victoire des hommes qui ont opéré la révolution d'Espagne!

A l'époque où un déplorable succès couronne leur entreprise, l'intégrité de la monarchie espagnole formoit l'objet des soins de son gouvernement. Toute

1822 la nation partageoit les voeux de S. M. C.; toute l'Europe lui avoit offert une intervention amicale pour rasseoir sur des bases solides l'autorité de la métropole dans les contrées lointaines qui avoient jadis fait sa richesse et sa force. Encouragées par un funeste exemple à persévérer dans la revolte, les provinces où elle avoit déjà éclaté, trouvèrent dans les évènemens du mois de Mars, la meilleure apologie de la désobéissance, et celles qui restoient encore fidèles, se separèrent aussitôt de la mère-patrie, justement effrayées du despotisme, qui alloit peser sur son infortuné souverain et sur un peuple que d'imprévoyantes innovations condamnoient à parcourir tout le cercle des calamités révolutionnaires.

Au déchirement de l'Amérique ne tardèrent pas à se joindre les maux inséparables d'un état de choses où tous les principes constitutifs de l'ordre social avoient été mis en oubli.

L'anarchie parut à la suite de la révolution, le désordre à la suite de l'anarchie. De longues années d'une possession tranquille cessèrent bientôt d'être un titre suffisant de propriété; bientôt les droits les plus solemnels furent révoqués en doute; bientôt des emprunts ruineux et des contributions sans cesse renouvelées, attaquèrent à-la-fois la fortune publique et les fortunes particulières. Comme aux jours dont l'idée seule fait encore frisonner l'Europe, la réligion fut dépouillée de son patrimoine; le trône du respect des peuples; la majesté royale outragée, l'autorité transportée dans des réunions où les passions aveugles de la multitude s'arrachoient les rênes de l'état. Enfin comme à ces mêmes jours de deuil si malheureusement reproduits en Espagne, on vit au 7 Juillet le sang couler dans la demeure des Rois, et une guerre civile embraser la Péninsule.

Depuis près de trois ans, les puissances alliées s'étoient toujours flattées que le caractère espagnol, ce caractère si constant et si généreux, dès qu'il s'agit du salut de la patrie, et naguère si héroïque quand il luttoit contre un pouvoir enfanté par la révolution se réveilleroit enfin jusque dans les hommes qui avoient eu le malheur d'être infidèles aux nobles souvenirs que l'Espagne peut citer avec orgueil à tous

les peuples de l'Europe. Elles s'étoient flattées que 1822
le gouvernement de S. M. C. détrompé par les premières leçons d'une expérience fatale, prendroit des mesures, si non pour arrêter d'un commun accord tant de maux qui déjà se débordoient de toutes parts, au moins pour jeter les fondemens d'un système réparateur, et pour assurer graduellement au trône ses droits légitimes et ses prérogatives nécessaires; aux sujets une juste protection, aux propriétés d'indispensables garanties. Mais cet espoir a été complettement deçu. Le tems n'a fait qu'amener de nouvelles injustices; les violences se sont multipliées; le nombre des victimes a grossi dans une effrayante proportion, et l'Espagne a déjà vu plus d'un guerrier, plus d'un citoyen fidèle porter sa tête sur un échafaud.

C'est ainsi que la révolution du 9 Mars avançoit de jour en jour la ruine de la monarchie espagnole, lorsque deux circonstances particulières vinrent appeler sur elle la plus sérieuse attention des gouvernemens étrangers.

Au milieu d'un peuple pour qui le dévouement à ses rois est un besoin et un sentiment héréditaire; qui pendant six années consecutives, a versé le sang le plus pur pour reconquérir son monarque légitime; ce monarque et son auguste famille viennent d'être réduits à un état de captivité notoire et presqu' absolu. Ses frères, contraints de se justifier, sont menacés journellement du cachot ou du glaive, et d'impérieuses représentations lui ont interdit, avec son épouse mourante, la sortie de la capitale.

D'autre part, après les révolutions de Naples et du Piémont, que les conspirateurs espagnols ne cessent de représenter comme leur ouvrage, on les entend annoncer que leurs plans de bouleversemens n'ont pas de limites. Dans un pays voisin, ils s'efforcent avec une persévérance que rien ne décourage, à faire naître les troubles et la rébellion. Dans des états plus éloignés, ils travaillent à se créer des complices; l'activité de leur prosélytisme s'étend par tout, et partout elle prépare les mêmes désastres.

Une telle conduite devoit forcément exciter l'animadversion générale. Les cabinets qui désirent sin-

1822 cèrement le bien de l'Espagne, lui manifestent depuis deux ans leur pensée, par la nature des rapports qu'ils entretiennent avec son gouvernement. La France se voit obligée de confier à une armée la garde de ses frontières, et peut-être faudra-t-il qu'elle lui confie également le soin de faire cesser les provocations dont elle est l'objet. L'Espagne elle-même se soulève en partie contre un régime que repoussent ses moeurs, la loyauté connue de ses habitans et ses traditions toutes monarchiques.

Dans cet état des choses, L'Empereur, notre auguste maître, s'est décidé à faire une démarche qui ne pourra laisser à la nation espagnole aucun doute sur ses véritables intentions, ni sur la sincérité des voeux qu'il forme pour son bonheur.

Il est à craindre que les dangers, toujours plus réels du voisinage, ceux qui planent sur la famille royale, et les justes griefs d'une puissance limitrophe, ne finissent par amener entre elle et l'Espagne les plus graves complications.

C'est là l'extrémité facheuse que S. M. I. voudroit prévenir, s'il est possible; mais tant que le Roi sera hors d'état de témoigner librement sa volonté; tant qu'à la faveur d'un ordre de choses déplorable, des artisans de révolution, liés par un pacte commun à ceux des autres contrées de l'Europe, chercheront à troubler son repos, est-il au pouvoir de l'Empereur, est-il au pouvoir d'aucun monarque d'améliorer les relations du gouvernement espagnol avec les puissances étrangères?

D'un autre côté, combien ce but essentiel ne seroit-il pas facile à atteindre, si le Roi recouvroit avec son entière liberté le moyen de mettre un terme à la guerre civile, de prévenir la guerre étrangère, et de s'entourer des plus éclairés et des plus fidèles de ses sujets pour donner à l'Espagne les institutions que demandent ses besoins et ses voeux légitimes.

Alors, affranchie et calmée, elle ne pourroit qu'inspirer à l'Europe la sécurité dont elle jouiroit elle-même; et alors aussi les puissances qui réclament aujourd'hui contre la conduite de son gouvernement,

s'empresseroient de rétablir avec elle des rapports 1822
d'amitié véritable et de mutuelle bienveillance.

Il y a long-tems que la Russie signale ces grandes vérités à l'attention des espagnols. Jamais leur patriotisme n'eut de plus hautes destinées à remplir. Quelle gloire pour eux que de vaincre une seconde foi la révolution, et de prouver qu'elle ne sauroit exercer d'empire durable sur cette terre où d'anciennes vertus, un fond indélébile d'attachement aux principes qui garantissent la durée des sociétés, et le respect d'une sainte religion, finiront toujours par triompher des doctrines subversives et des séductions mises en oeuvre pour étendre leur fatale influence. Déjà une partie de la nation s'est prononcée. Il ne tient qu'à l'autre de s'unir dès à présent à son Roi pour délivrer l'Espagne, pour la sauver, pour lui assigner dans la famille européenne une place d'autant plus honorable, qu'elle auroit été arrachée comme en 1814 au triomphe désastreux d'une usurpation militaire.

En vous chargeant, Mr. le Comte, de faire part aux ministres de S. M. C. des considérations développées dans cette dépêche, l'Empereur se plait à croire que ses intentions et celles de ses alliées ne seront point méconnues. En vain la malveillance essayeroit-elle de les présenter sous les couleurs d'une ingérence étrangère, qui prétendroit dicter des lois à l'Espagne.

Exprimer le désir de voir cesser une longue tourmente, de soustraire au même joug un monarque malheureux, et un des premiers peuples de l'Europe, d'arrêter l'effusion du sang, de favoriser le rétablissement d'une administration tout-à-fait sage et nationale; certes, ce n'est point attenter à l'indépendance d'un pays, ni établir un droit d'intervention contre lequel une puissance quelconque ait raison de s'élever. Si S. M. I. nourrissoit d'autres vues, il ne dépendroit que d'elle et de ses alliés de laisser la révolution d'Espagne achever son ouvrage. Bientôt tous les germes de prospérité, de richesse et de force, seroient détruits dans la péninsule; et si la nation espagnole pouvoit aujourd'hui supposer ces destins hostiles, ce seroit dans l'indifference et dans l'immobilité seules qu'elle devroit en trouver la preuve.

1822 La réponse qui sera faite à la présente déclaration va resoudre des questions de la plus haute importance. Vos instructions de ce jour vous indiquent la détermination que vous aurez à prendre si les dispositions de l'autorité publique à Madrid rejettent le moyen que vous leur offrirez d'assurer à l'Espagne un avenir tranquille et une gloire impérissable.

d.

Dépêche supplementaire adressée au chargé d'affaires Russe à Madrid, datée de Vérone du 14 (26) *Novembre* 1822.

(*Journal de Francfort* 1823. 20 Février. No. 57.)

Dans l'instruction que vous recevez aujourd'hui, nous avons attaqué sans ménagement la constitution votée par les cortès en 1812, et nous n'avons pas balancé à attribuer au mode d'administration qu'elle consacre, presque tous les malheurs dont gémit l'Espagne.

Tant de faits demontrent cette vérité, que certainement personne en Europe n'osera la révoquer en doute. Une charte qui établit pour le peuple un droit de souveraineté, dont l'exercice est heureusement impossible, mais dont la simple théorie, une fois admise, enfante encore des calamités; une charte qui n'appelle à la confection des lois que la seule classe intéressée à leur absence, qui ne laisse pas même au monarque la faculté de se choisir librement une épouse, et qui dissémine, pour ainsi dire, la puissance publique entre les mains d'autorités sans nombre, qu'instituent les cinq cents articles dont elle se compose, une telle charte ne sauroit trouver pour défenseur aucun publiciste éclairé, aucun des hommes qui savent que l'ordre et la paix sont les premiers buts, comme les premiers élémens du bonheur des sociétés.

Mais plus le système de la charte espagnole est vicieux, plus les révolutionnaires s'efforceront de le maintenir, et par conséquent, plus ils chercheront

d'argumens en faveur de leur ouvrage. Au nombre 1822
de ceux qu'ils essayeront de faire valoir, vous verrez probablement, Mr. le Comte, figurer en première ligne, la réconnoissance et la garantie de la constitution des cortès, stipulées en 1812, par le traité de Velyky-Louky. Il est donc indispensable que je vous fasse connoître à cet égard, la pensée de l'Empereur et l'explication cathégorique que vous aurez à donner.

Lors de la conclusion du traité de Velyky-Louky, Ferdinand VII étoit captif, et il n'existoit en Espagne d'autre autorité espagnole que les cortès réunis à Cadix. A la même époque la Russie en s'armant contre l'ennemi commun, devoit nécessairement s'allier à l'Espagne. Elle le devoit dans son propre intérêt, elle le devoit dans l'intérêt de l'Europe, elle le devoit enfin, dans l'intérêt de l'Espagne elle-même qui ne pouvoit recevoir ni trop d'encouragemens ni trop de secours. Mais dans l'état où les choses se trouvoient alors, toute négociation avec le Roi étoit impossible. Il falloit conséquemment négocier avec les cortès, et, en négociant avec eux, reconnoître et garantir le régime national qu'ils venoient de créer pour leur patrie. — D'autre part, cette reconnoissance et cette garantie devoient nécessairement avoir le caractère que portoit ce régime lui-même. Promulgué durant l'absence et la captivité du Roi, il exigeoit la sanction royale dès que S. M. C. seroit rendue à la liberté. Il ne pouvoit donc être et n'étoit réellement que provisoire et conditionnel, lors de la signature du traité de Velyky-Louky. Delà aussi la nature provisoire et conditionnelle de la garantie accordée dans le tems par le cabinet de St. Pétersbourg. Cette réserve n'avoit pas besoin d'être exprimée d'une manière spéciale, car elle résultoit implicitement de l'essence des objets auxquels la garantie elle-même étoit applicable. Et comment en effet, stipuler une garantie perpétuelle, pour un acte qu'un tiers avoit encore le droit de changer et de modifier à sa volonté? Ce changement ne tarda point à s'accomplir, et le Roi rentré dans ses états, abolit la constitution des cortès. Ni l'Espagne ni la Russie n'invoquèrent alors la garantie du traité de 1812; l'Espagne parcequ'elle voyoit son

1822 monarque user d'un pouvoir dont la légitimité étoit incontestable; la Russie, parcequ'elle se seroit attribué une autorité supérieure à celle du Roi, si elle avoit voulu maintenir contre son gré, la charte de Cadix. Depuis ce moment, l'Empereur a toujours regardé comme aussi nulles de droit que de fait, une reconnoissance et une garantie stipulée dans des conjonctures, où elles étoient nécessaires, sans jamais pouvoir être indéfiniment obligatoires.

D'ailleurs, supposé même que cette nullité n'existoit pas, ou qu'elle fût moins évidente, la Russie est trop franche, trop sincèrement amie de la nation espagnole pour qu'un traité quelconque puisse lui faire désirer la prolongation d'un régime qui a attiré sur ce peuple si glorieux et si estimable tous les maux de l'anarchie, tous les excès d'une révolution sanglante, et toutes les pertes que traînent à leur suite le crime joint à l'imprévoyance.

Dans une pareille situation, S. M. ne peut reconnoître d'autre loi que celle du salut de l'Espagne, et c'est aussi la seule qu'elle soit décidée à suivre.

Tel est, Mr. le Comte, le language que vous voudrez bien tenir, si dans les explications que vous allez avoir avec le ministère espagnol, ce dernier essaye de réclamer le bénéfice des stipulations du traité de Velyky-Louky, ou s'il prétend faire à la Russie le reproche de manquer à ses engagemens. Recevez etc. etc.

e.

Dépêche de Mr. le prince de Metternich, chancelier d'état de S. M. l'Empereur d'Autriche, adressée au chargé d'affaires d'Autriche, à Madrid, datée de Vérone, du 14 *Décembre* 1822.

(*Le Journal de Francfort* 1823. 21 Janv. No. 21.)

La situation dans laquelle se trouve la monarchie espagnole à la suite des évènemens qui s'y sont

passés depuis deux ans, étoit un objet de trop haute importance, pour ne pas avoir sérieusement occupé les cabinets réunis à Vérone. L'Empereur, notre auguste maître, a voulu que vous fussiez informé de sa manière d'envisager cette grave question: et c'est pour cet effet que je vous adresse la présente dépêche. 1822

La révolution d'Espagne a été jugée par nous dès son origine. Selon les décrets éternels de la providence, le bien ne peut pas plus naître pour les états que pour les individus, de l'oubli des premiers devoirs imposés à l'homme dans l'ordre social; ce n'est pas par de coupables illusions, pervertissant l'opinion, égarant la conscience des peuples, que doit commencer l'amélioration de leur sort; et la révolte militaire ne peut jamais former la base d'un gouvernement heureux et durable.

La révolution d'Espagne considérée sous le seul rapport de l'influence funeste, qu'elle a exercée sur le royaume qui l'a subie, seroit un évènement digne de toute l'attention et de tout l'intérêt des souverains étrangers, car la prospérité ou la ruine d'un des pays les plus intéressans de l'Europe ne sauroit être à leurs yeux une alternative indifférente; les ennemis séuls de ce pays, s'il pouvoit en avoir, auroient le droit de regarder avec froideur les convulsions qui le déchirent. Cependant une juste répugnance à toucher aux affaires intérieures d'un état indépendant, détermineroit peut-être ces souverains à ne pas se prononcer sur la situation de l'Espagne, si le mal opéré par sa révolution s'étoit concentré et pouvoit se concentrer dans son intérieur. Mais tel n'est pas le cas: cette révolution avant même d'être parvenue à sa maturité, a provoqué déjà de grands désastres dans d'autres pays; c'est elle qui, par la contagion de ses principes et de ses exemples, et par les intrigues de ses principaux artisans, a créé les révolutions de Naples et de Piémont, c'est elle qui auroit embrâsé l'Italie toute entière, menacé la France, compromis l'Allemagne, sans l'intervention des puissances qui ont préservé l'Europe de ce nouvel incendie. Partout, les funestes moyens employés en Espagne pour préparer et exécuter la révolution, ont servi de

1822 modèle à ceux qui se flattoient de lui ouvrir de nouvelles conquêtes. Partout la constitution espagnole est devenue le point de réunion et le cri de guerre d'une faction, conjurée contre la sûreté des trônes et contre le repos des peuples.

Le mouvement dangereux que la révolution d'Espagne avoit imprimé à tout le midi de l'Europe, a mis l'Autriche dans la pénible nécessité de recourir à des mesures peu d'accord avec la marche pacifique qu'elle auroit voulu invariablement poursuivre. Elle a vu une partie de ses états encouragée de séditions, cernée par des complots incendiaires, à la veille même d'être attaquée par des conspirateurs dont les premiers essays se dirigeoient contre ses frontières. Ce n'est que par de grands efforts et de grands sacrifices que l'Autriche a pu rétablir la tranquillité en Italie, et déjouer les projets dont le succès n'eût été rien moins qu'indifférent pour le sort de ses provinces voisines. S. M. J. ne peut d'ailleurs que soutenir dans les questions rélatives à la révolution d'Espagne les mêmes principes qu'elle a toujours hautement manifestés. Dans l'absence même de tout danger direct pour les peuples confiés à ses soins, l'Empereur n'hésitera jamais à désavouer et à réprouver ce qu'il croit faux, pernicieux et condamnable dans l'intérêt général des sociétés humaines. Fidèle au système de conservation et de paix pour le maintien duquel elle a contracté avec ses augustes alliés des engagemens inviolables, S. M. ne cessera de regarder le désordre et les bouleversemens, quelque partie de l'Europe qui puisse en être la victime, comme un objet de vives sollicitudes pour tous les gouvernemens, et chaque fois que l'Empereur pourra se faire entendre dans le tumulte de ces crises déplorables, il croira avoir rempli un devoir dont aucune considération ne sauroit le dispenser. Il me seroit difficile à croire, Mr. le Comte, que le jugement énoncé par S. M. J. sur les évènemens qui se passent en Espagne puisse être mal compris ou mal interprété dans ce pays. Aucun objet d'intérêt particulier, aucun choc de prétentions réciproques, aucun sentiment de méfiance ou de jalousie ne sauroit inspirer à notre cabinet une pensée en opposition avec le bien-être de l'Espagne.

La maison d'Autriche n'a qu'à remonter à sa propre histoire pour y trouver les plus puissans motifs d'attachement, d'égard et de bienveillance, pour une nation qui peut se rappeler avec un juste orgueil ces siècles de glorieuse mémoire où le soleil n'avoit pas de couchant pour elle; pour une nation qui, forte de ses institutions respectables, de ses vertus héréditaires, de ses sentimens religieux, de son amour pour ses Rois, s'est illustrée dans tous les tems par un patriotisme toujours loyal, toujours généreux, et bien souvent héroïque. A une époque peu éloignée de nous, cette nation a encore étonné le monde par le courage, le dévouement et la persévérance qu'elle a opposés à l'ambition usurpatrice, qui prétendoit la priver de ses monarques et de ses lois et l'Autriche n'oubliera jamais combien la noble résistance du peuple espagnol lui a été utile dans un moment de grand danger pour elle-même. 1822

Ce n'est donc pas sur l'Espagne, comme nation ni comme puissance, que peut porter le langage sévère dicté à S. M. J. par sa conscience et par la force de la vérité: il ne s'applique qu'à ceux qui ont ruiné et défiguré l'Espagne, et qui persistent à prolonger ses souffrances.

En se réunissant à Vérone à ses augustes alliés, S. M. J. a eu le bonheur de retrouver dans leurs conseils les mêmes dispositions bienveillantes et désintéressés qui ont constamment guidé les siens. Les paroles qui partiront pour Madrid constateront ce fait, et ne laisseront aucun doute sur l'empressement sincère des puissances à servir la cause de l'Espagne, en lui démontrant la nécessité de changer de route. Il est certain que les embarras qui l'accablent se sont accrus depuis peu dans une progression effrayante. Les mesures les plus rigoureuses, les expéditions les plus hazardées ne peuvent plus faire marcher son administration. La guerre civile est allumée dans plusieurs de ses provinces, ses rapports avec la plus grande partie de l'Europe sont dérangés ou suspendus; ses relations même avec la France ont pris un caractère si problématique, qu'il est permis de se livrer à des inquiétudes sérieuses sur les complications qui peuvent en résulter.

1822 Un pareil état des choses ne justifieroit-il pas les plus sinistres pressentimens?

Tout Espagnol éclairé sur la véritable situation de sa patrie, doit sentir que pour briser les chaînes qui pèsent aujourd'hui sur le monarque et sur le peuple, il faut que l'Espagne mette un terme à cet état de séparation du reste de l'Europe, dans lequel les derniers évènemens l'ont jettée. Il faut que des rapports de confiance et de franchise se rétablissent entre elle et les autres gouvernemens; rapports, qui en garantissant d'un côté sa ferme intention de s'associer à la cause commune des monarchies européennes, puissent lui fournir de l'autre côté les moyens de faire valoir sa volonté réelle et d'écarter tout ce qui peut la dénaturer ou la comprimer. Mais pour arriver à ce but, il faut que son roi soit libre, non seulement de cette liberté personnelle, que tout individu peut réclamer sous le regne des lois, mais de celle dont un souverain doit jouir pour remplir sa haute vocation. Le Roi d'Espagne sera libre, du moment qu'il aura le pouvoir de faire cesser les malheurs de son peuple, de ramener l'ordre et la paix dans son royaume; de s'entourer d'hommes également dignes de sa confiance par leurs principes et par leurs lumières, de substituer enfin à un régime reconnu impraticable par ceux mêmes que l'égoïsme ou l'orgueil y tiennent encore attachés, un ordre des choses dans lequel les droits du monarque seroient heureusement combinés avec les vrais intérêts et les voeux légitimes de toutes les classes de la nation. Lorsque ce moment sera venu, l'Espagne fatiguée de sa longue tourmente, pourra se flatter de rentrer en pleine possession des avantages que le ciel lui a départis et que le noble caractère de ses habitans lui assure; elle verra renaître les liens qui l'unissoient à toutes les puissances européennes, et S. M. J. se félicitera de n'avoir plus à lui offrir que les voeux qu'elle forme pour sa prospérité et tous les bons services qu'elle sera en état de rendre à un ancien ami et allié.

Vous ferez de la présente dépêche, Mr. le Comte, l'usage le plus approprié aux circonstances dans lesquels vous vous trouverez en la recevant. Vous

êtes autorisé à en faire lecture au ministre des affaires étrangères, ainsi qu'à lui en donner copie, s'il le demande. 1822

Agreez etc.

f.

Circulaire adressée par les ministres des trois Monarques réunis à Vérone à leurs missions près des cours de l'Europe, et signée par le prince de Metternich, le comte de Nesselrode et le comte de Bernstorff; du 14 *Décembre* 1822.

(*Le Journal de Francfort* 1823. 5 Janv. No. 5.)

Vérone, le 14 Décembre 1822.

Monsieur,

vous avez été instruit par les pièces qui vous furent adressées au moment de la clôture des conferences de Laibach au mois de Mai 1821, que la réunion des monarques alliés et de leurs cabinets se renouvelleroit dans le courant de l'année 1822, et que l'on y prendroit en considération le terme à fixer aux mesures qui, sur les propositions des cours de Naples et de Turin, et de l'aveu de toutes les cours d'Italie, avoient été jugées nécessaires pour raffermir la tranquillité de la Péninsule après les funestes évènemens des années 1820 et 1821.

Cette réunion vient d'avoir lieu et nous allons vous en faire connoître les principaux résultats.

D'après la convention, signée à Novare le 24 Juillet 1821, l'occupation d'une ligne militaire dans le Piémont par un corps de troupes auxiliaires, avoit été eventuellement fixée à une année de durée, sauf à examiner lors de la réunion de 1822, si la situation du pays permettroit de la faire cesser ou rendroit nécessaire de la prolonger.

Les plénipotentiaires des cours signataires de la convention de Novare se sont livrés à cet examen

1822 conjointement avec les plénipotentiaires de S. M. le Roi de Sardaigne, et il a été reconnu que l'assistance d'une force alliée n'étoit plus nécessaire pour le maintien de la tranquillité du Piémont. S. M. le Roi de Sardaigne ayant indiqué elle-même le terme qu'elle jugeoit convenable de fixer pour la retraite successive des troupes auxiliaires, les souverains alliés ont accédé à ses propositions, et il a été arrêté par une nouvelle convention, que la sortie de ces troupes du Piémont commenceroit dès le 31 Décembre de l'année présente, et seroit définitivement terminée par la remise de la fortresse d'Alexandrie au 30 Septembre 1823.

D'un autre côté, S. M. le Roi des Deux-Siciles a fait déclarer aux trois cours qui avoient eu part à la convention signée à Naples le 18 Octobre que l'état actuel de son propre pays lui permettroit de proposer une diminution dans le nombre des troupes auxiliaires stationnées dans differentes parties du royaume. Les souverains alliés n'ont pas hésité à se prêter à cette proposition, et l'armée d'occupation du royaume des Deux-Siciles séra dans le plus cours délai diminuée de 17000 hommes.

Ainsi s'est réalisée autant que les évènemens ont répondu aux voeux des monarques, la déclaration faite au moment de la clôture du congrès de Laibach: "Que loin de vouloir prolonger au-delà des limites d'une stricte nécessité, leur intervention dans les affaires d'Italie, L. M. désiroient bien sincèrement, que l'état des choses qui leur avoit imposé ce pénible devoir, vint à cesser le plustôt possible et ne se reproduisit jamais." — Ainsi s'évanouissent les fausses alarmes, les interprétations hostiles, les prédictions sinistres que l'ignorance et la mauvaise foi avoient fait retentir en Europe, pour égarer l'opinion des peuples sur les intentions franches et loyales des Monarques! Aucune vue secrète, aucun calcul d'ambition ni d'intérêt n'avoit eu part aux résolutions qu'une nécessité impérieuse leur avoit dictées en 1821; résister à la révolution; prévenir les desordres, les crimes, les calamités innombrables qu'elle appelloit sur l'Italie toute entière; y établir l'ordre et la paix; fournir aux gouvernemens légitimes l'appui qu'ils

étoient en droit de réclamer; tel a été l'unique objet 1822
des pensées et des efforts des monarques. A mesure que cet objet s'accomplit, ils retirent et retireront des secours qu'un besoin trop réél avoit seul pu provoquer et justifier; heureux de pouvoir abandonner aux princes que la Providence en a chargés, le soin de veiller à la sûreté et à la tranquillité de leurs peuples, et d'enlever ainsi à la malveillance jusqu'au dernier prétexte dont elle ait pu se servir pour répandre des doutes sur l'indépendance des souverains de l'Italie.

Le but du congrès de Vérone, tel qu'un engagement positif l'avoit désigné, auroit été rempli par les résolutions adoptées pour le soulagement de l'Italie. Mais les souverains et les cabinets réunis n'ont pu se dispenser de porter leurs regards sur deux graves complications, dont le développement les avoit constamment occupés depuis la réunion de Laibach.

Un évènement d'une importance majeure avoit éclaté vèrs la fin de cette dernière réunion. Ce que le génie révolutionnaire avoit commencé dans la Péninsule-occidentale, ce qu'il avoit tenté en Italie, il étoit parvenu à l'exécuter aux extrêmités orientales de l'Europe. A l'époque même où les révoltes militaires de Naples et de Turin cédèrent à l'approche d'une force régulière, le brandon de l'insurrection fut lancé au milieu de l'empire ottoman. La coincidence des évènemens ne pouvoit laisser aucun doute sur l'identité de leur origine. Le même mal se reproduisant sur tant de points divers et toujours avec des formes et un language analogues, quoique sous des prétextes differens, trahissoit trop évidemment le foyer commun d'où il étoit sorti. Les hommes qui avoient dirigé ce mouvement, s'étoient flattés d'en tirer parti, pour semer la division dans les conseils des puissances, et pour neutraliser les forces que de nouveaux dangers pouvoient appeler sur d'autres points de l'Europe. Cet espoir fut trompé. Les monarques decidés à repousser le principe de la révolte, en quelque lieu et sous quelque forme qu'il se montroit, se hatèrent de le frapper d'une égale et unanime réprobation. Invariablement occupés du grand objet de

1822 leurs sollicitudes communes, ils surent résister à toute considération qui auroit pu les détourner de leur route; mais écoutant en même tems la voix de leur conscience et d'un devoir sacré, ils plaidèrent la cause de l'humanité, en faveur des victimes d'une entreprise aussi irréfléchie que coupable.

Les nombreuses communications confidentielles qui ont eu lieu entre les cinq cours pendant cette époque, une des plus mémorables de leur alliance, ayant placé les questions de l'Orient sur une base d'unanimité et d'accord complétement satisfaisante, leur réunion à Vérone n'a eu qu'à consacrer et à confirmer ces résultats, et les puissances amies de la Russie peuvent se flatter, qu'elles feront disparoître par des démarches communes les obstacles qui ont pu retarder l'accomplissement définitif de leur voeux.

D'autres évènemens dignes de toute la sollicitude des monarques ont fixé leurs vues sur la position déplorable de la péninsule Occidentale de l'Europe.

L'Espagne subit le sort réservé à tous les pays, qui ont eu le malheur de chercher le bien dans des voies qui n'y conduisent jamais. Elle parcourt aujourd'hui le cercle fatal de sa révolution; d'une révolution que des hommes égarés ou pervèrs ont prétendu représenter comme un bienfait, comme le triomphe même d'un siècle de lumières. Tous les gouvernemens ont été témoins des efforts que ces hommes ont faits pour persuader à leurs contemporains, que cette révolution étoit le fruit nécessaire et heureux des progrès de la civilisation, et le moyen par lequel elle a été opérée et soutenue, le plus bel élan d'un patriotisme généreux. Si la civilisation pouvoit avoir pour but la destruction de la société, et s'il étoit permis d'admettre que la force militaire pût s'emparer impunément de la direction des empires dont elle n'est appellé qu'à maintenir la paix intérieure et extérieure, certes, la révolution espagnole auroit des titres à l'admiration des siècles, et la révolte militaire de l'isle de Léon pourroit servir de modèle aux réformateurs. Mais la vérité n'a pas tardé à reprendre ses droits, et l'Espagne a fourni, aux dépens de son bonheur et de sa gloire, un triste

exemple de plus des conséquences infaillibles de tout 1822
attentat contre les lois éternelles du monde moral.

Le pouvoir légitime enchaîné et servant lui-même d'instrument pour renverser tous les droits et toutes les libertés légales: toutes les classes de la société bouleversées par le mouvement révolutionnaire; l'arbitraire et l'oppression exercés sous les formes de la loi; un royaume livré à tous les genres de convulsion et désordre; de riches colonies justifiant leur émancipation par les mêmes maximes sur lesquelles la mère-patrie a fondé son droit public, et qu'elle tenteroit en vain de condamner dans un autre hémisphère; la guerre civile consumant les dernières ressources de l'état; tel est le tableau que nous présente la situation actuelle de l'Espagne; tels sont les malheurs qui affligent un peuple loyal et digne d'un meilleur sort; telle est enfin la cause directe des justes inquiétudes que tant d'élémens réunis de troubles et de confusion ont dû inspirer aux pays immédiatement en contact avec la Péninsule. Si jamais il s'est élevé au sein de la civilisation une puissance ennemie des principes conservateurs, ennemie surtout de ceux qui font la base de l'alliance européenne, c'est l'Espagne dans sa désorganisation présente.

Les monarques auroient-ils pu contempler avec indifférence tant de maux accumulés sur un pays et accompagnés de tant de dangers pour les autres? N'ayant à consulter dans cette grave question que leur propre jugement et leur propre conscience, ils ont dû se demander, si, dans un état de choses que chaque jour menace de rendre plus cruel et plus alarmant, il leur étoit permis de rester spectateurs tranquilles, de prêter même par la présence de leurs représentans, la fausse couleur d'une approbation tacite aux actes d'une faction déterminée à tout entreprendre pour conserver son funeste pouvoir. Leur décision n'a pu être douteuse. Leurs missions ont reçu l'ordre de quitter la Péninsule.

Quelles que puissent être les suites de cette démarche, les monarques auront prouvé à l'Europe, que rien ne peut les engager à reculer devant une

1822 détermination sanctionnée par leur conviction intime. Plus ils vouent d'amitié à S. M. Catholique et d'intérêt au bien-être d'une nation, que tant de vertus et de grandeur ont distinguée dans plus d'une époque de son histoire, et plus ils ont senti la nécessité de prendre le parti auquel ils se sont arrêtés, et qu'ils sauront soutenir.

Vous vous convaincrez par le précédent exposé que les principes qui ont constamment guidé les monarques dans les grandes questions d'ordre et de stabilité, auxquelles les évènemens de nos jours ont donné une si haute importance, n'ont point été démentis dans leurs dernières transactions. Leur union essentiellement fondée sur ces principes, loin de s'affoiblir, acquiert d'époque à époque plus de cohésion et de force. Il seroit superflu de venger encore la loyauté et la bienveillance de leurs intentions contre de méprisables calomnies que chaque jour l'évidence des faits réduit à leur juste valeur. L'Europe entière doit enfin reconnoître, que la marche suivie par les monarques est également en harmonie avec l'indépendance et la force des gouvernemens, et avec les intérêts bien entendus des peuples. Ils ne regardent comme ennemis que ceux qui conspirent contre l'autorité légitime des uns et en imposent à la bonne foi des autres, pour les entraîner dans un abîme commun. Les voeux des monarques ne sont dirigés que vers la paix; mais cette paix, bien que solidement établie entre les puissances, ne peut répandre sur la société la plénitude de ses bienfaits, tant que la fermentation qui agite encore les esprits dans plus d'un pays, sera entretenue par les suggestions perfides et par les tentatives criminelles d'une faction, qui ne veut que révolutions et bouleversemens; tant que les chefs et les instrumens de cette faction, soit qu'ils marchent à front découvert, attaquant les trônes et les institutions, soit qu'ils travaillent dans les ténèbres, organisant des projets sinistres, préparant des complots ou empoisonnant l'opinion publique, ne cesseront de tourmenter les peuples par le tableau sombre et mensonger du présent et par des alarmes chimériques sur l'avenir. Les mesures les plus sages des gouvernemens ne

prospéreront, les améliorations les mieux combinées, 1822
ne seront couronnées de succès, la confiance enfin ne renaîtra parmi les hommes, que lorsque ces fauteurs de trâmes odieuses seront réduits à une impuissance complète; et les monarques ne croiront point avoir rempli leur noble tâche, avant de leur avoir arraché les armes qu'ils pourroient tourner contre la tranquillité du monde.

En faisant part au cabinet près duquel vous êtes accrédité, des notions et des déclarations que renferme la présente pièce, vous aurez soin de rappeler en même tems ce que les monarques regardent comme la condition indispensable de l'accomplissement de leurs vues bienveillantes. Pour assurer à l'Europe, avec la paix dont elle jouit sous l'égide des traités, cet état de calme et de stabilité, hors duquel il n'y a pas de vrai bonheur pour les nations, ils doivent compter sur l'appui sincère et constant de tous les gouvernemens. C'est au nom de leurs premiers intérêts, c'est au nom de la conservation de l'ordre social et au nom des générations futures, qu'ils le réclament. Qu'ils soient tous pénétrés de cette grande vérité, que le pouvoir remis entre leurs mains est un dépôt sacré, dont ils ont à rendre compte et à leurs peuples et à la postérité, et qu'ils encourent une responsabilité sévère, en se livrant à des erreurs, ou en écoutant des conseils, qui tôt ou tard les mettroient dans l'impossibilité de sauver leurs sujets des malheurs qu'ils leur auroient préparés eux-mêmes. Les monarques aiment à croire, que partout ils trouveront dans ceux qui sont appelés à exercer l'autorité suprême, sous quelque forme que ce soit, de véritables alliés, des alliés, ne respectant pas moins l'esprit et les principes, que la lettre et les stipulations positives des actes qui forment aujourd'hui la base du système européen; et ils se flattent que leurs paroles seront regardées comme un nouveau gage de leur résolution ferme et invariable de consacrer au salut de l'Europe tous les moyens que la providence a mis à leur disposition.

Recevez, Monsieur . . . . l'assurance de etc.

g.

1822 *Dépêche adressée par Mr. de Villèle, président du conseil des ministres de S. M. le Roi de France, à Mr. le comte de la Garde, Ministre du Roi à Madrid; datée de Paris du 25 Décembre* 1822.

(*Le Journal de Francfort* 1823. 1 Janv. No. 1.)

Mr. le Comte, votre situation politique pouvant se trouver changée par suite des résolutions prises à Vérone, il est de la loyauté françoise de vous charger de donner connoissance des dispositions du gouvernement de S. M. T. C. au gouvernement de S. M. C.

Depuis la révolution arrivée en Espagne au mois d'Avril 1820, la France, malgré les dangers qu'avoit pour elle cette révolution, a mis tous ses soins à resserer les liens qui unissent les deux Rois et à maintenir les relations qui existent entre les deux peuples.

Mais l'influence sous laquelle s'étoient opérés les changemens survenus dans la monarchie espagnole, est devenue plus puissante par les résultats mêmes de ces changemens, comme il avoit été aisé de le prévoir.

Une constitution que le Roi Ferdinand n'avoit ni reconnue ni acceptée en reprenant la couronne, lui fut depuis imposée par une insurrection militaire. La consequence naturelle de ce fait a été que chaque espagnol mécontent s'est cru autorisé à chercher, par le même moyen, l'établissement d'un ordre de choses plus en harmonie avec ses opinions et ses principes. L'emploi de la force a créé le droit de la force.

De là les mouvemens de la garde à Madrid et l'apparition des corps armés dans les diverses parties de l'Espagne. Les provinces limitrophes de la France ont été principalement le théâtre de la guerre civile. De cet état de trouble de la Péninsule est résulté pour la France la nécessité de se mettre à l'abri. Les évènemens qui ont eu lieu depuis l'établissement

d'une armée d'observation aux pieds des Pyrénées, 1822
ont suffisamment justifié la prévoyance du gouvernement de S. M.

Cependant le congrès indiqué dès l'année dernière pour statuer sur les affaires d'Italie se réunissoit à Vérone.

Partie intégrante de ce congrès, la France a dû s'expliquer sur les armemens auxquels elle avoit été forcée d'avoir recours, et sur l'usage eventuel qu'elle en pourroit faire. Les précautions de la France ont paru justes à ses alliés, et les puissances continentales ont pris la résolution de s'unir à elle pour l'aider (s'il en étoit jamais besoin) à maintenir sa dignité et son repos.

La France se seroit contentée d'une résolution à la fois si bienveillante et si honorable pour elle; mais l'Autriche, la Prusse et la Russie ont jugé nécessaire d'ajouter à l'acte particulier de l'alliance, une manifestation de leurs sentiments. Des notes diplomatiques sont à cet effet adressées par ces trois puissances à leurs ministres respectifs à Madrid; ceux-ci les communiqueront au gouvernement espagnol, et suivront dans leur conduite ultérieure les ordres qu'ils auront reçus de leurs cours.

Quant à Vous, Mr. le comte, en donnant ces explications au cabinet de Madrid, vous lui direz que le gouvernement du Roi est intimement uni avec ses alliés dans la ferme volonté de repousser par tous les moyens les principes et les mouvemens révolutionnaires; qu'il se joint également à ses alliés dans les voeux que ceux-ci forment que la noble nation espagnole trouve elle-même un remède à ses maux: maux qui sont de nature à inquieter les gouvernemens de l'Europe et à lui imposer des précautions toujours pénibles.

Vous aurez surtout soin de faire connoître que les peuples de la Péninsule, rendus à la tranquillité, trouveront dans leurs voisins des amis loyaux et sincères. En conséquence, vous donnerez au cabinet de Madrid l'assurance, que les secours de tout genre dont la France peut disposer en faveur de l'Espagne, lui

1822 seront toujours offerts pour assurer son bonheur et accroître sa prospérité; mais vous lui déclarerez en même tems que la France ne se relâchera en rien des mesures préservatrices qu'elle a prises, tant que l'Espagne continuera à être déchirée par les factions. Le gouvernement de S. M. ne balancera pas même à vous rappeler de Madrid et à chercher ses garanties dans des dispositions plus efficaces, si ses intérêts essentiels continuent à être compromis, et s'il perd l'espoir d'une amélioration qu'il se plaît à attendre des sentimens qui ont si long-tems uni les espagnols et les françois dans l'amour de leurs Rois et d'une sage liberté.

Telles sont, Mr. le Comte, les instructions que le Roi m'a ordonné de vous transmettre au moment où les notes des cabinets de Vienne, de Berlin et de St. Petersbourg vont être remises à celui de Madrid. Ces instructions vous serviront à faire connoître les dispositions et la détermination du gouvernement françois dans cette grave occurence.

Vous êtes autorisé à communiquer cette depêche et à en fournir copie si elle vous est demandée.

Paris le 25 Décembre 1822.

h.

1823 *Memorandum du duc de Wellington pour lord Fitzroy Sommerset, daté de Londres du 6 Janvier* 1823.

(*Journal de Francfort* 1823. 27 Avril. No. 117.)

Londres 6 Janvier 1823.

Il est important de faire sentir aux espagnols qu'un Roi étant indispensable au gouvernement de leur pays, et faisant partie de leur système tel qu'il est établi par eux-mêmes, il s'ensuit nécessairement que les pouvoirs et les prérogatives assignés au Roi dans ce système doivent être tels qu'ils le mettent à même de remplir ses devoirs et d'être satisfait des prérogatives de sa couronne.

Si la situation du Roi n'est pas telle qu'elle devroit être; s'il n'a pas le pouvoir de protéger sa personne, ainsi que ceux qui sont employés sous lui dans l'exercice de leurs devoirs pour le service public, et si le Roi n'a pas lieu d'être satisfait du pouvoir qui lui est accordé par la loi, comme étant insuffisant, le pays ne sera jamais dans un état de tranquillité, quel que puisse être le système du gouvernement. 1823

Il y aura perpétuellement et successivement des insurrections royalistes dans une partie ou une autre du pays, et le Roi, ainsi que son gouvernement, seront les objets d'une jalousie et d'une méfiance continuelles.

La liaison de famille de S. M. C. et le Roi de France, et l'intérêt que celui-ci porte naturellement au bonheur du premier, occasionneront une irritation perpétuelle entre les deux pays, tant que la situation du Roi d'Espagne ne sera pas ce qu'elle doit être, ce qui doit amener plus tôt ou plus tard la guerre et l'invasion du pays qui sera le plus foible.

Ainsi donc ceux des espagnols qui désirent réellement la paix et le bonheur de leur pays, doivent souhaiter de voir opérer dans leur constitution un changement qui ait pour objet de donner au Roi le pouvoir d'exécuter son office. J'avoue que je ne vois aucune objection à ce changement, soit dans la conduite precédente du Roi, soit dans la crainte que S. M. C. n'abuse du pouvoir qui lui seroit ainsi confié. Le Roi sentira les avantages de la position dans laquelle il sera placé, et n'aura aucun motif pour désirer de renverser le système établi, surtout si le changement est fait de concert avec lui; et de plus, l'esprit public et les efforts des individus qui ont empêché que le système existant ne soit renversé, conserveront celui qui devra être établi, quand même le Roi voudroit le détruire en abusant du pouvoir qui lui sera accordé. Si le changement n'étoit pas fait d'accord avec le Roi, S. M. C. n'exécuteroit pas cordialement le système proposé; et le peuple, ainsi que S. M., étant mécontent, il en résulteroit toujours des germes de troubles dans l'intérieur et de guerre

1823 à l'étranger. Le concours du Roi doit être réel, et il doit être assuré que la constitution ainsi amendée assurera les fondemens de son pouvoir sur le gouvernement exécutif, et lui donnera les moyens de protéger sa personne, sa famille et ses serviteurs.

Je ne vois pas non plus qu'il y ait dans les dernières démarches des puissances étrangères aucune raison pour différer de faire ces changemens. Ces démarches sont toutes données comme défensives. La France annonce que son armée d'observation n'est que pour sa sureté, et déclare qu'elle ne dépassera par la frontière, excepté dans l'avénèment de certaines circonstances. Les changemens dans la constitution sur les principes proposés rendroient ces circonstances si improbables, que le maintien de l'armée d'observation seroit une dépense inutile, et il n'y a pas de doute qu'elle seroit immédiatement retirée.

Il résulteroit de ce changement un autre avantage pour la tranquillité publique; ce seroit que la France prendroit probablement à l'instant des mesures efficaces pour empêcher que les royalistes ne s'assemblassent plus sur son territoire. Il seroit enjoint à tous les espagnols qui passeroient la frontière de résider à une distance telle, que leur séjour rendroit presque impossible leurs intrigues ou leurs opérations sur le territoire espagnol, et par ce moyen, l'asile donné en France à de telles personnes ne seroit point incompatible avec la paix et la tranquillité de l'Espagne.

Mais ce n'est pas le tout. Les espagnols doivent voir que toutes les sources de la tranquillité de leur pays sont presque détruites, et que les fondemens de l'ordre social et du gouvernement sont eux mêmes en état de danger. Il n'y a plus de commerce, ni de revenus publics ou particuliers; les propriétés nationales ne peuvent point être vendues; l'intérêt de la dette nationale n'est point payé; l'armée, ni aucun des serviteurs ou établissemens publics ne peuvent être soldés, et l'on ne trouve nulle part de l'argent à emprunter.

Je sais encore que les principaux capitalistes de l'Europe ne prêteront d'argent à l'Espagne que lors-

qu'ils verront établi dans ce pays un système qui leur donnera l'espoir du rétablissement et de la durée de la paix et du bon ordre. 1823

Si tout cela est vrai, s'il est vrai en outre que la meilleure chance qu'ait l'Espagne d'en venir à un arrangement avec ses colonies doive se trouver dans la fin de ses discussions intéstines, il est impossible à tout espagnol raisonnable de douter que le moment soit arrivé d'effectuer ces changemens que le sens commun du genre humain désigne comme étant nécessaires.

i.

Substance d'une circulaire adressée par le gouvernement espagnol à ses chargés d'affaires près des cours de Vienne, de Berlin et de Pétersbourg pour servir de réponse à celle de ces trois cabinets; datée de Madrid du 9 Janvier 1823.

(*Journal de Francfort* 1823. 23 Janv. No. 23.)

Le gouvernement de S. M. C. vient de recevoir communication d'une note du . . . à son chargé d'affaires dans cette cour; il vous en envoie copie pour votre instruction. Ce document ne peut exiger aucune espèce de réponse catégorique et formelle sur chacun de ses points. Le gouvernement espagnol, remettant à une occasion plus opportune de présenter ses sentimens, ses principes, ses résolutions et la justice de la cause du peuple généreux à la tête duquel il se trouve, se contente de dire:

1. La nation espagnole est gouvernée par une constitution reconnue solemnellement par l'Empereur de toutes les Russies dans l'année 1812.

2. Les espagnols, amis de leur patrie, qui ont proclamé, au commencement de 1820, cette constitution renversée par la violence en 1814, n'ont point

1823 été parjures, mais ils ont la gloire, que personne ne peut souiller, d'avoir été les organes du voeu général.

3. Le Roi constitutionnel des Espagnes jouit du libre exercice des droits que lui donne le code fondamental, et tout ce qu'on allegue de contraire à cette assertion est une invention des ennemis de l'Espagne, qui la calomnient pour l'avilir.

4. La nation espagnole ne s'est jamais mêlée des institutions ni du régime intérieur d'aucune autre.

5. Le remède à apporter aux maux qui peuvent l'affliger n'intéresse qu'elle seule.

6. Ces maux ne sont pas les effets de la constitution, mais nous viennent des ennemies qui veulent la détruire.

7. La nation éspagnole ne reconnoîtra jamais à aucune puissance le droit d'intervenir ni de se mêler de ses affaires.

8. Le gouvernement de S. M. ne s'écartera pas de la ligne que lui tracent son devoir, l'honneur national, et son adhésion invariable au code fondamental juré dans l'année 1812.

Vous êtes autorisé à communiquer verbalement cet écrit au Ministre des affaires étrangères, et à lui en laisser copie s'il la réclame. S. M. espère que votre prudence, votre zèle et votre patriotisme vous inspireront une conduite ferme, digne du nom espagnol, et en tout à la hauteur des circonstances actuelles.

9 Janvier 1823.

E. S. Miguel.

k.

Dépêche de Mr. Evariste de San-Miguel au Duc de St. Lorenzo, ministre plénipotentiaire d'Espagne à Paris, datée de Madrid du 9 Janvier 1823. 1823

Le Moniteur Universel 1823. 19 Janv. No. 19. *Le Journal de Francfort* 1823. 23 Janv. No. 23.)

Le gouvernement de S. M. C. vient de recevoir communication d'une note envoyée par S. M. T. C. à son mbassadeur près de cette cour et dont V. E. recevra ne copie pour en prendre connoissance.

Le gouvernement de S. M. a peu d'observations à aire sur cette note, mais pour que V. E. ne soit pas mbarassée sur la conduite qu'elle doit tenir dans ette circonstance, il a cru de son devoir de vous nanifester avec franchise son sentiment et ses réolutions.

Le gouvernement espagnol n'a jamais ignoré que es institutions, adoptées spontanément par l'Espagne, xciteroient la jalousie de plusieurs des cabinets de 'Europe, et seroient l'objet des délibérations du conrès de Vérone. Mais ferme dans ses principes et ésolu de défendre à tout prix son système politique ctuel et son indépendance nationale, il a tranquillenent attendu le résultat de ce congrès.

L'Espagne est gouvernée par une constitution pronulgée, acceptée et jurée en 1812 et reconnue par outes les puissances qui se réunirent au congrès de 'érone. Des conseillers perfides ont empêché S. M. C. 'erdinand VII. de jurer à son retour en Espagne ce ode fondamental, que toute la nation désiroit et qui ut détruit par la force sans aucune réclamation des uissances qui l'avoient reconnu; mais une expérience le six années et la volonté générale, engagerent en 820 S. M. à se conformer aux voeux des espagnols.

Ce ne fut pas une insurrection militaire qui établit e nouvel ordre des choses au commencement de 1820. Les hommes courageux qui se prononcèrent dans l'isle

1823 de Léon, et successivement dans les autres provinces ne furent que les organes de l'opinion générale et des voeux de toute la nation.

Il étoit naturel qu'un changement de cette nature fit quelques mécontens; c'est une conséquence inévitable de toute réforme qui a pour objet la diminution des abus. Il y a toujours chez les nations des individus, qui ne peuvent jamais s'accoutumer au joug de la raison et de la justice.

L'armée d'observation que le gouvernement françois entretient aux pieds des Pyrénées ne peut calmer les désordres qui affligent l'Espagne. L'expérience au contraire a prouvé que l'existence de ce cordon sanitaire, transformé depuis en armée d'observation, n'a fait qu'augmenter les espérances des fanatiques qui ont poussé dans nos provinces le cri de la rébellion, en nourrissant l'idée d'une invasion prochaine sur notre territoire.

Les principes, les vues ou les craintes qui ont influé sur la conduite des cabinets qui se sont réunis à Vérone, ne pouvant servir de règle au gouvernement espagnol, il s'abstient pour l'instant de répondre à cette partie des instructions de Mr. le comte de la Garde, qui a rapport avec ce congrès.

Les jours de calme et de tranquillité, que le gouvernement de S. M. T. C. désire à la nation espagnole, celle-ci ne les désire pas avec moins d'impatience pour elle-même et son gouvernement. Persuadés tous les deux que le remède à leurs maux ne peut être que l'ouvrage du tems et de la persévérance, ils s'efforcent, autant qu'ils le doivent, d'en accélerer les utiles et salutaires effets.

Le gouvernement espagnol apprécie les offres que lui fait S. M. T. C., de contribuer autant que possible à son bonheur; mais il est persuadé que les moyens et les précautions que prend S. M. ne sauroient produire que des résultats contraires.

Les secours que devroit donner en ce moment le gouvernement françois à celui d'Espagne sont purement négatifs; il faudroit dissoudre son armée des Pyrénées; repousser les factieux ennemis de l'Espagne qui vont se réfugier en France; s'élever d'une ma-

nière énergique contre tous ceux qui se plaisent à 1823
dénigrer de la manière la plus affreuse le gouvernement de S. M. C., ainsi que les insitutions de l'Espagne et des cortès. Voilà ce qu'exige le droit des peuples, droit respecté par ceux où règne la civilisation.

Dire que la France veut le bien de l'Espagne et sa tranquillité, tandis que l'on tient continuellement allumés ces brandons de discorde qui alimentent les malheurs dont elle est affligée, c'est tomber dans un abîme de contradictions.

Quelles que soient les déterminations que le gouvernement de S. M. T. C. jugera convenable de prendre dans cette circonstance, celui de S. M. continuera tranquillement à marcher dans le sentier que lui montrent son devoir, la justice de sa cause, le caractère de fermeté et d'attachement aux principes constitutionnels qui distinguent éminemment la nation à la tête de laquelle il se trouve placé; et, sans entrer pour l'instant dans l'analyse des expressions hypothétiques et amphibologiques des instructions envoyées au comte de la Garde, il conclut que le repos et la prospérité de la nation, ainsi que tout ce qui peut multiplier les élémens de son bien-être, ne doit intéresser personne plus vivement qu'elle-même. Que sa devise et la règle de sa conduite présente et à venir, sont un attachement constant à la constitution de 1812, la paix avec les nations, et surtout de ne jamais reconnoître chez qui que ce soit le droit d'intervenir dans ses affaires.

V. E. est autorisée à lire cette note au ministre des affaires étrangères, et à lui en donner une copie s'il la demande. Votre jugement et votre prudence vous suggéreront la conduite ferme et digne de l'Espagne, que vous devez tenir en ce moment.

Telles sont les communications que S. M. m'ordonne de vous faire, etc.

EVARISTE SAN-MIGUEL.

l.

1823 *Note officielle du chargé d'affaires de Prusse adressée à Mr. San-Miguel, secrétaire d'état du roi d'Espagne; datée de Madrid du 9 Janvier* 1823.

(*Le Moniteur* 1823. 24 Janv. No. 24. *Journal de Francfort* 1823. 29 Janv. No. 29.)

Les observations que le soussigné, chargé d'affaires de S. M. le Roi de Prusse, a eu l'honneur de soumettre le 6 du courant à S. Exc. le colonel San-Miguel, secrétaire d'état de S. M. C., ayant été l'objet d'une réponse peu conforme aux desirs de sa cour il se trouve dans le cas de mettre à exécution l'ordre du Roi son maître, et il déclare au ministère espagnol que S. M. ne sauroit plus maintenir avec l'Espagne des relations, qui, dans les circonstances actuelles ne seroient point en rapport avec le but ni avec les sentimens d'amitié et d'intérêt, que le Roi a manifestés invariablement à S. M. C.

Le soussigné en s'acquittant de cet ordre, saisit l'occasion pour assurer que le Roi, son auguste maître, ne cessera jamais de faire des voeux sincères pour le bonheur d'une nation que S. M. voit avec douleur marcher à sa ruine et devenir la merci de toutes les horreurs de l'anarchie et de la guerre civile.

J'ai l'honneur de prier V. Exc. de me faire remettre les passeports nécessaires pour sortir d'Espagne et je lui renouvelle les assurances de ma haute considération.

Madrid, 9 Janvier 1823.

DE SCHEPELER.

Réponse.

Monsieur, j'ai reçu la note que Vous m'avez adressée hier 10 courant, en me bornant à vous dire en réponse que les voeux de S. M. C. pour le bonheur des Etats prussiens ne sont pas moins ardens que ceux manifestés par S. M. le Roi de Prusse en-

ers l'Espagne; je vous remets ci-joint, de l'ordre 1823
e S. M., les passeports que vous me demandez.

Fait au Palais, le 11 Janvier 1823.

Signé EVARISTE SAN-MIGUEL.

m.

Note officielle du chargé d'affaires de Russie dressée à Mr. San-Miguel, secrétaire d'état e S. M. C.; datée de Madrid du 9 Janvier 1823.

Le soussigné, chargé d'affaires de S. M. l'Empereur e toutes les Russies, a vu avec une véritable peine ue la réponse de S. Exc. Mr. San-Miguel à la communication verbale du 6 courant, est bien loin de mplir les voeux dont il avoit été l'organe.

Pour exposer d'une manière plus claire la justice e la cause qu'il a soutenu et pour faire apprécier les ntentions bienveillantes de la Russie, il a l'honneur adresser officiellement à S. Exc. Mr. San-Miguel note-ci jointe. Les faits qu'elle renferme sont une notoriété générale; aucun raisonnemeut ne sauit les détruire. Elle va être publiée dans toute Europe, qui pourra juger entre les puissances que noble désir du bien anime, et un gouvernement ui paroît être déterminé à combler la calice de tous s malheurs de l'Espagne.

Quant aux décisions dont la note de S. Exc. Mr. an-Miguel fait mention, toute la responsabilité sera sur la tête des personnes qui doivent en être nsidérées comme les seuls auteurs. Lorsque ces êmes personnes privent leur souverain légitime de liberté, qu'elles livrent l'Espagne à tous les maux une sanglante anarchie, et par le moyen de leurs telligences coupables, veulent que les autres nations ient atteintes des calamités qu'elles ont attirées ns leur patrie, la Russie ne peut conserver des pports avec les autorités qui tolèrent ou qui exciint ces desordres.

1823 En conséquence, le soussigné à l'honneur de demander à S. Exc. San-Miguel, ses passeports, ainsi que ceux des employés qui composent la légation impériale russe auprès de S. M. C.

Le soussigné profite de cette occasion pour renouveller à S. Exc. Mr. San-Miguel les assurances de sa considération distinguée.

Madrid, 9 Janv. 1823.

Le Comte DE BULGARI.

Réponse.

Monsieur, j'ai reçu la note peu convenable que V. Exc. m'a fait parvenir en date d'hier. Je me bornerai à lui déclarer pour toute réponse qu'elle a abusé scandaleusement (peut-être par ignorance) du droit des gens. Je lui remets, d'ordre de S. M. les passeports qu'elle m'a demandés, en espérant qu'elle voudra bien quitter cette capitale dans le plus bref délai possible.

Madrid, 11 Janvier 1823.

Signé EVARISTE SAN-MIGUEL.

n.

Lettre adressée par le comte de Bulgari chargé d'affaires de Russie à Mr. de San-Miguel; datée de Madrid du 13 *Janvier* 1823.

(*Journal de Francfort* 1823. 1 Janvier. No. 32.)

Monsieur,

J'ai reçu la note que V. E. m'a transmise sous la date d'avant-hier.

Le respect que je dois aux formes et aux principes admis et consacrés par toutes les nations policées, m'empêche non seulement de répondre à cette note, mais même de la porter à la connoissance de mon gouvernement.

Je m'empresse en conséquence de la renvoyer à 1823
'. Exc.; car les yeux de l'Empereur, mon maître, e sauroient se souiller par la lecture de cette proaction que je m'abstiens de qualifier et où S. M. I. t l'Europe chercheroient en vain les dernières traces 'un gouvernement qui sait se respecter.

J'ai l'honneur d'être etc.

Le Comte DE BULGARI.'

o.

Note officielle du chargé d'affaires d'Autriche adressée à Mr. San-Miguel, secrétaire d'état de S. M. C.; datée de Madrid, du 9 Janvier 1823.

Les souverains alliés réunis à Vérone, ont jugé à propos de rompre le silence sur les malheurs et les désordres qui désolent l'Espagne. Leur devoir et eur conscience les ont obligés à parler, et le soussigné, chargé d'affaires d'Autriche, a eu l'honneur de faire connoître au colonel San-Miguel, secrétaire d'état de S. M. C. les sentimens et les voeux de l'Empereur.

La réponse que S. Exc. vient de faire à cette communication verbale, prouve que les intentions de S. M. ont été méconnues et ses paroles prises en mauvaise part, le soussigné ne s'abaissera pas à réfuter les épithètes calomnieuses avec lesquelles on a voulu dénaturer son sens véritable; l'Espagne et l'Europe en jugeront bientôt. La cour d'Autriche croiroit cependant ne pas manifester assez ouvertement son improbation sur la cause des maux qui oppriment une nation noble et généreuse pour laquelle elle professe une éstime profonde, et à laquelle elle porte un vif intérêt, si elle prolongeoit ses relations diplomatiques avec le gouvernement espagnol. Le soussigné conformément à ses ordres, déclare à Mr. le secrétaire d'état des affaires étrangères, que

1823 sa mission est terminée, et prie S. Exc. de lui faire expédier ses passeports.

Le soussigné à l'honneur d'offrir à S. Exc. l'hommage de sa haute considération.

Madrid, 9 Janvier 1823.

Le Comte DE BRUNETTI.

Réponse.

Monsieur, j'ai reçu la note que vous m'avez fait passer hier, et me borne à vous dire qu'il est indifferent au gouvernement de S. M. Catholique de maintenir ou non des relations avec la cour de Vienne; je vous remets, d'ordre du roi, les passeports que vous avez demandés.

Madrid, 11 Janvier 1823.

Signé EVARISTE SAN-MIGUEL.

p.

Dépêche adressée par le ministre des affaires étrangères de S. M. le Roi de France au comte de la Garde à Madrid; datée de Paris du 18 *Janvier* 1823.

(*Le Journal de Francfort* 1823. 28 Février. No. 59.)

Monsieur, j'ai reçu sous la date du 16 courant, la dépeche No. 5., que vous m'aviez adressée. Tout en rendant justice aux termes polis dans lesquels la note de M. San-Miguel à M. le duc de San Lorenzo est rédigée, le conseil des ministres n'a pas manqué d'obsérver que le gouvernement espagnol a rejetté toute mesure de conciliation. Non seulement ce gouvernement n'offre aucun espoir du résultat qu'on pouvoit attendre des sentimens qui ont si long-tems réuni les espagnols et les françois dans l'amour de leurs souverains et d'une sage liberté; mais même il va jusqu'à exiger que la France rétire son armée d'ob-

servation et expulse les étrangers qui sont venus 1823
chercher un asyle sur ses terres.

La France n'est pas accoutumée à entendre un pareil language, et elle peut seulement pardonner à celui qui l'emploie, en considération de l'état d'irritation où se trouvent actuellement les esprits en Espagne.

Nous ne renoncerons jamais au glorieux privilège dont nous avons hérité de nos ancêtres. Tout homme qui met le pied sur le territoire françois est libre, et jouit des droits d'une inviolable hospitalité. Les victimes des commotions qui agitent l'Espagne sont venus chercher un refuge chez nous, et ont été traités avec toute la considération due au malheur; mais en ne leur permettant pas de conserver leurs armes, le droit des gens a été scrupuleusement respecté.

L'Espagne s'est-elle conduite de la même manière à l'égard de la France? Elle a donne asyle à des criminels, condamnés par nos tribunaux, et nous possédons des listes de sujets de S. M. T. C. auxquels le gouvernement espagnol a promis de l'emploi dans les armées déstinées à combattre contre leur pays. Nous aurions pu lui adresser des reproches à ce sujet; mais, par amour pour la paix, nous avons gardé le silence.

D'un autre côté de quel droit exige-t-il la dissolution de notre armée d'observation au moment où, pour la seconde fois, les troupes constitutionnelles viennent de violer le territoire françois. Je vous ai communiqué, Mr. le Comte, dans ma dernière dépêche, les preuves officielles de ce déplorable évènement.

L'état de trouble dans lequel se trouve à présent l'Espagne compromet quelques uns de nos intérêts les plus essentiels, et lorsqu'elle déclare ne vouloir point y rémedier, elle exige que nous renoncions aux précautions que sa détermination même nous force de prendre. Il est très désagreable d'avoir à relever de semblables contradictions.

S. M. T. C., dans sa sollicitude pour la prospérité de la nation espagnole et pour le bonheur d'un

1823 pays gouverné par un prince de sa famille, avoit desiré que son ministre restât à Madrid après le départ des chargés d'affaires d'Autriche, de Prusse et de Russie; mais ses derniers voeux n'ont point été écoutés; son dernier espoir a été déçu. Le génie des révolutions qui pendant si long-tems a désolé la France, plane sur les conseils de l'Espagne. Nous en appelons au témoignage de l'Europe. Elle peut dire si nous n'avons pas fait tout pour maintenir avec l'Espagne des relations que nous nous voyons aujourd'hui avec un profond regret, obligés de rompre. Mais maintenant que tout espérance est si éloignée, et que l'expression des sentimens les plus modérés, ne nous attire que de nouvelles provocations, il ne peut convenir, Mr. le Comte, à la dignité du Roi, à l'honneur de la France, que vous restiez plus long-tems à Madrid. En conséquence, le Roi vous ordonne de demander des passeports pour vous et toute votre légation, et de partir, sans perdre un moment, aussitôt qu'ils vous auront été délivrés.

Vous êtes autorisé, Mr. le Comte, à donner copie de cette lettre au Sieur San-Miguel en demandant vos passeports.

J'ai l'honneur d'être etc.

q.

Dépêche confidentielle adressée par le ministre des affaires étrangères de S. M. le Roi de France au Comte de la Garde à Madrid, du 18 *Janvier* 1823.

(Ibidem.)

Paris, 18 Janvier.

J'ai l'honneur de vous transmettre à la date de ce jour, par ma dépêche No. 14, les ordres du Roi; ils vous enjoignent de demander vos passeports et de quitter l'Espagne ainsi que toute votre légation, mais il est de mon devoir de vous donner quelques expli-

cations sur les expressions que Mr. de San-Miguel a 1823
trouvé amphibologiques dans la note de Mr. de Villèle du 25 Décembre. Les dites expressions ne sont pas douteuses, excepté pour ceux qui ne comprennent pas le françois; mais afin que les ennemis de la France ne puissent pas dire que vous avez quitté Madrid avant que votre gouvernement sût précisément ce qui se passoit, je vais m'expliquer. Pour rétablir l'ordre en Espagne et rendre la sécurité à la France, ainsi qu'aux autres états du continent, il y a un moyen aussi simple qu'efficace. Tout sera fait le jour, où Ferdinand VII pourra lui-même et de sa propre autorité, faire les modifications nécessaires aux institutions ratifiées par S. M. C. Le Roi notre maître, est d'avis qu'il seroit convenable en outre de proclamer une amnistie générale pour tous les actes politiques depuis 1812 jusqu'au jour de la promulgation. Tout espagnol seroit obligé de se soumettre au nouvel ordre des choses qui, par le simple retour à Madrid des ministres étrangers, recevroit la seule sanction et l'unique garantie, qu'un acte semblable soit susceptible de recevoir de la part des autres gouvernemens.

Cet heureux changement maintiendra la paix entre la France et l'Espagne, mais il est évident que ce changement ne peut être effectué tant que vous demeurerez à Madrid. Depuis le départ des légations d'Autriche, de Russie et de Prusse jusqu'à la réception de cette lettre quinze jours se sont écoulés et dans cet intervalle, vous n'avez pas été écouté. Lord Fitzroi Sommerset, et Sir W. A'Court, n'auront pas été plus heureux. Il est évident que votre présence à Madrid, comme moyen de conciliation, est tout-à-fait inutile; au contraire, votre retraite est de fait nécessaire au maintien de la paix, en ce qu'elle peut seule autoriser le rassemblement sur nos frontières des 100,000 hommes que nous avons ordonné sur cet objet. Quand S. A. R. le duc d'Angoulême se sera avancé sur les bords de la Bidassoa, le Roi Ferdinand pourra se présenter sur la rive opposée avec ses troupes. Les deux princes pourront avoir une entrevue qui sera suivie d'un traité de paix, des modifications constitutionnelles, et de l'am-

1823 nistie que désire S. M. T. C. Alors, non seulement notre armée se rétira, mais nos soldats, nos vaisseaux et nos trésors sont à la disposition de l'Espagne. Nous nous regarderons comme très heureux d'avoir contribué à son rétablissement et à sa réconciliation avec les puissances continentales.

Tels sont, Mr. le Comte, les sentimens du gouvernement françois. Il ne prétend imposer aucune forme de gouvernement à aucun peuple, mais il ne peut considérer comme légitimes et solides des institutions émanant d'un pouvoir illégitime.

Je suis etc.

r.

Dépêche adressée par Mr. le Vicomte de Châteaubriand à Mr. Canning, datée de Paris du 23 Janvier 1823.

(*Le Journal de Francfort* 1823. 27 Avril. No. 117.)

Paris 23 Janvier 1823.

Le soussigné, ministre des affaires étrangères de S. M. T. C., a mis sous les yeux du Roi, la note en date du 10 de ce mois, que S. Exc. M. le principal secrétaire-d'état des affaires étrangères de S. M. Britannique avoit adressée à M. le vicomte de Marcellus. Il a reçu l'ordre de faire à S. Exc. la communication suivante:

Le cabinet de S. M. B. tomberoit dans une grave erreur, s'il pensoit que la France a présenté au congrès de Vérone la question d'Espagne comme ayant pour elle un intérêt entièrement séparé de celui des puissances alliées; que dès lors elle se trouve en contradiction quand, dans sa réponse à la proposition de médiation faite par l'Angleterre, elle établit que cette question est toute européenne.

La France, depuis les transactions d'Aix-la-Chapelle, est étroitement unie aux cours, qui par leurs efforts, ont rétabli la paix sur le continent. l'éné-

trée de la sainteté des traités, elle accomplira les devoirs qu'ils lui imposent. Un de ces devoirs de la France étoit de faire connoître à ses alliés les motifs qui l'avoient forcée à établir une armée d'observation sur une de ses frontières, et de leur expliquer ses inquiétudes sur un avenir dont il étoit aisé de calculer les chances. Dans la position où les troubles de l'Espagne l'avoient placée, la plus simple prévoyance l'obligeoit de s'enquérir du parti que prendroient les puissances en cas que la guerre devint inévitable. Cette marche, qu'indiquoient le bon sens et la raison, dut être suivie nécessairement par le duc Mathieu de Montmorency à Vérone. Les souverains pensèrent (et le gouvernement françois partagea leur opinion) qu'il y avoit péril imminent pour la société dans cette anarchie militaire de l'Espagne, où se trouvoient reproduits les principes qui, pendant trente années, ont fait les malheurs de l'Europe. De ces conférences générales sortirent naturellement des questions particulières, et l'on spécialisa des cas qui étoient d'abord enveloppés dans les intérêts communs. 1823

Le résultat de ces communications loyales fut que la France se trouvoit en mesure d'agir séparement dans une cause qui lui étoit comme appropriée, sans toutefois isoler sa politique de celle de ses alliés; de sorte que selon la manière dont on étoit frappé, on a pu dire sans contradiction que la question de l'Espagne étoit à la fois toute françoise et toute européenne.

Le soussigné, se flattant d'avoir suffisamment répondu à la première objection du ministre secrétaire-d'état des affaires étrangères de S. M. B. passe à l'examen d'un autre point. Le cabinet des Tuileries n'a point oublié que le principal motif allegué par S. G. le duc de Wellington à Vérone, pour ne point s'expliquer sur le casus foederis, étoit l'ignorance où se trouvoit son gouvernement des transactions qui avoient eu lieu entre la France et l'Espagne depuis 1820 jusqu'en 1822. Cette objection fut écartée au congrès, comme elle le sera ici, par la seule observation que les griefs dont la France pouvoit avoir à se plaindre, au sujet de la révolution d'Espagne, étoient malheureusement de notoriété publique; et c'est ce que le

1823 soussigné aura occasion de développer dans la suite de cette note.

Le ministre des affaires étrangères de S. M. B. répondant à une observation contenue dans la note de Mr. le duc de Montmorency, en date du 24 Décembre, annonce que le cabinet de St. James n'a jamais reconnu un cas d'intervention dans les affaires de l'Espagne, et qu'ainsi il a pu réfuser de se lier pour l'avenir, en émettant une opinion sur des évènemens conditionnels et incertains. Le soussigné croit cependant avoir des motifs de ne pas douter que, dans un mémoire rédigé par le cabinet de Londres, en réponse à une dépêche de la cour de Russie, et communiqué le 17 Mai 1820 par Sir Charles Stuart au ministre des affaires étrangères de France, se trouvoit enoncée l'opinion qu'on auroit le droit de se mêler des affaires de l'Espagne, 1. si l'exaltation de ceux qui dirigent les affaires, les portoit à une aggression contre une autre puissance; 2. si l'Espagne cherchoit à s'emparer du Portugal, ou à opérer une réunion des deux états. Cette opinion du cabinet britannique parut alors aussi conforme aux intérêts généraux de l'Europe qu'à des intérêts particuliers dont il est permis à tout gouvernement de ne pas abandonner le sien.

Le soussigné regrette de ne pouvoir partager l'opinion du principal secrétaire-d'état des affaires étrangères de S. M. B. sur le peu de danger dont la révolution d'Espagne est pour les divers pays de l'Europe. L'état de la civilisation moderne met un peuple en communication avec tous les autres peuples, quel que soit d'ailleurs son isolement géographique. La France surtout, seul pays dont la frontière touche à celle de l'Espagne, souffre considérablement des troubles qui agitent le royaume de Ferdinand. Une révolution qui semble avoir pris pour modèle celle dont les traces ne sont point encore effacées, reveille et remue dans le sein de la France une foule de passions et de souvenirs. On a les preuves les plus multipliées que les révolutionnaires de l'Espagne et ceux de la France sont en relations intimes. Dans toutes les conspirations militaires, jugées par les tribunaux françois, on a constamment retrouvé le nom et l'espé-

rance des cortès. Les coupables échappés à la justice 1823
ont trouvé un asile dans la péninsule, où ils menacent et insultent avec impunité la dynastie des Bourbons. Des libelles écrits en françois, et imprimés en Espagne, sont jettés dans l'armée d'observation pour la corrompre; et jusque dans les journaux anglois le gouvernement britannique a pu voir que l'on provoquoit, au nom de l'Espagne, nos soldats à la révolte. Ces faits ont été implicitement reconnus par S. G. le duc de Wellington, lorsque, dans ses notes diplomatiques, il a donné son approbation à l'établissement de l'armée d'obsérvation. La note même à laquelle le soussigné à l'honneur de répondre en ce moment, confirme tout ce qu'il avance ici, en rapportant ces expressions du noble duc: "Le duc de Wellington n'a point établi d'objection au nom du Roi son maître, contre les mesures de precaution prises par la France sur ses propres frontières, lorsque ces mesures étoient évidemment autorisées par le droit de sa propre défense: non seulement contre les dangers sanitaires, mais encore contre la contagion morale des intrigues politiques; enfin contre la violation du territoire françois par des excursions militaires fortuites." Cet aveu est remarquable, et, d'ailleurs le Piémont, le royaume des Deux-Siciles, ne se sont-ils pas soulevés au nom des cortès? Et faudroit-il d'autres preuves que la révolution d'Espagne peut franchir les Pyrénées?

Il est donc permis à la France de se défendre contre la contagion morale; il lui est également nécessaire de se mettre à l'abri des dangers d'une autre sorte, puisque le territoire françois a été violé trois fois par les troupes constitutionnelles de l'Espagne. Que la France, inquiétée dans son intérieur et armée sur ses frontières pour sa défense, ait un besoin impérieux de sortir d'une position si pénible pour elle, c'est ce qu'on ne peut s'empêcher de reconnoître. Comme le gouvernement britannique, elle désire sincèrement la paix; elle n'eût pas balancé, de concert avec ses alliés, à accepter la médiation de l'Angleterre, s'il s'étoit agi de discuter des intérêts materiels; mais on ne peut établir une base de négociations sur des théories politiques, et un arbitrage sur des principes.

1823 Pour la même raison, la France n'a pu adopter la proposition que M. de San-Miguel a faite, le 12 de ce mois, au ministre de la Grande-Bretagne près la cour de Madrid, afin de l'engager d'intervenir dans les affaires du gouvernement françois et du gouvernement espagnol; intervention au moins inutile, puisqu'il paroit qu'elle n'auroit eu pour objet que des mesures relatives à l'armée d'observation. Si le cabinet de Madrid est de bonne foi dans ses communications, a-t-il besoin d'intermédiaire pour les faire parvenir au cabinet des Tuileries? Celui-ci ne craint pas de s'expliquer; dernièrement encore il a fait connoître les conditions raisonnables au moyen desquelles on pourroit arriver à une prompte conciliation. Le comte de la Garde a reçu l'ordre de faire part confidentiellement à Sir William A'Court des intentions bienveillantes du Roi. S. M. T. C. demande que S. M. C. puisse appeler elle-même, et de sa propre autorité, les modifications nécessaires aux institutions qui ont été imposées par la révolte de quelques soldats à la couronne d'Espagne. A cette concession libre des institutions rectifiées par le Roi Ferdinand, le Roi de France pense qu'il seroit bon d'ajouter une amnistie pleine et entière, pour tout acte politique fait depuis 1812 jusqu'au jour de la promulgation de la concession royale. Ainsi disparoîtroit de la constitution espagnole le vice de fond et de forme qui met en peril toutes les monarchies légitimes. Le soussigné ose croire que des propositions si justes et si modérées obtiendront l'assentiment de tous les cabinets de l'Europe.

Le gouvernement françois ayant fait, au désir d'éviter la guerre, tous les genres de sacrifices; ayant peut-être trop long-tems lutté contre l'opinion publique, soulevée par les provocations de l'Espagne, le gouvernement françois est arrivé à cette dernière limite de concessions, qu'aucun pouvoir qui se respecte ne peut impunément dépasser. Blessée dans ses intérêts essentiels, la France ne peut plus fermer les yeux sur les dangers qui la menacent, sans cesser de faire les voeux les plus ardens pour la paix. Elle a déjà pris et continuera de prendre les mesures propres à mettre fin à un état d'incertitude qui compro-

1823

ıet à la fois sa surêté, son honneur et sa dignité. Quel que soit l'évènement, la France aimera toujours compter sur les bons offices dont le gouvernement nglois veut bien lui renouveler la proposition; elle ıettra elle-même tous ses soins à reserrer les liens ui unissent si heureusement les deux monarchies et es deux peuples.

CHATEAUBRIAND.

S.

Dépêche adressée par Mr. Canning à Sir Charles Stuart, ministre de S. M. Britannique Paris; datée de Londres du 31 Mars 1823.

(ibidem.)

Monsieur,

L'espoir d'un accommodement entre la France et Espagne, que S. M. a si long-tems conservé, en épit de toutes les apparences défavorables, étant à résent malheureusement éteint, je suis chargé par . M. d'adresser à V. Exc. afin d'être communiquée u ministère françois, l'explication suivante des senmens de notre gouvernement sur l'état actuel des ffaires entre ces deux royaumes.

Le Roi a épuisé tous ses efforts pour conserver a paix de l'Europe.

La question d'une intervention dans les affaires ntérieures de l'Espagne, à cause des troubles et des ésordres qui ont, depuis quelque tems, prévalu ans ce royaume, n'étoit point une question sur laquelle S. M., quant à elle, pouvoit hésiter un moıent. Si le plénipotentiaire de S. M. à Vérone n'a as voulu prendre part aux délibérations des cabinets lliés sur cette question, c'est parceque S. M. devoit ses alliés, sur cela comme sur tout autre sujet, une éclaration sincère de ses opinions, et parcequ'il spéroit qu'une communication amicale et sans réerve pouvoit tendre à conserver une paix générale.

1823 La nature des appréhensions qui avoient engagé le Roi de France à lever une armée dans son propre territoire, sur les frontières de l'Espagne, avoit été indiquée d'abord par le nom de cordon sanitaire. Le changement de ce nom en celui d'armée d'observation (qui eut lieu dans le mois de Septembre dernier), ne paroissoit point à S. M. signifier autre chose, si ce n'est que le système défensif, opposé primitivement à la contagion du mal physique, seroit continué contre les inconvéniens moraux ou politiques qui pourroient résulter pour la France d'une guerre civile élevée dans un pays séparé du territoire françois par une simple ligne de démarcation conventionnelle. Les dangers du voisinage, les intrigues politiques et une violation accidentelle du territoire, suffiroient pour justifier les préparatifs d'une défense militaire.

Tel étoit l'état des choses entre la France et l'Espagne à l'ouverture du congrès de Vérone. Les propositions faites par le plénipotentiaire françois, dans les conférences des cabinets alliés, étoient fondées sur cet état de choses. Ces propositions n'avoient rapport à aucun projet de faire une irruption dans le coeur de la monarchie espagnole, mais elles étoient de la nature de simples informations: 1. Quelle contenance la France pouvoit-elle espérer? Que feroient les alliés si elle se trouvoit elle-même dans la nécessité de rompre les relations diplomatiques avec la cour de Madrid? 2. Quel secours pouvoit-elle en attendre dans les cas supposés d'outrages commis, ou de menaces de violence de la part de l'Espagne? Ces cas étoient tous accidentels et par forme de précaution. Les reponses des trois puissances continentales furent dans le même esprit.

Le résultat des discussions de Vérone fut une détermination des alliés de S. M. les Empereurs d'Autriche et de Russie et le Roi de Prusse, 1. de faire connoître au cabinet de Madrid par l'intermédiaire de leurs ministres respectifs à cette cour, leurs sentimens sur la nécessité d'un changement dans le système présent du gouvernement espagnol; et dans le cas d'une réponse déclinatoire à cette communication de

ompre toutes relations diplomatiques avec l'Espagne; 1823
:. de faire cause commune avec la France contre
'Espagne, dans certains cas spécifiés, cas, comme on
'a déjà observé, tout à fait accidentels, et par forme
le précaution.

Le plénipotentiaire de S. M. refusa de concourir
ces mesures, non seulement parcequ'il n'étoit pas
utorisé à engager la foi de son gouvernement dans
ucune obligation hypothétique, mais parceque son
ouvernement avoit, dès le mois d'Avril 1820, uni-
ormément recommandé aux puissances de l'alliance
le s'abstenir de toute intervention dans les affaires
ntérieures de l'Espagne, et parceque ayant été depuis
ette même époque entièrement étranger à toutes
ransactions qui pouvoient avoir été faites entre la
'rance et l'Espagne, son gouvernement ne pouvoit
uger sur quels fondemens le cabinet des Tuileries
ensoit à une rupture possible des relations diplo-
natiques avec la cour de Madrid, ou sur quels fon-
lemens on craignoit un évènement en apparence si
mprobable, tel qu'un commencement d'hostilités
ontre la France par l'Espagne.

Le plénipotentiaire de S. M. ne voyoit pas des
preuves de l'existence d'aucun dessein, de la part du
ouvernement espagnol, d'envahir le territoire de la
'rance; d'aucune tentative pour ébranler la fidélité
le ses troupes, ou d'aucun projet de miner ses in-
stitutions politiques; et tant que les débats et les
roubles de l'Espagne restoient confinés dans le cercle
le son propre territoire, la France ne pouvoit être
admise par le gouvernement anglois à plaider en fa-
veur de l'intervention étrangère. Si la fin du dernier
siècle et le commencement de celui-ci vit toute l'Eu-
rope ligué contre la France ce n'étoit pas à cause
des changemens intérieurs que la France croyoit né-
cessaires pour sa propre réformation politique et ci-
vile; mais parcequ'elle tenta de propager d'abord ses
principes, et ensuite sa domination par les armes.

Dans l'impossibilité où étoit S. M. de s'associer
aux mesures concertées à Vérone relativement à
l'Espagne, le plénipotentiaire de S. M. déclara que
le gouvernement anglois pouvoit seulement s'efforcer,

1823 par l'intermédiaire du ministre de S. M. à la cour du Roi catholique, d'adoucir la fermentation que ces mesures pourroient occasionner à Madrid, et de faire tout le bien en son pouvoir.

Jusqu'à cette époque, aucune communication avoit existé entre S. M. et la cour de Madrid, relativement aux discussions de Vérone. Mais, vèrs le tems de l'arrivée du plénipotentiaire de S. M. et à son rétour de Vérone à Paris, l'Espagne exprima le desir de la médiation amicale de S. M. pour détourner les calamités de la guerre. L'Espagne limita distinctement ce desir à l'emploi de bons offices de la part de la Grande-Brétagne, qui ne seroient point incompatibles avec le système de neutralité le plus strictement conçu: et, pendant tout le cours des relations du gouvernement anglois avec l'Espagne, le gouvernement espagnol n'a jamais, à aucune époque, été induit à croire que le gouvernement anglois, que la politique de S. M., dans le cas de contestation, entre la France et l'Espagne, seroit autre que neutre.

En conséquence de cette requête et de sa précédente déclaration à Vérone, le plénipotentiaire de S. M. reçut des instructions à Paris, pour faire au gouvernement françois l'offre de la médiation de S. M. En faisant cette offre, le gouvernement anglois pria de s'abstenir envers l'Espagne, par des motifs de convenance, aussi bien que par des considérations de justice, d'un language de reproche ou de hauteur; il représenta comme une matière qui n'étoit pas de peu d'importance, la première atteinte, par quelque puissance que ce soit, à cette paix générale établie si récemment, après avoir couté tant de peines et de sacrifices à toutes les nations. Il ne déguisa point non plus au gouvernement françois, l'inquiétude qu'il concevoit, d'une nouvelle guerre en Europe, une fois qu'elle seroit commencée.

Outre des suggestions de cette espèce, le gouvernement anglois s'efforça d'apprendre du cabinet des Tuileries quels étoient la nature et le nombre des griefs particuliers dont S. M. T. C. se plaignoit, et quelles étoient les mesures particulières de réparation ou de conciliation de la part de l'Espagne, qui se-

oient capables d'arrêter les progrès des préparatifs 1823
le guerre de S. M. T. C.

Le gouvernement françois refusa la médiation ormelle de S. M. alléguant en substance que la né- essité de ses préparatifs de guerre n'étoit pas tant ondée sur aucune cause directe de plainte contre 'Espagne, susceptible d'une exacte spécification et l'un accommodement praticable, que sur la position énérale dans laquelle ces deux royaumes se trou- oient eux-mêmes placés vis-à-vis l'un de l'autre, ur l'effet que tout ce qui se passoit et qui s'étoit assé depuis quelque tems en Espagne produisoit sur a paix et la tranquillité des domaines de S. M. T. C.; sur le fardeau de cet armement défensif que la 'rance s'etoit crue obligée d'établir sur la frontière l'Espagne, et qu'il lui étoit également embarassant e maintenir, ou de retirer sans quelques nouvelles irconstances qui pourroient justifier un tel change- nent d'avis; enfin, sur l'état de choses plus aisé à omprendre qu'à définir, mais qui, à tout prendre, toit si insupportable à la France, que des hostilités uvertes seroient bien préférables. La guerre au noins amèneroit une tendance à une conclusion uelconque; tandis que les relations telles qu'elles xistoient entre la France et l'Espagne pouvoient ontinuer pendant un tems indéfini, accroissant cha- ue jour les difficultés de l'Espagne, et propageant 'inquiétude et l'alarme parmi l'armée et la nation rançoise.

Mais quoique le gouvernement de S. M. T. C. re- usât pour ces raison une médiation formelle, il ma- ifesta un vif desir de la paix, et accepta les bons ffices de S. M. pour cet objet.

Considérant tous les maux que la guerre pouvoit ttirer sur la France, et de la France peut-être en- ore à la fin sur toute l'Europe, et ceux qu'elle doit lus immédiatement et plus inévitablement attirer sur 'Espagne, dont une invasion étrangère ne pourroit u'exaspérer et prolonger les animosités et les agita- ions intérieures, le gouvernement anglois fut pro- fondement convaincu de la nécessité de la paix pour les deux royaumes, et résolut en conséquence qu'il

1823 fût investi ou non du caractère formel de médiateur, de faire tous les efforts possibles, et de profiter de toutes les chances pour prévenir les hostilités. La question étoit devenue maintenant une question simple, et de l'Espagne à la France; et la seule chose faisable n'étoit pas tant d'examiner comment les relations de ces deux gouvernemens avoient été amenées maladroitement à ce point de complication, que de rechercher comment il étoit possible de résoudre les difficultés sans le recours aux armes, et de procurer un accommodement amical par des explications et des concessions mutuelles.

L'amitié seule de S. M. auroit pu l'engager à proposer à la nation espagnole une revision de ses institutions politiques. Mais les espagnols de tous les partis admettoient la nécessité indispensable de quelques modifications de la constitution de 1812; et si dans une crise telle que celle où se trouvoit l'Espagne, en proie tout à la fois aux maux de la guerre civile et à la crainte d'une invasion étrangère, l'adoption de modifications que l'on croyoit désirables en elles-mêmes pouvoit donner l'espérance de voir apaiser ses dissensions intérieures, et en même tems fournir au gouvernement françois un motif de se retirer de la position menaçante qu'il avoit prise à l'égard de l'Espagne, le gouvernement anglois sentit qu'aucun scrupule de délicatesse ou aucune crainte de mauvaise interprétation ne devoit l'empêcher de manifester le vif désir qu'il avoit de voir les espagnols obtenir sur eux d'aviser à de telles modifications, ou au moins de déclarer leur disposition à y aviser par la suite.

Il est maintenant inutile de discuter quel auroit pu être le résultat des efforts pressans de S. M. pour amener la France et l'Espagne à un accommodement, si rien n'étoit intervenu pour interrompre leurs progrès. Quelle qu'ait pu être la répugnance du gouvernement espagnol à faire les premiers pas vers un pareil accommodement, on ne peut déguiser que les principes avoués et les prétentions mises en avant par le gouvernement françois, dans le discours du trône à l'ouverture des chambres à Paris, créèrent de

nouveaux obstacles au succès d'une intervention amicale. La communication de ce discours au gouvernement anglois fut accompagnée à la vérité, de nouvelles assurances des dispositions pacifiques de la France, et les ministres françois donnèrent au passage de ce discours le plus capable de faire une impression défavorable en Espagne, un sens qui lui ôtoit une partie de son caractère hostile, et sujet à créer des difficultés. Mais toutes les tentatives du gouvernement anglois pour faire valoir à Madrid de telles assurances et de telles explications échouèrent; les espérances de succès s'affoiblirent graduellement, et maintenant elle sont entièrement évanouies. 1823

Il ne reste plus qu'à faire connoître la conduite que S. M. désire et a l'intention d'observer dans une guerre entre les deux nations, à chacune desquelles S. M. est unie par les liens de l'amitié et de l'alliance.

Le désaveu répété par le gouvernement de S. M. T. C. de toutes vues d'ambition et d'agrandissement, défend le soupçon d'aucun dessein de la part de la France d'une occupation militaire permanente en Espagne, ou de forcer S. M. C. à prendre aucune mesure dérogatoire à l'indépendance de sa couronne ou à des relations existantes avec les autres puissances.

Les assurances répétées qu'a reçues S. M. de la détermination où étoit la France de respecter les domaines de S. M. T. F., ne laissent pas à S. M. la crainte d'être appelée à remplir les obligations de cette liaison intime et défensive qui a si long-tems subsisté entre les deux couronnes de la Grande-Brétagne et du Portugal.

Quant aux provinces d'Amérique, qui ont rompu le lien qui les unissoit à la couronne d'Espagne, le tems et les évènemens paroissent avoir décidé réellement leur séparation de la métropole, quoique la reconnoissance formelle de ces provinces comme états indépendans par S. M. puisse être hâtée ou retardée par diverses circonstances extérieures, aussi bien que par les progrès plus ou moins satisfaisans dans chaque état vers une forme de gouvernement stable et régulière. L'Espagne a été depuis long-tems instruite

1823 des opinions de S. M. à ce sujet. Désavouant de la manière la plus solennelle toute intention de s'approprier la plus petite portion des possessions espagnoles en Amérique, S. M. est persuadée que la France ne fera aucune tentative pour ranger sous sa domination aucune de ces possessions, soit par conquête, soit par cession de la part de l'Espagne.

V. Exc. présentera à M. de Châteaubriand cette franche explication, sur les points qui seuls sont de nature à faire appréhender peut-être la possibilité d'un choc de la France et de la Grande-Bretagne dans une guerre entre la France et l'Espagne, comme dictée par un vif désir de pouvoir conserver dans cette guerre une stricte et exacte neutralité, une neutralité non sujette à altération envers aucun parti, tant que l'honneur et les intérêts de la Grande-Bretagne seront également respectés des deux partis.

On m'ordonne, en dernier lieu, de charger V. Exc. de déclarer au ministère françois que S. M. sera toujours prête à renouveler l'entremise de ses bons offices, dans le but de terminer ces hostilités, que S. M. s'est efforcée avec tant de sollicitude, quoique sans succès, de prévenir.

Je suis, etc.

G. Canning.

50.

Déclaration adressée aux monarques réunis à Vérone de la part du gouvernement des Grecs, du 28 Août 1822, et publiée à Ancône par la députation de ce gouvernement, qui ne fut pas admise au congrès, le 2 Juillet 1823. 1823

(*Archives diplomatiques* Vol. 3. p. 555.)

Aux monarques chrétiens réunis au congrès de Vérone.

Dix-huit mois se sont écoulés dans la lutte terrible que soutient la Grèce contre l'ennemi du nom chrétien. Toutes les forces de l'islamisme ont été réunies contre elle, et les guerriers musulmans de l'Europe, de l'Asie et de l'Afrique se sont armés pour appuyer la main de fer qui depuis si long-tems opprime la nation grecque et qui voudroit aujourd'hui lui donner le coup de la mort. Deux fois depuis le commencement de cette guerre, la Grèce a élevé la voix pour demander par l'organe de les légitimes représentans, quelques secours des puissances chretiennes de l'Europe, ou pour obtenir au moins que ces puissances observassent une stricte neutralité. Maintenant, qu'une réunion des principaux souverains a lieu dans la péninsule italienne; maintenant, qu'ils déliberent sur les plus hauts intérêts de l'humanité, et que toutes les nations attendent d'eux le maintien de la paix, la garantie de leurs droits et une équitable administration de la justice; aujourd'hui le gouvernement provisoire de la Grèce croiroit manquer à ses devoirs s'il n'exposoit par aux regards des monarques le véritable état de la nation que ce gouvernement représente. Il croiroit y manquer encore, s'il ne faisoit valoir les droits et ne communiquoit les voeux légitimes de cette nation, ainsi que la résolu-

1823 tion inébranlable de tous les Grecs, d'obtenir enfin, ou la justice qui leur est due des puissances de la terre, comme ils ont déjà obtenu la protection de l'arbitre souverain des destinées de tous les empires, ou bien de périr jusqu'au dernier, mais en chrétiens et en hommes libres.

Des torrens de sang ont déjà été répandus; mais enfin la bannière de la croix flotte partout victorieuse, sur les remparts des villes du Pélopomèse, dans l'Attique, l'Eubée, la Béotie, l'Acarnanie, l'Etholie, dans la plus grande partie de la Thessalie et de l'Epire, dans l'île de Crète et dans les îles de la mer Egée. Tels ont été les progrès, tel est l'état actuel de la nation grecque. Quiconque connoit la Turquie doit être convaincu que, dans la situation où se trouvent maintenant les Grecs, ils ne peuvent poser les armes avant qu'ils n'ayent conquis une existence nationale et indépendante, et avant qu'ils n'ayent obtenu une garantie suffisante pour le maintien de cette existence. Elle seule peut assurer le libre exercice de leur religion, la sécurité pour la vie, la fortune et l'honneur des citoyens.

Si l'Europe dans son désir de maintenir la paix, et lorsqu'elle traitera avec la Porte ottomane, veut comprendre la nation grecque dans son système de paix générale, le gouvernement provisoire de la Grèce croit de son côté et sans perte de tems devoir déclarer, comme il déclare officiellement par le présent acte, qu'il n'acceptera aucun traité quelque avantageux même qu'il puisse paroître, avant que des députés n'ayent été admis à défendre eux-mêmes la cause nationale, à exposer tous leurs griefs, à faire valoir leurs droits et leurs interêts les plus chers. Les sentimens de piété, d'humanité et de justice, dont sans doute la réunion des souverains est animée, font espérer au gouvernement provisoire de la Grèce, que sa juste demande sera convenablement accueillie. Mais si, contre toute attente, l'offre de ce gouvernement venoit à être rejettée, la présente déclaration équivaudra à une protestation formelle que la Grèce entière dépose en ce jour au pied du trône de la justice divine, protestation qu'un peuple chrétien adresse

avec confiance a l'Europe entière, à la grande famille 1823
de la chrétienté. Faibles et abandonnés, les Grecs n'espèrent alors que dans le Dieu fort. Soutenus par sa toute puissante main, ils ne fléchiront jamais devant la tyrannie. Chrétiens persécutés depuis plus de quatre cents ans, pour être restés fidèles à notre Dieu, nous défendrons jusqu'à la mort du dernier d'entre nous, son église, nos foyers et les tombeaux de nos pères. Heureux de joindre nos pères dans la tombe en hommes libres et en chrétiens, ou de vaincre comme nous avons vaincu jusqu'ici, par la seule force de Notre Seigneur Jésus Christ et par sa divine puissance.

Argos, le 29 Août 1822.

En l'absence du président du pouvoir exécutif:

Signé: ATANASIOS KANAKARY.

Le secrétaire-d'état ministre des affaires étrangères,

NEGRIS.

Pour copie conforme, le délégué du gouvernement provisoire de la Grèce.

Ancône, 2 Janvier 1823.

A. GR. METAXA.

51.

1823 *Convention entre la Hesse grand-ducale et la principauté de Waldeck, concernant la réception réciproque des vagabonds, publiée le 6 Janvier 1823.*

(*Grofsherzögl. Hessisches Regier. Blatt* 1823. Jan. 6. Nr. II. S. 20.)

Nachdem des Fürsten von Waldeck Durchlaucht, auf hiesige Einladung, der in der Grofsherzoglichen Zeitung vom 4ten October 1817 bekannt gemachten Übereinkunft wegen wechselseitiger Übernahme der Vaganten und anderer Ausgewiesenen, entgegen das Grofsherzogthum Hessen, vom 1sten des laufenden Monats Januar an, beigetreten und zu den, nach dieser Übereinkunft nöthigen Übergabsorten

1. für Transporte aus dem Fürstenthum Waldeck in das Grofsherzogthum Hessen; Vöhl, so wie
2. für Transporte aus den diesseitigen Landen in das Fürstenthum Waldeck, Corbach,

bestimmt worden sind, so wird dieses zu Jedermanns, besonders aber der Grofsherzoglichen Behörden Wissenschaft und Nachachtung hiemit öffentlich bekannt gemacht.

Darmstadt den 6ten Januar 1823.

Grofsherzoglich Hessisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

DU THIL.

VON ZANGEN.

52.

Convention entre la Hesse grand-ducale et la Hesse électorale pour empêcher les délits forestiers et autres semblables, publiée le 17 Janvier 1823. 1823

(*Grofsherzogl. Hessisches Regier. Blatt* 1823. Januar 17. Nr. III. S. 25.)

Nachdem die Grofsherzoglich Hessische Staatsregierung mit der Kurfürstlich Hessischen Staatsregierung übereingekommen ist, wirksamere Maasregeln zur Verhütung und Bestrafung der Forst- Jagd- und Fischereifrevel in den gegenseitigen Grenzwaldungen, Fluren und Fischwassern zu treffen, so erklären beide Staatsregierungen Folgendes:

Art. I. Es verpflichtet sich sowohl die Grofsherzoglich Hessische, als die Kurfürstlich Hessische Staatsregierung, die Forst-, Jagd- und Fischereifrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen, Fluren und Fischwassern des andern Gebiets verüben möchten, sobald sie davon Kenntnifs erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten, Jagden und Gewässern begangen worden wären.

Art. II. Die wegen Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in dem Herrn- und Junkerwalde bestehende besondere Convention wird indessen bis zur Erledigung des hinsichtlich dieser Waldungen obwaltenden Hoheitsstreits vorerst noch ausdrücklich beibehalten.

Art. III. Für die Constatirung eines im ersten Artikel bezeichneten Frevels, welcher von einem Angehörigen des einen Staats in dem Gebiete des andern begangen worden, soll den Protokollen und Abschätzungen, welche von den competenten und gerichtlich verpflichteten Forst- und Polizeibeamten

1823 des Orts des begangenen Frevels aufgenommen worden, derselbe Glauben von der zur Aburtheilung geeigneten Gerichtsstelle beigemessen werden, welchen die Gesetze den Protokollen der inländischen Beamten beilegen.

Art. IV. Die Forst-, Jagd- und Fischerei-Officianten haben das Recht, den Frevler auf Betreten, wenn sie ihn nicht mit Bestimmtheit erkennen, auf dem Gebiete, wo er gefrevelt hat, zu arretiren und ihn entweder an die inländische Polizeibehörde, oder an die jenseitige Polizeibehörde des Wohnorts des Frevlers abzugeben oder abgeben zu lassen.

Art. V. Um von beiden Seiten zur Sicherheit des Forsteigenthums möglichst mitzuwirken, sollen die wechselseitigen gerichtlich verpflichteten Forst- und Polizei-Beamten befugt sein, in den Fällen der Waldfrevel Haussuchungen im Gebiete des andern Staats, wenn sich dort der angegebene Thäter aufhält, oder der gefrevelte Gegenstand befinden dürfte, zu veranlassen, welche Befugnifs bei den hierzu geeigneten Jagd- und Fischereifreveln ebenwohl eintritt. Die gedachten Beamten haben sich zu diesem Ende an den Ortsvorstand der betreffenden Gemeinde zu wenden, und diesen zur Vornahme der Visitation in ihrer Gegenwart aufzufordern. Dieser hat die hiebei aufgefundenen angeblich gefrevelten Gegenstände in sichere Verwahrung bringen zu lassen, übrigens für die Haussuchung keine Belohnung zu empfangen.

Art. VI. Bei diesen Haussuchungen mufs der Orts-Polizeibeamte sogleich ein Protokoll aufnehmen, und eine Ausfertigung aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath, Beamten u. s. w.) übersenden, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von Einem bis Fünf Gulden für denjenigen Ortsvorstand oder Orts-Polizeibeamten, welcher der Requisition nicht Genüge leistete. Auch kann der requirirende Forst- und Polizeibeamte verlangen, dafs der Förster u. s. w. (oder in dessen Abwesenheit der Waldwärter oder Fischerei-Aufseher) des Orts, worin die Haussuchungen vorgenommen werden sollen, dabei zugezogen werde.

Art. VII. Den untersuchenden und bestrafenden 1823
Behörden in den beiderseitigen Staaten wird es zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der vorliegenden Frevel so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur immer thunlich ist, auch insbesondere bei ausgezeichneten oder sehr bedeutenden Freveln die Untersuchung in jedem einzelnen Falle sogleich eintreten zu lassen.

Art. VIII. Die Vollziehung der Straferkenntnisse nebst der Beitreibung der dem Wald-, Jagd- und Fischerei-Eigenthümer zuerkannten Entschädigungsgelder soll mit der thunlichsten Beschleunigung bewirkt, und deswegen zu gegründeten Beschwerden niemals Anlafs gegeben werden. Die erkannte Geld- oder Arbeitsstrafe wird zum Vortheil der Herrschaft des Gerichts vollzogen, welches das Erkenntnifs ertheilt hat. Der dem Wald u. s. w. Eigenthümer zuerkannte Schadensersatz, so wie die Pfand- oder Denuncianten-Gebühr, wo diese letztere gesetzlich bestehet, werden vorzugsweise vor der Strafe beigetrieben. Auch soll bei ausgemitteltem Zahlungsunvermögen eines Frevlers es wegen der sonst dem auswärtigen Wald u. s. w. Eigenthümer zukommenden Entschädigung gerade so gehalten werden, wie es in diesem Fall bei inländischen Frevlern geschiehet.

Art. IX. Gegenwärtige im Namen Sr. Königlichen Hoheit des Grofsherzogs von Hessen und Sr. Königlichen Hoheit des Kurfürsten von Hessen zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben, und öffentlich bekannt gemacht werden.

Urkundlich der Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels.

Darmstadt den 17ten Januar 1823.

Grofsherzoglich Hessisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

du Thil.

Gladbach.

53.

1823 *Convention additionelle à la convention entre la Hesse grand-ducale et la Hesse électorale du* 17 *Janvier* 1823, *publiée le* 12 *Décembre* 1823.

(*Grofsherzogl. Hessisches Regierungs-Blatt* 1823. Dec. 12. No. XXXVI. S. 418.)

Die Grofsherzoglich Hessische Staatsregierung ist mit der Churfürstlich Hessischen Staatsregierung übereingekommen, dafs die zwischen den beiderseitigen Gouvernements wegen Verhütung und Bestrafung der Forst-Jagd- und Fischerei-Frevel in den gegenseitigen Grenzwaldungen, Fluren und Fischwassern unter dem 17ten Januar d. J. abgeschlossene Übereinkunft auch für Feldfrevel, in sofern dieselbe auf solche anwendbar ist, als geltend erklärt werde.

Unter Beziehung auf den Inhalt der bemerkten Übereinkunft, welche durch das Grofsherzogliche Regierungs-Blatt (Nro. 3. vom 29ten Januar 1823) zur öffentlichen Kenntnifs gebracht worden ist, wird daher diese nachträgliche Bestimmung andurch zur Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht.

Darmstadt den 12ten December 1823.

Grofsherzoglich Hessisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

DU THIL.

GLADBACH.

54.

Convention entre la Prusse et la principauté de Lippe-Detmold concernant la prolongation de la convention d'étappes du $\frac{18 \text{ Juin}}{15 \text{ Août}}$ 1818, jusqu'au 1er Janvier 1827; publiée le 25 Février 1823. 1823

(Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten J. 1823. No. 4. S. 24.)

Nachdem die Königlich Preufsische Regierung mit der Fürstl. Lippe-Detmoldschen Regierung dahin übereingekommen ist, die unterm $\frac{\text{18ten Juni}}{\text{15ten Aug.}}$ 1818 zwischen beiden Regierungen abgeschlossene Durchmarsch- und Etappen-Convention in allen ihren Puncten dergestalt zu erneuern, dafs dieselbe bis zum 1sten Januar 1827 ferner gültig seyn und den durchmarschirenden Remonte-Commandos künftig in der Etappe Lemgo ein Ruhetag verstattet werden soll; so ist darüber Königlich Preufsischer Seits gegenwärtige Ministerialerklärung ausgefertigt und solche zu mehrerer Beglaubigung mit dem Königlichen Insiegel versehen worden.

Berlin, den 25sten Februar 1823.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

VON BERNSTORFF.

55.

1823 *Convention entre le Portugal et l'Espagne concernant l'extradition réciproque des déserteurs et des criminels, signée à Madrid le 8 Mars 1823.*

(*Le Moniteur universel* 1823. No. 125.)

S. M. T. F. D. Jean VI, Roi du royaume uni de Portugal, du Brésil et d'Algarves, et S. M. C. D. Ferdinand VII, Roi d'Espagne, également désireux de contribuer, chacun de son coté, à la tranquillité des deux royaumes, en évitant que les criminels, déserteurs et transfuges qui prétendroient se réfugier dans l'un ou l'autre royaume, y trouvent protection et asyle, pour y demeurer impunément, ont déterminé d'établir le renvoi réciproque de ceux qui tenteroient de se soustraire au châtiment, ou se délivrer du service militaire; et ayant nommé pour plénipotentiaire *ad hoc*, savoir: S. M. T. F. Jacques Frédéric Torlade Pereira de Azambuja, chevalier des ordres du Christ et de Notre Dame de la conception de Villa Viçosa, officier de la secrétairie d'état de la marine et son chargé d'affaires près S. M. C. etc. et S. M. C. Santiago Usoz et Mosi, chevalier pensionné de l'ordre royal et distingué de Charles III, secrétaire de S. M. chargé de l'expédition des decrets, grand officier de la secrétairie d'état, etc. qui, après avoir échangé leurs pleinspouvoirs en due forme, ont arrêté entre eux les articles suivans:

Art. I. Tous les déserteurs, recrues ou jeunes gens, inscrits dans le service militaire de Portugal ou d'Espagne, qui seront réclamés comme tels par leur gouvernement respectif, soit directement, soit par l'intermédiaire des autorités supérieures des provinces limitrophes, seront réciproquement rendus aux autorités qui les réclameront.

Art. II. On extraduira de la même manière, de part et d'autre, tous les accusés mis en jugement ou condamnés dans leur pays respectif. Le gouvernemen

ur le territoire duquel ils seront venus chercher 1823
asyle, devra s'assurer d'eux jusqu'à ce qu'ils soient
emis aux autorités compétentes; et quant à ce qui
oncerne les accusés mis en jugement non condamnés,
ui se réfugieront dans l'un ou l'autre état, et seront
réclamés par leur gouvernement respectif, ils devront
être mis sous bonne garde jusqu'à ce que la cause
tant déterminé et décidée, on connoisse s'ils doivent
u non être extraduits.

Art. III. On observera la même conduite envers
es personnes réclamées par les juges pour servir de
émoins dans les interrogatoires, et les autorités por-
ugaises et espagnoles observeront entre elles la même
orrespondance et le même échange de service entre
es officiers judiciaires et extra-judiciaires, qui d'après
es lois de chaque pays, sont usités entre les autorités
elles-mêmes.

Art. IV. Comme il est à craindre, que des
andes de factieux, en passant la ligne de démarca-
ion de l'un ou de l'autre royaume, compromettent la
ranquillité du pays, où ils cherchent un asyle et l'im-
unité, les deux gouvernemens conviennent entre eux
que la force armée de l'un ou de l'autre pays sera
utorisée à poursuivre les factieux, séparement ou
onjointement avec la force armée du pays contigu,
ans que l'entrée des troupes de l'autre pays pour un
as semblable, puisse être considérée comme une vio-
ation du territoire. Les autorités civiles et militai-
es des deux royaumes se donneront, au contraire,
out l'appui, qui sera nécessaire pour la destruc-
ion de semblables bandits, ennemis communs des
deux Etats.

La presente convention sera exécutoire aussitôt la
notification qui en aura été faite par les parties con-
tractantes et cette notification sera échangée dans le
plus court espace possible.

En foi de quoi, nous soussignés, plénipotentiaires
de L. L. M. M. T. F. et C., autorisés par nos pleins-
pouvoirs, nous avons signé les deux originaux de la
présente convention et nous l'avons marqué du sceau
de nos armes.

Jacques Frédéric Torlade Pereira d'Azambuja.
Santiago Usoz et Mozi.

Madrid 8 Mars 1823.

1823 Cette convention m'ayant été présentée, après avoir entendu mon conseil d'état et avoir vu l'approbation des cortès générales de la nation portugaise, d'après l'article 103 de la constitution, je la ratifie et la confirme dans toutes ses parties, et la donne par le présent acte pour ferme et valable, afin qu'elle produise l'effet attendu. J'engage ma foi et ma parole royale à l'observer et à l'executer inviolablement et à la faire exécuter et observer par tous les moyens possibles. En foi de quoi j'ai fait dresser le présent acte, signé de moi et scellé du grand sceau de mes armes et certifié par le ministre secrétaire d'état des affaires étrangères soussigné.

Donné au palais de Queluz le 26 Mars 1823.

Le Roi.

Pour copie conforme:
SILVESTRE PINHEIRO FERREIRA.

56.

Convention entre la Prusse et la Saxe royale, concernant la suppréssion réciproque des fraix de justice en matières criminelles, du 12 Mars 1823.

(*Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1823. No. 7. S. 73. *Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen* 1823. No. 11. p. 79.)

Nachdem die Königlich Preufsische (Sächsische) Regierung mit der Königlich Sächsischen (Preufsischen) Regierung dahin übereingekommen ist, die gegenseitige Kosten-Vergütung in Criminal-Untersuchungssachen wider unvermögende Personen aufzuheben, so erklärt erstgedachte Regierung Folgendes:

1. In allen Fällen, wo Delinquenten von Königlich Preufsischen und Königlich Sächsischen Behörden an einander nach vorgängiger Requisition ausgeliefert werden, sind der requirirten Behörde nicht allein alle *baaren Auslagen*, sondern auch die sämmtlichen, nach bei dieser Behörde üblichen Taxe, zu *liquidirenden Gebühren* aus dem Vermögen des ausgelieferten Delinquenten, wenn solches dazu zureicht zu entrichten. Wenn dagegen der ausgelieferte Delinquent kein hinreichendes Vermögen besitzt, so fallen die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Gerichts *durchgehends* weg, und das requirirende Gericht entrichtet alsdann nur die baaren Auslagen, nämlich für Verpflegung, Transport, Porto und Copialien, und die Gebühren der Sachverständigen, 1823

2. Zur Entscheidung der Frage: ob der Delinquent hinreichendes eigenes Vermögen zur Bezahlung der Gerichtsgebühren besitze oder nicht? soll in den beiderseitigen Landen nichts weiter als das Zeugnifs derjenigen Gerichtsstelle erfordert werden, unter welcher der Delinquent seine wesentliche Wohnung hat. Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden sein, so wird es angenommen, als ob er kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze. Ist der Angeschuldigte zwar vermögend, die Kosten zu entrichten, dazu aber wegen seiner befundenen Unschuld nicht verurtheilt worden, so ist dieser Fall dem des Unvermögens ebenfalls gleich zu setzen.

3. Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Absicht der Bezahlung der Kosten in solchen Criminalfällen, wo es nicht auf die Auslieferung von Delinquenten, sondern nur auf die Abhörung oder Sistirung von Zeugen oder anderen Personen ankommt, verfahren werden. Solchen Zeugen und anderen abzuhörenden Personen sollen die Reise- und Zehrungskosten nebst der wegen ihrer Versäumnifs ihnen gebührenden Vergütung, nach der vom requirirten Gerichte geschehene Verzeichnung, bei erfolgter wirklicher Sistirung, vom requirirenden

1823 Gerichte sofort verabreicht werden; im Falle der Abhörung vor dem requirirenden Gerichte, sollen die desfallsigen baaren Auslagen dem letzteren wieder erstattet werden.

4. Die gegenwärtige Vereinbarung soll sich nicht blofs auf die eigentlichen Criminal-Justiz-Behörden beziehen, sondern auf alle Behörden Anwendung finden, die in Beziehung auf Criminalsachen eintreten.

Gegenwärtige im Namen Sr. Majestät des Königs von Preufsen (Sachsen) ausgefertigte, und von Allerhöchst Dero Ministerio der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnete Erklärung soll, nach erfolgter Auswechselung gegen eine gleichlautende Erklärung von Seiten der Königlich Sächsischen (Preufsischen) Regierung, Kraft und Wirksamkeit in den gesammten Preufsischen (Sächsischen) Landen haben, und öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Berlin den 12ten März 1823.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

von Bernstorff.

Dresden den 12ten März 1823.

Königl. Sächsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Detlev *Graf* v. Einsiedel.

57.

Convention entre la Grande-Brétagne et l'Espagne, pour l'accommodement des réclamations angloises envèrs l'Espagne, signée à Madrid le 12 Mars 1823.

(*The Times* 1823. Octobr. 13. No. 12,001. *Annual-Register* 1824. *publ. documents* pag. 149.)

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and his Majesty the King

the Spains, equally animated by the desire of ar- 1823
ving at an amiable adjustment of the various com-
plaints which have been from time to time laid be-
fore the Spanish government of the capture of ves-
sels and seizure and detention of property belonging
to british subjects, by Spanish authority, as well as
other grievances; their said majesties have been plea-
sed to name plenipotentiaries for the conclusion of
a convention for the attainment of this desirable pur-
pose, to wit: His Britannic Majesty, the right ho-
nourable Sir William A'Court, baronet, Knight grand
cross of the order of the Bath, one of his Majesty's
most honourable privy council and his envoy extra-
ordinary and minister plenipotentiary to the King of
the Spains; and his Catholic Majesty, his excellency
don Evaristo di San-Miguel, colonel of infantry, ad-
jutant-général on the staff of the national armies and
secretary of state for the foreign department; who,
after having communicated their full powers, have
agreed upon the following articles:

Art. I. A mixed commission, english and spa-
nish, consisting of two members of each nation, shall
be appointed, and meet in London, within ten weeks
after the signature of the present convention, or soo-
ner if possible, for the purpose of taking into con-
sideration and deciding in a summary manner, accor-
ding to equity, upon all cases, that shall be brought
before it, properly authenticated, of the capture and
seizure of british vessels, or detention of property
belonging to subjects of his britannic Majesty, from
the declaration of peace between England and Spain,
of the 4th of July 1808, to the date of the present
convention and also upon all cases that shall be
brought before it, of the capture or seizure of spa-
nish vessels, or detention of property belonging to
the subjects of his catholic Majesty, during the same
period.

Art. II. Should any difference of opinion arise
amongst the members of the said convention, and
their votes be equally divided, a reference shall then
be made to the spanish envoy at the court of Lon-
don, and a law officer of the crown to be named by
his Britannic Majesty. If these arbitrators should
also be divided in opinion, it shall be determined,

1823 by lot, which of the two shall definitively decide the question.

Art. III. An assignment of 40 millions of rials upon the great book, shall according to the decree of the cortes, immediately be made to the said commissioners, for the payment of such indemnifications as may be awarded by the commission. This sum shall be increased or diminished; as the decree points out, according as a greater or lesser number of claims shall be admitted as valid, exceeding, in the one case, or not amounting to, in the other, the whole amount of the sum in the first instance deposited.

Art. IV. The claims of Spainish subjects which shall be acknowledged just, shall be paid by the british government either in stock, or by an equivalent in money.

Art. V. As soon as the commissioners shall have admitted any claim as valid and determined the amount due to the claimant, they shall assign or transfer, in favour of such claimant, a portion of the said rentes equivalent to the amount awarded, estimating the value thereof according to the current price in London of the said rentes at the time of making such assignment or transfer.

Art. VI. No claim shall be admitted which shall not be submitted to the commission within six months after its first meeting.

Art. VII. A person shall be named by each government, for the selection and transmission of whatever papers or documents it may be necessary to forward from Madrid for the consideration of the commission, and to arrange the transfer of the rentes, as the respective amounts shall be awarded.

In witnefs whereof, we the undersigned plenipotentiaries of their Britannic and Catholic Majesties, duly authorized by our full powers, have signed two originals of the present convention, and have affixed thereunto the seals of our arms, in Madrid, this twelfth day of March 1823.

William A'Court.

Evaristo San-Miguel.

58.

Articles additionnels à la convention entre la Grande-Bretagne et le Portugal, conclue à Londres le 18 Juillet 1817 concernant l'abolition de la traite des nègres; signés à Lisbonne le 16 Mars 1823. 1823

(*The Times* 1824. February 6. No. 12, 103.)

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and his Majesty the King of the United Kingdom of Portugal, Brazil and Algarves, wishing to remove every obstacle to the faithful execution of the convention signed in London by their respective Plenipotentiaries, on the 18th of July 1817, for the purpose of preventing their subjects from engaging in any illicit traffic of slaves; and seeing the necessity of adding, to that intent, certain articles to the said convention, have, for this purpose, named their Plenipotentiaries, that is to say: — his Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Edward Michael Ward, esq. his chargé d'affaires at the court of Lisbon; and his Majesty the King of the United Kingdom of Portugal, Brazil, and Algarves, Jose Bazilio Rademaker, Kneight Professed in the order of Christ and chief clerk of the department of state for foreign affairs: — who after having exchanged their respective full powers, found to be in good and due form, have agreed upon the following articles: —

Art. 1. Whereas it is stated in the first article of the instructions intended for the British and Portuguese ships of war employed to prevent the illicit traffic in slaves, that ships on board of which no slaves shall be found, intended for purposes of traffic shall not be detained on any account or pretence whatever; and whereas it has been found, by experience, that vessels employed in the illegal traffic

1823 have put their slaves momentarily on shore, immediately prior to their being visited by ships of war, and that such vessels have thus found means to evade forfeiture and have been enabled to pursue their unlawful course with impunity, contrary to the true object and spirit of the convention of the 28th of July 1817; the two high contracting parties, therefore, feel it necessary to declare, and it is hereby declared by them, that if there shall be clear and undeniable proof that a slave or slaves, of either sex, has or have been put on board a vessel for the purpose of illegal traffic in the particular voyage on which the vessel was captured, then and on that account, according to the true intent and meaning of the stipulations of the above-mentioned convention, such vessel shall be detained by the cruisers and finally condemned by the commissioners.

Art. II. Inasmuch as the convention of the 28th July 1817, does not stipulate the mode of supplying the absence of the commissioners, occurring from any other cause, besides that of death, which is the only case provided for by the fourteenth article of the regulations for the mixed commissions, annexed to the said convention; the two high contracting parties have agreed, that in the event of recall, or of the absence on account of illnefs, or any other unavoidable cause, of any of the commissioners, judges or arbitrators; or in the case of their absence in consequence of leave from their government (which must be notified to the respective Commissions) their posts shall be supplied in the same form and manner as is determined for the case of death, by the above-mentioned fourteenth article of the said regulation.

The additionnal articles shall have the same force and effect as if they were inserted, word for word, in the said convention, and shall be considered as forming part of the same; they shall be ratified, and the ratifications thereof exchanged in Lisbon, within three months at latest, after the date of their signature.

In witnefs thereof the undersigned, being furnished with full powers to that effect, have signed

ese articles, and affixed thereunto the seals of 1823
eir armes.

Done at Lisbon, this fifteenth day of March, in e year of our Lord one thousand eight hundred nd twenty three.

E. M. Ward.
Joze Bazilio Rademaker.

59.

Convention entre le Danemarc et la Hesse grand-ducale concernant l'abolition des droits de détraction et de traite foraine; publiée le 3 Avril 1823.

(Grofsherz. Hessisches Regier. Blatt 1823. April 3. Nr. XI. S. 91.)

Da nachfolgende, wegen der zwischen der Grofs-erzoglich Hessischen und Königlich Dänischen taatsregierung verabredeten Freizügigkeit ausgestellte rklärung:

Nachdem Sr. Königliche Hoheit der Grofsherzog on Hessen mit Sr. Majestät dem Könige von Dänemark, in Betracht der Beschwerden, welche mit den on um und wegziehenden Landeseingesessenen, auch n Erbschafts- und andern Fällen bisher geforderten Abzugs- oder Abschofsgelde verknüpft sind, sich lahin vereinigt haben, solches Abzugs- oder Abchofsrecht nunmehr zwischen den gesammten Grofsherzoglich Hessischen Landen einerseits, und dem igentlichen Königreiche Dänemark und dem Herzogthum Schlefswig anderseits, (so wie solches bereits zu Folge des 18ten Artikels der deutschen Bundesacte vom 8ten Juni 1815 und des Beschlusses der deutschen Bundesversammlung vom 23ten Juni 1817

1823 in Rücksicht der Herzogthümer Holstein und Lauenburg geschehen) gänzlich abzustellen und aufzuheben; so soll von den Grofsherzogl. Hessischen Unterthanen, welche aus dem Grofsherzogthum Hessen mit ihren Gütern künftig in das Königreich Dänemark und das Herzogthum Schlefswig überziehen, so wie auch von den Unterthanen des Königreichs Dänemark und des Herzogthums Schlefswig, welche künftig in dem Grofsherzogthum Hessen Erbschaften zu erheben haben, und solche in vorbemeldete Königlich Dänische Lande ziehen wollen, kein Abschofs-, Nachsteuer-, Zehnd- oder Abzugsgeld unter irgend einer Benennung gefordert noch beigetrieben werden; diejenigen allgemeinen Abgaben ausgenommen, welche in solchen Fällen die Grofsherzoglich Hessischen oder Königlich Dänischen Unterthanen an ihren eigenen Landesherrn zu entrichten haben. Übrigens soll sich diese wechselseitige Aufhebung vorgedachter Abschofs-, Nachsteuer-, Zehnd- und Abzugsgelder nicht nur ausdrücklich auf die Emigrations- und Erbschafts-, sondern auch auf alle sonstige Fälle erstrecken, in welchen bisher, dem Herkommen nach, oder per modum retorsionis die Erlegung dergleichen Gelder, unter welchem Namen es auch geschehen sein mag, gebräuchlich gewesen ist; zu welchem Ende auf Allerhöchst gedachter Sr. Königlichen Hoheit des Grofsherzogs von Hessen gnädigsten Befehl diese Erklärung unter vorgedrucktem Staatssiegel ausgestellt worden ist.

So geschehen zu Darmstadt den 13ten Mai 1822.

Grofsherzoglich Hessisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

DU THIL.

VON ZANGEN.

gegen eine gleichlautende zu Copenhagen am 13ten Januar 1823 ausgestellte Königlich Dänische Ministerial-Erklärung 17ten März d. J. förmlich ausgewechselt worden ist, so wird solche den Grofs-

rzoglichen Staatsangehörigen und Behörden zur 1823
chricht und Nachachtung hiermit öffentlich be-
nnt gemacht.

Darmstadt den 3ten April 1823.

ofsherzoglich Hessisches Ministerium der auswär-
tigen Angelegenheiten.

DU THIL.

GLADBACH.

60.

onvention entre le duché de Saxe-otha et le duché de Saxe-Meinin-en, concernant la reception réci-roque des vagabonds, publiée le 9 *Avril* 1823.

usatz zum ersten Theile der neuen Beifugen zur (Gothaischen) Landes-Ordnung No. CLXII.)

nter beiderseitiger landesherrlicher Genehmigung zwischen dem hiesigen Herzoglichen geheimen nisterium und dem Herzoglich S. Meiningischen Übereinkunft getroffen worden, vom 1sten April ses Jahres an in allen vorkommenden Fällen, lche die Übernahme der Vagabunden und Ausge-esenen betreffen, sich gegenseitig nach den Be-mmungen der beider Seits mit der Königlich Säch-chen Regierung abgeschlossenen, diefsseits durch n 152sten Zusatz zu dem 1sten Theile der neuen ifugen zur Landes-Ordnung, unterm 18ten Januar s vorigen Jahres zur öffentlichen Kenntnifs ge-chten Convention richten zu wollen. Dabei sind *esiger Seits* das Amt *Tenneberg*, und *Herzoglich Meiningischer Seits* das Amt *Breitungen* zu mittelbaren Ablieferungs- und resp. Übernahms-

1823 Orten bestimmt, auch ist zugleich gegenseitig festgesetzt worden, dafs die Schäfer und Dorfhirten, in so fern sie keine selbstständige Wirthschaft haben, nach Analogie des §. 8. der besagten Übereinkunft, den Dienstboten und übrigen dort erwähnten Individuen, welche durch einen längern als zehnjährigen Aufenthalt kein Wohnsitzrecht erlangen, vorkommenden Falls gleich geachtet werden sollen.

Indem solches auf höchsten Befehl Seiner Herzoglichen Durchlaucht unsers gnädigst regierenden Herrn zu Jedermanns Wissenschaft und Nachachtung hierdurch bekannt gemacht wird, werden insbesondere sämmtliche Unterobrigkeiten des hiesigen Landes hiermit angewiesen, nicht nur in allen künftig sich ereignenden Fällen, sondern auch in denjenigen Fällen, welche vielleicht seit dem 1sten April dieses Jahres schon eingetreten sind, sich nach den in der oberwähnten Convention enthaltenen, so wie nach den hierin angegebenen Bestimmungen gebührend zu richten.

Gotha, den 9ten April 1823.

Herzogl. Sächs. Landes-Regierung daselbst.

61.

Convention entre la Hesse électorale et le duché de Brunsvic concernant l'extradition réciproque des criminels et l'abolition des fraix de justice en matières criminelles; publiée à Brunsvic le 5 Mai 1823.

(*Verordnungs-Sammlung für die Herzogl. Braunschweigischen Lande.* 1823. Nro. 4.)

Wir Georg der Vierte, von Gottes Gnaden, König des vereinigten Reichs Grofsbritannien und Irland,

uch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig 1823
nd Lüneburg u. s. w. In vormundschaftlicher Regie-
ung Unsers vielgeliebten Vetters, Herrn Carl, Her-
ogs zu Braunschweig und Lüneburg u. s. w. fügen
iemit zu wissen:

Demnach mit dem Kurfürstlich Hessischen Gou-
ernement wegen wechselseitiger Auslieferung der
'erbrecher und Aufhebung der Gerichtsgebühren in
riminalfällen eine Übereinkunft geschlossen worden,
elche wörtlich folgender Maafsen lautet:

Art. I. Alle Personen, die während ihres Aufent-
alts in einem der beiderseitigen Lande ein Verbre-
hen begangen haben, welches, nach den Grundsätzen
er daselbst geltenden Rechte, eine peinliche Strafe
ach sich zieht, sollen, wenn sie vor erfolgender
estrafung in die anderseitigen Lande sich begeben
aben, an dasjenige Gericht unweigerlich ausgeliefert
erden, in dessen Bezirke das Verbrechen verübt
orden ist. Haben jedoch die Verbrecher, deren Aus-
eferung aus einem der beiden Staaten verlangt wird,
arin einen wirklichen Wohnsitz erworben, so soll
ie Bewilligung der Auslieferung derselben bis zu
iner deshalbigen in jedem einzelnen Falle zwischen
em Herzoglich Braunschweigischen Geheimen Raths-
ollegio und dem Kurfürstl. Hessischen Ministerio zu
reffenden Übereinkunft ausgesetzt bleiben. Wegen
loſser Accise- und Contrebande-Vergehen, selbst
enn darauf überhaupt oder nach den Zeitumständen
. B. bei Fruchtsperren u. s. w. eine peinliche Strafe
esetzt sein sollte, findet die Auslieferung nur dann
tatt, sofern deshalb für den vorkommenden einzel-
en Fall zwischen den beiderseitigen Regierungen eine
Übereinkunft getroffen sein sollte.

Art. II. Sollte nach der Verfassung desjenigen
andes, wo das Verbrechen verübt worden ist, die
Untersuchung von einem andern Gerichte, als dem-
enigen geführt werden, in dessen Bezirke das Ver-
rechen sich zugetragen hat, so erfolgt die Auslifer-
ung an denjenigen Richter, welchem die Untersuchung
bliegt.

Art. III. Der Auslieferung muſs jedes Mal eine
Requisition des die Untersuchung führenden Gerichts

1823 vorhergehen. Mithin soll ein blofses Anerbieten zur Auslieferung, welches sich nicht auf eine in öffentlichen Blättern bekannt gemachte, oder in besondern Schreiben geschehene Requisition gründet, keiner Gerichtsstelle der beiderseitigen Lande die Annahme eines Verbrechers zur Nothwendigkeit machen.

Art. IV. Trüge es sich zu, dafs um die Auslieferung eines Verbrechers zu einer Zeit nachgesucht würde, wo dieser schon wegen eines andern Verbrechens bei dem requirirten Gerichte in Untersuchung befangen ist, so soll die Auslieferung nur alsdann Statt finden, wenn das Verbrechen, welches der requirirende Richter zu untersuchen hat, nach den Grundsätzen der seinem Verfahren zum Grunde liegenden Rechte eine schwerere Strafe nach sich zieht.

Art. V. Ist es aber zweifelhaft, welches von beiden Verbrechen eine schwerere Strafe nach sich ziehe, oder sind beide Verbrechen von gleicher Strafbarkeit, so unterbleibt die Auslieferung, sofern nicht in dem betreffenden einzelnen Falle durch Übereinkunft der beiderseitigen Regierungen ein Anderes beliebt wird.

Art. VI. Erfolgt die Auslieferung in einem solchen Falle, wo der Verbrecher in beiden Staaten sich vergangen hat, so werden dem requirirenden Richter die von dem requirirten Gerichte geführten Akten und alle sonst erforderlichen Nachrichten zugleich mitgetheilt, um darnach die auf beiden Verbrechen beruhenden Strafen zu erkennen und auch sonst in Ansehung der Entschädigung oder anderer Umstände darauf die nöthige Rücksicht nehmen zu können.

Art. VII. Wenn der Verbrecher, um dessen Auslieferung nachgesucht wird, nicht bereits bei dem requirirten Gerichte sich in Haft befindet, so sollen zur Verhaftung desselben die schleunigsten Anstalten getroffen werden.

Art. VIII. Sobald der Verbrecher, aufser den vorher im 3ten Artikel bemerkten Fällen, in Verhaft gezogen ist, mufs der requirirte Richter dem requirirenden davon unverzüglich Nachricht ertheilen, damit dieser sodann die ungesäumte Abholung besorge. Der requirirte Richter hat demnach die eigne Abschickung des Verbrechers nur alsdann zu veranstalten, wenn beide Richter deshalb einverstanden sind.

Art. IX. Auch in solchen Criminalfällen, wo 1823
cht um die Auslieferung eines Verbrechers, sondern
r um Vernehmung von Zeugen oder anderer Per-
nen und um Mittheilung der Akten oder sonstiger
achrichten angesucht wird, sollen die Gerichtsstel-
n der beiderseitigen Lande mit aller Willfährigkeit
nander zu Hülfe kommen. Selbst die Stellung der
eugen oder anderer Personen soll, wenn sie der re-
irirende Richter unumgänglich nöthig findet, nicht
rweigert werden.

Art. X. Wenn wegen anzustellender Confronta-
nen die Stellung eines oder mehrerer Inquisiten
thig erachtet wird, so sollen auf vorgängige Mit-
eilung der oberen Gerichtsbehörden derselbe oder
eselben nicht blofs bis auf die Gränze, sondern un-
den erforderlichen Sicherheitsanstalten an das un-
suchende Gericht selbst zu solchem Zwecke ver-
folgt werden.

Art. XI. Wenn der an das requirirende Gericht
sgelieferte Verbrecher hinreichendes eigenes Ver-
igen besitzt, so werden hieraus dem requirirten
chter nicht allein alle baaren Ausgaben, sondern
h die sämmtlichen, nach der bei dem requirirten
richte üblichen Taxe zu liquidirenden Gerichtsge-
ren entrichtet. Hat aber der ausgelieferte Ver-
cher kein hinreichendes eignes Vermögen, so fal-
die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Ge-
hts durchgehends weg und der requirirende Richter
zahlt alsdann dem requirirten Gerichte lediglich
baaren Auslagen, welche durch die Haft und die
terhaltung des Verbrechers bis zu erfolgter Abho-
g desselben veranlafst worden sind.

Art. XII. Nach gleichen Grundsätzen soll auch
Absicht der Bezahlung der Kosten in solchen Cri-
nalfällen verfahren werden, wo es nicht auf die
slieferung von Verbrechern, sondern nur auf die
hörung oder Stellung von Zeugen oder anderen
sonen ankommt.

Art. XIII. Zur Entscheidung der Frage: ob der
rbrecher hinreichendes eigenes Vermögen zur Be-
ilung von Gerichtsgebühren besitze oder nicht, soll
den beiderseitigen Landen etwas weiteres nicht, als
s Zeugnifs desjenigen Gerichts erfordert werden,

1823 unter welchen der Verbrecher seine eigentliche Wohnung hat. Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Staate gehabt haben und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden sein, so wird es angesehen, als ob derselbe kein hireichendes eigenes Vermögen besitze.

Art. XIV. Den bei Criminal-Untersuchungen zu stellenden Zeugen und anderen abzuhörenden Personen sollen die Reise- und Zehrungskosten, nebst der wegen ihrer Versäumnifs ihnen gebührenden Vergütungs-Summe, nach deren von dem requirirten Gerichte geschehenen Verzeichnung, bei erfolgter wirklicher Stellung vor dem requirirenden Richter sofort verabreicht werden; und, sofern dieselben deswegen eines Vorschusses bedürfen, wird das requirirte Gericht zwar die Auslage davon übernehmen, jedoch soll diese von dem requirirenden Richter, auf die davon erhaltene Benachrichtigung, dem requirirten Gerichte ungesäumt wieder erstattet werden.

Art. XV. Wegen Durchführung der Gefangenen durch beiderseitige Lande wird festgesetzt, dafs, in den Fällen, wenn

a. der Gefangene kein Unterthan desjenigen Landesherrn ist, durch dessen Lande die Durchführung geschieht,

b. die zur Wache mitgegebene Mannschaft nicht vom Militair ist, sondern nur aus Polizei-Bedienten oder andern Personen besteht, auch

c. nicht von beträchtlicher Anzahl, und höchstens fünf Mann stark ist, solche auf blofse Pässe der Polizeibehörden, welche jedoch die obige Einschränkung unter a. deutlich enthalten müssen, von den Garnisonen und jeden Ortsobrigkeiten gestattet auch der nothige Beistand dabei geleistet werden aufser solchen Fällen aber die vorgängige Correspondenz der höherenBehörden fernerweit erforderlich sein solle.

Art. XVI. Die gegenwärtige, auf Beförderung einer unverweilten Rechtspflege gerichtete Vereinbarung soll in den Landen beider höchsten paciscirenden Theile gewöhnlicher Maafsen bekannt gemacht

l von allen Behörden, welche sie angeht, gebüh- 1823
d befolgt werden;

und wenn diese Übereinkunft von Uns in allen
ıcten genehmigt ist: so wird der Inhalt derselben
rdurch zur allgemeinen Kenntnifs gebracht und
en genaueste Befolgung in allen vorkommenden
len den betreffenden Landesbehörden, so wie
em Jeden, welchen es sonst angeht, hiedurch an-
ohlen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten
stlichen geheimen Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 5ten Mai 1823.

Auf allerhöchsten Special-Befehl.

Graf von Alvensleben.

v. Schmidt-Phiseldeck. v. Schleinitz.

62.

rtel entre S. M. le Roi de Dane-
ırc et la ville libre de Hambourg,
ncernant l'extradition réciproque
s déserteurs, conclu à Hambourg
le 27 Mai 1823.

mmlung der Verordnungen der freien Hanse-
dt Hamburg, bearbeitet von C. D. Anderson.
Bd. 8. p. 72.)

nvention zwischen Sr. Majestät dem Könige von
nemark und der freien und Hansestadt Hamburg,
en Auslieferung der Deserteure und ausgetretenen
tärpflichtigen.

Art. I. Alle von der Armee Sr. Majestät des
ıigs von Dännemark und den Truppen der freien
Hansestadt Hamburg desertirte, oder künftig de-
irende Militärpersonen, sollen gegenseitig ausge-
ert werden.

1823 Art. II. Als Deserteure werden, ohne Unter-
schied des Grades oder der Waffe, alle diejenige
angesehen: welche zu irgend einer Abtheilung de
stehenden Heeres, oder der bewaffneten Landesmach
nach den gesetzlichen Bestimmungen eines jeden de
beiden Staaten gehören und demselben mit Eid un
Pflicht verwandt sind; mit Inbegriff der, bei d
Artillerie oder sonstigem Fuhrwesen angestellte
Knechte.

Art. III. Sollte der Fall vorkommen, dafs ei
Deserteur der contrahirenden Theile, früher scho
aus einem andern Staate desertirt wäre, so wir
dennoch, selbst wenn mit dem Letzteren ebenfal
Auslieferungs-Verträge beständen, die Auslieferun
stets an denjenigen der contrahirenden Theile erfo
gen, dessen Dienste er zuletzt verlassen hat. Wen
ferner ein Soldat, von den Truppen eines der paci
cirenden Staaten, zu denen eines dritten, und vo
diesen wiederum in die Lande des andern paisci
renden Staates, oder sonst zu dessen Truppen deser
tirt, so kommt es darauf an: ob letzterer Staat m
jenem einen Cartel hat. Ist dieses der Fall, so wir
der Deserteur dahin abgeliefert, woher er zulet
entwichen; im entgegengesetzten Falle aber, wird
dem paciscirenden Staate, dessen Dienste er zuer
verlassen hat, ausgeliefert.

Art. IV. Nur folgende Fälle werden als Gründ
die Auslieferung eines Deserteurs zu verweigern
anerkannt:

a. wenn der Deserteur aus den Staaten Sr. Majest
des Königs von Dännemark, oder aus dem Terr
torio der freien und Hansestadt Hamburg gebürt
ist, und also, vermittelst der Desertion, nur i
seine Heimath zurückkehrt;

b. wenn ein Deserteur in dem Staate, in welchem
entwichen ist, ein Verbrechen begangen hat, de
sen Bestrafung vor seiner Auslieferung die Lande
gesetze erfordern. Wenn nach überstandener Stra
der Deserteur ausgeliefert wird, sollen die de
selben betreffenden Untersuchungsacten, entwed
in Original, oder auszugsweise und in beglaubte
Abschriften, übergeben werden, damit ermesse

werden kann, ob ein dergleichen Deserteur noch 1823
zum Militärdienste geeignet sei, oder nicht.

Schulden, oder andere von einem Deserteur ein-
angene Verbindlichkeiten, geben dagegen, so we-
wie das, in einem der paciscirenden Staaten
a erschlichene Bürgerrecht, dem Staate, in wel-
m er sich aufhält, ein Recht, dessen Auslieferung
versagen.

Art. V. Die Verbindlichkeit zur Auslieferung
treckt sich auch auf Pferde, Sattel und Reitzeug,
natur und Montirungsstücke, welche von den De-
teuren etwa mitgenommen worden sind, und tritt
h dann ein, wenn der Deserteur selbst, nach den
timmungen des vorhergehenden Artikels, nicht
geliefert wird.

Art. VI. Die Auslieferung geschieht in der Re-
freiwillig, und ohne erst eine Requisition abzu-
ten. Sobald daher eine Militär- oder Civilbe-
de einen jenseitigen Deserteur entdeckt, wird so-
die Auslieferung desselben, so wie der, etwa
ihm vorgefundenen Effecten, Pferde, Waffen
. w. veranlafst.

Art. VII. Sollte aber ein Deserteur der Auf-
ksamkeit der Behörden desjenigen Staates, in
chen er übergetreten ist, entgangen sein, so wird
sen Auslieferung sogleich auf die erste desfallsige
uisition erfolgen, selbst dann, wenn er Gelegen-
gefunden hätte, in dem Militärdienste des ge-
nten Staates angestellt zu werden. Nur, wenn
die Richtigkeit wesentlicher, in der Requisition
egebener Thatsachen, welche die Auslieferung
rhaupt bedingen, solche Zweifel obwalten, dafs
or eine nähere Aufklärung derselben, zwischen
requirirenden und der requirirten Behörde nöthig
d, ist der Auslieferung Anstand zu geben.

Art. VIII. Ein Deserteur, dessen Auslieferung
uirirt wird, soll an der Gränze des respective
nischen und Hamburgischen Gebietes ausgeliefert
den, und die requirirende Behörde soll den De-
teur von da abholen lassen. Die Requisition zur
slieferung der Dänischen Deserteure, die zum
nburgischen Kriegsdienste angenommen sein möch-

1823 ten, geschieht bei dem jedesmaligen Chef der Hamburgischen Garnison, in allen übrigen Fällen aber bei dem jedesmaligen Polizeidirector zu Hamburg. Die Requisitionen wegen Auslieferung der etwa in Königlich Dänischen Diensten befindlichen Hamburgischen Deserteure, werden bei dem General-Commando der Provinz, wo der Deserteur sich befindet, angebracht, in allen übrigen Fällen aber an die betreffenden Königlich Dänischen höchsten Civilobrigkeiten gerichtet. Diese sind: der Polizgidirector in Copenhagen und im Königreiche Dännemark aufserhalb Copenhagen: die Amtmänner; im Herzogthume Schleswig: das Schleswigsche Obergericht zu Schleswig; im Herzogthum Holstein: das Holstein-Lauenburgische Obergericht zu Glückstadt; für die Stad Altona jedoch: der dortige Oberpräsident; und fü das Herzogthum Lauenburg: die Lauenburgische Regierung zu Ratzeburg.

Art. IX. An Unterhaltungskosten wird, fü jeden auszuliefernden Deserteur, von dem Tage de Verhaftung, bis zum Tage seiner Auslieferung ein schliefslich, Dänischer Seits 16 Rbschill. Silbermünz oder 5 Lübschill.; für ein Cuirassierpferd $\frac{7}{16}$ Scheff Hafer, 9 Pf. Heu und 6 Pf. Stroh, für ein Lanzenier Dragoner- und Husaren-Pferd aber, täglich $\frac{7}{16}$ Schef fel Hafer, 7 Pf. Heu und 6 Pf. Stroh Dänisch Ma und Gewicht, gut gethan; und Hamburgischer Sei für den Deserteur täglich 5 Lübschill., für ein Pfe aber, täglich $\frac{7}{16}$ Scheffel Hafer, 9 Pf. Heu und 6 P Stroh, nach Hamburgischem Maafs und Gewicht g gethan. Die Berechnung der Futterkosten geschie nach den Marktpreisen des Orts oder der nächs Stadt, wo die Arretirung vorgenommen ist, und d Bezahlung erfolgt ohne die geringste Schwierigke gleich bei der Auslieferung. Wenn auf die ausz liefernden Deserteure, nach ihrer, zum Zweck d Auslieferung erfolgten Verhaftung, wegen Krankh höhere Verpflegungskosten haben verwendet werd müssen, so werden diese ebenfalls sofort bei d Auslieferung, jedoch auf dem Grunde einer mitz theilenden besonderen Berechnung erstattet.

Art. X. Aufser diesen Kosten, und der nachstehenden Art. XI. bemerkten Belohnung, ka

n Mehreres unter irgend einem Vorwande, wenn 1823
ıch gleich der auszuliefernde Mann unter den Trup-
en des Staates, der ihn auszuliefern hat, angewor-
en sein sollte, etwa wegen des Handgeldes, genos-
ıner Löhnung, Bewachung und Fortschaffung, oder
ie es sonst Namen haben möchte, nicht gefordert
erden.

Art. XI. Dem Unterthan, welcher einen Deser-
ıur einliefert, soll eine Gratification von 6 Rbthlr.
Mark in Silbermünze, oder in so weit es das Her-
ogthum Lauenburg betrifft von 4 Rthlr. 8 Schill.
Iambgr. (Hamburgischer Seits gleichfalls von 4 Rthlr.
Schill. oder 12 Mark 8 Schill. Hamb. Cour.) für
inen Mann ohne Pferd; und von 13 Rbthlr. 2 Mark
ı Silbermünze oder so weit es das Herzogthum
Lauenburg betrifft, von 8 Rthlr. 16 Schill. Hamb.
Courant (Hamburgischer Seits gleichfalls von 8 Rthlr.
6 Schill. oder 25 Mark Hamb. Courant) für einen
Iann mit dem Pferde verabreicht, von dem auslie-
ernden Theile vorgeschossen und sofort bei der Ab-
ieferung wieder erstattet werden. In Rücksicht an-
erer ausgetretener Militärpflichtigen, die, nach
Art. II. nicht in die Classe der eigentlichen Deser-
eure gehören, fällt dieses Cartelgeld weg.

Art. XII. Über den Empfang der, Art. IX und
XI. gedachten Kosten und Gratificationserstattung hat
lie auslieferude Behörde zu quitiren. Des etwa nicht
ofort auszumittelnden Betrages der zu erstattenden
Unkosten halber, ist aber die Auslieferung des De-
erteurs, wenn derselben sonst kein Bedenken ent-
egen steht, nicht aufzuhalten.

Art. XIII. Allen Behörden, besonders den
Gränzbehörden, wird es zur unverbrüchlichen Pflicht
gemacht, auf die jenseitigen Deserteure ein wachsa-
nes Auge zu haben; und daher einen jeden, aus
lessen Aussagen, Kleidung, Waffen, oder anderen
Anzeichen sich ergiebt, dafs er ein solcher Deserteur
ei, sogleich, ohne erst eine Requisition deshalb ab-
uwarten unter Aufsicht zu stellen, oder nach Um-
ständen zu verhaften.

Art. XIV. Alle, die, nach der Verfassung der
beiderseitigen Staaten, Reserven oder Landwehr oder

1823 überhaupt militärpflichtig sind, und welche sich, von Zeit der Publication dieser Convention an, in die Lande Sr. Majestät des Königs von Dännemark und das Gebiet der freien und Hansestadt Hamburg, oder zu den Truppen eines der paciscirenden Staaten begeben, sind, auf vorgängige Reclamation, der Auslieferung ebenfalls unterworfen, und es soll mit dieser Auslieferung im Übrigen, sowohl in Hinsicht der dabei zu beobachtenden Form, als auch wegen der zu erstattenden Verpflegungskosten, eben so gehalten werden, wie es wegen Auslieferung militärischer Deserteure in dieser Convention bestimmt ist. Bei allen solchen Auslieferungen aber, die von der Obrigkeit auf jenseitige Requisition bewirkt worden, wird ein Cartelgeld nicht entrichtet.

Art. XV. Den beiderseitigen Behörden und Unterthanen ist es strenge untersagt, Deserteure oder solche Militärpflichtige, die ihre desfalsige Befreiung nicht hinlänglich nachweisen können, zu Kriegsdiensten anzunehmen, deren Aufenthalt zu verheimlichen, oder dieselben, um sie etwanigen Reclamationen zu entziehen, in entferntere Gegenden zu befördern. Auch wird es nicht gestattet werden, dafs von irgend einer fremden Macht, dergleichen Individuen, innerhalb der Staaten der contrahirenden Theile angeworben werden.

Art. XVI. Wer sich der wissentlichen Verhehlung eines Deserteurs oder Militärpflichtigen, und der Beförderung der Flucht desselben schuldig macht, wird mit einer nachdrücklichen Geld- oder Gefängnifsstrafe belegt.

Art. XVII. Gleichmäfsig ist es den Unterthanen beider contrahirenden Staaten untersagt, von einem jenseitigen Deserteur, Pferde, Sattel und Reitzeug, Armatur und Montirungsstücke zu kaufen, oder sonst an sich zu bringen. Der Übertreter dieses Verbots, wird nicht allein zur Herausgabe dergleichen an sich gebrachter Gegenstände, oder zur Erstattung des Werthes, ohne den mindesten Ersatz, angehalten, sondern überdies, wenn er wissentlich von einem Deserteur etwas gekauft oder an sich gebracht hat, mit Geld- oder Gefängnifsstrafe belegt.

Art. XVIII. Jede gewaltsame oder heimliche 1823
Anwerbung im jenseitigen Territorio, Verführung jenseitiger Soldaten zur Desertion, oder anderer Unterthanen zum Austreten mit Verletzung ihrer Militärpflicht ist, bei angemessener Ahndung strenge untersagt. Wer sich der desfalsigen Bestrafung durch die Flucht entzieht, oder von seinem Vaterlande aus, auf obige Art auf jenseitige Unterthanen zu wirken sucht, wird, auf desfalsige Requisition, in seinem Vaterlande zur Untersuchung und Bestrafung gezogen werden.

Art. XIX. Diejenigen Deserteure und ausgetretenen Militärpflichtigen, welche innerhalb zweier Monate von der Publication dieser Convention an gerechnet, in den Staat, aus welchem sie entwichen sind, wieder zurückkehren, werden ihrer Entweichung wegen nicht bestraft.

Art. XX. Den Landeskindern beider Theile, welche, zur Zeit der Publication, wirklich in dem Militärdienste des anderen Staates sich befinden, soll die Wahl freistehn, entweder in ihren Geburtsort zurück zu kehren, oder in den Diensten, in welchen sie sich befinden, zu bleiben. Doch müssen sie sich längstens binnen einem Jahre, nach Publication gegenwärtiger Convention, desfalls bestimmt erklären, und es soll denjenigen, welche in ihre Heimath zurückkehren wollen, der Abschied unweigerlich ertheilt werden. Bei freiwilligen Capitulanten treten diese Bestimmungen erst nach Ablauf der Capitulation ein.

Art. XXI. Gegenwärtige Convention wird beiderseits zur genauesten Beachtung publicirt werden und ist gültig und geschlossen auf sechs Jahre, mit stillschweigender Verlängerung, bis zu erfolgender Aufkündigung, welche sodann jederzeit jedem der contrahirenden Theile ein Jahr voraus freisteht.

Wenn jedoch auf dem deutschen Bundestage zu Frankfurt, allgemeine Beschlüsse gefafst werden sollten, welche mit den vorstehenden Bestimmungen unvereinbar wären, so wird, in Ansehung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, das bundesschlufsmäfsige Verfahren künftig an die Stelle treten.

So geschehen zu Hamburg, den 27ten Mai 1823.

63.

1823 *Convention entre la Prusse et le royaume des Pays-Bas à cause de la restitution des avances dans les procédures criminelles, signée à Bruxelles le 7 Juin* 1823.

(*Gesetz - Sammlung der Königlichen Preufsischen Staaten* J. 1823. No. 14. p. 153.)

Les gouvernemens de Prusse et des Pays-Bas ayant reconnu l'utilité de s'entendre sur la restitution des avances dans les procédures criminelles par les tribunaux et autres autorités compétentes des états respectifs; les soussignés chargé d'affaires de S. M. le Roi de Prusse et Ministre des affaires étrangères de S. M. le Roi des Pays-Bas, à ce dûement autorisés, déclarent que leurs gouvernemens sont convenus mutuellement des points suivans, savoir:

1. que les ordres nécessaires seront donnés de part et d'autre pour que les tribunaux et officiers de justice ou autres autorités compétentes de l'un des deux états réquis par ceux de l'autre, ne mettent en ligne de compte que les véritables avances qu'ils auront été dans le cas de faire et notamment,

a. les frais de voyage et de séjour des temoins,

b. les frais de voyage et les honoraires des experts et gens de l'art,

c. les frais d'insertion de publications dans les gazettes et feuilles publiques et

d. les frais de transport des criminels,

d'après le taux de 4 gros vieille ou 5 gros nouvelle monnoie de Prusse, ou bien $29\frac{1}{11}$ cents. argent des Pays-Bas, par mille et ceux de leur entretien, d'après le taux adopté dans la convention de cartel, conclue le 11 Juin 1818 entre les deux états, par rapport à l'entretien des déserteurs.

2. Que la liquidation de ces avances se fera d'après les taxes légales, usitées près du tribunal où l'audition a lieu. — Que cependant dans le cas d'assignation de témoins, experts ou gens de l'art devant les tribunaux étrangers, les gouvernemens respectifs se réservent la faculté de se prévenir réciproquement *pro re nata* et lorsqu'on attacheroit une valeur particulière à la comparution de ces temoins, experts et gens de l'art, qu'on seroit disposé à leur assurer une certaine indemnité extraordinaire pour que ceux-ci puissent en être informés en même tems que la demande de comparoir leur seroit faite. 1823

3. Que la liquidation des autres frais de justice n'aura pas lieu.

4. Que les principes ne seront applicables qu'aux réquisitoires dans les affaires criminelles et

5. que les avances surmentionnées faites déjà ou à faire encore dans la suite, par l'un ou l'autre tribunal, officier de justice ou autre autorité compétente, seront restituées par la partie réquerante à celle qui en aura été réquise par correspondance immediate et sans intervention diplomatique.

Fait et signé en double à l'hôtel du département des affaires étrangères à Bruxelles, le 7 Juin 1823.

H. A. DE SALVIATI.
A. W. DE NAGELL.

64.

Traité d'amitié et d'alliance entre la république de Colombie et l'état de Buenos-Ayres, du 10 *Juin* 1823.

(*Le Moniteur Universell* 1823. No. 299. *Extrait du registro official de Buenos-Ayres* du 28 Juin 1823.)

Le gouvernement de l'état de Buenos-Ayres ayant en vertu des lettres de créance présentées et légalisées

1823 en due forme, reconnu l'honorable Joaquim Mosquera-y-Arboleda, membre du sénat, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la république de Columbia; celui-ci ayant communiqué au ministre des affaires étrangères Don Bernardino Rivadavia, les voeux de son gouvernement, les deux ministres sont convenus des conditions suivantes, qu'ils considèrent comme propres à augmenter et à consolider les relations amicales entre les dits états, et ont définitivement conclu un traité, dont voici les articles:

Art. I. La république de Columbia et l'état de Buenos-Ayres établissent solemnellement et à perpetuité par ce traité, l'amitié qui naît naturellement entre eux de l'identité de principes et de la communauté d'intérêts.

Art. II. Une parfaite réciprocité entre les gouvernemens et les citoyens des deux états, sera la base du traité d'amitié stipulé par le précedent article.

Art. III. La république de Columbia et l'état de Buenos-Ayres concluent à perpétuité une alliance défensive pour assurer leur indépendance de l'Espagne et de toute autre domination étrangère.

Art. IV. Tous les cas découlant de cette alliance seront réglés par des traités spéciaux, en se conformant aux circonstances et aux ressources de chaque état.

Art. V. Le présent traité sera ratifié par le gouvernement de Columbia, aussitôt qu'il aura pu être sanctionné par le congrès, conformément à la constitution de cet état, sec. 2. Art. 25, loi 18. et par le gouvernement de Buenos-Ayres, conformément à la sanction du corps-législatif dans la session qui s'ouvrira au mois de Mai prochain.

Art. VI. Pour l'effet légal et la validité du présent traité, il en sera signé et scellé deux de la même teneur, d'une part, part le ministre columbien qui y apposera le sceau de sa légation; et de l'autre, par

le ministre de Buenos-Ayrès, qui y apposera le sceau 1823
de l'office des affaires étrangères.

Signé, JOAQUIM MOSQUERA.

Scellé du sceau DE COLUMBIA
et BERNARDINO RIVADAVIA.

Scellé du sceau DE BUENOS-AYRES.

Ratification

BUENOS-AYRES le 10 Juin 1823.

En vertu de la loi d'autorisation au pouvoir exécutif passée aujourd'hui, le traité est ratifié.

Signé, BERNARDINO RIVADAVIA.

65.

Traité entre la Prusse et le grand-duché de Saxe-Weimar et Eisenach concernant les droits à percevoir sur la frontière extérieure du territoire Prussien du commerce des baillages enclavés d'Allstedt et d'Oldisleben, signé le 27 Juin et ratifié le 15 Août 1823.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten.* J. 1823. No. 18. S. 169.)

Da die Gefälle, welche dem Königlich Preufsischen Gesetze vom 26ten Mai 1818 gemäfs, auf den äufsern Gränzen des Preufsischen Staats erhoben werden, auch mehrere in demselben eingeschlossene souveraine Besitzungen deutscher Bundesstaaten, namentlich auch die souverainen Grofsherzoglich Sachsen-Weimarschen Ämter Allstedt und Oldisleben treffen, Seine Majestät der König von Preufsen aber geneigt sind, dasjenige Einkommen, welches Ihren Kassen in

1823 Folge dieses besonderen Verhältnisses zufliefst, den landesherrlichen Kassen gedachter Staaten für den Fall überweisen zu lassen, dafs eine gemeinschaftliche, billige Übereinkunft deshalb getroffen werden könnte; so haben Seine Königliche Hoheit der Grofsherzog zu Sachsen-Weimar und Eisenach Sich zu einer solchen für Ihre ebengedachten Ämter, unbeschadet Ihrer landesherrlichen Hoheitsrechte, bereit erklärt, und es ist hierauf durch die von Seiten beider Theile ernannten Bevollmächtigten, nämlich:

von Seiten Seiner Majestät des Königs von Preufsen durch den geheimen Legationsrath *von Bülow* u. s. w., von Seiten Seiner Königlichen Hoheit des Grofsherzogs zu Sachsen-Weimar und Eisenach, durch Ihren Geschäftsträger am Königlich Preufsischen Hofe, Herrn *von Cruickshank* u. s. w.

nachstehender Vertrag unter Vorbehalt der beiderseitigen landesherrlichen Genehmigung abgeschlossen worden.

Art. I. Seine Majestät der König von Preufsen und Seine Königliche Hoheit der Grofsherzog von Sachsen-Weimar wollen in den, zur Sicherung Ihrer landesherrlichen Gefälle und Aufrechthaltung der Gewerbe Ihrer Unterthanen nothwendigen Maasregeln einander gegenseitig freundschaftlich unterstützen, und daher namentlich auch gestatten, dafs Königlich Preufsische Zoll- und Grofsherzoglich Sächsische Impostbeamten in den Ämtern Allstedt und Oldisleben die Spur begangener Unterschleife in die gegenseitigen, innerhalb der Zoll-Linie an den äufseren Gränzen des Preufsischen Staates, gelegenen Gebiete verfolgen, und, mit Zuziehung der Ortsobrigkeiten, sich des Thatbestandes versichern.

Wenn auch zu dessen Feststellung oder zur Sicherung der Gefälle und Strafen, Visitationen, Beschlagnahmen und Vorkehrungen von den Zoll- oder Impostbeamten des einen oder des andern contrahirenden Theils, bei den Landes- oder Ortsbehörden in Antrag gebracht werden, sollen diese, nachdem sie sich von der Zulässigkeit, den Umständen nach, überzeugt haben, solche alsbald willig und zweckmäfsig veranstalten. Seine Königliche Hoheit wollen

auch in Ihrem Lande verordnen und darauf halten 1823
lassen:

1. Dafs alle Einwohner der Ämter Allstedt und Oldisleben, oder andere sich in denselben aufhaltende Personen, welche Waaren, unterscheiflich über die äufsere Preufsische Gränze eingeführt haben, oder welche sonst Handlungen begehen, welche gegen das Preufsische Steuergesetz und Ordnung vom 26ten Mai 1818 und die darauf sich beziehenden gesetzlichen Deklarationen laufen, welche durch die Gesetzsammlung entweder schon bekannt gemacht worden sind, oder durch dieselbe noch in Zukunft werden bekannt gemacht werden, nach der Strenge dieser Gesetze, deren Kenntnifs bei ihnen vorausgesetzt wird, auch von den Weimarschen Gerichten, wenn von diesen die Untersuchung und Überführung erfolgt, bestraft werden sollen.

2. Dafs diejenigen, welche innerhalb der Gränzen der beiden mehr erwähnten Ämter Handlungen begehen, durch welche eine Kontrebande mit Salz und Spielkarten, oder eine Defraude mit anderen Waaren, welche einer auch von Preufsischen Unterthanen innerhalb der Gränzen des Preufsischen Staats zu erhebenden Verbrauchsteuer unterworfen sind, geschieht oder befördert wird, mindestens um den doppelten Betrag des dadurch gesuchten Vortheils, insofern aber die Grofsherzoglichen Gesetze die Defraudation des Impostes mit härteren Strafen ahnden, nach solchen bestraft werden. Es soll jener Vortheil mindestens dem Betrage der Abgabe gleich geachtet werden, womit die Waare im Preufsischen belegt ist. Bei dem Salze wird als Abgabe der Preis angesehen werden, zu welchem in den Niederlagen oder Factoreien der nächsten Königlichen Saline, das Salz zum inländischen Gebrauche an Preufsische Unterthanen verkauft wird. Dagegen sichern Seine Majestät der König Seiner Königlichen Hoheit dem Grofsherzoge für die beiden mehrgedachten Ämter volle Erwiederung der in gegenwärtigem Artikel sub 1 und 2 gemachten Zustehungen in ähnlichen Fällen z. B. bei Defraudationen des Weimarschen Impostes zu.

Art. II. Seine Majestät der König von Preufsen und Seine Königliche Hoheit der Grofsherzog von

1823 Sachsen-Weimar versichern Ihren Unterthanen gegenseitig den völlig freien und ungestörten Verkehr zwischen den innerhalb der Zoll-Linie an den äufseren Gränzen des Königlich Preufsischen Staates belegenen Königlich Preufsischen und Grofsherzoglich Sächsischen Landen dergestalt, dafs die von den beiderseitigen Unterthanen innerhalb des gedachten Bezirks zu verführenden Waaren und Erzeugnissen aller Art, überall den eigenen inländischen völlig gleich behandelt werden sollen. Mithin werden auch solche inländische Erzeugnisse, welche in den Königlich Preufsischen Landen oder den Grofsherzoglichen Ämtern Allstedt und Oldisleben mit besonderen Verbrauchsteuern zur Zeit belegt sind, oder künftig belegt werden möchten, vom einen dieser beiden Gebiete in das andere in sofern von jeder Abgabe und sonstigem Hindernifs frei übertragen, als in beiden Ländern dem Landesherrn gleiche Abgaben davon entrichtet werden.

Art. III. Da jedoch ein völlig freier Verkehr zwischen den Preufsischen und Sachsen-Weimarschen Landen, wie er im vorstehenden Artikel beabsichtigt wird, nur dann möglich ist, wenn eine völlige Gleichheit der indirecten Abgaben-Verfassung, auch in Beziehung auf alle inländischen Erzeugnisse Statt findet; so wollen Seine Königl. Hoheit der Grofsherzog zu Sachsen-Weimar und Eisenach den Zins der Branntweinbrenner oder die Auflage auf den Branntwein, welcher in den Ämtern Allstedt und Oldisleben erzeugt wird, vier Wochen nach erfolgter Auswechselung der Ratificationen gegenwärtigen Vertrags dergestalt erhöhen, dafs solche der Preufsischen Abgabe vom inländischen Branntwein völlig gleich kommt, und die schon bestehenden Controllen jederzeit in vollem Maafse wirksam erhalten, damit die Preufsische Regierung nicht in die Nothwendigkeit versetzt werde, einen Gränzschutz gegen die eben erwähnten Ämter wieder anordnen zu müssen. — In Rücksicht auf das obige Versprechen Seiner Königlichen Hoheit und in Erwägung, dafs Wein und Tabacksbau in den Grofsherzoglichen Ämtern Allstedt und Oldisleben nicht getrieben wird, das Bier aber daselbst mit einer solchen Abgabe belegt ist, dafs das

Verführen desselben in das Preufsische Gebiet zur Zeit 1823
keiner besondern Beachtung bedarf, wollen Seine Majestät der König von Preufsen, die Kosten der Erhebung der Gefälle an den äufseren Gränzen des Preufsischen Staats allein tragen und Seiner Königlichen Hoheit keine Verwaltungskosten in Abzug bringen lassen.

Art. IV. Seine Königliche Hoheit der Grofsherzog behalten sich jedoch vor, für den in den Ämtern Allstedt und Oldisleben erzeugten Branntwein, welcher nach dem nicht Preufsischen Auslande bestimmt ist, eine Ihnen beliebige Steuer-Vergütigung zu bewilligen: die Königlich Preufsische Regierung wird der Durchfuhr solchen durch das Preufsische Gebiet nach dem Auslande gehenden, mit einer Steuer-Vergütigung begünstigten Branntweins kein Hindernifs in den Weg legen und von demselben weder beim Eingange, Durchgange noch Ausgange irgend eine Abgabe erheben; unter der Bedingung:

1. dafs der Branntwein nicht unter 40 Grade Alkohol-Stärke, nach dem Alkoholometer von Tralles, habe, und das auszuführende Quantum mindestens jedesmahl ein Eymer sei;
2. dafs die betreffende Grofsherzogliche Behörde dem Exportanten vierteljährig einen Zusage- oder Bewilligungsschein zur Ausfuhr ertheile, und dieser oder beglaubigte Abschrift desselben jeden Transport begleite;
3. dafs die betreffende Grofsherzogliche Behörde die declarirte Zahl und den Inhalt der zur Ausfuhr bestimmten Gebinde nebst Alkohol-Stärke auf dem Zusage-Schein vermerke; auf Spund und Zapfen jedes Gebindes Siegel lege und die Richtung des Transportes nach einem Königlichen Gränz-Zollamte bestimme.

Da beiden Regierungen ebenmäfsig daran gelegen ist, dafs mit dem unter Steuervergütung nach dem Auslande gehenden Branntwein kein Unterschleif getrieben werde, so wird die Königlich Preufsische ihre Gränz-Zollämter anweisen, nach Visirung der Gebinde und Untersuchung der Stärke des Branntweins die Ergebnisse auf den Grofsherzoglichen Zusage-

1823 scheinen ganz speciell zu vermerken, letztere aber sodann unverweilt an die Grofsherzogliche Ausstellungsbehörde zurückzusenden, die Grofsherzogliche Regierung wird dagegen die Steuervergütung nicht eher und nur in sofern gewähren, als die Ergebnisse des Ausgangs mit dem Inhalte gedachter Zusagescheine übereinstimmen.

Art. V. In Rücksicht auf die in den Artikeln 1. 2 und 3. getroffene gegenseitige Vereinbarung versprechen Seine Majestät der König von Preufsen dasjenige Einkommen, welches Ihren Kassen in Folge des im Eingange dieses Vertrages bezeichneten besonderen Verhältnisses zufliefsen dürfte, den landesherrlichen Kassen Seiner Königlichen Hoheit des Grofsherzogs überweisen zu lassen.

Da aber nach den Bestimmungen des Zoll- und Verbrauchsteuer-Gesetzes vom 26ten Mai 1818 die Gefälle auf den äufsern Gränzen des Preufsischen Staats erhoben werden, und deshalb nicht zu ermitteln ist, wieviel die Grofsherzoglichen Unterthanen in den Ämtern Allstedt und Oldisleben davon für die aus dem Auslande zu beziehenden Waaren entrichtet haben dürften: so wollen Seine Majestät der König, Seiner Königlichen Hoheit dem Grofsherzoge einen Antheil an der Total-Summe eben erwähnter Gefälle nach folgenden Grundsätzen gewähren.

Dieser Antheil wird von drei zu drei Jahren, und zwar allemahl für drei Jahre zum voraus, das nächste Mahl aber zu Anfang des Jahres 1825 festgesetzt, und in solchem Umfange gewährt werden, dafs er sich zum jedesmahligen letzt dreijährigen Ertrag des Einkommens an Verbrauchsteuern bei den Königlichen Zoll- und Steuer-Ämtern in den sieben östlichen Provinzen des Preufsischen Staats verhalte, wie die Bevölkerung der Ämter Allstedt und Oldisleben zu jener des, in den Zollverband aufgenommenen, Theils der eben erwähnten sieben Provinzen. Es wird dabei, um die Streitigkeiten der Sonderung der Zollgefälle von der Verbrauchsteuer zu beseitigen, welche letztere nach der dermahligen Erhebungsrolle unter den Eingangs-Abgaben mit begriffen ist, angenommen, dafs die Verbrauchsteuer $\frac{1}{8}$ des Einkommens an Ein-, Aus- und Durchgangsabgaben zusammengenommen betrage.

Da ein Theil der Zollgefälle in Golde bezahlt wird, 1823
so wird der Antheil Seiner Königlichen Hoheit an denselben, auch nach den nämlichen eben angeführten Grundsätzen gewährt werden.

Auf den Grund dieser Bestimmungen und der im Artikel 3. getroffenen Vereinbarung wegen Erlassung der Erhebungskosten, ist der Antheil an dem Steuer-Einkommen, welchen Seine Königliche Hoheit bis zum 31sten December 1824 zu erheben haben, auf eine Summe von 4000 Thalern Preufsisches Courant für das Jahr festgesetzt, welche in gleichen Quartal-Raten von 1000 Rthl. Preufs. Courant in den Monaten März, Juni, September und December bei der Königlichen Regierungs-Hauptkasse zu Merseburg, zur Verfügung Seiner Königlichen Hoheit bereit stehen soll. Die bei dem Abschlufs dieses Vertrages fällige, vom 1sten Januar v. J. an laufende Zahlung wird innerhalb vier Wochen, nach erfolgter Genehmigung desselben durch die Regierungs-Hauptkasse zu Merseburg geleistet.

Art. VI. Von den Waaren, welche mit Grofsherzoglichen Hofmarschallamts-Attesten für die Hofhaltung Seiner Königlichen Hoheit eingehen, werden die Gefälle, so weit es durch die gedachten Atteste verlangt wird, nicht beim Eingange erhoben, sondern blofs notirt, und bei der nächsten Quartalhebung des Antheils Seiner Königlichen Hoheit an den Gesammt-Einkünften statt baaren Geldes in Zahlung angerechnet werden.

Art. VII. Seine Majestät der König von Preufsen versprechen das dem Grofsherzoglich Sächsischen Amte Allstedt zu seinem Bedarfe nöthige, bisher aus der Saline zu Artern bezogene Salz, auch fernerhin aus derselben, und zwar für den niedrigsten Verkaufspreis, um welchen Königliches Salz unmittelbar an nicht Königliche Unterthanen jetzt verkauft wird, oder für die Folge verkauft werden dürfte, verabfolgen zu lassen. In Ermangelung einer genauen Übersicht des Bedarfs des Amts Allstedt wird derselbe zuvörderst zu 150,000 Pfd. für das Jahr angenommen, und es einer Verständigung der betreffenden beiderseitigen Behörden vorbehalten, ob dieses Salz-Quantum zu erhöhen sein dürfte oder vermindert werden

1823 könnte. Der Beziehung des dem Amte Oldisleben nöthigen Salzes aus der Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtischen Saline zu Frankenhausen, wird die Preufsische Regierung keine Hindernisse in den Weg legen; da jedoch das Salz und die Spielkarten im Preufsischen Gebiete nicht freien Umlauf haben, sondern nur von den dazu bestimmten Anstalten verkauft werden dürfen, so werden in Folge dieser Bestimmung auch Salz und Spielkarten, welche in den Grofsherzoglichen Landen bereitet, verfertiget oder dahin eingeführt werden, in den Königlichen Staaten nicht freien Umlauf haben können, sondern daselbst der gleichen Bestimmung unterworfen sein.

Art. VIII. Die Dauer dieses Vertrags wird auf eilf Jahre und zwar vom 1sten Januar d. J. an bis zum Schlusse des Jahres 1833 festgesetzt. Erfolgt ein Jahr vor dem Ablaufe dieses Vertrages keine Aufkündigung von der einen oder von der anderen Seite, so ist er stillschweigend als, auf noch zwölf Jahre weiter verlängert anzusehen.

Art. IX. Gegenwärtiger Vertrag soll unverzüglich zur landesherrlichen Ratification vorgelegt und nach Auswechselung der Ratifications-Urkunden sofort zur Vollziehung gebracht werden.

Zu Urkund dessen ist derselbe von den beiderseitigen Bevollmächtigten mit ihren Wappen besiegelt und unterschrieben worden.

Berlin, den 27ten Juni 1823.

Heinr. Ulr. Wilh. v. Bülow.
Jac. Ignaz von Cruikshank.

Dieser Vertrag ist am 15ten August d. J. von Seiner Majestät dem Könige ratificirt und die Ratifications-Urkunden sind demnächst am 26ten September zu Berlin ausgewechselt worden.

Berlin, den 29sten November 1823.

Grofsherzoglich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

von Bernstorff.

66.

Convention préliminaire entre le gouvernement de Buenos Ayres et les commissaires de Sa Majesté Catholique, signée à Buenos Ayres le 4 Juillet 1823. 1823

(*The Times* 1823. Octr. 4. No. 11, 994. *Annual register* 1823. *Public documents* pag. 196.)

The government of Buenos Ayres having recognized, and caused to be recognized, in virtue of credentials presented and legalized in competent form, Senores Don Antonio Luis Pereyra and Don Luis de la Robla, as commissioners from the government of his Catholic Majesty; and it being proposed to the said Senores, by the minister for foreign affairs of the said state of Buenos Ayres, to agree to a convention preliminary to the definitive treaty of peace and amity, which is to be concluded between the government of his Catholic Majesty and the government of the united provinces, upon the bases established in the law of the 19th of June of the present year; and they, after considering, and reciprocally discussing, whatever they held to be calculated to conduce to the better adjustment of the relations of the said states, have, in the exercise of the character, with which they are invested; and of the powers conferred on them, agreed to the said preliminary convention in the terms expressed in the following articles:

Art. I. After sixty days, reckoning from the ratification of the present convention, by the governments to which it applies, all hostilities, by sea and by land, shall cease between the said governments and the spanish nation.

Art. II. In consequence, the general of the forces of his Catholic Majesty at present in Peru, will continue in the positions which he shall occupy

1823 at the time of the convention being notified to him, saving the particular stipulations, which, for reciprocal convenience, the adjacent governments may propose or accept, for the purpose of improving their respective lines of occupation during the suspension of hostilities.

Art. III. The relations of commerce, with the sole exception of articles contraband of war, shall during the period of the said suspension, be fully reestablished between the provinces of the spanish monarchy, those occupied by the armies of his Catholic Majesty in Peru, and the states which ratify this convention.

Art. IV. In consequence the flags of the respective states shall be reciprocally respected and admitted into each other's ports.

Art. V. The relations of maritime commerce between the spanish nation and the states which may ratify this convention, shall be regulated by a special convention, the framing of which shall be entered upon in pursuance of the present convention.

Art. VI. Neither the autorities administering the provinces of Peru in the name of his Catholic Majesty, nor the adjacent states, shall impose on the trade of each other higher duties than those which may exist at the period of the conclusion of the present convention.

Art. VII. The suspension of hostilities shall subsist for the space of 18 months.

Art. VIII. Within the said period the government of the state of Buenos Ayres will negociate, through the medium of a plenipotentiary of the united provinces of the Rio de la Plata and conformably to the law of the 19th of June, the conclusion of a definitive treaty of peace and amity between his Catholic Majesty and the states of the american continent to which the said law refers.

Art. IX. In case of the renewal of hostilities, such renewal shall not take place, nor shall the relations of commerce be interrupted, until four months after the intimation of hostilities.

Art. X. The law existing in the spanish mo- 1823
narchy, as well as in the state of Buenos Ayres, respecting the inviolability of property, even though it may be an enemy's property, shall have full force, in the case of the operation of the preceding article, within the territories of the governments, which may ratify this convention and reciprocally.

Art. XI. As soon as the government of Buenos Ayres shall be authorized by the house of representatives to ratify this convention, it will negociate the accession thereto of the governments of Chili, Peru and the other united provinces of the Rio de la Plata; and the commissioners of his Catholic Majesty will, at the same time, take every means for giving to this accession, on the part of the autorities of his Catholic Majesty, the most prompt and complete effect.

Art. XII. For the due effect and validity of this convention, the necessary copies shall be signed and sealed on the part of the commissioners of his Catholic Majesty with their seal, and on the part of the government of Buenos Ayres by the seal of the department for foreign affairs.

(*Signed*) Antonio Luis Pereyra.
Luis de la Robla.
Commissioners of his Catholic Majesty.

Bernhardin Rivadavia.
Minister for foreign affairs.

Buenos Ayres, July 4. 1823.

67.

1823 *Déclaration concernant l'abolition réciproque du droit de détraction et de traite-foraine entre les états prussiens et la ville libre de Hambourg, du 16 Juillet 1823.*

(*Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1823. No. 14. S. 155.)

Da in der freien Stadt Hamburg, mittelst Rath- und Bürgerschlusses vom 12 Jun. d. J. betreffend die Aufhebung der Zehnten Abgabe auch in Beziehung auf Staaten, welche nicht zum deutschen Bunde gehören, beschlossen worden ist:

"dafs gegen alle Staaten, welche eine Reziprozität beobachten werden, eine Freizügigkeit dahin bestehen solle, dafs weder eine Auswanderungs-Steuer (census emigrationis) von Wegziehenden, noch eine Nachsteuer (jus detractus) von auswärts gehenden Erbschaften, Mitgiften oder sonstigen Capitalien gefordert werden solle, worunter jedoch die Collateralsteuer, welche von allen dort fallenden Erbschaften und auch von dortigen Bürgern zu entrichten, nicht zu rechnen sei."

Seine Königliche Majestät aber durch die Cabinetsordre vom 11 April 1822 zu bestimmen geruht haben, dafs gegen sämmtliche fremde Staaten, in denen das jus detractus nicht mehr zur Anwendung kommt, forthin weder Abschofs noch Abfarthsgeld genommen werden soll, so sind die betreffenden disseitigen Provinzialbehörden angewiesen worden, dahin zu sehen, dafs künftig bei keinem Vermögens-Ausgang nach Hamburg Abschofs oder Abfarthsgeld erhoben werde, die Erhebung mögen dem Fiscus oder Privatberechtigten zustehen.

Diese dem Senate zu Hamburg bereits mitgetheilte Verfügung, wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnifs gebracht. Berlin den 16ten Jul. 1823.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

von Bernstorff.

68.

Convention entre la Saxe royale et le duché de Saxe-Meiningen concernant la reception réciproque des vagabonds, publiée le 22 Juillet 1823. 1823

(*Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen* 1823. No. 16. pag. 97.)

Die Königlich Sächsische und die Herzoglich Sachsen-Meiningische Regierung, in der Absicht, die hinsichtlich der Vagabunden und Ausgewiesenen gegenseitig zu befolgenden Grundsätze festzustellen, sind übereingekommen, die Bestimmungen der, zwischen dem Königreiche Sachsen und dem Herzogthume Sachsen-Gotha-Altenburg, wegen wechselseitiger Übernahme der Vagabunden und anderer Ausgewiesenen, unterm 17ten December 1821 abgeschlossenen, in den Königlich Sächsischen Gesetzsammlung vom Jahre 1822. No. 2. S. 11 abgedruckten Convention, auch zwischen den Königlich Sächsischen und den Herzoglich Sachsen-Meiningischen Landen als verbindlich anzuerkennen und vom ersten künftigen Monats August an in Vollziehung setzen zu lassen.

Zu dessen Urkund ist, auf Befehl Sr. Königlichen Majestät von Sachsen, diese Erklärung ausgefertigt worden, auch wegen Bekanntmachung derselben, Verfügung ergangen.

Dresden, am 22sten Juli 1823.

Sr. Königlichen Majestät von Sachsen Cabinets-Minister und Staats-Secretair,

Graf von Einsiedel.

69.

1823 *Traité de paix entre la Porte et la Perse conclu à Erzerum le 28 Juillet 1823. (Extrait).*

(*Le Moniteur Universel* 1823. No. 340. *Politisches Journal* 1823. St. 12. No. 8. p. 1103.)

Au nom du Dieu de la miséricorde!

Par differentes causes, les rapports d'amitié avoient été interrompus dans les dernières années entre les deux puissans Etats mahométans et à leur bonne intelligence avoit succédé la division et l'inimitié. Les intérêts de la réligion de l'Islam commandoient une réconciliation; les deux gouvernemens ont à coeur d'arrêter l'effusion du sang, et l'on a desiré et proposé réciproquement de renouer les liens de l'ancienne amitié.

A cette fin, Mirza-Mahomet-Aly-Mustapha, élevé en dignité a été par un firman de S. M. le Roi des Rois, le Sultan, fils d'un Sultan le conquérant, Feth-Aly-Schah, le dominateur de la Perse, revêtu du rang de plénipotentiaire et muni de pleins-pouvoirs illimités par S. A. R. l'héritier présomtif du trone, le prince Abbas-Mirza; et de l'autre part, S. M. le protecteur de la foi, le gardien des villes saintes, le dominateur par têrre et par mer, le Sultan, fils d'un Sultan, le conquérant, Mahmud Chan, Empereur des Ottomans, a nommé son plénipotentiaire l'illustre Mohammet-Emin-Rauf-Pacha, séraskier, gouverneur d'Erzerum et des provinces orientales de l'Empire Ottoman; lesquels après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, et en consequence des négociations qui ont eu lieu dans ladite ville, sont convenus des conditions de paix suivantes:

Base. Sont regardées comme valables et seront observées exactement les stipulations du traité conclu l'an 1159 de l'hégire (1744) relativement aux anciennes frontières des deux empires, et les traités antérieurs concernant les pélerins et les marchandises,

l'extradition des fugitifs, la libre sortie des prisonniers et le séjour d'un ambassadeur dans les deux cours respectives. On ne s'écartera pas le moins du monde des points qui y ont été convenus et l'amitié sera consolidée pour toujours entre les deux puissans Etats. 1823

Stipulation. Dès à présent et pour toujours le glaive hostile doit être remis dans le fourreau, et l'on évitera toute circonstance qui pourroit produire du froid et du mécontentement et s'opposer à une union parfaite. Les pays compris dans les frontières de l'empire Ottoman et dont la Perse a pris possession pendant la guerre ou avant le commencement des hostilités, doivent, y compris les fortresses, districts, terres, villes et villages, être rendus dans leur état actuel, au gouvernement turc, au terme de soixante jours, à compter de la signature du présent traité. En preuve du prix que l'on attache à cet heureux rétablissement de la paix, les prisonniers faits des deux parts seront mis en liberté: on les enverra à la frontière des deux pays, et l'on pourvoira pendant leur marche à leur nourriture et à leurs autres besoins.

Art. I. Les deux hautes puissances ne permettent pas que l'une ou l'autre se mêle des affaires intérieures de leurs Etats respectifs. Le gouvernement persan ne doit plus se permettre, dès à présent, de s'immiscer en aucune manière dans les districts de Bagdad et du Curdistan, enfermés dans les frontières de l'Empire Ottoman, ni souffrir qu'il y soit commis aucun acte inquiétant, ni enfin s'arroger aucune autorité sur les propriétaires actuels ou précédens de ces pays. Si les peuplades qui habitent ces pays limitrophes franchissoient d'un coté ou de l'autre la frontière pour un sejour d'été ou d'hiver, les agens de S. A. R. l'héritier présomtif au trône, doivent s'accorder avec le pacha de Bagdad sur le payement du tribut d'usage, ainsi que des droits pour les pâturages, et la manière de satisfaire à d'autres réclamations de ce genre, afin qu'il n'y ait lieu par-là à aucun malentendu entre les deux gouvernemens.

Art. II. Les sujets Persans qui, en qualité de pélerins ou de voyageurs traversent le territoire Ottoman pour se rendre aux saintes villes de la Mecque

1823 et de Médine, et à d'autres villes musulmanes, seront libres de toute espèce d'impôt, et il ne sera pas exigé d'eux d'autres droits contraires à l'ancien usage... L'emir el Hadj et tous les commandans et gouverneurs, auront toutes les attentions convenables pour les pélerins; ils les conduiront de Damas aux lieux saints et les en rameneront... On rendra aux femmes de S. M. Persane et aux épouses des princes et des grands qui font le pélerinage de la Mecque ou de Kermelah, tous les honneurs dus à leur rang... Les sujets persans ne payeront que les mêmes droits de douane que payent les sujets Ottomans. Les droits de douanes ne seront levés qu'une seule fois, et ne seront que de quatre pour cent... Il sera permis aux marchands persans qui apportent les *chubucks* ou pipes à fumer de Schiraz à Constantinople, de faire librement ce commerce, et de vendre leurs pipes à qui ils voudront.

Art. III. Si les tribus Kurdes de Hyder-Aula et de Sibbidi, qui ont donné occasion aux differends entre les deux hautes puissances, et qui maintenant habitent sur le territoire Ottoman, dépassent désormais les frontières de Perse et se livrent au pillage, les autorités turques sur la frontière doivent *chercher* a l'empêcher et à punir les transgresseurs. Si ces tribus continuent de faire des invasions sur le territoire persan ou à l'inquieter, et que les autorités ne puissent pas y mettre ordre, le gouvernement Ottoman leur retirera sa protection. Si ces tribus, de leur propre mouvement et de plein gré, veulent retourner en Perse, il ne leur sera opposé aucun obstacle ni aucune résistance; mais si après s'être transportées en Perse, elles reviennent encore en Turquie, elles n'auront aucun accueil ni protection à attendre de la part du gouvernement Ottoman. Si les tribus retournées en Perse troubloient la tranquillité du territoire Ottoman, les autorités persanes seront tenues d'employer tous les moyens en leur pouvoir pour empêcher ces excès.

(L'Art. IV. stipule que les déserteurs respectifs ne seront pas reçus; les art. V et VI. déterminent les règles à suivre à l'égard des successions et des biens judiciairement séquestrés des sujets de l'un ou de l'au-

tre Etat. L'art. VII. règle l'envoi d'un nouvel ambassadeur tous les trois ans de chaque cour auprès de l'autre. Ces ambassadeurs resteront trois ans à leur poste.) 1823

De cette manière l'alliance est renouvellée et confirmée. La reconciliation la plus sincère a eu lieu dès le jour de la signature de ce traité. Il ne sera rien changé aux stipulations et aux conventions présentes, et il ne sera pris aucune mesure qui soit contraire aux droits de l'amitié.

Le plénipotentiaire du gouvernement Ottoman, en vertu de ses pleinspouvoirs a signé et scellé le présent traité, le 19 silkade, dans l'an 1238, en échange de quoi cet instrument parfaitement conforme a été délivré par le plénipotentiaire de S. M. Persane, en vertu de ses pleinspouvoirs.

Signé Mohammed - Eminkau.
Signé Mohamed - Ali.

70.

Circulaires du secrétaire de la trésorerie des Etats-Unis aux receveurs des douanes, concernant le traitement des vaisseaux armés françois et espagnols dans les ports des Etats-Unis; datées de Washington du 30 Juillet et du 18 Août 1823.

(*The Times* 1823. September 9. No. 11, 972. *The Times* 1823. September 20. No. 11, 982.)

a.

Treasury Department Jul. 30. 1823.

Sir! As it is probable that in the progrefs of the war which now exists between France and Spain,

1823 the public and private armed vessels of one, and perhaps of both belligerents, may, by strefs of wheather, pursuit of enemies, or some other urgent necessity, be forced to enter the ports and harbours of the United States, it becomes the duty of the government to prescribe the manner in which they shall be treated whilst they remain within its jurisdiction.

As there exists upon this subject no legislative enactment the question must be decided by the conventional engagements, which the United States have contracted with the belligerent parties.

By the 8th article of the treaty between the United States and Spain, it is provided that the public and private vessels of Spain, when forced by strefs of weather, pursuit of enemies or any other urgent necessity, to seek shelter or harbour, may enter into any of the rivers, bays, roads or ports belonging to the United States, and shall be received with all humanity and enjoy all favour, protection, and help, and be permitted to refresh and provide themselves, at reasonable rates, with provisions and all things needful for the subsistence of their persons, or reparation of their ships, and prosecution of their voyage; and they shall be noways hindered from departing from the said ports or roads, but may remove and depart when and whither they please, whithout any let or hindrance.

With France, the United States have no treaty-stipulation upon the subject. The obligations of neutrality however, impose upon them the observance of the same course of conduct towards both belligerents, unlefs Spain has a right, by treaty, to exclusive privileges. A reference to the provisions of the 8th article of the treaty above recited, proves that no exclusive privileges have been granted to her. Is becomes, then, the duty of the United States to treat the public and private armed vessels of both parties in the same manner.

Among the provisions of the article referred to, as the rule by which the conduct of the United Sta-

tes is to be regulated, I am instructed by the presi- 1823
dent to direct —

1st. That the public and private armed vessels of France and Spain, with their prizes, may, under the circumstances described in the said article, enter the ports, harbours, and waters of the United States, and repair any damages which they may have sustained, but no increase of arms or ammunitions of war, or of the number of men on board, can be lawfully made.

2d. That such prizes cannot be condemned or sold within the jurisdiction of the United States, and consequently cannot be admitted to entry at the custom-house, nor permitted to enter into the general consumption.

3d. That they may at any time depart from the United States without let or hindrance.

4th. That when prize-vessels have been wrecked, or so disabled as not to be rendered seaworthy, their cargoes may be re-shipped in any other vessel which shall not enjoy an exemption from capture, not enjoyed by such prize-vessels. For example, if France, in the progrefs of the war, shall conform to the rule that free vessels make free goods, the cargoes of vessels captured by either belligerent, when re-shipped in neutral vessels, will enjoy an exemption from capture which the prize-vessel did not enjoy.

5th. During the time that prize-vessels may remain in the ports of the United States, they shall be subject to such inspection and such superintendence, by the custom-house officers, as may be necessary to prevent smuggling of any kind.

The same rules are to be observed in relation to the public and private armed vessels of Spain and of the independent governments established in South-America, and their prizes, when brought within the jurisdiction of the United States. I remain, with respect, your most obedient servant.

W. M. H. Crawford.

b.

Circulaire supplémentaire.

Treasury Department. Aug. 18. 1823.

1823 Sir! in consequence of representations made to the secretary of the state by the chargé d'affaires of his Most Christian Majesty residing in the United States that the determination of his Majesty's government not to capture spanish of foreign merchant vessels, except for violating an effectual blokade, is more advantageous to neutrals than the principle that free vessels make free goods, and still more advantageous to the adverse belligerent —. the president has instructed me to direct, that, in the cases described in the 4th regulation of the Circular of the 30 July last, the cargoes of captured vessels shall not be permitted to be re-shipped from the ports of the United States in neutral vessels.

I remain, with respect, your obedient servant.

W. M. H. Crawford.

72.

Capitulation de l'armée Espagnole de Maracaibo, signée à Maracaibo le 3 Août 1823.

(*The Times* 1823. October 8. No. 11,997.)

Don Joseph Ignacio de Casas, Knight of the national order of Santiago, Colonel of the Spanish armies and Don Lopez Quintaña, Lieutenant-Colonel of the same, as Commissioners with full powers from the general in chief of the army of Coastafirme, and Lieutenant-Colonel Josef Maria Delgado, of the batallion of Zulia and captain Jose Maria Urdaneta, secretary to the commandary and intendency of the department of Zulia, with equal powers from the commanding

general and intendant of the said department, with 1823
concurrence of the commanding general of the third marine department of the republic of Columbia, commissioned to act on its part honourably and in a manner befitting humanity and the dignity of both armies. Sensible to the wretched situation of the town of Maracaibo, in consequence of the squadron of Columbia having been three months in its laguna, its inhabitants suffering from famine, and its edifices from the effects of the cannonade and the result of the sanguinary combat of the 24th of July; the said commissioners, animated with the most generous and just sentiments in favour of that unfortunate city, have agreed to the following stipulations:—

Art. I. The place of Maracaibo, the fortrefs of San Carlos de la Barra and the territory occupied by the troops belonging to the Spanish army, shall be surrendered to the commander of the Columbian besieging army in their existing state.

Art. II. In the same manner the armed vessels in the bay shall be delivered up to the commander of the Columbian squadron.

Art. III. The natives of America serving as sergeants, corporals and privates in the Spanish army, and who wish to follow the Columbian standard, may do so freely; those who prefer being discharged under the guarantee of this treaty, shall be discharged; but those who desire to remain faithful to the Spanish government, shall be considered and treated as prisoners of war, without being molested, under the special security of the guarantee already mentioned, until they be exchanged by the Spanish government or its officers. The seamen are included in this article.

Art. IV. The chiefs and officers, of whatever rank and description they may be, and their substitutes, the sergeants, corporals and others, belonging to the European troops, may leave the territory of Columbia, on their volontarily making oath that they will not return to bear arms against the republic until they be exchanged. The European musicians are included in this article.

1823 Art. V. The civil department of the army, by which are to be understood physicians, chaplains, armourers, officers of finance etc. may remove their arms, equipage, property and their families; the masters of the vessels being made responsible for delivering to the proper owners.

Art. VI. Don Antonio Leon, the commandant of the Zulia, with his officers; and Pio Morales, Chief of the Cabimas, with his, are included in article 4 of this treaty. The inhabitants whom they have assembled and armed shall come under the 9th article.

Art. VII. The principal officers of the republic of Columbia in this department, shall immediately take means to supply the vessels necessary for removing to the island of Cuba, the chiefs, officers, sergeants etc. of the spanish army, the expences thereof being at the charge of the said republic, which also furnish the necessary provisions, and secure to the spanish officers from the crews of the vessels, that respect, which is due to their rank.

Art. VIII. All the householders and inhabitants of Maracaibo, who may desire to proceed with their families and moveable property to the island of Cuba, shall be at liberty so to do, the expense of the transports and provisions being discharged by the republic.

Art. IX. The householders and inhabitants of Maracaibo, and the province thereof, shall be treated according to the protecting laws of the republic, whatever may have been their conduct or opinion during the occupation of the territory by the spanish troops under the command of general Morales; the act of oblivion being complete.

Art. X. The spanish army, the civil officers and householders referred to in the preceding articles, shall embark in the transports provided for them, and the columbian troops shall not enter the city until one hour after the transports have sailed.

Art. XI. The sick and wounded Spaniards capable of embarking shall be treated on ship-board with all possible humanity; those who cannot be

embarked will remain in the city, where they will be carefully attended, and their persons and property respected, until they shall be in a state which will permit their removal to Cuba, which will be effected on the same terms as those stipulated for the spanish troops. 1823

Art. XII. All the European officers and troops of the spanish army, made prisoners in the naval action of the 24th of last month, who wish to go to Cuba, may so do under the conditions and circumstances applicable to the troops which occupy this city.

Art. XIII. Two officers shall be exchanged on each side as hostages for the fulfilment of the present treaty. The spanish hostages shall remain in this city and the Columbian shall proceed to Cuba with the spanish troops. The former shall receive their complete appointments according to their rank, from the treasury of Columbia; and the latter shall receive the same allowance from the spanish treasury.

Art. XIV. The penalty of death is applicable to every officer and private of the spanish army, who, without being exchanged, shall be taken in arms against the republic.

Art. XV. The spanish army being provided with beef for only three days consumption, the Columbian government will supply it, and those who accompany it, from the date of the ratification of this treaty until the arrival of the transports at Cuba as before indicated.

Art. XVI. All doubts which may arise as to the meaning of any of the above articles, shall be decided in favour of the spanish subjects and troops.

Art. XVII. The generals of the two armies shall appoint officers on each side to investigate the cases of Americans referred to in article 9, and of the European prisoners in Columbia mentioned in art. 12.

Art. XVIII. The present treaty shall be ratified, and copies exchanged, within 24 hours and shall begin to be carried into effect, according to its

1823 liberal tenour, as soon as the ratifications are exchanged; in faith of which we have agreed to and concluded the same, and sign it in duplicate, in the city of Maracaibo, this 3d day of August, 1823.

JOSE IGNACIO CASAS,
LIXO LOPEZ QUINTANA,
J. M. DELGADO,
J. URDANETA.

Ratified on the 3d of August by General Morales in his head-quarters at Maracaibo, on the part of the spanish army; and by general Mauriguez and admiral Padilla on the 4th of August, at their head-quarters in Altagracia, on the part of the Columbian republic.

Particular treaty on the bases of which the general treaty of the same day was concluded.

ART. I. The armed vessels in this port shall be delivered up in their present state to the columbian admiral, with the exception of the Especuladora galliot, which, under the Spanish flag, and with a Spanish crew, but unarmed, shall be employed to convey to Cuba the general-in-chief of the Spanish army, his aides-de-camp, and the persons he may select, under the proper safe conduct against detention by any Columbian ship.

ART. II. Lieutenant-colonel Josef Maria Delgado will embark on board of this galliot, as Spanish hostage for the persons on board, and shall remain in the castle of San Carlos until the Especuladora has sailed from Barra, after which he may return to his army.

ART. III. This vessel, with the persons it conveys, shall have its clearance, and may sail as soon as this treaty shall be ratified.

ART. IV. In consequence of the absence of the general-in-chief, the next in rank, Colonel Don Narciso Lopez, will command in the city.

Art. V. The present treaty shall be ratified and 1823
exchanged within 24 hours and shall begin to be carried into effect, according to the letter of its articles, as soon as the ratifications are exchanged.

Maracaibo, Aug. 3.

(Signed and ratified as above.)

72.

Convention entre le général Molitor et le général Ballesteros, conclue à Grenade le 4 Août 1823.

(*Le Journal de Francfort* 1823. 18 Août No. 230.)

Art. I. Le général Ballesteros et la seconde armée sous ses ordres reconnoissent l'autorité de la regence d'Espagne établie à Madrid durant l'absence du Roi.

Art. II. Le susdit général ordonnera aux autres généraux et gouverneurs de places situées dans l'étendue de son Gouvernement, de reconnoître également la régence.

Art. III. Les troupes qui sont aux ordres du général Ballesteros, seront cantonnés dans les endroits qui seront fixés de concert avec le général Molitor.

Art. IV. Les généraux, chefs et officiers appartenant au second corps d'armée espagnol, conserveront leurs grades, emplois, distinctions et la solde correspondante aux dits emplois.

Art. V. Aucun individu de la dite armée ne pourra être inquiété, poursuivi, ni molesté pour ses opinions antérieures à cette convention, ni pour les faits analogues, excepté ceux qui sont de la compétence de la justice ordinaire.

Art. VI. La solde sera payée par le trésor d'Espagne en la forme dite, et en cas de retard on continuera de donner aux troupes des rations d'étape dans les cantonnemens qui leur seront assignés.

1823 Art. VII. Les individus de la milice faisant partie de la susdite armée, qui desireront retourner dans leurs foyers, pourront le faire librement, et retrouveront sûreté et protection.

En conséquence de la présente convention, les hostilités cesseront immédiatement de part et d'autre.

Fait à Grenade, le 4 Août 1823.

Le Général Molitor.

Pour le Général Ballesteros *et avec ses pleinspouvoirs, le premier adjudant général de l'état-major*

J. G. de Torres.

Pour copie conforme,

Le Major-Général comte Guilleminot.

73.

Actes concernant la réunion de la seigneurie de Jever au duché d'Oldenbourg.

(*Protokolle der deutschen Bundesversammlung.* Band 15. S. 541. 542.)

a.

Kaiserlich Russisches Entlassungs-Patent an die Einwohner der Herrschaft Jever; d. d. Warschau den 18ten April 1818.

Von Gottes Gnaden, Wir Alexander der Erste, Kaiser und Selbstbeherrscher von ganz Rufsland u. s. w.

Entbiethen allen Einwohnern von Unserer Herrschaft Jever Unsern gnädigsten Grufs, und fügen ihnen zu wissen:

Dafs Wir, bewogen durch besondere Zuneigung zu der mit Uns vielfach verbundenen jüngern, in dem

Herzogthume Oldenburg regierenden Linie Unseres Fürstlichen Hauses, beschlossen haben, die Herrschaft Jever an den gegenwärtigen Repräsentanten dieser Linie, des Herzogs Peter Friedrich Ludwig von Holstein-Oldenburg Liebden, abzutreten und zu übertragen; damit diese Herrschaft, wie schon ehemals, mit dem Herzogthume Oldenburg unter einer Regierung wieder vereinigt werde, und der Absicht des ehemaligen Regenten, Grafen Anton Günther's gemäfs, forthin zu ewigen Tagen vereinigt bleibe. 1823

Wie wir nun in dieser Absicht schon vorläufig seit dem Anfange des Jahres 1814 die Verwaltung der Herrschaft Jever Seiner des Herzogs von Oldenburg Liebden untergeben haben, so ist zu weiterer Ausführung derselben unter dem 18ten April 1818 eine feierliche Übertragungs-Akte von Uns vollzogen worden.

In Folge dessen befehlen Wir allen und jeden Einwohhern der Herrschaft Jever, den Beamten und Eingesessenen in der Stadt und auf dem Lande, dafs sie von jetzt an Seine Durchlaucht, den Herzog Peter Friedrich Ludwig von Holstein-Oldenburg und künftig dessen Erben und Nachfolger in der Regierung des Herzogthums Oldenburg, als ihren einzigen rechtmäfsigen Oberherrn anerkennen, Ihm den Eid der Unterthanen-Treue leisten, und allen Gehorsam erzeigen, womit sie Uns verpflichtet waren, wie Wir sie von solchen Pflichten gegen Uns, Unsere Erben und Nachfolger für immer entbinden und lossprechen.

In der festen Überzeugung, dafs diese erfrühete Wiederherstellung einer Verbindung, worin Jever ehedem sein Glück gefunden hat, diese Übertragung an einen nahen Fürsten, der nur für das Wohl seiner Unterthanen lebt, nicht anders als zum wahren Besten des Landes und seiner Einwohner gereichen könne, erwarten Wir von denselben, dafs sie diesen Beweis Unserer Fürsorge durch eine eben so getreue Erfüllung der Unterthanen-Pflichten gegen ihren neuen Landesherrn erkennen werden, als sie solche Uns stets zu beweisen geflissen gewesen sind, und Wir bleiben ihnen mit Kaiserlicher Huld und Gnade gewogen.

1823 Zu Urkund dessen haben Wir dieses Unser Patent eigenhändig unterschrieben und mit Unserm Kaiserlichen Insiegel bedrucken lassen.

Gegen in Warschau den 18ten April 1818, Unserer Regierung im achtzehnten Jahre.

ALEXANDER

Graf VON NESSELRODE.

b.

Herzoglich Oldenburgisches Besitznahme-Patent, für die Einwohner der Erbherrschaft Jever; d. d. Oldenburg den 6ten August 1823.

Von Gottes Gnaden, Wir Peter Friedrich Ludwig, Herzog zu Oldenburg, Erbe zu Norwegen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn und der Dithmarschen, Fürst zu Lübeck und Birkenfeld, Herr zu Jever und Kniphausen u. s. w.

Entbiethen allen und jeden Einwohnern und Unterthanen der Erbherrschaft Jever Unsere Fürstliche Gnade, geneigten Willen und alles Gute.

Da von Seiner Majestät Alexander dem Ersten, Kaiser und Selbstbeherrscher von ganz Rufsland, Uns und Unserm Fürstlichen Hause, die bereits seit dem Anfange des Jahres 1814 von Seiner Kaiserlichen Majestät Unserer Administration untergebene Erbherrschaft Jever durch das unter dem 18ten April 1818 ausgestellte Cessions-Instrument, mit allem Rechte der Oberherrlichkeit und des Eigenthums, so wie Se. Majestät solche besessen, dergestalt übertragen und abgetreten worden ist, dafs sie mit Unserm Herzogthume Oldenburg unter Einer Regierung wieder vereinigt werden, und damit, der Absicht und Verordnung des ehemaligen Regenten, Grafen Anton Günther's, gemäfs, so lange vereinigt bleiben solle, als Regenten, aus dem gemeinschaftlichen Stamme entsprossen, vorhanden sein werden; und Wir nun, nach dem am 2ten v. M. erfolgten Ableben Unseres Herrn Vetters, des Herzogs Peter Friedrich Wilhelm von Holstein-Oldenburg Durchlaucht und Liebden, die bisher als Landes-Administrator geführte Regie-

rung des Herzogthums Oldenburg für Uns Selbst über- 1823
nommen und angetreten haben:

So wollen wir nunmehr auch die förmliche Besitznahme der vorgedachten Erbherrschaft Jever zur Ausführung bringen lassen, und haben zu dieser feierlichen Handlung Unsern Geheimen Rath und Minister, Freiherrn von Brandenstein, in der einstweiligen Verrichtung Unsers Oberland-Drosten und Regierungs-Präsidenten, und Unsern Regierungs-Rath Jürgens, als Unsere besonders dazu bevollmächtigte Commissarien, abgeordnet und bestellt.

Wir übernehmen demnach hiemit und Kraft dieses Patents für Uns Selbst, Unsern Sohn und Erbprinzen, Unsere Prinzen Enkel und sämmtliche Fürstliche Erben und Nachkommen Derselben, den förmlichen Besitz und die Regierung der Erbherrschaft Jever, wollen solche von nun an, als Theil des Herzogthums Oldenburg angesehen wissen, und verordnen hiemittelst, dafs das von Sr. Kaiserlichen Majestät unter dem 18ten April 1818 vollzogene Patent, wodurch die Einwohner der Herrschaft Jever von ihren Eidespflichten gegen Se. Majestät und das ganze Kaiserliche Haus entlassen worden, öffentlich bekannt gemacht, und die Erbhuldigung in Unserer Erbherrschaft Jever durch Unsere vorgedachte Commissarien eingenommen werden solle.

Wie Wir nun nicht zweifeln, dafs Unsere Unterthanen der Erbherrschaft Jever die Wiedervereinigung derselben mit dem Herzogthume Oldenburg, nach der Absicht und Vorschrift Anton Günther's von Oldenburg, ihres vieljährigen Regenten, gern vernehmen und in der bisher ihren Regenten bewiesenen Treue, Gehorsam und Anhänglichkeit ferner auch gegen Uns und Unsere Fürstliche Nachkommen beharren werden, so dürfen sie sich dagegen auch jederzeit Unserer besonderen Zuneigung und unermüdeten Sorgfalt für die Beförderung ihrer Wohlfarth versichert halten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Namens-Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Insiegels.

Gegeben auf dem Schlosse zu Oldenburg, den 6ten August 1823.

PETER.

VON BERG.

LENTZ.

74.

1823 *Convention entre la Prusse et l'Hanovre, concernant la remboursement des fraix occasionnées par l'extradition réciproque des criminels, publiée le* $\frac{15}{26}$ *Août* 1823.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1823. Nr. 15. p. 157. *Hannoversche Gesetzsammlung* 1823. Abthl. 1. p. 239.)

Die Königlich Preufsische Regierung hat sich wegen Erstattung der Kosten bei der gegenseitigen Auslieferung von Verbrechern, mit der Königlich Grofsbritannisch Hannoverschen Regierung folgendermaafsen geeinigt:

Wenn die Auslieferung eines Verbrechers von einer Königlich Hannoverschen Behörde an eine Königlich Preufsische, oder umgekehrt, nach den bestehenden Grundsätzen des einen oder des andern Staats geschehen kann und verfügt wird, so sollen, wenn der an die requirirende Behörde ausgelieferte Verbrecher hinreichend eigenes Vermögen besitzt, der requirirten Behörde hieraus nicht allein alle baaren Auslagen, sondern auch die sämmtlichen, nach der bei der letzteren üblichen Taxe zu liquidirenden Gerichtsgebühren, welche durch die Haft, die Unterhaltung und den Transport des Verbrechers und die gegen ihn geführte Untersuchung bis zu seiner Ablieferung veranlafst sind, entrichtet werden.

Wenn aber der ausgelieferte Verbrecher kein hinreichendes Vermögen besitzt, so sollen die Gebühren für die Arbeiten der requirirten Behörde durchgehends wegfallen und es soll die requirirende Behörde der requirirten lediglich die baaren Auslagen, welche durch die Haft, die Unterhaltung und den Transport des Verbrechers bis zu erfolgter Ablieferung desselben veranlafst worden sind, erstatten.

Diese im Namen Sr. Majestät des Königs von Preufsen und Sr. Majestät des Königs von Grofsbritannien und Hannover zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung, wird zur allgemeinen Befolgung hierdurch öffentlich bekannt gemacht. 1823

Berlin den 15ten August 1823.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

VON BERNSTORFF.

75.

Convention entre la Saxe royale et la Bavière concernant les fraix de justice en matières criminelles, publiée le $\frac{1}{16}$ *Septembre* 1823.

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen* 1823. No. 21. p. 111. *Regierungs- und Intelligenz-Blatt für das Königreich Baiern* 1823. No. 35. p. 1367.)

Die Königlich Sächsische und die Königlich Baierische Regierung sind, im Betreff der Vergütung derjenigen Kosten, welche durch Requisitionen in Strafrechtsfällen bei den wechselseitigen Gerichtsstellen veranlafst werden, dahin mit einander übereingekommen und erklären hiermit:

dafs in allen strafrechtlichen Verhandlungen, wo die Kosten niedergeschlagen oder auf die Kasse des Staats oder des Gerichtsherrn übernommen werden müssen, die requirirende Stelle der requirirten lediglich die baaren Auslagen für Botenlohn und Postgelder, für Verpflegungsgebühren, Transport und Bewachung der Gefangenen zu berechnen und zu erstatten haben soll, wogegen alle andere Kosten für Protocollirung, Schreib- und Abschriftgebühren, so wie für die an die Gerichtspersonen

1823 oder an die Kassen sonst zu entrichtenden Sporteln nicht aufgerechnet werden mögen.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie in gleichlautenden Exemplarien von den beiderseitigen Bevollmächtigten vollzogen und ausgewechselt worden ist, durch öffentliche Bekanntmachung in den beiderseitigen Landen Kraft erhalten und vom 1sten des künftigen Monats October an in Wirksamkeit treten.

Dresden, am 1ten Sept. 1823. München, den 16ten Sept. 1823.

MAX. JOSEPH.

Sr. Königlichen Majestät von Sachsen Cabinets-Minister und Staats-Secretair,

Graf VON EINSIEDEL. *Freiherr* V. ZESTNER.

76.

Convention entre la Bavière et le grand-duché de Saxe-Weimar concernant la suppression des fraix de justice en matières criminelles, publiée le 2 Septembre 1823.

(*Regierungs- und Intelligenz-Blatt für das Königreich Baiern* 1823. Nr. 34. p. 1343.)

Maximilian Joseph, von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben durch Unsern bevollmächtigten Gesandten an dem Grofsherzoglich Sächsischen Hofe zu Weimar mit der Grofsherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachschen Regierung eine Übereinkunft dahin abschliefsen lassen:

"dafs in allen strafrechtlichen Verhandlungen, wo wegen Unvermögenheit des Inculpaten die Kosten niedergeschlagen werden müssen, keine andern

Kosten als die baaren Auslagen für Atzung, Trans- 1823
port und Porto von sämmtlichen Behörden in den beiderseitigen Staaten berechnet und erstattet werden sollen."

Wir verordnen, dafs diese Übereinkunft zur Wissenschaft und Darnachachtung der sämmtlichen Gerichtsstellen Unsers Reiches durch das *Regierungs-* und *Allgemeine Intelligenzblatt* öffentlich bekannt gemacht, und vom ersten des nächsten Monats nach der Bekanntmachung angewendet werden soll.

München, den 2ten September 1823.

MAX. JOSEPH.

Freiherr VON ZENTNER.

Auf Königl. Allerhöchsten Befehl, der General-Secretair,

SCHENK.

77.

Acte concernant la libre navigation du Weser, signé à Minden le 10 Septembre 1823 par les plénipotentiaires de Prusse, d'Hanovre, de la Hesse électorale, de Brunsvic, d'Oldenbourg, de Lippe et de la ville libre de Brême; ratifié le 14 Janvier 1824.

(*Protocolle der deutschen Bundesversammlung* Bd. 16. S. 155.)

In der Absicht, die in der Wiener Congrefs Akte vom 9ten Juni 1815 §. 108-116 einschliefslich, ausgesprochenen allgemeinen Grundsätze über die Schiff-

1823 fahrt der Flüsse, welche verschiedene Staaten in ihrem schiffbaren Laufe trennen oder durchströmen, auch bei der Weser, mit Berücksichtigung der daselbst vorkommenden besonderen Verhältnisse, zur Ausführung zu bringen, haben die Staaten, deren Gebiet dieser Strom in seinem schiffbaren Laufe berührt oder durchschneidet, eine gemeinschaftliche Commission zu Minden sich vereinigen lassen, um alle für diesen Zweck erforderlichen Bestimmungen im gemeinsamen Einverständnifs zu erwägen und festzustellen und zwar haben:

Sr. Majestät der König von Preufsen, Allerhöchst Ihren Regierungsrath, Dr. Carl Wilhelm Koppe;

Sr. Majestät der König von Grofsbritannien und Irland als König von Hannover, Allerhöchst Ihren Hofrath und Ober-Zollinspector Johann Friedrich Wilhelm Heiliger;

Sr. Königlich Hoheit der Kurfürst von Hessen, Höchst Ihren Geheimen Regierungsrath Dr. Wilhelm Ludwig Schrader;

Sr. Majestät der König von Grofsbritannien und Irland, auch König von Hannover, als vormundschaftlicher Regent des Herzogthums Braunschweig, den Königlich Hannoverschen Hofrath und Ober-Zollinspector Johann Friedrich Wilhelm Heiliger;

Sr. Durchlaucht der Herzog von Oldenburg, Höhst Ihren Regierungsrath Carl Friedrich Ferdinand Suden;

Sr. Durchlaucht der Fürst zu Lippe, den Königlich Hannoverschen Hofrath und Ober-Zollinspector Johann Friedrich Wilhelm Heiliger und

Der hohe Senat der freien Hansestadt Bremen, den Senator Dr. Friedrich Wilhelm Heineken,

zu bevollmächtigten Commissarien ernannt, welche nach Auswechselung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind.

I. *Allgemeine Bestimmungen.*

§. 1. Die Schiffarth auf dem Weserstrome soll, von seinem Ursprunge durch Zusammenflufs der Werra und Fulda bis ins offene Meer, und umgekehrt aus dem offenen Meere (sowohl Strom auf-

als niederwärts) in Bezug auf den Handel völlig frei 1823
sein; jedoch bleibt die Schiffarth von einem Uferstaate zum andern (cabotage) auf dem ganzen Strome ausschliefsend den Unterthanen derselben überlassen. Niemand darf sich dagegen den Vorschriften entziehen, welche für Handel und Schiffarth in gegenwärtiger Convention enthalten sind.

§. 2. Alle ausschliefslichen Berechtigungen, Frachtfarth auf der Weser zu treiben, oder aus solchen Privilegien hervorgegangene Begünstigungen, welche Schiffergilden oder anderen Corporationen und Individuen bisher zugestanden haben möchten, sind hiermit gänzlich aufgehoben und es sollen dergleichen Berechtigungen auch in Zukunft Niemandem ertheilt werden. Auf Fähren und andere Anstalten zur Überfarth von einem Ufer zum gegenüberliegenden, bezieht sich jedoch die allgemeine Schiffarthsordnung nicht. Eben so wenig auf diejenigen Schiffer und ihr Gewerbe, deren Farth sich blofs auf das Gebiet ihres eigenen Landesherrn beschränkt und die vermöge der Schiffarths-Polizei, welche jeder Staat nach Maasgabe seiner Hoheit über den Strom ausübt, allein unter der Obrigkeit des Landes stehen, wo sie ihr Gewerbe treiben.

§. 3. Alle bisher an der Weser bestandene Stapel- und Zwangsumschlagsrechte, namentlich die zu Bremen, Minden und Münden, sind hiedurch ohne Ausnahme für immer aufgehoben, und es kann aus diesem Grunde künftig kein Schiffer gezwungen werden, den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags zuwider, gegen seinen Willen aus- oder umzuladen.

§. 4. Die Ausübung der Weserschiffarth ist einem Jeden gestattet, welcher mit geeigneten Fahrzeugen versehen, von seiner Landesobrigkeit, nach vorhergegangener Prüfung hierzu die Erlaubnifs erhalten hat.

Jede Regierung wird die nöthigen Maasregeln ergreifen, um sich der Fähigkeit derjenigen zu versichern, welchen sie die Weserschiffarth gestattet. Der Erlaubnifsschein (Patent) der hierüber dem Schif-

1823 fer von seiner Landesobrigkeit durch die hierzu verordneten Behörden ausgefertigt wird, giebt ihm das Recht, auf der ganzen Strecke von Münden bis in die offene See und aus der offenen See bis Münden, die Schiffarth auszuüben, so wie es sich von selbst versteht, dafs Schiffer und Schiffe, welche aus der Weser ins Meer oder zurückfahren, diejenigen Eigenschaften haben müssen, welche zu Seefarthen erforderlich sind. Der Staat allein, auf dessen Gebiete ein Schiffer wohnt, hat das Recht, das ihm ein Mal ertheilte Schiffer-Patent wieder einzuziehen. Diese Bestimmung schliefst aber das Recht anderer Staaten nicht aus, den Schiffer, der eines auf ihrem Gebiete begangenen Vergehens beschuldigt wird, falls sie seiner habhaft werden, oder sie sonst eine Strafe an ihm vollstrecken können, zur Verantwortung und Strafe zu ziehen, auch nach Beschaffenheit der Umstände bei der Behörde zu veranlassen, dafs sein Patent eingezogen werde.

§. 5. Jedes zur Handelsfarth auf der Weser dienende, dem Unterthan eines der contrahirenden Staaten angehörige oder von ihm geführte Schiff, soll mit der Angabe des Orts, wohin es gehört, einer für diesen Ort laufenden Nummer und der Lasten Zahl, welche es höchstens tragen kann, auswärts deutlich versehen sein.

§. 6. Die ordentlichen Schiffszüge auf der Weser sollen vorläufig auch künftig, wie bisher, aus nicht mehr als drei Fahrzeugen bestehen, und diese die bisher üblich gewesene Ladungsfähigkeit nicht überschreiten dürfen.

§. 7. Schiefspulver in Quantitäten über fünf Pfund soll nur in besonderen, mit einer schwarzen, drei Ellen langen und einer Elle breiten Flaggen versehenen Fahrzeugen geführt, und selbst in geringeren Quantitäten niemahls zwischen andere Waaren verpackt werden. Jeder Schiffer, welcher Schiefspulver geladen hat, mufs bevor er irgendwo anlandet, der Orts-Polizeibehörde hiervon Anzeige machen und die von derselben etwa anzuordnenden Sicherheits-Maafsregeln zur Befolgung gewärtigen. Versäumt er diese Anzeige, so unterliegt er da, wo nicht durch Landes-

gesetze bereits Strafen deshalb festgesetzt sind, aufser 1823
der Verpflichtung zum eventuellen Schadensersatz, einer Geldstrafe von 2 bis 100 Rthlr.

§. 8. Die Frachtpreise und alle übrigen Bedingungen des Transports beruhen lediglich auf der freien Übereinkunft des Schiffers und des Versenders oder dessen Committenten, und sollen von Zeit zu Zeit durch den Druck bekannt gemacht werden.

§. 9. Durch die §. 4 - 8. einschliefslich hat der direkt aus der See kommenden oder direkt dahingehenden Schifffarth keine neue Beschränkung auferlegt werden sollen.

§. 10. Es bleibt dem Handelsstande zweier oder mehrerer Weserplätze überlassen, mit einer beliebigen Anzahl qualificirter Schiffer über Frachtpreise, Lieferungszetteln und andere Bedingungen ihres gegenseitigen Verkehrs, Contracte auf bestimmte Zeiten, doch jedesmahl höchstens auf fünf Jahre abzuschliefsen und solchergestalt Reihefarthen unter sich zu errichten, welche dem Kaufmann billige Fracht und dem Schiffer schnelle Befrachtung sichern.

§. 11. Bei solchen Reihefarthen wird jedoch zu ihrer Gültigkeit Folgendes vorausgesetzt:

1. Niemand, weder Kaufmann noch Schiffer, kann genöthigt werden, sich denselben anzuschliefsen.
2. Der Inhalt ihres Reglements darf nirgends mit gegenwärtiger Akte im Widerspruche stehen.
3. Die Reglements müssen den Regierungen der Orte, zwischen welchen die Reihefarthen statt finden sollen, zu ihrer Genehmigung vorgelegt und demnächst öffentlich im Drucke bekannt gemacht werden. Die Genehmigung wird nur dann versagt werden, wenn die Bedingungen der Reihefarth mit gegenwärtiger Convention oder den landesherrlichen Gesetzen im Widerspruche stehen.
4. Die contrahirenden Staaten können verlangen, dafs ihre Schiffer, in einer, dem Verhältnisse der verschiedenen Territorial - Uferlängen entsprechenden Anzahl bei den Reihefarthen zugelassen werden. Doch soll hinsichtlich der gegenwärtig angenommenen Reiheschiffer diese Bestimmung erst nach Aussterben oder sonstigem Abgange derselben in Kraft

1823 treten, dann aber für Lippe das Doppelte seines prinzipmäfsigen Theilnahme-Verhältnisses, für Bremen aber ein Schiffer auf jede der jetzt bestehenden drei Reihefarthen zugestanden sein.

5. Bei den Reihefarthen soll es den Schiffern, unbeschadet jedoch ihrer contractmäfsigen Verpflichtungen zu bestimmter Ablieferungsfrist, im einzelnen Falle nicht untersagt werden können, zu Hutbergen, Minden, Vlotho, Erder, Rinteln, Hameln, Bodenwerder, Holzminden, Höxter und Carlshaven Güter einzunehmen und am Bestimmungsorte wieder auszuladen.

6. Wo auf der Stromstrafse zwischen Bremen und Stolzenau die Reiheschiffer Vorspann bedürfen, soll selbiger auf dem Streckentheile zwischen Bremen und Hoya zu $\frac{2}{3}$ von Hannoverschen und zu $\frac{1}{3}$ von Bremischen Unterthanen, auf dem Streckentheile zwischen Hoya und Stolzenau aber ausschliefslich von Hannoverschen Unterthanen genommen werden müssen, beides jedoch mit freier Auswahl unter allen respectiven Unterthanen und in freier Einigung über den Gestellungspreis.

§. 12. Bei allen nach gegenwärtiger Akte erforderlichen Längenmaafs-Bestimmungen wird der Bremer Fufs ($1 - 289\frac{7}{10}$ Millim. oder $128\frac{268}{1000}$ Pariser Linien) und bei den Gewichts-Bestimmungen das Schiffspfund zu 300 Bremer Pfunden ($1 - \frac{1}{2}$ Kilogramm — 3 per mille) nach den übrigens in der Anlage A gegebenen Verhältnissen zu Grunde gelegt.

§. 13. Alle durch gegenwärtige Akte verordnete Zahlungen sind in Conventions-Münze nach dem Zwanzig-Guldenfufse zu berechnen, und werden nach den Bestimmungen des sub B. anliegenden Tarifs geleistet.

II. *Von den Abgaben.*

§. 14. Sämmtliche bisher auf der Weser bestandene Zoll-Abgaben, so wie auch jede, unter was immer für Namen bekannte Erhebungen und Auflagen, womit die Schifffarth dieses Flusses von seinem Ursprunge durch die Vereinigung der Werra und Fulda bis in die offene See und umgekehrt, bisher belastet war,

hören hiermit auf und werden in eine allgemeine 1823
Schifffarths-Abgabe verwandelt, die von den Ladungen bei den durch gegenwärtige Convention festgesetzten Erhebungs-Ämtern entrichtet werden mufs.

Diese Abgabe, welche weder im Ganzen noch Theilweise in Pacht gegeben werden darf, wird unter dem Namen "Weserzoll" und zwar nach dem Bruttogewichte erhoben, mit Ausnahme der in §. 18. bezeichneten Fälle.

§. 15. Für den Lauf der Weser von ihrem Ursprunge bis Bremen einschliefslich und umgekehrt, sollen überhaupt nicht mehr als Dreihundert und Funfzehn Pfennige Conventions-Münze von jedem Schiffspfunde ad 300 Pfund Bremisch an Weserzoll erhoben werden und zwar von

Preufsen	59	Pfennig
Hannover	126	—
Kurhessen	41	—
Braunschweig	16	—
Lippe	13	—
Bremen	60	—
	315	Pfennig.

Von Bremen bis ins offene Meer und umgekehrt, findet weder Zoll- noch sonstige Abgaben-Erhebungen Statt.

§. 16. Die Erhebung geschieht lediglich an den in der Anlage C. benannten Empfangstädten, Bremen, Dreyer, Stolzenau, Minden, Erder, Hameln, Holzminden, Beverungen, Lauenförde und Giefselwerder und in den daselbst angegebenen Verhältnissen.

§. 17. Um jedoch die innere Industrie und die Ausfuhr der Landesprodukte zu befördern, und zugleich den Verkehr der ersten Lebensbedürfnisse zu begünstigen, und mehrere Gegenstände von grofsem Gewichte und geringem Werthe zu erleichtern, soll rücksichtlich dieser folgende verhältnifsmäfsige Herabsetzung Statt finden:

I. *Auf die Hälfte des Weserzolls.*

Blut, Bolus, Braunstein, Eier, Eisen (altes) Erdenzeug und gemeine Töpferwaaren, Erze (rohe, mit

1823 Ausschlufs von Galmei und Zinnober) Fische (lebendige und grüne) Gartengewächse (mit Ausschlufs von Sämereien, Bohnen, Vietsbohnen und Kartoffeln) Glasgalle, Holzkohlen, Knicker, Kreide (ganze und gemahlene), Leinsaat, Milch, Obst (grünes), Oker, Pech, Rapsaat, Schmelztiegel, Schmirgel, Theer, Trippel, Wachholderbeeren, Zunder und Feuerschwamm.

II. *Auf ein Viertel.*

Asche (unausgelaugte), auch Aschenkalk, Bohnen (aufser Vietsbohnen), Eichenborke (ganze und gemahlene), Erbsen, Getreide aller Art, Malz, Gras, Heu, Hohlglas (grünes und Apothekerglas), Kartoffeln, Muschelkalk, Schilf und Dachrohr, Stroh, Trafs und Cement, Thon, auch Zuckerbäcker- und Pfeifenerde, Wicken; — ferner alles einländische (Nord-Europäische) Bau- und geschnittene Nutzholz, von welcher Gattung es auch sein mag, z. B. Eichen-, Büchen-, Tannen-, Föhren-, Birken-, Eschen-, Erlen-, Espen-, Linden-, Pappel-, Weiden-, Kirsch-, Nufs-, Birn-, Pflaumenbaumholz, mit Einschlufs der sogenannten groben Holzwaaren, jedoch mit Ausschlufs der zu $\frac{1}{8}$ oder $\frac{1}{24}$ des Normalsatzes tarifirten Holzsorten. (Ausländische Holzgattungen für Tischler, als Mahagoni, Zuckerkisten, Eben-, Rosenholz und dgl. wie auch die Färbehölzer, unterliegen dem vollen Normalsatze.)

III. *Auf ein Achtel.*

Kalk und Gips, Oelkuchen, Packmatten von Schilf und Bast, Steine (gebrannte Mauer- und Ziegelsteine, Mühl-, Schleif-, Sollinger Steine) auch aus gemeinem einländischen Material gefertigte steinerne Kümpe, Tröge, Krippen, Leichensteine u. dgl., ferner alle einländischen geringeren Holzsorten, von welcher Gattung sie auch sein mögen (mit alleiniger Ausnahme des nur zu $\frac{1}{24}$ des Normalsatzes tarifirten Busch- und Faschinen-Holzes und der Schlagt- und Zaunpfähle) z. B. Brennholz in Faden oder Klaftern, Bandholz zu Braubottichen und Tonnenbänden, Ruthenholz zu Körben und dergleichen Flechtwerk.

IV. *Auf ein Vierundzwanzigstel.*

Asche (ausgelaugte), Austern- und Muschelschaalen, Glasscherben, Kohlen (Braun- und Stein-) Mergel,

Mist und Dünger, Sand, auch Grant, Kies und alle 1823
gemeine Erde, Steine (Bruch- und Feld-), Torf, ferner Busch- und Faschinenholz zu Wasserbauten und Zäunen, Schlagt- und Zaunpfähle.

§. 18. Von lebendigen vierfüfsigen Thieren soll der Weserzoll mit 4 Pfennigen pro Stück, von lebendigen Vögeln mit 1 Pfennig pro Stück, und von Bäumen zum Verpflanzen mit 4 Pfennigen pro Schock an jeder passirten Empfangsstätte erhoben werden.

§. 19. Leer passirende Schiffe, auch die neuen und zum Verkauf bestimmten, sind gänzlich frei.

§. 20. Es bleibt zwar den Schiffern unbenommen, von allen Waaren, welche sie führen, und auch von denjenigen, welche im Handel gewöhnlich nicht nach dem Gewichte verkauft zu werden pflegen, ihr wirkliches der Entrichtung des Weserzolls zum Grunde zu legendes Gewicht, gehörig beglaubigt nachzuweisen; in Ermangelung solcher Nachweisung soll aber für die letztgedachten Waaren, der in der Anlage D. ausgeworfene Normal-Gewichtssatz, bis auf anderweitige gemeinsame Bestimmung angenommen werden.

§. 21. Die Befugnifs für jede Empfangsstätte zur Erhebung des ihr zugewiesenen Weserzolls wird dadurch begründet, dafs die Ladung wirklich bei ihr vorübergeführt wird, von welcher erhoben werden soll.

§. 22. Aufser den durch gegenwärtige Übereinkunft festgesetzten Gefällen sollen auf der Weser keine andere weiter gefordert oder erhoben werden; auch übernehmen die paciscirenden Staaten die förmliche Verpflichtung, die festgesetzten Abgaben nicht anders, als in gemeinschaftlicher Übereinkunft zu erhöhen.

§. 23. Unter den Abgaben, wovon die Artikel 15 bis 22 einschliefslich handeln, sind nicht begriffen:

1. Die Eingangs-, Ausgangs-, und Verbrauchssteuern, mit welchem einem jeden Staate das Recht verbleibt, die in sein eigenes Landesgebiet ein- und aus demselben zu führenden Waaren, sobald sie respectiv den Flufs verlassen haben, oder noch nicht auf den Flufs gekommen sind, nach seiner Handelspolitik zu belegen.

1823 2. Die Hafen-, Krahn-, Waagen- und Niederlags-Gebühren in den Handelsplätzen, wovon jedoch alle Führer von solchen Schiffen, die auf der Weser oder ihren Nebenflüssen zu Hause gehören, nicht mehr als die Einländer bezahlen sollen. Auch sollen die Zahlungssätze dieser Gebühren fest bestimmt zur Kenntnifs des Publikums gebracht, und nur von denjenigen gefordert werden, welche sich der vorhandenen Anstalten bedienen.

Für den Dienst der Lootsen hat es bei den in jedem Staate gegebenen oder zu gebenden Bestimmungen, und für die Gebühren, welche sie zu fordern berechtigt sind, bei der gegebenen oder zu gebenden Taxordnung, mit der Maafsgabe, sein Bewenden, dafs keinem Unterthan der contrahirenden Staaten eine lästigere Verpflichtung, als dem Einländer auferlegt werde.

§. 24. Beamte, welche sich unterfangen würden, irgend etwas an Geld oder Naturalien in ihren Privatnutzen, von der transitirenden Schiffarth zu erheben, sollen, aufser der Erstattung des ungebührlich Erhobenen, nachdrücklich bestraft werden.

III. *Von der Controlle.*

§. 25. Alle Waaren werden bei der Entrichtung des Weserzolls in der Regel zu demjenigen Gewichte angenommen, welches das in gehöriger Form vorgezeigte Ladungs-Manifest (§. 39.) allenfalls mit Zuziehung der vorstehend §. 20. erörterten Normal-Gewichtsbestimmung beurkundet.

§. 26. Jeder Staat hat das Recht, die Übereinstimmung der Manifeste mit dem wirklichen Inhalte der Ladung theils durch genaue Prüfung der ersteren in Beziehung auf Anwesenheit aller dabei vorgeschriebenen Formen, theils durch generelle Revision, theils durch Nachwägung, und selbst durch materielle Verification der letzteren, auf jeder durch das Schiff passirten Erhebungsstätte des Weserzolls zu constatiren.

Es ist aber vereinbart worden, der Nachwägung und materiellen Verification nur in folgenden Fällen Anwendung zu geben:

1. Wenn der Führer einer verpackten Ladung für 1823
lieselbe ganz oder theilweise die geringere Verzol-
ung nach einem Bruchtheile des Normalsatzes in An-
spruch nimmt, rücksichtlich der Waaren, auf welche
ler Anspruch gerichtet ist (§. 31.);

2. wenn gegen den Schiffsführer der Verdacht beabsichtigter Defraudation des Weserzolls oder der inneren Zoll- und Consumtions-Abgaben des betreffenden Staats begründet ist;

3. wenn zwar die Gattung, aber die das innere Steuer-System des betreffenden Staats interessirende Art der Waaren entweder gar nicht oder doch nur schwankend angegeben ist; jedoch in diesem Falle nur in Beziehung auf die so angegebenen Waaren.

§. 27. Die Begründung des Verdachts (§. 26, Nr. 2) soll angenommen werden:

1. wenn das Ladungs-Manifest sich nicht in gehöriger Form befindet, oder dem Verdachte einer damit vorgenommenen Verfälschung unterliegt;

2. wenn eine generelle Revision der Ladung erhebliche und begründete Zweifel gegen die Richtigkeit des Manifestes veranlafst;

3. wenn der Schiffer auf dem, nicht etwa durch augenscheinlichen Nothstand und Beobachtung der für diesen Fall vorgeschriebenen Maasregeln gerechtfertigten, Versuche einer Anlegung an verbotene Uferstellen, oder gar einer vorher nicht angezeigten Ein- oder Ausladung sich betreten läfst.

§. 28. Für jede, den Weserzoll nach vollem Normalsatze entrichtende, von einem Orte zum andern auf der Weser lediglich transitirende Schiffsladung ist also zur Abfertigung an jeder dazwischen liegenden Erhebungsstätte, in der Regel nichs weiter erforderlich, als:

1. Beibringung des nach der weiter unten vorgeschriebenen Form eingerichteten Ladungs-Manifestes abseiten des Schiffers, und Prüfung der Behörde, ob jene Form überall beobachtet worden;

2. generelle, d. h. ohne Öffnung, und so viel als möglich, ohne Verrückung der Colli, vorzunehmende Revision der Ladung durch den Erheber zur Ermittlung des §. 27, 2. erwähnten Verdachtsgrundes;

1823 3. Zahlung des tarifsmäfsigen Weserzolls nach dem Normalsatze pro Schiffspfund des im Manifeste angegebenen und als richtig anerkannten Ladungsgewichtes;

4. Bemerkung der anerkannten Richtigkeit und geleisteten Zahlung, so wie des Tages und der Stunde der Ankunft und Abfertigung, auf dem Manifeste von Seiten der betreffenden Behörde;

5. Ausstellung einer besonderen, beständig in den Händen des Schiffers bleibenden und zu seiner Legitimation dienenden Quitung nach dem Schema der Anlage E.

§. 29. Die im vorstehenden § beschriebenen Abfertigungen soll jede Empfangsbehörde so schnell als möglich, und spätestens binnen drei Stunden für jeden Schiffszug, nach erhaltener Anzeige von dessen Anwesenheit, bei 5 Rthlr. Ordnungsstrafe für jeden Contraventions-Fall, zu bewirken verpflichtet sein, jedoch nur zwischen Sonnen- Auf- und Untergange, und dergestalt, dafs wenn mehrere Schiffszüge zugleich ankommen, die Frist für jeden folgenden erst von der beendigten Abfertigung des vorangehenden läuft. Die Schiffer können indessen nur dann verlangen, dafs die Abfertigung in drei Stunden geschehe, wenn sie eine richtige Abschrift des Manifestes bei dem ersten Zollamte eines jeden Staats übergeben. Im entgegengesetzten Falle mufs derjenige Zeitraum hinzutreten, welcher zur Anfertigung einer Abschrift erforderlich ist. Nachwägungen und materielle Verificationen, sollen den im §. 28. beschriebenen Abfertigungen jederzeit nachstehen.

§. 30. Jeder Empfangs-Beamte, welcher durch einen bei seiner generellen Ladungs-Revision nach §. 27, 2. und 28, 2. gegen die Richtigkeit des Manifestes ihm aufstofsenden Verdacht zur Anstellung einer Nachwägung oder materiellen Verification der ganzen Ladung oder eines Theils derselben sich veranlafst findet, mufs die Dringlichkeit und Erheblichkeit des Verdachtes nachher, auf Erfordern zu justificiren im Stande sein, bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe.

§. 31. Wenn der Führer einer Schiffsladung Waaren, welche nach dem §. 17. nur einem Bruch-

theil des Normalsatzes unterworfen sind, bei sich zu 1823
haben declarirt, und für selbige den betreffenden geringeren Tarifsatz in Anspruch nimmt, so ist er verbunden, der Empfangs-Behörde die vollständige Überzeugung zu verschaffen, dafs jene Waaren wirklich diejenigen sind, wofür er sie ausgiebt. Es ist also hinsichtlich ihrer die Behörde zu materieller Verification, mit Darlegung und Oeffnung der einzelnen Colli, berechtigt; — Sache des Schiffers bleibt es, seine Ladung so einzurichten, dafs die Überzeugung von wirklicher Anwesenheit der zum geringeren Tarifsatze berechtigten und declarirten Waare — als worauf es hier allein ankommt — der Behörde auf die kürzeste und einfachste Weise gewährt werden könne.

§. 32. Wo die materielle Verification aus der angegebenen Ursache Statt findet, soll sie unfehlbar binnen drei Stunden, nachdem zur Abfertigung des Schiffers geschritten worden, angefangen und nach Möglichkeit beschleunigt werden.

§. 33. Wenn das Schiff rein transitirt, ohne Ab- und Zuladung, so soll eine materielle Verification wegen der zum geringeren Tarifsatz angemeldeten Waaren jedenfalls nur einmal in jedem Territorium vorgenommen werden, und ihr auf dem Manifeste verzeichnetes Resultat bei allen übrigen Empfangsstätten desselben Gebiets für richtig gelten.

§. 34. Nachwägungen oder materielle Verificationen, welche wegen sich ergebenden Verdachts einer Unrichtigkeit des Manifestes vorgenommen werden, sollen gleichfalls in der §. 32. angegebenen Art geschehen. Hat sich aber das Manifest als unrichtig ergeben, so existirt die Vermuthung beabsichtigter Defraudation nicht nur des Weserzolls, sondern auch der inneren Zoll- und Verbrauchssteuer des betreffenden Staats mit allen ihren gesetzlichen Folgen, jedoch nur in Bezug auf den Schiffer und den unrichtig befundenen Theil seiner Ladung.

§. 35. Materielle Verificationen, welche nach §. 27, 3. wegen begründeten Verdachts einer Contravention gegen das innere Zoll- und Verbrauchs-Steuersystem eines Territoriums Statt finden müssen, werden nach den Gesetzen dieses Systems behandelt.

1823 §. 36. Das Resultat aller geschehenen Nachwägungen oder materiellen Verificationen, so wie, bei den zum geringeren Tarifsatze declarirten Waaren, der darnach geleisteten Zahlung, wird von jeder Zollstätte auf dem Manifeste bemerkt.

§. 37. Wenn die Bestimmung eines Schiffs auf derselben Farth, successiv an mehrere Orte lautet, wo es ein- oder ausladen soll, so mufs an jedem derselben das Gewicht der geschehenen Ein- oder Ausladung für jedes Collo durch die dazu ernannte Behörde, welche die contrahirenden Staaten sich gegenseitig bekannt machen werden, auf dem Manifeste certificirt werden. Das nachfolgende Erhebungsamt prüft die formelle Richtigkeit dieses Certificats, und verfährt dann übrigens nach den betreffenden vorstehenden Bestimmungen.

§. 38. Ausladungen dürfen überhaupt nur in Gemäfsheit der Declarationen des Manifestes vom Orte der Einladung oder einer etwa bei dem zunächst berührt werdenden Zollamte nachträglich beigebrachten glaubwürdigen Abänderung seiner desfallsigen Bestimmung, immer jedoch nur an den gesetzlich dazu bestimmten Orten und unter Aufsicht der dazu ernannten Behörden geschehen. Das Gefäfs mufs seine Abfertigung von der Landzoll- und Steuer-Behörde, welche jedoch jederzeit nach Möglichkeit beschleunigt werden soll, auf der Anlagestelle abwarten, ohne, evidenten Nothstand ausgenommen, seinen Platz verändern zu können. Ist Leichterung erforderlich und sollen dazu Fahrzeuge genommen werden, die nicht zum Schiffszuge selbst gehören, so müssen deren Führer zuvor bei der nächsten Orts-Behörde desjenigen Gebiets, wo die Leichterung geschieht, davon Anzeige machen. Jeder Verstofs gegen die Vorschriften dieses § begründet den Verdacht einer Defraude gegen das Landzoll- und Steuer-System des betreffenden Staats, und seine gesetzlichen Folgen.

§. 39. Die zur Legitimation des Schiffers an den Erhebungsstätten dienenden, in den vorstehenden §§ erwähnten Ladungs-Manifeste sollen nach dem sub F anliegenden und beispielsweise ausgefüllten Schema, unter Richtigkeits-Attest der dazu von

jedem Staate ernannten und den übrigen Staaten bekannt zu machenden Behörde, abgefafst und in der Regel am Einladungsorte genommen werden. Schiffer jedoch, welche mit einer aus Seeschiffen unmittelbar gehobenen Ladung, bei Bremen vorbei, aufwärts transitiren wollen, haben die Wahl, entweder an einem Ladungsplatze unterhalb Bremen oder erst zu Bremen selbst, ihr Manifest sich ausstellen zu lassen. Eine gleiche Wahl zwischen einer unterhalb Bremen oder zu Bremen befindlichen Behörde soll Schiffern, welche in die Weser einkommen und etwa mit ihrer Ladung, Bremen vorbei, aufwärts transitiren wollen, zustehen. Am letzten Ausladungsorte wird, nach gehöriger Verification, das Manifest zu den Akten der angeordneten Behörde gegeben und daselbst aufbewahrt. Der zur direkten Überladung in Seeschiffe, oder auch etwa zur eigenen Weiterführung in See oder über die Watten, Strom abwärts transitirende Schiffer mufs, bei 50 Rthlr. Strafe, entweder zu Bremen, oder an einem der unterhalb Bremen am Ufer befindlichen Ladungsplätze, sein Manifest bei der Behörde deponiren und der Schlufs-Verification sich unterwerfen, wofür er jedoch, eben so wie in den vorgedachten Fällen bei der Auffarth, etwanige Krahn- und Waagegebühren ausgenommen, nichts zu bezahlen hat. Besteht die Ladung eines Schiffes in Holz oder ist es ein Flofs, so mufs das Manifest ein genaues Verzeichnifs aller bei sich führenden Stämme und anderen Holzsorten, mit Bemerkung des cubischen Inhalts, enthalten. 1823

§. 40. Jeder der contrahirenden Staaten hat das Recht, Plätze innerhalb seines Gebiets zu bestimmen, an denen allein überhaupt angelegt werden darf, auch wenn von keiner Ab- und Zuladung die Rede ist. Jede Anlegung an einem nicht dazu verstatteten Orte — den einzigen Fall augenscheinlichen und sofort bei der nächsten Ortsbehörde des betreffenden Staats angemeldeten Nothstandes ausgenommen — begründet den Verdacht beabsichtigter Defraudation des inneren Zoll- und Steuer-Systems und seine gesetzlichen Folgen. Von den in einem jeden Staate verstatteten Liege- und Ladeplätzen mufs ein Verzeichnifs in jeder Zollstätte des betreffenden Staats angeschlagen werden.

1823 §. 41. Jeder der contrahirenden Staaten hat das Recht, in Fällen, wo er für das Interesse seiner Landzölle oder Verbrauchssteuern es nützlich erachtet, innerhalb seines Gebiets einen Begleiter auf transitirende Schiffe zu setzen. Doch darf aus Anwendung dieser Maasregel für den Schiffer weder irgend ein, durch gegenwärtige Akte nicht gerechtfertigter Aufenthalt, noch irgend eine Ausgabe, noch irgend eine nicht ohnehin schon ihn gesetzlich treffende Beschränkung erwachsen. Diejenigen Staaten, welche eine solche Begleitung für nöthig erachten, werden, wenn die Aufnahme oder die Entlassung der Begleiter an anderen Punkten als in den Zollstätten erforderlich ist, die Orte bekannt machen, wo solche erfolgen soll. Der Schiffer ist verpflichtet, dort anzulegen und nach erfolgter Anmeldung, eine Stunde auf Ankunft oder Abgang der Begleiter zu warten.

IV. *Von den Maasregeln gegen natürliche Schiffarths-Hindernisse und Unglücksfälle.*

§. 42. Alle Staaten, welche eine Hoheit über das Strombette der Weser ausüben, verpflichten sich, jeder in den Gränzen seines Gebiets, alle im Fahrwasser der Weser sich findenden Schiffarths-Hindernisse, ohne allen Verzug, auf ihre Kosten wegräumen zu lassen, und keine die Sicherheit der Schiffarth gefärdenden Strom- oder Uferbauten zu gestatten. Für die Fälle wo die gegenüberliegenden Ufer verschiedenen Landesherren gehören, sind die contrahirenden Staaten übereingekommen, es bei der bisherigen Observanz zu lassen, vorkommende Beschwerden aber bei der Revisions-Commission zur Sprache zu bringen.

§. 43. Sollte ein Schiff oder dessen Mannschaft verunglücken, so sind die Ortsobrigkeiten verpflichtet, dafür zu sorgen, dafs die erforderlichen Rettungs- und Sicherungs-Anstalten, so schnell als möglich, getroffen werden. Zu diesem Ende machen die contrahirenden Staaten sich anheischig, die Local-Behörden mit den nöthigen allgemeinen Instructionen in voraus zu versehen, und die deshalb bestehenden besonderen Verordnungen zu erneuern. Sollte ein

Strandrecht irgendwo an der Weser ausgeübt werden, so wird solches hierdurch für immer aufgehoben. 1823

V. *Vom Leinpfade.*

§. 44. Alle Staaten, welche eine Hoheit über das Strombette der Weser ausüben, machen sich anheischig, eine besondere Sorgfalt darauf zu verwenden, daſs auf ihrem Gebiete der Leinpfad überall in guten Stand gesetzt, darin erhalten und, so oft es nöthig sein wird, ohne einigen Aufschub, auf Kosten desjenigen, den es angeht, wieder hergestellt werde, damit in dieser Beziehung der Schiffarth nie ein Hindernis entgegenstehe.

§. 45. Hingegen sollen die Schiffer, bei eigener Verantwortlichkeit zum Schadensersatze und angemessener Polizeistrafe, dafür haften, daſs durch ihre Pferdetreiber vom Leinpfade überall kein anderer Gebrauch, als eben der zum Linienzuge erforderliche gemacht und auch in der Nachbarschaft desselben kein Schade verübt werde. Sie haben die in dieser Hinsicht von den einzelnen Uferstaaten etwa zu erlassenden Special-Polizei-Reglements zu befolgen, welche übrigens mit keiner ausdrücklichen Bestimmung der gegenwärtigen Akte im Widerspruche stehen dürfen.

§. 46. Es wird gänzlich der freien Wahl der Schiffer überlassen, an welchen und bis zu welchen Orten, und von den Unterthanen welches der contrahirenden Staaten, sie ihre Linienzugskräfte an Pferden oder Menschen, in freier Vereinigung über den Gesellungspreis dingen wollen und können, mit einziger Ausnahme der diese Regel theilweise beschränkenden Bestimmung im §. 11, No. 6.

§. 47. Ob, wie in einigen der contrahirenden Staaten bisher die Gewohnheit bestanden hat, die Linienzüge zur leichteren Verhütung und eventuell zur Taxation vorkommender Beschädigungen, durch Achtsleute auch fernerhin begleitet werden sollen, hängt zwar vom Ermessen jedes Uferstaats ab; doch ist vereinbaret, daſs künftig durch solche Begleitung den Schiffern weder irgend eine Ausgabe noch irgend ein Aufenthalt verursacht werden darf.

1823 §. 48. Die Übersetzung der Linienzugs-Pferde von einem Ufer auf das andere, ist Sache des Schiffers, darf aber nur an dazu verordneten Plätzen geschehen.

VI. *Von den Nebenflüssen.*

§. 49. Die Anwendung oder Ausdehnung der Bestimmungen dieser Convention auf Nebenflüsse, welche das Gebiet verschiedener Staaten trennen oder durchströmen, soweit nicht besondere Umstände entgegenstehen, bleibt den betreffenden Staaten zum besonderen Abkommen überlassen.

VII. *Von der Ausführung der Weser-Schiffarths-Akte und künftiger Revision derselben.*

§. 50. Soweit durch gegenwärtige Convention Bestimmungen getroffen sind, hat es bei denselben ohne Rücksicht auf bisher bestehende Spezial-Verträge, Gesetze, Verordnungen, Privilegien und Gebräuche sein alleiniges Bewenden.

§. 51. Diese Schiffarths Akte soll, nach erfolgter Ratification, von allen contrahirenden Staaten öffentlich durch den Druck bekannt gemacht werden und mit dem ersten März 1824 in volle Wirksamkeit treten.

§. 52. Ein im Orte des Zollamts oder möglichst nahe wohnender, dem richterlichen Dienste vorstehender Beamter, soll zur summarischen Behandlung und Entscheidung folgender Gegenstände bestellt und verpflichtet werden:

1. über alle Zoll-Contraventionen und die hierdurch verwirkten Strafen, insofern der Schiffer denselben sich nicht freiwillig unterwirft;

2. über Streitigkeiten wegen Zahlung der Zoll-, Krahn-, Waage-, Hafen- und dergleichen Gebühren und deren Betrag;

3. über die von Privatpersonen unternommene Hemmung des Leinpfades;

4. über die beim Schiffsziehen veranlafste Beschädigung an Wiesen und Feldern, so wie überhaupt jeden Schaden, den Flösser oder Schiffer während der Farth oder beim Anlanden durch ihre Fahrlässigkeit Anderen verursacht haben möchten;

5. über den Betrag der Berglohne und anderer Hülfs- 1823
vergütigungen in Unglücksfällen, insofern die Interessenten darüber nicht einig sind.

Namen und Wohnung des Zollrichters sollen in der Zollstätte angeschlagen werden.

§. 53. Auch verbinden sich die contrahirenden Staaten, den dazu angeordneten Zollbeamten und Zollrichtern die Weisung zu ertheilen, dafs wenn ein oder mehrere Zollbeamte eines der anderen Staaten bei ihnen darauf antragen sollten, die Schiffer darauf anzuhalten, um die Nachbezahlung der umgangenen Gebühren zu bewirken, welche, im Fall eines Widerspruchs von Seiten des Schiffers, immer nur auf den Grund der Entscheidung eines competenten Zollrichters erfolgen kann, diesem Ansuchen gewillfahret werden soll; so wie auch auf Verlangen die Resultate der vorgenommenen Revisionen längst des ganzen Weserstroms und jede andere gewünschte Auskunft einander bereitwilligst mitzutheilen.

§. 54. Nachdem gegenwärtige Convention in Wirksamkeit getreten sein wird, soll sich von Zeit zu Zeit eine Revisions-Commission in irgend einer der an der Weser belegenen Städte vereinigen, zu welcher von jedem der contrahirenden Staaten ein Bevollmächtigter delegirt und deren Vorsitz durch Stimmenmehrheit bestimmt wird. Der Zweck und die Wirksamkeit dieser Revisions-Commission sind, sich von der vollständigen Beobachtung der gegenwärtigen Convention zu überzeugen, und einen bleibenden Vereinigungspunkt zwischen den contrahirenden Staaten zu bilden, um Abstellung von Beschwerden zu veranlassen, auch Veranstaltungen und Maasregeln, welche nach neuerer Erfahrung, Handel und Schiffarth ferner erleichteren können, zu berathen. Diese wird jeder Bevollmächtigte, bei seiner Regierung zur Bewirkung eines Beschlusses in Vorschlag bringen. Die erste dieser Revisions-Commissionen wird unmittelbar nach Ablauf des ersten Jahres der Wirksamkeit dieser Akte, zu Bremen sich versammeln; Zeit und Ort der nächstfolgenden aber, — jedesmahl durch die nächstvorhergehende bestimmt werden.

1823 §. 55. Die vorbehaltenen Ratificationen des gegenwärtigen Vertrags sollen spätestens binnen drei Monaten, vom heutigen Tage angerechnet, gegen einander ausgewechselt werden.

Zur Urkund dessen ist diese Schiffarths-Akte von sämmtlichen Bevollmächtigten ihrer Allerhöchsten Höchsten und Hohen Committenten unterzeichnet, und mit ihren Privat-Siegeln bedruckt worden.

So geschehen Minden den 10ten September 1823.

Dr. Carl Wilhelm Koppe.

Joh. Friedrich Wilhelm Heiliger, für Hannover.

Dr. Wilh. Ludwig Schrader.

Joh. Friedrich Wilhelm Heiliger, für Braunschweig.

Carl Friedrich Ferdinand Suden.

Joh. Friedrich Wilhelm Heiliger, für Lippe.

Dr. Friedrich Wilhelm Heineken.

Anlage A.

Verhältnisse

der im §. 12. gegebenen Längenmaafs- und Gewichts-Bestimmungen.

Der Bremer Fufs verhält sich zum	Preufsischen Fufse	13,913.	12,820.
	Rheinländischen	51.	47.
	Kalenbergischen oder Hannoverischen	1000.	991.
	Kurhessischen	187.	188.
	Braunschweigischen	986.	1000.
	Oldenburgischen	133.	130.
	Lippischen	1000.	1005.
Das Bremer Pfd. verhält sich zum	Preufsischen Pfunde	777.	827.
	Hannoverischen	490.	497.
	Kurhessischen	5.057.	5,190.
	Braunschweigischen	1000.	1068.
	Oldenburgischen	100.	103½
	Lippischen	100.	107.

Anlage B. 1823

Münz-Valvations-Tabelle für den Weserzoll-Empfang.

Nur nachbenannte Münzen und zwar die Silbermünzen zum nebenbenannten Werthe, ist jede Empfangsstätte bei Zahlung des Weserzolls anzunehmen verpflichtet, jedoch von denselben auch nur diejenigen, welche im Gebiete des Staates, dem sie angehöret, als Landesmünze cursiren.

A. *Silbermünzen.*

	In Conventions-Münze Rthl.	Gr.	Pf.
1. Nach dem 18 Gulden-Fufse:			
Gulden oder neue $\frac{2}{3}$tel - -	—	17	6
Holländische Gulden - -	—	13	—
Halbe Gulden oder $\frac{1}{3}$ Stücke -	—	8	9
Vier Groschen oder $\frac{1}{6}$ Stücke -	—	4	4
Zwei Groschen oder Vier Schillinge oder $\frac{1}{12}$ Stücke - - -	—	2	2
2. Nach dem 20 Gulden-Fufse			
Speciesthaler (Österreichische, Sächsische und die ihnen gleich sind)	1	8	—
Gulden oder $\frac{2}{3}$ Stücke - - -	—	16	—
Halbe Gulden oder $\frac{1}{3}$ - - - -	—	8	—
Vier Groschen oder $\frac{1}{6}$ Stücke - -	—	4	—
Zwei Groschen oder $\frac{1}{12}$ Stücke -	—	2	—
Zwanzig-Kreuzerstücke (Österreichische, Baierische, Würtembergische)	—	5	4
Zehn-Kreuzerstücke (Österreichische)	—	2	8

3. Nach dem 21 Gulden-Fufse:
Alles Preufsische Courant von $\frac{1}{7}$ Stücken bis incl. $\frac{1}{12}$ Stücken mit einem Aufgelde von 5%.

B. *Goldmünzen.*

Ducaten (Österreichische, Preufsische, Holländische und andere zu 23 Krt. 8 Gr. fein).

Doppelte Ducaten (Österreichische und Kremnitzer).

Ducaten (Dänische und Meklenburgische zu 21 Krt. 1 Gr. fein).

Pistolen, Friedrichsd'or, Georgsd'or, Augustsd'or, Louisd'or, (Preufsische, Hannoverische, Braun-

1823 schweigische, Altfranzösische und die ihnen gleich sind). Halbe dergleichen, doppelte dergleichen, Spanische einfache Pistolen, Spanische Doppien, Hannoversche Goldgulden.

Anmerkung.

1. $\frac{1}{12}$ und 10 Kreuzerstücke werden nur bei Zahlungen unter einem Thaler, die Scheidemünze aller Uferstaaten wird nun zur Ausgleichung dessen, was in $\frac{1}{12}$ oder 10 Kreuzerstücken nicht berichtigt werden kann, nach dem Verhältnifswerthe ihres Münzfufses zum Conventionsfufse, auswärtige Scheidemünze aber gar nicht angenommen.

2. Bei der grofsen und schnell wechselnden Veränderlichkeit des Goldcurses, kann der Tarif, zu welchem die Goldmünzen angenommen werden dürfen, hier nicht ausgeworfen werden. Vielmehr bleibt jedem contrahirenden Staate überlassen, denselben, den Umständen nach, für die Empfangsstätten zu publiciren und abzuändern, doch mufs der jedesmahl gültige jederzeit auf jeder Empfangsstätte affigirt sein.

Anlage C.

Verzeichnifs der durch die Weserschiffarths-Akte beibehaltenen Zollstätten an der Weser, mit specificirter Angabe der daselbst zu erhebenden Zollsätze.

Bemerkung.

Nur bei den im §. 16. benannten und hier durch gesperrte Lettern bezeichneten eilf Zollstätten ist von jetzt an der Schiffer, in Beziehung auf Abgabenerhebung, anzuhalten verpflichtet. Zugleich sind aber die aufgehobenen und mit ihnen combinirten Zollstätten deshalb wieder aufgeführt, weil in Fällen, wo das transitirende Schiff nicht bei *allen* früher bestandenen Zollstätten vorbeigeführt wird, auch nur für diejenigen, welche es wirklich passirt, der Zollsatz in nachstehendem Verhältnisse erhoben werden soll.

		Ist zu erheben
	A. *Für Preufsen.*	
I. Zu *Beverungen* und zwar:		v. Pfd. schw. brutto
a. für Beverungen	- -	11 Pf.
b. — Höxter	- - -	1 — 12 Pf. oder 1 Gr.

	Ist zu erheben v. Pfd. schw. brutto	1823
II. Zu *Minden* und zwar:		
a. für Vlotho - -	12 Pf.	
b. — Hausberge - -	11 —	
c. — Minden - -	1 —	
d. — Petershagen - - -	12 —	
e. — Schlüsselburg - - -	11 —	47 Pf. oder 3 Gr. 11 Pf.

B. *Für Hannover.*

1. Zu *Lauenförde*, aber blofs in der Niederfuhr, die Auffuhr ist daselbst in der Regel frei, und zwar:

a. für Lauenförde - -	12 Pf.	
b. — Pölle - - -	6 —	
c. — Grohnde - - -	7 —	
d. — Ohsen - - -	6 —	
e. — Hameln - - -	38 —	69 Pf. oder 5 Gr. 9 Pf.

Wird Lauenförde in der Niederfuhr nicht berührt, sondern nur Polle, Grohnde, Ohsen und Hameln, einzeln oder sämmtlich, so wird zu Hameln, als beibehaltener Zollstätte, der vorbemerkte Zollsatz sowohl für Hameln als für die berührten eingegangenem Zollstätten erhoben; und eben so wird im entgegengesetzten Falle derselbe Zollsatz zu Lauenförde ausnahmsweise in der Auffuhr erhoben, wenn Hameln nicht berührt wird, sondern Lauenförde entweder allein, oder auch zugleich mit einer oder mehreren der zwischenliegenden eingegangenen Zollstätten.

II. Zu *Hameln*, aber blofs in der Auffuhr, die Niederfuhr ist in der Regel daselbst frei, und zwar:

a. für Hameln - - -	38 Pf.	
b. — Ohsen - - -	6 —	
c. — Grohnde - - -	7 —	
d. — Polle - - -	6 —	
e. — Lauenförde - -	12 —	69 Pf. oder 5 Gr. 9 Pf.

Wird Hameln in der Auffuhr nicht berührt, sondern nur Ohsen, Grohnde, Polle und Lauenförde, einzeln oder sämmtlich, so wird zu Lauenförde, als beibehaltener Zollstätte, der nebengesetzte Zollsatz, sowohl für Lauenförde, als für die berührten eingegangenen Zollstätten erhoben; und eben so wird im ent-

1823 gegengesetzten Falle derselbe Zollsatz zu Hameln ausnahmsweise in der Niederfuhr erhoben, wenn Lauenförde nicht berührt wird, sondern Hameln entweder allein, oder auch zugleich mit einer oder mehreren der zwischenliegenden eingegangenen Zollstätten.

III. Zu *Stolzenau*, aber blofs in der Niederfuhr, die Auffuhr ist in der Regel daselbst frei, und zwar:

	Ist zu erheben vom Pfd. schw. brutto	
a. für Stolzenau - -	8 Pf.	
b. — Landsbergen - -	8 —	
c. — Nienburg - -	8 —	
d. — Hoya - - -	8 —	
e. — Intschede - -	11 —	
f. — Dreye - - -	14 —	57 Pf. oder 4 Gr. 9 Pf.

Wird Stolzenau in der Niederfuhr nicht berührt, sondern nur Landsbergen, Nienburg, Hoya, Intschede und Dreye, einzeln oder sämmtlich, so wird der nebengesetzte Zollsatz zu Dreye, als beibehaltener Zollstätte, sowohl für Dreye, als für die berührten eingegangenen Zollstätten erhoben; und eben so wird im entgegengesetzten Falle derselbe Zollsatz zu Stolzenau ausnahmsweise in der Ausfuhr erhoben, wenn Dreye nicht berührt wird, sondern Stolzenau entweder allein, oder auch zugleich mit einer oder mehreren der zwischenliegenden eingegangenen Zollstätten.

IV. Zu *Dreye*, aber blofs in der Auffuhr, die Niederfuhr ist in der Regel daselbst frei, und zwar:

a. für Dreye - - - -	14 Pf.	
b. — Intschede - - -	11 —	
c. — Hoya - - - -	8 —	
d. — Nienburg - - -	8 —	
e. — Landsbergen - -	8 —	
f. — Stolzenau - - -	8 —	57 Pf. oder 4 Gr. 9 Pf.

Wird Dreye in der Auffuhr nicht berührt, sondern Intschede, Hoya, Nienburg, Landsbergen und Stolzenau, einzeln oder sämmtlich (wie solches namentlich mit den zu Huttbergen einzuladenden und aufwärts gehenden Gütern der Fall ist), so wird der nebengesetzte Zollsatz zu Stolzenau, als beibehaltener

Zollstätte, sowohl für Stolzenau, als für die berähr- 1823
en eingegangenen Zollstätten erhoben: und eben so
wird im entgegengesetzten Falle derselbe Zollsatz zu
Dreye ausnahmsweise in der Niederfuhr erhoben,
wenn Stolzenau nicht berührt wird, sondern Dreye
entweder allein, oder auch zugleich mit einer oder
mehreren der zwischenliegenden eingegangenen Zoll-
stätten.

	Ist zu erheben v. Pfd. schw. brutto
C. Für *Kurhessen.*	
. Zu *Gieſselwerder* - - -	15 Pf.
I. Zu *Rinteln* (für Rumbeck und Rinteln zusammengenommen)	26 — 41 Pf. oder 3 Gr. 5 Pf.
D. Für *Braunschweig.*	
Zu Holzminden - - - -	16 Pf. oder 1 Gr. 4 Pf.
E. Für *Lippe.*	
Zu Erder - - - -	13 Pf. oder 1 Gr. 1 Pf.
F. Für *Bremen.*	
Zu Bremen - - - -	60 Pf. oder 5 Gr.

Recapitulation

	Ist zu erheben vom Pfd. schw. brutto bei den einzelnen Zollstätten Rthl.	Gr.	Pf.	überhaupt Rthl.	Gr.	Pf.
ür *Preuſsen*						
Zu Beverungen - -	—	1	—			
Zu Minden - - -	—	3	11	—	4	11
ür *Hannover*						
Zu Lauenförde oder Hameln - - -	—	5	9			
Zu Stolzenau oder Dreye	—	4	9	—	10	6
ür *Kurhessen*						
Zu Gieſselwerder -	—	1	3			
Zu Rinteln - - -	—	2	2	—	3	5
ür *Braunschweig*						
Zu Holzminden - -	—	1	4	—	1	4
ür *Lippe* zu Erder -	—	1	1	—	1	1
ür *Bremen* zu Bremen	—	5	—	—	5	—
Zusammen				1	2	3

1823 Anlage D.

Normal-Gewichts-Tabelle zur Berechnung des Weserzolles.

a. *Flüssige Waaren.*

Alles Brutto oder mit der einfachen, gewöhnlichen Fustage ohne Überfafs, das Viertel zu 365 Französischen Cubikzoll Inhalt, das Schiffspfund zu 300 Pfund Bremer Gewicht.

		Pfd. schw.	Pfd.
Arrak und Rum	ein Anker zu 5 Viertel	—	92
	— Viertel Legel zu 18 Viertel	1	31
	— Ohm oder Tierce zu 20 Viertel	1	68
	— Oxhoft zu 30 bis 32 ditto	1	270
	— halb Legel zu 36 ditto	2	62
	— Fafs zu 50 ditto	3	20
	— Both, Puncheon, kleine Piepe zu 60 Viertel - - -	3	204
	— Legel, Mittel Piepe zu 70 Viertel	4	88
	eine grofse Piepe zu 80 Viertel	4	272
Baumöl,	die ordinaire Piepe	2	209
	die grofse Piepe, Both zu 13 bis 14 Barili - - - -	3	50
	— Stampe zu 236 Gallons	6	53
Bier, Englisches,	das Fafs, Bärrel, zu 36 Gallons	1	118
	— Oxhoft — 54 —	2	26
	die Piepe — 180 —	6	288
Bier, Bremer und anderes,	die Tonne zu 14 Viertel - - - - -	—	258
	das halbe Fafs zu 26 ditto	1	178
	— Fafs (Tonne — 56 —	3	130
Blut, das Viertel - - - - - - - -		—	20
Branntwein, wie Arrak			
Essig,	ein Anker zu 5 Viertel - - -	—	92
	eine Tonne — 15 ditto - - -	—	276
	ein Oxhoft — 30-32 ditto - -	1	270
	— Both, Piepe zu 60 ditto - -	3	204
Hanf-, Lein- und Rüböl u. s. w., wie Baumöl			
Lauge, wie Essig			
Milch, wie Bremer Bier			
Seife, grüne,	die kleine Tonne oder das Viertel	—	68
Theer,	die Tonne - - - - - -	1	20

	Pfd.	schw.	Pfd. 1823
Thran, die Tonne von 216 Pfund netto	-	—	264
— Quartele (Oxhoft) zu 2 Tonnen	1		227
— Piepe — 4 ditto	3		70
— Stampe (Both) — 8 —	6		130
Wasser, Egersches, Fachinger, Selterser, Spaaer, die hundert Krüge brutto	1		100
— Pyrmonter, Driburger, Wildunger u. s. w. die hundert Flaschen mit Korb	1		50
— Pyrmonter, Driburger, Wildunger u. s. w. die hundert Pimpen halbe Flaschen mit Korb - - - - - -	—		176
— Köllnisches, die 12 Gläser mit Kistchen ohne Überkiste - - - - -	—		6
Wein aller Art, ein Anker zu 5 Bremer Viertel	—		92
— Eimer — 10 ditto	—		184
— Ohm — 20 — - -	1		68
— Oxhoft zu 30 bis 32 Bremer Viertel - - - - -	1		270
— grofses Oxhoft von Bayonne u. s. w. 42 Bremer Viertel	2		173
— Fafs zu 50 — —	3		20
die Piepe zu 65-66 — —	4		5
ein Fuder zu 120 — —	7		108
— Stückfafs zu 160 ditto	9		244

b. *Früchte.*

Der Bremer Scheffel (wovon 40 auf die Bremer Last) 3585 Französische Cubikzoll haltend. 40 Bremer Scheffel = 52¾ Berliner.

	Pfd.	schw.	Pfd.
Bohnen - - - - - - - -	—		140
Buchweizen - - - - - - -	—		96
Erbsen - - - -	—		131
Gerste - - -	—		86
ditto Graupen und Grütze -	—		105
Hafer - - -	—		67
—, Graupen und Grütze - -	—		71
Hirse - - -	—		103
Linsen - - -	—		123
Malz - - - -	—		83
Nüsse - - -	—		86
Obst, gedörrte Äpfel - - -	—		52
—, gedörrte Birnen - - -	—		79

1823

	Pfd.schw.	Pfd.
Obst, gedörrte Kirschen - - -	—	121
—, gedörrte Pflaumen - - -	—	117
—, grünes aller Art - - -	—	94
Roggen - - -	—	106
ditto Mehl - - -	—	103
Saamen, Hanf - - - - -	—	73
ditto Rüb- und andere Sorten - -	—	92
Weitzen - - - - -	—	113
ditto Mehl - - - -	—	110
Wicken - - - - -	—	126

c. *Holzarten und Brennmaterialien.*

a. Von allen Sorten Schiffs-, Zimmer-, Bau- und anderm Nutzholze, Sägeblöcken, stärkeren Stangen u. dgl. so wie Planken, Bohlen, Brettern und gesägten Latten.

	Pfd.schw.
Eichen-, Hainebuchen-, Äpfel- und Pflaumholz, die 10 Bremer Cubikfufs - -	$1\frac{3}{10}$
Buchen-, Eschen- und Kirschbaumholz desgl.	$1\frac{2}{10}$
Birken-, Birn-, Nufs- und Ulmenholz desgl.	$1\frac{1}{10}$
Espen-, Erlen-, Fichten-, Kiefern-, Tannen-, Linden-, Pappeln- und Weidenholz desgl. -	$\frac{9}{10}$

Anmerkung. Planken, Bretter, Latten und kleine bearbeitete Bauholz-Sorten, können in ganzen Zwölftern, Kravelen, oder Lagen und Haufen — unbearbeitete Zimmerstücke u. s. w. nach den Cottaschen Tafeln, im Durchschnitte u. s. w. gemessen und berechnet werden.

		Bremer Cubikfufs
b. Felgen, das Schock (60) 3 zöllige -		$2\frac{4}{10}$
— — — — 36 — - -		$3\frac{3}{10}$
Speichen - - - - -		$1\frac{3}{10}$
c. Kandiskisten, complette, die 100 Stück kleine		29
ditto ditto — 100 — grofse		39
d. Fafsdauben und Stabholz $1\frac{1}{2}$-2 Zoll stark und 4-6 Zoll breit		
248 Piepenstäbe - - 67-70 Zoll lang		80
372 Oxhoftstäbe - - 55-58 — —		97
496 Tonnenstäbe - - 45-48 — —		104
744 Oxhoft Bodenstäbe - 29-32 — —		103
922 Tonnen — — - 22-35 — —		107

e. vom Faden- oder Klafterholze u. s. w. werden die 1823
in Haufen gemessenen 100 Cubikfufs nur gerechnet

	von 2-	3-	4-	5-	6 füfsigem	
Nutzholz in Klaftern	75	73½	72	70	68	Cubikfufs
Brennholz in Kloben oder Scheiten - -	71	69	67	65	63	—
Brennholz in Stangen	60	57	54	51	48	—
— — Zacken oder Zweigen - -	56	52	48	44	40	—
Brennholz in Reisig, Bunden oder Wellen - - -					30-35	ditto
Bandholz, nach Verhältnifs der Stärke					45-55	—

	Pfd.schw.	Pf.
Zaunpfähle, wie Stangen-Brennholz		
f. Lohkuchen, die 1000 Steine - -	4	100
g. Holzkohlen, die 10 Cubikfufs - -	—	75
h. Holzasche (der Bremer Scheffel) unausgelaugte	—	72
ditto ditto ausgelaugte	—	130
i. Braunkohlen, die 10 Cubikfufs - -	—	280
k. Steinkohlen - - - -	1	36
l. Torf, die 1000 Soden oder Steine - -	3	75
— — 10 Cubikfufs aufgeschüttet -	—	225

d. *Steinarten, Thon, Sand u. s. w.*

Kies, die - -	10 Cubikfufs	2	180
Pflastersteine - -	10 ditto -	2	240
Sand, weifser - -	10 — -	2	120
Sandstein, behauener -	10 — -	3	200
— unbehauener, oder Bruchsteine in Haufen, die	10 — -	2	180
Pfeifenerde - -	10 — -	1	30
Töpfererde - -	10 — -	1	260
Mergel - -	10 — -	2	70
Vieh- und anderer Dünger	10 — -	1	30
Ziegel-, Backofensteine,	1000 Stück -	54	—
— Dachzungen	1000 — -	11	—
— Mauersteine	1000 — -	30	—
— desgl. ungebrannte,	1000 — -	35	—

e. *Leere Gefäfse.*

Ein Anker, Eimer - - -	—	16
— Doppel-Anker, Eimer, Biertonne -	—	29
Eine Öl- und Thrantonne - - -	—	39
— Theertonne - - - -	—	93

		Pfd. schw.	Pfd.
1823	Ein Ahm, Ohm, Tierce - - -	—	48
—	Essig-Oxhoft, ½ Bierfafs - -	—	78
—	Oxhoft, ½ Both, Quartele - -	—	109
—	Bierfafs, Piepe - - -	—	128
—	Both, Fafs, grofse Piepe - -	—	155
—	Stückfafs, Stampe - -	—	217

Die Erhebungsämter werden zur vergleichenden Constatirung eines Normalgewichts solcher Gegenstände, welche wegen sehr abweichender Benennungen, Verpackungsarten u. s. w. hier vorläufig noch nicht verzeichnet worden sind, jede pafsliche Gelegenheit benutzen, und die Resultate in beglaubter Form registriren.

Anlage E.

Preufsen — Zollamt Minden

Journal pag. 20. Manifest No. 8.

Der Schiffer Heinemann hat hier auf der Fahrt von Bremen nach Carlshafen von dem Hamelnschen Schiffe No. 5. (vom Flosse bestehend aus u. s. w.)

	Conventionsgeld
heute an Weserzoll gezahlt geschrieben zwei und zwanzig Thaler siebzehn gute Groschen, und zwar in folgenden Münzsorten:	22 Rthl. 17 Gr. — Pf.
a. Sechs sächsische Speciesthaler	— — — — — —
b. Zwei Friedrichsd'or	— — — — — —
c. Preufsisch Courant in $\frac{1}{1}$	— — — — — —
d. in $\frac{1}{12}$ desgl. - -	— — — — — —
e. in $\frac{1}{12}$ hannöverische Conventions-Münze - -	— — — — — —
f. Scheide-Münze - -	— — — — — —
Summa	22 Rthl. 17 Gr. — Pf.

Minden, den 10ten März 1824.

(Siegel des Zollamts) N. N. Rendant N. N. Controlleur.

Anlage F. 1823

Jahrgang 1824. No. 28.

Des Ausstellungsamts Bremen
Manifest
für den Schiffer Hans Heinrich Meier aus Bodenwerder zur Fahrt von Bremen nach Carlshafen, mit dem ihm zugehörigen Bocke (Hinterhange, Bullen) No. 3., zu 40 Lasten ladungsfähig, besetzt mit vier Mannspersonen.

Bemerkungen.

1. Es kann für jedes Fahrzeug ein besonderes Manifest genommen werden, oder auch nur ein gemeinschaftliches für jeden, aus den gewöhnlichen 3 Fahrzeugen bestehenden Schiffszug, nach Wahl des Schiffers. Jede Ab- oder Zuladung mufs am Ab- oder Zuladungsorte dem Manifeste nachgetragen werden.
2. Das Schema des Manifestes sich zu verschaffen und die Ausfüllung der Rubriken 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 9. zu besorgen, ist Sache des Schiffers. Die Rubriken 8. 10. 11. 12. 13 — letztere so weit Stoff dazu vorhanden — werden von den betreffenden Behörden ausgefüllt.
3. Die Unterzeichnung des Ausstellungsamts am Einladungsorte geschieht unentgeltlich, auf den Grund sich verschaffter Überzeugung, dafs wirklich die angegebenen Gegenstände nach Quantität und Qualität geladen sind.
4. Besteht das Manifest aus mehr als einem Bogen, so mufs es paginirt, geheftet und der Faden mit dem öffentlichen Siegel des Ausstellungsamts angesiegelt seyn. Die als Anlagen dazu gehörenden Frachtbriefe müssen immer vollständig mit dem Manifeste producirt werden. Der Schiffer wird wohl thun, sich jedesmahl noch mit einem, gegen billige Abschreibe-Gebühren vom Ausstellungsamte zu liefernden Duplicate des Manifestes zu versehen.
5. Die eigenhändige Unterschrift des Schiffers unter dem Manifeste macht ihn für Wahrheit und Vollständigkeit seiner darin enthaltenen Angaben verantwortlich.
6. Gegenwärtiges Manifest wird zu Carlshafen bei der Kurfürstlichen Behörde definitiv abgegeben und daselbst vorschriftsmäfsig aufbewahrt.

1. Voller Name u. Wohnort des Absenders	2. Bestimmungsort und Empfänger	3. Folge-Nummer des Frachtbriefs	4. Der Kolli und Gebinde Benennung und Anzahl	5. Zeichen und No.	6. Benennung der Waaren
Peter Wilhelm Hartig zu Bremen	Hameln Johann Friedr. Liebermann, auf Ordre niederzulegen daselbst	1	1 Tonne	H. L. 1	Tabacksblätt.
			1 dito	H. L. 2	desgl.
		2	5 Tonnen	o I-V	Fabricirter Taback
Franz Hoppe zu Bremen	Carlshafen Wilhelm Georg Kreidel	3	1 Tonne	W.G.K. 1.	Rohzucker
			1 dito	W.G.K. 2.	dito
			1 dito	W.G.K. 3.	dito
			1 dito	W.G.K. 4.	dito
	Minden Diederich Meier	4	1 Tonne	D.M. 1.	Raffinirter Zucker
			1 dito	D.M. 2.	dito
			1 dito	D.M. 3.	dito
Carl Stein zu Bremen	Carlshafen Friedrich Lasbusch	5	1 Oxhoft	F.L. 1.	Franzwein
		6	1 Kiste in Leinen	F.L. 1.	Seidenwaaren
			1 dito	F.L. 2.	dito
		7	1 Kiste in Matten	L.K. 1.	Halbseidenwaaren
			1 dito	L.K. 2.	dito
			1 dito	L.K. 3.	dito
			1 dito	L.K. 4.	dito
		8	1 Anker mit Oberfafs	L.J.	Arrak
Ferdinand Dreier zu Bremen	Vlotho Heinrich Kelle	9	unverpackt		Piepenstäbe
	Derselbe, daselbst	10	desgleichen		Steinkohlen
		10	22 Kolli		

Die Richtigkeit dieses Manifestes beglaubigt,
Bremen, den 6ten Mai 1824.

Das Ausstellungsamt
N. N.

7. Maafs nach der Declaration	8. Maafs nach der Revision	9. Gewicht nach der Declaration	10. Gewicht nach der Revision	11. Zahlt vom Normalsatze	12. Zoll-Betrag in Convent.-Geld Rthl.	Gr.	Pf.	13. Bemerkungen
- - -	- - - 1 2/9 Pfd.schw.							
- - -	- - - 1 4/9	—	2 2/3 Pfd.schw. 2 Pfd.schw. 122 Pf.	1/1	—	—	—	
- - -	- - -	jede zu 100 Pfd.	6 2/3 Pfd.schw. 6 Pfd.schw. 200 Pf.	1/1	—	—	—	
- - -	- - - 150 Pfd.							
- - -	- - - 155 —							
- - -	- - - 148 —							
- - -	- - - 147	— 600 Pf.						
- - -	- - - 275		2 Pfd.schw.	1/1	—	—	—	
- - -	- - - 276		2 —	1/1	—	—	—	
- - -	- - - 274	— 825 —	225 Pfd.					
1 Oxhoft	1 Oxh. 1 Pf.schw.	260 Pfd.	1 Pfd.schw. 260 Pfd.	1/1	—	—	—	
	57 Pfd. 63 — 160 —	120 —	— 132 Pfd.	1/1	—	—	—	
	156 — 163 — 161 —	640 —	2 Pf.schw. 40 Pfd.	1/1	—	—	—	
1 Anker	1 Ank. 90 —		— — 90 —	1/1	—	—	—	
500 Stück ad 70″ Länge,	richtig 16 Pfd.schw.		16 Pfd.schw.	1/4	—	—	—	
160 Kub. Fufs 500 Balgen	richtig 166 2/3 —		166 — 200 Pfd.	1/24	—	—	—	
			201 — 69 Pfd.					

Hans Heinrich Meier
Schiffer.

1.	2.	3.	4.	5.	6.
VollerName u. Wohnort des Absenders	Bestimmungsort und Empfänger	Folge-Nummer des Frachtbriefs	Der Kolli und Benennung und Anzahl	Gebinde Zeichen und No.	Benennung der Waaren
		10	22 Kolli		- - - - -

Von vorstehender Ladung sind in Dreye verzollt
Königl. Hannöversches Zollamt zu Dreye
N. N.
u. s. w. Rendant

In Minden sind abgeladen nach Frachtbrief No. 4. 3 Kolli - - - - - -

	bleiben	9	19	- - -	- - - - - -

In Minden sind verzollt u. s. w.
In Vlotho sind abgeladen an unverpackten Waaren nach Frachtbrief No. 10. - - - - - - - - - - - - - -

	bleiben	8	19	- - -	- - - - - -

In Rinteln sind verzollt u. s. w.
In Hameln sind abgeladen nach Frachtbrief No. 1 und 2.
Sieben Kolli - - - - - - - - - - - - - -

	bleiben	6	12	- - -	- - - - - -

In Hameln sind verzollt u. s. w.
In Bodenwerder sind zugeladen.

Philipp Hanke zu Bodenwerder	Carlshafen Georg Meier	11	1 Kiste	G. M. 1	Engl. Stahlwaaren
			1 dito	G. M. 2	dito
			1 dito	G. M. 3	dito
	Summa	7	15 Kolli		

In Holzminden sind verzollt u. s. w.

7. Maafs nach der Declaration	8. Maafs nach der Revision	9. Gewicht nach der Declaration	10. Gewicht nach der Revision	11. Zahl vom Normalsatze	12. Zoll-Betrag in Conventions-Geld Rthl.	Gr.	Pf.	13. Bemerkungen
- - -	- - -	- - -	201 Pfd. schw. 69 Pf.					
			18 — 169 —	1/1	3	19	3	
			16 — — —	1/4	-	19	8	
			166 — 200 —	1/24	1	10	2	
			201 Pfd. schw. 69 Pfd.		6	1	1	
- - -	- - -	- - -	2 — 225 —					
- - -	- - -	- - -	198 Pfd. schw. 144 Pfd.					
- - -	- - -	- - -	166 Pfd. schw. 200 Pfd.					
- - -	- - -	- - -	31 Pfd. schw. 244 Pfd.					
- - -	- - -	- - -	9 Pfd. schw. 22 Pfd.					
- - -	- - -	- - -	22 Pfd. schw. 222 Pfd.					

78.

1823 *Convention séparée entre l'Hanovre et la ville libre de Brêmen concernant la navigation du Weser, signée à Minden le 9 Septembre 1823.*

(*Sammlung der Gesetze, Verordnungen und Ausschreiben für das Königreich Hannover vom Jahre* 1824. Abth. 1. S. 23.)

Auf Veranlassung desjenigen, was wegen des Pferde-Vorspanns auf der Stromstrecke zwischen Bremen und Stolzenau bei den Verhandlungen der Weser-Schiffarths-Commission und vorzüglich in deren 53sten Conferenz vorgekommen ist, haben sich die zu dieser Commission ernannten Bevollmächtigten der Krone Hannover und der freien Hansestadt Bremen, im Auftrage ihrer beiderseitigen Gouvernements und soweit es die Unterthanen dieser beiden Staaten angeht, über folgende Punkte vereinbart:

§. 1. Auf gedachter Stromstrecke bleibt, neben der, als dem ersten Abgangs-Orte der Schiffe, unvermeidlichen Vorspann-Station Bremen, nur die Vorspann-Station Hoya bestehen, und nehmen auf der ersten Station die Unterthanen der Krone Hannover zu zwei Drittheilen, diejenigen der freien Hansestadt Bremen aber zu einem Drittheil am Vorspann Antheil; auf der letzteren Station hingegen spannen blos Hannoversche Unterthanen vor. Beides jedoch nach freier Auswahl der Schiffer unter den zu jedem dieser beiden Staaten gehörigen einzelnen Vorspännern und ohne sich deshalb an eine bestimmte Reihefolge zu binden.

§. 2. Diese Beibehaltung der Station Hoya und das eben bestimmte Theilnahme-Verhältniſs am Vorspann auf beiden Stationen findet in Bezug auf die Unterthanen der contrahirenden beiden Staaten nicht allein bei den Reihefarths-Gesellschaften der

Weser-Schiffer, sondern auch bei allen anderen 1823
Waaren-Versendungen Statt, welche mit anderer Schiffs-Gelegenheit, aufser den Reihefarthen, geschehen.

§. 3. Hinsichtlich der Reihefarthen wird die Direction der Oberländischen Schiffarth zu Bremen dafür sorgen, dafs das obige Theilnahme-Verhältnifs im Vorspann daselbst gebührend beobachtet werde; hinsichtlich der Schiffs-Versendungen aufser den Reihefarthen aber verpflichtet man sich von Seiten der freien Hansestadt Bremen, eine ähnliche zweckdienliche Aufsicht für den Fall anzuordnen, dafs dergleichen von Seiten der Krone Hannover demnächst verlangt werden würde.

§. 4. Die gegenwärtige Convention tritt allererst zugleich mit der abzuschliefsenden Weser-Schiffarthsacte in Kraft, und soll den Gouvernements der contrahirenden beiden Staaten zur förmlichen Genehmigung, in einer doppelten Ausfertigung ungesäumt vorgelegt werden.

Minden, den 9ten September 1823.

Johann Friedrich Wilhelm Heiliger,
als Bevollmächtigter der Krone Hannover.

Dr. Friedrich Wilhelm Heineken,
als Bevollmächtigter der freien Hansestadt Bremen.

79.

1823 *Convention séparée entre la Prusse et la ville libre de Brêmen, concernant le 15ème article de l'acte de navigation du Weser, signée à Minden le 10 Septembre 1823.*

(*Protokolle der deutschen Bundesversammlung.* Band 16. S. 186.)

Nachdem bei dem, unter heutigem Datum erfolgten Abschlufs der Weserschiffarths-Acte zu §. 15 derselben, zwischen den dazu Bevollmächtigten Seiner Majestät des Königs von Preufsen einer Seits, und der freien Hansestadt Bremen anderer Seits, die besonderen Rechte zur Sprache gekommen, welche die Stadt Minden aus dem Vertrage besitzt, der zwischen besagter Stadt und der freien Hansestadt Bremen am 26ten August 1769 rechtsverbindlich abgeschlossen worden; und nachdem man sich gegenseitig darüber erklärt hat, wie es nicht die Absicht sei, durch die Stipulation des besagten Artikels 15 der Weseracte weder Königlich Preufsischer Seits die Stadt Minden an ihren durch den Vertrag von 1769 erworbenen Gerechtsamen verlieren zu lassen, noch Stadt Brennischer Seits sich mit Nachtheil derselben zu bereichern; so ist, zur genaueren Bekräftigung dessen gleichzeitig mit der Weseracte, nachstehende Separat-Convention zwischen den vorgedachten Bevollmächtigten beider Staaten verabredet und beschlossen worden.

§. 1. Der Artikel 15 der Weseracte findet, hinsichtlich der darin für Bremen bestimmten Abgabe vorläufig auch auf transitirende Schiffe und Waaren welche der Stadt Minden und ihren Einwohnern gehören, eben so wie auf die der übrigen Königlich Preufsischen Unterthanen, seine volle Anwendung.

§. 2. Würde aber die Stadt Minden nachzuweisen im Stande sein, dafs Mindensche Schiffe und

Güter, durch den nach §. 15 der Weseracte be- 1823
timmten Bremer Zollsatz, während eines Zeitraums
on wenigstens fünf Jahren im Ganzen höher be-
teuert gewesen, als sie es nach den Bestimmungen des
Vertrags vom 26ten August 1769 gewesen sein wür-
en, so übernimmt die freie Hansestadt Bremen für
ie Vergangenheit jede darnach liquidable Entschädi-
ung, von dem Augenblicke an, wo die Weseracte
n Vollziehung getreten sein wird, der Stadt Minden
nd deren Einwohnern zu leisten: in welchem Falle
s der besagten freien Hansestadt Bremen sodann
ugleich obliegen wird, für die Zukunft entweder
ne verhältnifsmäfsige Herabsetzung ihres im §. 15
er Weseracte bestimmten Zollsatzes für Mindensche
chiffer und Güter, oder, nach ihrer Wahl, die
Wiedereinführung der im Jahre 1769 vereinbarten
bgabe-Tarife für selbige eintreten zu lassen.

§. 3. Die Liquidität eines solchen Entschädi-
ngsanspruchs der Stadt Minden für sich oder ihre
nwohner, soll, entstehenden Falls, vorab im Wege
er Sühne, unter Vermittlung der für die Stadt Min-
n competenten Königlich Preufsischen Regierung,
stzustellen versucht werden.

§. 4. Gelänge der Sühneversuch nicht, so soll
e Feststellung durch eine schiedsrichterliche Be-
irde erfolgen, über welche beide contrahirende
heile binnen sechs Wochen, nach darauf gemach-
n Antrage, sich zu einigen versprechen.

§. 5. In jedem Falle soll aber derjenige Entschä-
gungsanspruch zu Bremen als vollkommen liquid
erkannt werden, welchen etwa die Stadt Minden
gen den Königlich Preufsischen Fiscus, im ge-
öhnlichen Gange des Prozesses, vor der competen-
n Gerichtsbehörde rechtskräftig in dieser Angele-
nheit erstritten hätte: vorausgesetzt jedoch, dafs
r Königlich Preufsische Fiscus, wenn jemals ein
cher Prozefs abseiten der Stadt Minden wider ihn
gefangen werden möchte, die freie Hansestadt
emen davon benachrichtigt haben wird, um ihre
chte interveniendo dabei wahrnehmen zu können.

§. 6. Endlich reservirt sich die freie Hansestadt
emen die Befugnifs, nach Ablauf von wenigstens

1823 funfzehn Jahren, nachdem die Weseracte in Vollziehung getreten sein wird, die Stadt Minden zu einer Erklärung aufzufordern:

ob sie es nach den bis dahin gesammelten Erfahrungen gerathen finde, sich den Bestimmungen des §. 15 der Weseracte hinsichtlich des Bremer Zollsatzes definitiv anzuschliefsen, und dem gemäfs den Stipulationen des Vertrags von 1769, so weit sie das Bremer Abgabenwesen betreffen, zu entsagen bereit sei?

und dafern die Stadt Minden sich dazu nicht verstehen möchte, alsdann für dieselbe, statt des Zollsatzes der Weseracte, die Abgabensätze des Vertrages von 1769 ohne Weiteres wieder in Kraft treten zu lassen.

§. 7. Gegenwärtige Übereinkunft soll zwischen Preufsen und Bremen eben so gelten, als wenn sie der Weseracte wörtlich einverleibt worden wäre. Auch soll die Ratification derselben gleichzeitig mit derjenigen der Weseracte zwischen beiden Theilen ausgewechselt werden.

Urkundlich dessen ist diese Separat-Convention von den Bevollmächtigten beider Staaten eigenhändig unterschrieben und besiegelt worden.

So geschehen Minden, den 10ten September 1823.

Der zum Abschlufs der Weseracte bevollmächtigte Commissarius Seiner Majestät des Königs von Preufsen	Der zum Abschlufs der Weseracte bevollmächtigte Commissarius des hohen Senats der freien Hansestadt Bremen
Dr. Carl Wilhelm Koppe.	Dr. Friedrich Wilhelm Heineken.

Diese Übereinkunft hat die allerhöchste Genehmigung mittelst der zu Minden am 14ten dieses Monats ausgewechselten Ratificationsurkunde der Weserschiffarths-Acte erhalten.

Berlin den 28ten Januar 1823.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

von Bernstorff.

80.

Convention entre la Saxe royale et la principauté d'Altenbourg pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes du 20 *Septembre* / 9 *Octobre* 1823.

1823

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen* 1823. No. 23. p. 138.)

Zwischen der Königlich Sächsischen und der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung ist, wegen gegenseitiger Gestellung der Forstverbrecher, welche in dem einen Staate Forstfrevel verübt, in dem andern aber ihren Wohnsitz haben, folgende Übereinkunft verabredet worden.

§. 1. Wenn sich der Fall ereignet, dafs ein Königlich Sächsischer Unterthan in dem zum Herzogthume Altenburg gehörigen Territorio, oder ein Herzoglich Altenburgischer Unterthan im Königlich Sächsischen Gebiete, ein Jagdverbrechen innerhalb oder ausserhalb des Waldes verüben, oder auf unstreitigem Waldgrund und Boden, es mag derselbe im landesherrlichen oder Privateigenthume sich befinden, eines Vergehens durch Holzentwendung, Beschädigung der Hölzer, Grasen, Hüthen, Moosscharren und Streuleifsen sich schuldig machen sollte; so soll ein solcher, es sei eine Pfändung erfolgt oder nicht, gehalten sein, sich auf die an ihn ergehende Ladung, in welcher er, nach der bei der vorladenden Behörde geltenden gesetzlichen Vorschrift, mit Einräumung einer blofs vierzehntägigen Frist, zu citiren ist, vor dem Amte oder dem Gerichte, unter dessen Gerichtsbarkeit er sich des Verbrechens schuldig gemacht hat, zu stellen, und es sollen daselbst die begangenen Jagd- und Waldfrevel sowol, als die bei Gelegenheit derselben und uno actu continuo mit diesen begangenen andern Excesse, z. B. Widersetzlichkeit bei der Pfändung, untersucht und bestraft werden.

1823 §. 2. Damit dergleichen Verbrechen, besonder Holzdeuben, desto leichter entdeckt werden können soll den Forstbedienten oder den bestohlnen Eigen thümern nachgelassen bleiben, lediglich auf Annel den bei den Dorfgerichten, oder, wenn der Verbre cher an dem Orte sich befindet, an welchem die Amts oder Gerichtsexpedition wesentlich ist und der Beamt oder Justitiar wohnt, auf Anmelden beim Amte ode Gerichtsverwalter, ohne besondre Requisition, jedoc unter Theilnahme wenigstens einer verpflichteten Ge richtsperson, Haussuchung zu thun.

§. 3. Die Insinuation der an den Verbrecher z erlassenden Citationen soll, ohne besondere Requisi tion, nur gegen Vorzeigung der schriftlichen offene Ladung, bei demjenigen Amte oder Gerichte, unte dessen Gerichtsbarkeit der Verbrecher wohnt, un auf mündliche Meldung, dafs solche insinuirt werde solle, gestattet, und dieses auf die Citation angemerk werden.

§. 4. Was die Bestrafung der Verbrecher betrift so sollen zwar die im Königreiche Sachsen sich ve gehenden Herzoglich Altenburgischen Unterthane nach den Königl. Sächsischen Landesgesetzen, un die Königlich Sächsischen Unterthanen, welche i Herzogthume Altenburg Forstverbrechen begehen, nac den dortigen Gesetzen, in der Regel bestraft werden es soll jedoch bei einer etwa Statt findenden bedeuten den Verschiedenheit der in beiden Landen auf diese ben Vergehen stehenden Strafen, da, wo die härte Strafe eintritt, ein angemessenes Verhältnifs zu de gelindern Strafe, welche den Verbrecher, bei gleiche Vergehen, nach den Gesetzen seines Wohnorts ge troffen hätte, beobachtet werden.

§. 5. Nach beendigter Untersuchung wider d Forstverbrecher, und sofort nach Eingang der des halb, mit Beifügung des constituirten Liquidi, zu e lassenden Requisition resp. zu Einbringung der Straf insofern solche in Gelde besteht, des Ersatzes un der Kosten, soll mit schleunigster Execution verfal ren, und Strafe, Ersatz und Kostenbetrag an das fo rum delicti commissi abgegeben werden: die Ve brecher aber, welche mit andern, als Geldstrafen be legt werden, sollen gehalten sein, zu deren Ve

büfsung auf die unmittelbar, jedoch mit Beobachtung 1823
der §. 3. vorgeschriebenen Anzeige und Meldung, an sie erlassene Aufforderung des Richters, der die Untersuchung geführt hat, ad forum delicti commissi sich zu stellen.

§. 6. Es soll auch, wenn praevia causae cognitione sich ergiebt, dafs der Verbrecher etwas nicht in Vermögen habe, von dem requirirten Richter ein gewöhnliches Attestat deshalb ertheilt, und in Ansehung der Einbringung der Kosten von Unvermögenden überhaupt eine gröfsere Strenge, als gegen die eignen Unterthanen beobachtet zu werden pflegt, von der requirirenden auswärtigen Behörde nicht verlangt, auch sollen die Obrigkeiten der Forstverbrecher nicht durch Requisitionen um executivische Beitreibung ohne Noth behelligt, und dadurch die Kosten nicht fruchtlos gehäuft werden.

§. 7. Hiernächst soll den beiderseitigen Forstbedienten zur Pflicht gemacht werden, diejenigen Verbrecher, die sie bei Verrichtungen auf ihrem Reviere in dies- oder jenseitigen Waldungen über Begehung von Waldfreveln betreffen dürften, bei dem Richter, unter dessen Jurisdiction die Waldung gelegen ist, anzuzeigen.

§. 8. Diese Übereinkunft soll vom Tage der in beiderseitigen Landen zu bewirkenden Publication an in Kraft treten, und auf die nächstfolgenden zehn Jahre, mit stillschweigender Verlängerung bis zur erfolgenden Aufkündigung, welche sodann Jedem der Hohen contrahirenden Theile ein Jahr voraus freisteht, gelten.

Dresden, den 9ten October 1823. und Altenburg, den 20sten September 1823.

Königl. Sächsische Landesregierung zu Dresden.	Herzogl. Sächsische Landesregierung zu Altenburg.
Ernst Friedrich Carl Aemilius *Freiherr* von Werthern.	Friedrich Carl Adolph von Trützschler.

81.

1823 *Traité entre la Prusse et le duché d'Anhalt-Bernbourg concernant les droits perçus sur la frontière extérieure du territoire prussien du commerce du baillage ducal et enclavé de Mühlingen; signé le* 10 *Octobre* 1823.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten J.* 1823. No. 19. S. 177.)

Da die Gefälle, welche dem Königlich Preufsischen Gesetze vom 26ten Mai 1818 gemäfs, auf den äufseren Gränzen des Staats erhoben werden, auch mehrere in demselben eingeschlossene souveraine Besitzungen deutscher Bundesstaaten treffen, Seine Majestät der König von Preufsen aber geneigt sind, dasjenige Einkommen, welches Ihren Kassen in Folge dieses besonderen Verhältnisses zufliefst, den landesherrlichen Kassen gedachter Staaten für den Fall überweisen zu lassen, dafs eine gemeinschaftliche billige Übereinkunft deshalb getroffen werden könnte; so haben Seine ältestregierende Herzogliche Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg Sich zu einer solchen Übereinkunft in Rücksicht Ihres von den Königlich Preufsischen Staaten eingeschlossenen souverainen Amtes Mühlingen, unbeschadet Ihrer landesherrlichen Hoheitsrechte, bereit erklärt, und es ist hierauf zwischen den Bevollmächtigten beider Theile, nämlich von Seiten Seiner Majestät des Königs von Preufsen, durch Allerhöchst Ihren Geheimen Legationsrath *von Bülow* und von Seiten Seiner Durchlaucht des ältestregierenden Herzogs zu Anhalt-Bernburg durch Höchst Ihren Geheimen Rath und Regierungs-Präsidenten *von Salmuth*, nachstehender Vertrag verabredet und, unter Vorbehalt der Genehmigung, abgeschlossen worden.

Art. I. Der Betrag des aus den Königlich 1823
Preufsischen Kassen nach gegenwärtigem Vertrage an Seine Herzogliche Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg zu überweisenden Einkommens soll von drei zu drei Jahren in gemeinsamer Übereinkunft bestimmt werden. Zur Grundlage dieser Übereinkunft soll der jedesmalige letztdreijährige Ertrag des Einkommens an Verbrauchsteuer bei den Königlichen Zoll- und Steuerämtern in den sieben östlichen Provinzen des Preufsischen Staats dergestalt dienen, dafs der Antheil Seiner Herzoglichen Durchlaucht daran nach dem Verhältnisse der Bevölkerung der gedachten sieben Preufsischen Provinzen zu der Bevölkerung des eingeschlossenen souverainen Amtes Mühlingen berechnet wird. Es wird dabei, um die Schwierigkeit der Sonderung der Zollgefälle von der Verbrauchsteuer zu beseitigen, welche letztere nach der dermaligen Erhebungsrolle unter den Eingangs-Abgaben mitbegriffen ist, angenommen, dafs die Verbrauchsteuer fünf Achtel des Einkommens an Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben zusammengenommen betrage.

Art. II. Mit Rücksicht auf die Bestimmungen im ersten Artikel ist die Summe, welche Seine Herzogliche Durchlaucht bis zum 31ten December 1824 erheben lassen darf, auf Sechs Hundert, Vier und Zwanzig Thaler Preufsisch Courant jährlich festgesetzt, welche in gleichen Quartal-Raten in den Monaten März, Juni, September und December jedesmal mit Ein Hundert Sechs und Funfzig Thalern bei der Königlichen Regierungs-Hauptkasse zu Magdeburg zur Verfügung Seiner Herzoglichen Durchlaucht bereit stehen soll. Findet diese Zahlung Anstand, so wird solche sofort auf die davon Herzoglicher Seits gemachte Anzeige von der Königlichen General-Staats-Kasse in Berlin geleistet werden. Die beim Abschlufs dieses Vertrags fällige Zahlung wird innerhalb vier Wochen, nach erfolgter Genehmigung desselben, durch die gedachte General-Staatskasse geleistet.

Art. III. Seine Majestät der König von Preufsen und Seine Durchlaucht der Herzog von Anhalt-Bernburg versichern Ihren Unterthanen gegenseitig den

1823 völlig freien und ungestörten Verkehr zwischen den innerhalb der Preufsischen Zolllinie an den äufsern Gränzen des Staats belegenen Königlich Preufsischen Ländern und dem Herzoglichen Amte Mühlingen dergestalt, dafs die von den beiderseitigen Unterthanen innerhalb des gedachten Bezirks zu verführenden Waaren und Erzeugnisse aller Art, überall den eigenen inländischen völlig gleich behandelt werden sollen.

Art. IV. In Folge des vorstehenden Artikels werden auch solche inländische Erzeugnisse, welche in dem Königlich Preufsischen und in dem Herzoglichen Gebiete innerhalb der Preufsischen Zolllinie mit besonderen Verbrauchsteuern zur Zeit belegt sind, oder künftig belegt werden möchten, in sofern in völlig freiem Umlaufe sein, als in beiden Ländern dem Landesherrn gleiche Abgaben davon entrichtet werden. Wo aber eine solche Gleichheit nicht statt findet, kann in dem Gebiete, welches den höheren Steuersatz hat, das Fehlende nacherhoben werden. Wiewohl hiernach (aufser dem Salz und den Spielkarten, wovon der folgende Artikel besonders handelt) nur bei Branntwein, Bier und Taback, sofern die Umstände es erfordern sollten, beide letztere Gegenstände zu beachten, der freie Übergang in den Preufsischen Staat Hindernisse findet, so bleibt es doch für den wechselseitigen Verkehr der Unterthanen mit ihren Erzeugnissen wünschenswerth, solche immer mehr zu beseitigen, daher Seine Herzogliche Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg den Zins der Branntweinbrenner, oder die Auflage auf den Branntwein, welcher im Amte Mühlingen erzeugt wird, alsbald dergestalt erhöhen wollen, dafs solche der Preufsischen Abgabe vom inländischen Branntwein völlig gleich kommt.

Art. V. Da das Salz und die Spielkarten, welche in dem Preufsischen Staate von den eigenen Unterthanen desselben bereitet und verfertigt werden, im Preufsischen Gebiete nicht freien Umlauf haben, sondern nur von den dazu bestimmten Anstalten verkauft werden dürfen, so werden in Folge dieser Bestimmung auch Salz und Spielkarten, wenn diese in dem Amte Mühlingen bereitet und verfertigt sein möchten, in den Königlichen Ländern nicht freien

Umlauf haben können, sondern daselbst den gleichen Beschränkungen, vorbehältlich der freien Durchfuhr der Spielkarten, unterworfen sein. In Rücksicht des Salzes finden überdies die besonderen Bestimmungen der zu Halle und Bernburg am 6ten und 9ten April 1821 abgeschlossenen Übereinkunft Anwendung, jedoch ist dabei ausdrücklich festgesetzt, dafs dieselbe ihren Grundzügen nach so lange bestehen soll, als die Vereinigung wegen der Steuern dauert. 1823

Art. VI. Beide Landesherren werden in den zur Sicherung Ihrer landesherrlichen Gefälle und Aufrechthaltung der Gewerbe Ihrer Unterthanen nothwendigen Maasregeln einander gegenseitig freundschaftlich unterstützen. Seine Durchlaucht der Herzog zu Anhalt-Bernburg wollen namentlich gestatten, dafs die Königl. Zollbeamten die Spuren begangener Unterschleife auch in Ihr Gebiet verfolgen und mit Zuziehung der Ortsobrigkeiten sich des Thatbestandes versichern. Wenn auch zu dessen Feststellung, oder Sicherung der Gefälle und Strafen, Visitationen, Beschlagnahmen und Vorkehrungen von den Königlichen Zollbedienten bei den Herzoglichen Amts- oder Ortsbehörden in Antrag gebracht werden, sollen diese, nachdem sie sich von der Zuverlässigkeit den Umständen nach überzeugt haben, solche alsbald willig und zweckmäfsig veranstalten. Seine Herzogliche Durchlaucht wollen ferner in dem Amte Mühlingen verordnen und darauf halten lassen:

dafs alle Herzoglichen Unterthanen und Andere, die sich in dem gedachten Amte aufhalten, welche Waaren, ohne die an den Preufsischen Zollstellen zu erhebenden Gefälle — woran Seine Herzogliche Durchlaucht für den im Preufsischen Staate eingeschlossenen Theil Ihrer Besitzungen Selbst Antheil haben — unterschleiflich über die äufsere Preufsische Gränze eingeführt haben, oder welche sonst Handlungen begehen, welche gegen das Preufsische Steuergesetz und Ordnung vom 26ten Mai 1818 laufen, nach der Strenge dieser Gesetze, deren Kenntnifs bei ihnen vorausgesetzt wird, auch von den Anhalt-Bernburgschen Gerichts-Behörden, wenn von diesen die Untersuchung und Überführung erfolgt, bestraft werden sollen.

1823 Die Geldstrafen und Konfiscationen, worauf die Herzoglichen Gerichte in solchen Fällen erkennen möchten, fallen dem Herzoglichen Fiscus, nach Abzug des Denuncianten-Antheils lediglich anheim.

Art. VII. Die Dauer dieses Vertrages ist bis zum Schlusse des Jahres 1830 festgesetzt worden. Erfolgt ein Jahr vor dem Ablaufe dieses Vertrages keine Aufkündigung von der einen oder der andern Seite, so ist derselbe stillschweigend als bis zu Ende des Jahres 1839 verlängert anzusehen.

Art. VIII. Gegenwärtiger Vertrag soll unverzüglich zur landesherrlichen Ratification vorgelegt, und nach Auswechselung der Ratificationsurkunden sofort zur Vollziehung gebracht werden.

Zu Urkund dessen ist derselbe von den beiderseitigen Bevollmächtigten unter Beidruckung ihres Siegels unterzeichnet worden.

Berlin den 10ten October 1823.

Heinr. Ulr. Wilh. von Bülow. Joh. Volrath Ludwig *Freiherr* von Salmuth.

Dieser Vertrag ist am 2ten November 1823 von Seiner Majestät dem Könige ratificirt und die Ratifications-Urkunden sind demnächst am 27ten gleichen Monats zu Berlin ausgewechselt worden.

Berlin den 19ten Dezember 1823.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

von Bernstorff.

82.

Traité entre la Prusse et le duché d'Anhalt-Bernbourg concernant l'extension du système prussien des contributions indirectes sur le duché supérieur d'Anhalt-Bernbourg, signé le 10 Octobre 1823. 1823

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1824. No. 1.)

Da Seine Majestät der König von Preufsen und Seine ältestregierende Herzogliche Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg, nach sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse, die Überzeugung gewonnen haben, dafs die Hindernisse, welche dem freien Verkehr der beiderseitigen Unterthanen mit einander im Wege stehen, sich nur durch eine Übereinstimmung in den Grundsätzen des indirekten Steuersystems gründlich beseitigen lassen; so haben dieselben, in der Absicht, die Wohlthat jenes freien Verkehrs Ihren Unterthanen zuzuwenden und dadurch zugleich die lang begründeten, freundnachbarlichen Verhältnisse dauerhaft zu befestigen, darüber durch ihre beiderseitigen Bevollmächtigten, nämlich:

Seine Majestät der König von Preufsen durch Allerhöchst Ihren Geheimen Legations-Rath *von Bülow*,

Seine ältestregierende Herzogliche Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg durch Höchst Ihren Geheimen Rath und Regierungs-Präsidenten *von Salmuth*,

nachfolgende Übereinkunft verabreden und unter Vorbehalt der Genehmigung abschliefsen lassen.

Art. I. Seine Herzogliche Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg erklären sich, unbeschadet Ihrer landesherrlichen Hoheitsrechte, bereit, mit dem obern Herzogthume Bernburg dem Preufsischen indirekten Steuersystem beizutreteen, wie solches durch das Ge-

1823 setz vom 26ten Mai 1818 und die seitdem erlassenen Bestimmungen und Erhebungsrollen festgesetzt ist, oder künftig noch durch gesetzliche Deklarationen und Erhebungsrollen weiter bestimmt werden wird. Dabei ist jedoch ausdrücklich verabredet worden, dafs die Grundsätze des Gesetzes vom 26ten Mai 1818 ohne besondere Übereinkunft nicht abgeändert werden sollen.

Art. II. Seine Majestät der König von Preufsen versprechen dagegen dasjenige Einkommen, welches Ihren Kassen in Folge dieser Anschliefsung zufliefsen dürfte, den landesherrlichen Kassen Seiner Herzoglichen Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg überweisen zu lassen.

Art. III. Da nach den Bestimmungen des gedachten Zoll- und Verbrauchsteuer-Gesetzes vom 26ten Mai 1818 die Gefälle auf der äufseren Gränze des Preufsischen Staats erhoben werden, und deshalb nicht zu ermitteln ist, wieviel die Herzoglichen Unterthanen davon für die aus dem Auslande zu beziehenden Waaren entrichtet haben dürften; so soll der jedesmahlige letzt dreijährige Ertrag des Einkommens an Verbrauchsteuern bei den Königlichen Zollämtern in den sieben östlichen Provinzen des Preufsischen Staats dergestalt für die drei nächsten Jahre zur Grundlage der Theilnahme Sr. Durchlaucht des Herzogs zu Anhalt-Bernburg an jenen Einkünften dienen, dafs Höchst Dessen Antheil nach den Verhältnissen der Bevölkerung des in den Zollverband aufgenommenen Theils der gedachten sieben Preufsischen Provinzen zu der Bevölkerung des oberen Herzogthums Bernburg, berechnet werden wird. Es wird dabei um die Schwierigkeit der Sonderung der Zollgefälle von der Verbrauchsteuer zu beseitigen, welche letztere nach der dermaligen Erhebungsrolle unter den Eingangs-Abgaben mitbegriffen ist, angenommen, dafs die Verbrauchsteuer $\frac{5}{8}$ des Einkommens an Ein- Aus- und Durchgangs-Abgaben zusammengenommen, betrage.

Art. IV. Wiewohl Seine Herzogliche Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg eine Theilnahme an den Durchgangs-Abgaben, da diese nicht auf den Verbrauch zu rechnen sind, weder auf den Grund gehabter und aufzugebender Durchgangs-Erhebungen noch einer höheren Besteuerung Höchst Dero Unterthanen, welche

als die Folge Ihres Beitritts zu dem Preufsischen 1823
Steuersysteme sich betrachten liefse, in Anspruch nehmen können; so haben Seine Majestät der König von Preufsen doch aus Rücksicht auf den Umstand, dafs die Herzoglichen Unterthanen gegenwärtig die, in den Preufsischen Staaten hochbesteuerten ausländischen Waaren, ohne Preufsisches Gebiet zu berühren, unmittelbar aus dem Auslande beziehen können, welches mit dem Beitritte zu dem Preufsischen Steuersysteme aufhört, dieserhalb Seiner Herzoglichen Durchlaucht auch einen Antheil an den Einkünften der Durchgangs-Abgaben zugesichert. Dem zufolge ist der Gesammtantheil Seiner Herzoglichen Durchlaucht an dem Gesammtertrage von Ein- Aus- und Durchgangs-Abgaben in den zum Steuerverbande der sieben östlichen Preufsischen Provinzen gehörigen Ländestheilen auf $\frac{3}{4}$, nach dem Verhältnisse der Bevölkerung des oberen Herzogthums Bernburg festgesetzt.

Art. V. Von den Waaren, welche mit Herzoglichen Hofmarschall-Amts-Attesten für die Hofhaltung Seiner Durchlaucht eingehen, werden die Gefälle, so weit es durch die gedachten Atteste verlangt wird, nicht beim Eingange erhoben, sondern blofs notirt, und bei der nächsten Quartal-Hebung des Antheils Seiner Durchlaucht an den Gesammt-Einkünften in baarem Gelde angerechnet.

Art. VI. Die für die Herzoglichen Unterthanen mit der Post ankommenden Waaren sollen gleichen Begünstigungen und Beschränkungen mit denen unterliegen, welche für die Königlichen Unterthanen bestimmt sind.

Art. VII. In Folge des Beitritts des oberen Herzogthums Bernburg zum Preufsischen Steuerverbande, wird die Umstellung desselben mit Preufsischen Zollbeamten, so weit solches mit dem Preufsischen Gebiete gränzt, gänzlich aufhören, dagegen aber eine Gränzbewachung desselben gegen das nicht Preufsische Gebiet zu dem Ende angeordnet werden, dafs keine unversteuerte Waaren in das obere Herzogthum Bernburg, und aus demselben in die Preufsischen Staaten eingeführt werden können.

Art. VIII. In Erwägung dafs die Erhebung der Steuern an der Anhalt-Bernburg-Braunschweigischen

1823 Gränze für den Preufsischen Staat, nachdem zwischen solchem und dem obern Herzogthume ein freier Verkehr eröffnet worden, von höchster Wichtigkeit ist, und dafs zur Erhaltung der erforderlichen Gränzaufsicht, ein öfterer Wechsel der angestellten Beamten dienlich erachtet wird: so haben Seine Herzogliche Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg Ihrem Rechte der Bewachung und Zollerhebung auf der Gränze Ihres obern Herzogthums gegen das nicht Preufsische Gebiet zu Gunsten Seiner Majestät des Königs von Preufsen, jedoch mit Ausnahme der Ernennung des oder der Zolleinnehmer, welche Sich Seine Herzogliche Durchlaucht vorbehalten, entsagt, wogegen Allerhöchstdieselben die mit dieser Gränzbewachung verbundenen Kosten zu tragen versprechen. Wird zur Unterstützung der Gränzaufseher, militärische Hülfe nöthig, so versprechen Seine Herzogliche Durchlaucht, solche, auf geschehene von Seiten des Ober-Inspectors an die Herzogliche Regierung zu richtende Requisition, zu gewähren.

Art. IX. Es sollen demnächst eine oder, nach Befinden der Umstände, zwei Nebenzollämter an der Herzoglich Anhalt-Bernburg-Braunschweigischen Gränze angelegt, und dabei das zur Erhebung der Gefälle und zur Sicherung der Gränzbewachung erforderliche Personale angestellt werden. Seine Herzogliche Durchlaucht versprechen, dafür zu sorgen, dafs solches gegen angemessene Miethen das nöthige Unterkommen finde.

Art. X. Das oder die gedachten Nebenzollämter werden den Namen: Königlich Preufsisches und Herzoglich Anhalt-Bernburgisches Neben-Zollamt, führen, und das Königliche und Herzogliche Wappen soll bei den Erhebungsstellen angeschlagen werden. Die zur Gränzbewachung erforderlichen Gränzaufseher werden zwar, mit Ausnahme der Zolleinnehmer, welche von Seiner Herzoglichen Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg ernannt werden, von Seiner Majestät dem Könige von Preufsen angestellt, besoldet und uniformirt; doch sollen sowohl Gränzaufseher als Zoll-Einnehmer beiden Landesherren den erforderlichen Diensteid für die Dauer ihrer Anstellung im oberen Herzogthume Bernburg leisten und das König-

ich Preufsische und das Herzoglich Anhalt-Bern- 1823
burgische Wappen vereint auf der Kopfbedeckung
tragen.

Art. XI. Die Einnehmer und Gränzaufseher, welche im oberen Herzogthume Bernburg ihren Wohnsitz angewiesen erhalten, sind für die Dauer ihrer dortigen Anstellung in allen Privat- und bürgerlichen Verhältnissen den Herzoglich Anhalt-Bernburgischen Gerichten unterworfen; dagegen stehen sie in allen Dienstangelegenheiten und Dienstvergehen unter dem betreffenden Königlich Preufsischen Haupt-Zollamte und den sonst competenten Königlichen Behörden.

Art. XII. Es werden im oberen Herzogthume, gegen das nicht Preufsische Ausland, ein Gränzbezirk der Örtlichkeit angemessen gebildet, die Zollstrafsen mit Tafeln bezeichnet, und eine Binnenlinie festgesetzt werden. Innerhalb dieses Gränzbezirks werden die Gränzbeamten nach der Zollordnung und den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften verfahren. Indefs werden auch in dem übrigen Landesgebiete beide Regierungen sich in den zur Sicherung Ihrer Landesherrlichen Gefälle und Aufrechthaltung der Gewerbe ihrer Unterthanen, nothwendigen Maasregeln einander gegenseitig freundschaftlich unterstützen, und daher namentlich auch gestatten, dafs die Königlich Preufsischen Zoll- und die Herzoglich Bernburgischen Impost (Accise)-Beamten die Spur begangener Unterschleife in die gegenseitigen Gebiete verfolgen und mit Zuziehung der Ortsobrigkeiten sich des Thatbestandes versichern. Wenn auch zu dessen Feststellung, oder zur Sicherung der Gefälle und Strafen, Visitationen, Beschlagnahmen und Vorkehrungen von den beiderseitigen Zoll- und Accise-Beamten, bei den Landes- oder Ortsbehörden in Antrag gebracht werden, sollen diese, nachdem sie sich überzeugt, dafs, den Umständen nach, die Anträge durch die Gesetze begründet, oder ihnen doch nicht entgegen sind, solche alsbald willig und zweckmäfsig veranlalten. Se. Durchlaucht versprechen, das Preufsische Steuergesetz und Ordnung vom 26ten Mai 1818 und dessen bereits ergangene oder noch zu erlassende Deklarationen, als Landesherrliches Gesetz zur Kennt-

1823 nifs Ihrer Unterthanen bringen, für die Aufrechthaltung desselben durch die betreffenden Behörden sorgen und die Contravenienten, nach erfolgter Untersuchung und Überführung, nach der Strenge dieser Gesetze bestrafen zu lassen. Geldstrafen, worauf die Herzoglichen Gerichte in solchen Fällen erkennen möchten, fallen, so wie die Confiscate, nach Abzug des Denunciantenantheils, dem Herzoglichen Fiscus lediglich anheim.

Art. XIII. Se. Majestät der König von Preufsen und Se. Durchlaucht der Herzog von Anhalt-Bernburg, versichern Ihren Unterthanen gegenseitig den völlig freien und ungestörten Verkehr zwischen den, innerhalb der Preufsischen Zolllinie an den äufsern Gränzen des Staats belegenen Königlich Preufsischen Landen und dem obern Herzogthume Anhalt-Bernburg dergestalt, dafs die von den beiderseitigen Unterthanen innerhalb des gedachten Bezirks zu verführenden Waaren und Erzeugnisse aller Art, überall den eigenen inländischen völlig gleich behandelt werden sollen.

Art. XIV. Da jedoch ein völlig freier Verkehr zwischen den Preufsischen und Anhalt-Bernburgischen Landen, wie er im vorstehenden Artikel beabsichtigt wird, nur dann möglich ist, wenn eine völlige Gleichheit der indirecten Abgabenverfassung auch in Beziehung auf alle inländische Erzeugnisse Statt findet, indem bei Ermangelung derselben, namentlich bei den drei wichtigen Erzeugnissen, Branntwein, Bier und Taback, die Preufsische Regierung genöthiget sein würde, eine Bewachung der Herzoglich Anhalt-Bernburgischen Gränze fortdauern zu lassen, oder andere Controllen mit bedeutendem Kostenaufwande, und nicht ohne Hemmung des gegenseitigen Verkehrs, einzuführen, so versprechen Se. Herzogliche Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg in Ihren Landen, bei den vorgedachten drei Erzeugnissen, eine gleichmäfsige Besteuerung und Erhebung, wie in den Königlich Preufsischen Staaten, eintreten zu lassen. Bis dahin, dafs diese eingerichtet ist, wird bei dem Übergange in das Gebiet, welches den höheren Steuersatz hat, von dessen Behörden das

ehlende nacherhoben werden, zu welchem Ende 1823
eine Herzogliche Durchlaucht gewilligt sind, auch
olche Verfügungen treffen zu lassen, dafs die Ein-
ührung der gedachten Erzeugnisse in das Preufsische,
ur gegen Beibringung des Beweises von der Statt
efundenen Anmeldung bei demjenigen Preufsischen
ollamte, welches die Nachsteuer zu erheben hat,
laubt sein soll. Dagegen haben Seine Majestät der
önig von Preufsen sich bereit erklärt, die Kosten
er Erhebung der Gefälle an den äufseren Gränzen
es Preufsischen Staats, allein zu tragen, und Seiner
erzoglichen Durchlaucht überhaupt keine Verwal-
ngskosten in Abzug bringen zu lassen.

Art. XV. Da das Salz und die Spielkarten,
elche in dem Preufsischen Staate von den eigenen
nterthanen desselben bereitet und verfertigt werden,
n Preufsischen Gebiete nicht freien Umlauf haben,
ondern nur von den dazu bestimmten Anstalten
erkauft werden dürfen; so werden in Folge dieser
estimmung auch Salz und Spielkarten, welche in
en Herzoglichen Landen bereitet und verfertiget
orden sein möchten, in den Königlichen Landen
cht freien Umlauf haben können, sondern daselbst
n gleichen Beschränkungen, vorbehältlich der
urchfuhr der Spielkarten, unterworfen sein. In
ücksicht des Salzes finden überdies die besonderen
estimmungen der zu Halle und Bernburg am 6ten
nd 9ten April 1821 abgeschlossenen Übereinkunft
nwendung, und ist dabei ausdrücklich festgesetzt,
afs dieselbe ihren Grundzügen nach so lange beste-
en soll, als die Vereinigung wegen der Steuern
auert.

Art. XVI. Mit Rücksicht auf die vorhergehenden
estimmungen ist der Antheil an dem Steuereinkom-
en, welchen Seine Herzogliche Durchlaucht bis zum
1sten December 1824 zu erheben haben, auf eine
umme von dreizehn tausend Thalern Preufsisch Cou-
nt für das Jahr festgesetzt, welche in gleichen Quar-
raten, in den Monathen März, Juni, September und
ecember jedesmahl mit drei tausend zwei hundert
nd funfzig Thalern Preufsisch Courant bei der Kö-
iglichen Regierungs-Hauptkasse zu Magdeburg zur
erfügung Seiner Herzoglichen Durchlaucht bereit ste-

1823 hen sollen. Erleidet diese Zahlung Anstand, so wird solche sofort, auf die davon Herzoglicher Seits gemachte Anzeige, von der Königlichen General-Staatskasse in Berlin geleistet werden. Die Zolleinnahme der gemeinschaftlichen Nebenzollämter im oberen Herzogthume, wird von den dabei bestellten Einnehmern, auf Abschlag des Seiner Herzoglichen Durchlaucht zukommenden jährlichen Steueranthеils, in so weit dieses jedoch dadurch nicht überschritten wird, an die Herzoglich Bernburgschen Behörden unmittelbar abgeliefert werden.

Art. XVII. Findet eine Anschliefsung des untern Herzogthums Bernburg an das Preufsische Steuersystem Statt, so tritt sodann zwischen dem obern und untern Herzogthume Bernburg ein völlig freier Verkehr, jedoch mit Berücksichtigung der im Art. 14. gedachten Bestimmungen ein. Sollte aber das untere Herzogthum noch ferner als Ausland betrachtet werden müssen; so wollen doch Seine Majestät der König von Preufsen, zur Erhaltung und Erleichterung des Verkehrs zwischen den beiden genannten Herzoglichen Landestheilen, einige Ausnahmen von dem Gesetze vom 26ten Mai 1818 gestatten.

Art. XVIII. Dem zufolge sollen Getreide und Vieh aller Art, so wie Hülsenfrüchte und Sämereien, aber sämmtlich nur in so weit, als es der eigene Bedarf der Bewohner des oberen Herzogthums erfordert, nebst funfzig Zentner Papier, welche sämmtlich als Erzeugnisse des untern Herzogthums Bernburg mit Ursprungs-Bescheinigungen von den betreffenden Behörden versehen sein müssen, desgleichen der in Bernburg gewonnene Wein und Weinessig für die Herzogliche Kellerei in Ballenstedt, gegen die erforderlichen Scheine der Behörden, aus dem gedachten untern Herzogthume über Aschersleben nach dem obern Herzogthume Bernburg abgabenfrei eingeführt werden können. Nächstdem werden dem Königlichen Zollamte zu Aschersleben die nöthigen Befugnisse zur Erhebung der Durchgangsabgaben beigelegt werden. Auch wird der Herzogliche Cammerwagen, wenn er von Ballenstedt nach Bernburg geht, in Aschersleben keiner Visitation unterworfen werden. Kommt der-

elbe aber von Bernburg nach Ballenstedt, so geht 1823
war das herrschaftliche Felleisen auch unvisitirt
urch, allein alle abgabepflichtige Waaren, welche
ch auf dem Wagen befinden, und in keinem Falle
dem Felleisen befindlich sein dürfen, müssen ver-
euert werden.

Art. XIX. Um jedoch auch dem Wunsche
einer Herzoglichen Durchlaucht, in Bezug auf eine
rleichterung des Verkehrs des untern Herzogthums
ernburg mit dem Preufsischen Staate, nach Mög-
chkeit zu entsprechen, so wollen Seine Majestät
ch gestatten, dafs nachfolgende Gegenstände mit
hörigen Ursprungs-Zeugnissen versehen, aus dem
ntern Herzogthume Bernburg in die Preufsischen
taaten über die Haupt-Zollämter Neu-Gattersleben,
önnern und Wittenberg, theils ganz steuerfrei,
heils gegen Erlegung herabgesetzter Eingangsabgaben,
ngeführt und gleichfalls einige nachbenannte Er-
eugnisse aus dem Preufsischen, welche mit Aus-
ngsabgaben belegt sind, nach dem untern Herzog-
hume Bernburg abgabenfrei ausgeführt werden dürfen:

A. Gegenstände, welche aus dem untern Herzog-
hume nach Preufsen eingeführt werden können:

. Alle Arten Getreide, Hülsenfrüchte und Sämereien.
. Grobe Böttcher-, Drechsler-, Korbflechter-, Tischler- und alle rohe oder blos gehobelte Holzwaaren, Wagenarbeiten und Maschinen von Holz, oder überall blos solche, welche nicht höher als mit der allgemeinen Eingangsabgabe belegt sind.
. Kalk, Gips, Bruch- und Kalksteine, so wie Ziegeln.
. Grobe ungebleichte Leinwand.
. Rüb-, Lein- und Hanföl, so wie Ölkuchen.
. 20 Zentner graues Lösch- und Packpapier. 10 Zentner ordinäres, kleines halbweifses Druckpapier, auch weifses und gefärbtes Packpapier, so wie 3 Zentner andere Papiergattungen, jedoch ausschliefsend von der Papiermühle in Bernburg.
. Töpferwaaren und Steingut.
. Vieh aller Art.
. 15 Zentner wollene Tücher gegen eine ermäfsigte Abgabe von 15 Rthlr. pro Zentner und 15 Zentner

1823 Flanelle und Moltons gegen eine herabgesetzte Abgabe von 5 Rthlr. pro Zentner, ausschliefsend aus dem Herzoglichen Amte Coswig.

B. Gegenstände, welche aus Preufsen in das untere Herzogthum abgabenfrei ausgeführt werden dürfen.

1. Holzkohlen und
2. alle Arten von Ölkörnern.

Es ist dabei jedoch verabredet worden, dafs die Ursprungs-Zeugnisse in dem untern Herzogthume Bernburg, nur den Eigenthümern von den resp. selbst gewonnenen und selbst verarbeiteten Erzeugnissen, nicht aber denen, welche solche von den Eigenthümern kaufen, um damit einen Handel zu treiben, von den Herzoglichen Behörden ertheilt werden sollen: nicht minder wird die Ausfuhr der vorgenannten Preufsischen Erzeugnisse nur gegen Vorzeigung Herzoglicher gerichtlicher Atteste, wodurch der Bedarf für die betreffenden Herzoglichen Unterthanen bescheinigt wird, und welche auf keinen Fall über solchen hinaus gewährt werden sollen, ohne Erlegung der festgesetzten Ausgangsabgabe statt finden. Damit es den Frachtfuhrleuten, welche von Braunschweig und Magdeburg nach Halle und Leipzig fahren, und den Weg über Bernburg einschlagen, erleichtert werde, daselbst zu übernachten; so wird man sich über solche Vorkehrungen einigen, wodurch Defraudationen verhütet werden.

Art. XX. Da jedoch die in den Königlich Preufsischen Staaten am höchsten besteuerten ausländischen Waaren, namentlich Colonialwaaren aller Art, Weine und seidene Zeuge, mit keiner Abgabe im obern Herzogthume bisher belegt gewesen sind und frei aus dem Auslande haben bezogen werden können, dies Verhältnifs auch fortdauert, bis der Beitritt der Herzoglichen Lande zum Preusischen Steuersystem wirklich in Ausführung gebracht wird, mithin, wenn die Preufsische Gränzbewachung wegfällt, den Königlichen Kassen und gewerbtreibenden Unterthanen ein bedeutender Verlust aus der Einführung der unversteuerten Waarenbestände in dem obern Herzogthume erwachsen könnte; so versprechen

eine Herzogliche Durchlaucht zu Anhalt-Bernburg, 1823
ier Wochen vor Aufhebung der Preufsischen Gränzewachung gegen das obere Herzogthum, und mit em Eintritt der Gränzbesetzung desselben gegen das icht Preufsische Gebiet, alle Waarenbestände in dem bern Herzogthume genau aufzeichnen zu lassen, die Besitzer der Waaren entweder zur Bezahlung der Steuer von den Beständen oder zur Wiederausführung der Waaren nach dem Auslande, vor Aufhebung der Königlich Preufsischen Gränzbewachung nzuhalten. Die zu erhebende Steuer wird den Herzoglichen Kassen zufallen, jedoch soll der Betrag derselben, von der Preufsischer Seits nach Art. XVI. zu zahlenden Summe, in Abzug gebracht werden. Über die Art und Weise der Aufnahme der Waarenbestände, und wie weit dabei zu gehen sein dürfte, hat eine besondere Einigung statt gefunden.

Art. XXI. Die Dauer dieses Vertrags ist bis zum Schlusse des Jahres 1830 festgesetzt worden. Erfolgt ein Jahr vor dem Ablaufe dieses Vertrages keine Aufkündigung von der einen oder der andern Seite, so ist derselbe stillschweigend als bis zu Ende des Jahres 1839 verlängert anzusehen.

Art. XXII. Dieser Vertrag soll unverzüglich zur Allerhöchsten und Höchsten Ratification vorgelegt, und nach Auswechselung der Ratifications-Urkunden, sofort zur Vollziehung gebracht werden.

Zu Urkund dessen ist dieser Vertrag von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt worden.

So geschehen Berlin, den 10ten October 1823.

Heinr. Ulr. Wilhelm von Bülow. — Johann Volrath Ludwig *Freiherr* von Salmuth.

Dieser Vertrag ist unterm 2ten November 1823 von Seiner Majestät dem Könige ratificirt, und die Ratifications-Urkunden sind demnächst am 27ten gleichen Monaths zu Berlin ausgewechselt worden.

Berlin den 19ten December 1823.

Königlich Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

von Bernstorff.

83.

1823 *Acte du gouvernement Britannique portant nomination de Consuls dans les nouveaux Etats de l'Amérique ci-devant espagnole du 17 Octobre 1823.*

(*The Times* 1823. Octobre 18. No. 12,006.)

Foreign Office Oct. 17. 1823.

Sir! — I am directed by Mr. Secretary Canning to acquaint you, in reference to your application for protection to the trade of His Majesty's subjects with the provinces of Spanish America, that His Majesty's Government have determined to send out forthwith Consular Agents to the several ports and places in those provinces, in which, as they have learned from the best inquiry, British interests are at present most extensively concerned.

I subjoin a list of these ports and places.

I am, Sir, your most obedient humble servant.

JOHN LOWE Esq. etc. etc. JOSEPH PLANTA.

Mexico	Consul general
Vera Crux	Consul
Acapulco	ditto
Santa Fe de Bogota	Consul general
La Guayra	Consul
Maracaybo	ditto
Carthagena	ditto
Panama	ditto
Buenos Ayres	Consul general
ditto	Vice-Consul
Monte Video	Consul
Chile (Valparaiso)	Consul general
ditto	Vice-Consul
ditto	ditto
Peru (Lima)	Consul general
ditto	Vice-Consul
ditto	ditto

84.

Traité d'union, de ligue et de confédération perpetuelle, entre la Colombie et le Méxique, signé à Bogota le 23 Octobre 1823, ratifié par le gouvernement colombien, à l'exception de l'art. X., d'une partie de l'art. XI. et d'une partie de l'art. XIV. le 30 Juin 1824 et publié dans la ville de Méxique, le 20 Septembre 1825. 1823

(*Le Moniteur* 1826. 28 Janv. No. 28. *Le Journal de Francfort* 1826. 31 Janv. No. 31. *New Annual-register* 1824. *Public Papers* pag. 543.)

Le gouvernement de la république de la Colombie, d'une part, et celui du Méxique, de l'autre, désirant sincèrement terminer les maux de la guerre actuelle, dans laquelle ils ont été forcés de s'engager avec le Roi d'Espagne, et ayant résolu d'employer la totalité des forces de terre et de mer qui leur appartient pour la défense de leur liberté, et désirant en outre que cette ligue devienne générale parmi tous les états de l'Amérique Meridionale, afin qu'ils puissent unir leurs ressources pour maintenir leur indépendance commune, ils ont nommé des plénipotentiaires qui ont conclu le traité suivant d'union, de ligue et de confédération:

Art. I. Les républiques de la Colombie et du Méxique s'unissent en ligue et en confédération pour toujours en paix comme en guerre, afin de maintenir autant que les circonstances le permettront, par le moyen de leurs forces de terre et de mer leur indépendance contre la domination de l'Espagne, ou de toute autre nation étrangère; et afin d'assurer, après la reconnoissance de leur indépendance, la bonne in-

1823 telligence et l'harmonie entre leurs propres citoyens et avec les états avec lesquels ils pourroient établir des relations par la suite.

Art. II. Les républiques de la Colombie et du Méxique ont donc conclu réciproquement un traité perpétuel d'alliance et d'amitié constante pour leur défense commune, s'obligeant à s'entre-aider et à repousser mutuellement toute attaque ou invasion qui pourroit menacer d'une manière quelconque la sûreté de leur indépendance et de leur liberté, ou affecter leurs intérêts, ou troubler leur paix, pourvu que dans ce cas une réquisition soit faite à une des républiques par les autorités de l'autre légalement établies.

Art. III. Afin de parvenir au but de l'article précédent, les deux parties contractantes s'engagent à s'entre-aider avec les forces de terre qu'on fixera par des conventions particulières, quand les circonstances l'exigeront.

Art. IV. Les forces de terre et de mer des deux parties contractantes seront employées à remplir les conditions des conventions précédentes.

Art. V. Dans le cas, où par un évènement inattendu, il faudroit fournir des secours avec une grande promptitude, chacune des parties contractantes sera libre d'opérer contre l'ennemi dans les territoires de l'autre, si les deux gouvernemens n'ont point le tems de se concerter entr' eux. Quand les troupes agiront ainsi, elles observeront les lois et les ordonnances de l'état où leurs opérations auront lieu, autant que les circonstances le permettront. Elles obéiront au gouvernement et respecteront ses ordres. Les dépenses faites dans ces occasions seront fixées par des conventions séparées et remboursées une année après la conclusion de la guerre.

Art. VI. Les parties contractantes s'obligent à fournir tous les secours possibles aux bâtimens marchands ou de guerre appartenant à l'une d'elles, qui arriveront dans leurs ports respectifs amenés par les avaries ou par toute autre cause; ces navires pourront faire faire les réparations dont ils auroient besoin, se procurer des vivres, des armes, et augmenter leurs

équipages de manière à pouvoir continuer leurs voyages ou leurs croisières, et cela aux depens de l'état ou des individus auxquels ils appartiendront. 1823

Art. VII. Afin d'éviter les outrages que commettent les corsaires sur le commerce national et sur celui des neutres, les parties contractantes conviennent d'étendre la jurisdiction des cours maritimes de chacune d'elles à leurs corsaires et à leurs prises indifféremment, dans le cas où on ne pourroit pas constater le port d'où ils sont partis, et lorsqu'ils seront soupçonnés d'avoir fait éprouver des avaries au commerce des nations neutres.

Art. VIII. Les parties contractantes se garantissent mutuellement l'intégrité de leurs territoires respectifs, tels qu'ils étoient avant la guerre actuelle; reconnoissant comme partie intégrante de ce territoire ce qui n'étoit point compris dans les vice-royautés du Méxique et de la Nouvelle-Grenade, mais qui en fait maintenant partie intégrante.

Art. IX. Les parties intégrantes du territoire des deux parties seront déterminées et reconnues.

Art. X. Si la tranquillité intérieure venoit malheureusement à être troublée dans le territoire de l'une des deux parties contractantes par des hommes séditieux, ennemis d'un gouvernement légal, les parties contractantes s'engagent à faire cause commune contre eux, jusqu'à ce que l'ordre et l'empire de la loi soient rétablis. Les forces nécessaires seront fournis comme il est stipulé par les articles 2 et 3.

Art. XI. Toutes les personnes qui, après avoir pris les armes contre le gouvernement légal de l'un des deux pays se seroient retirées sur le territoire de l'autre, afin d'echapper aux poursuites de la justice, seront livrées au gouvernement contre lequel l'offense a été commise. Les déserteurs de l'armée et de la marine sont compris dans cet article.

Art. XII. Afin de consolider l'union entre les deux états et d'empêcher l'interruption de leur amitié et de leur bonne intelligence, on formera un congrès auquel chacune des deux parties contractantes enverra deux plénipotentiaires munis des mêmes pouvoirs que

1823 ceux qu'on accorde aux ministres du même rang qu'on envoye auprès des nations étrangères.

Art. XIII. Les deux parties contractantes s'obligent à inviter les autres états de l'Amérique ci-devant colonies éspagnoles, à adhérer à ce traité d'union de ligue et de confédération perpetuelle.

Art. XIV. Aussitôt qu'on sera parvenu à ce but important, on assemblera un congrès général des états de l'Amérique, auquel se rendront les plénipotentiaires de tous ces états. Le but de ce congrès sera d'établir des relations intimes entre tous et chacun de ces états, et de confirmer celles qui existent. Il servira en outre de conseil dans les grandes occasions, de point de réunion dans les dangers communs, d'interprête fidèle des traités publics, en cas qu'il survienne des malentendus et d'arbitre s'il s'élevoit des différends.

Art. XV. L'isthme de Panama étant une partie intégrante de la Colombie et l'endroit le plus favorable pour la réunion d'un congrès, cette république promet de fournir aux plénipotentiaires du congrès toutes les facilités que l'hospitalité demande d'un peuple parent, et qu'exige le caractère sacré des ambassadeurs.

Art. XVI. Le Méxique consent de son coté à faire la même stipulation si jamais les évènemens de la guerre ou le consentement de la majorité des états portoient le congrès à se réunir dans son territoire.

Art. XVII. Ce traité d'union, de ligue et de confédération perpetuelle ne sera pas regardé comme affectant d'une manière quelconque l'exercice de la souveraineté nationale de l'une ou de l'autre des parties contractantes, sous le rapport de ses lois et de la forme de son gouvernement, ou de ses relations extérieures; mais les deux parties contractantes s'engagent positivement à ne pas consentir à une demande quelconque d'indemnité, de tribut, d'impôt qui seroit faite par l'Espagne pour la perte de sa suprématie sur ces contrées, et par toute autre nation en son nom.

Elles s'engagent aussi à ne pas faire avec l'Espagne ou avec une autre nation quelconque, de traité au

préjudice de leur indépendance; mais de maintenir 1823
dans tous les tems leurs intérêts mutuels, avec la dignité et l'énergie qui conviennent à des états libres, indépendans, amis et confédérés.

Art. XVIII. Stipulé pour la ratification du traité précédent.

Fait à Bogota le 23 Oct. 1823.

85.

Traité de paix, de commerce et de navigation entre S. M. le roi de Sardaigne et la Porte Ottomane, signé à Constantinople le 25 Octobre 1823, publié dans le royaume de Sardaigne, le 20 Janvier 1825.

(*Neueste Staatsakten und Urkunden* Band. 1. Heft 1. p. 20.)

Im Namen Gottes. Amen.

Se. Maj. Carl Felix, König von Sardinien, Herzog von Savoyen und Genua u. s. w., Fürst von Piemont u. s. w., und Se. Kaiserl. Majestät der Gröfste der Sultane, und erlauchtester der ottomanischen Herrscher, der mächtigste ottomanische Kaiser, furchtbarer Beherrscher von sehr vielen grofsen Ländern, Sultan Mahmud Chan II, von gleichem Wunsche beseelt, unter sich und Ihren respectiven Staaten und Völkern dauerhafte Friedens- und Freundschaftsverhältnisse zu begründen, wie auch den Unterthanen beider hohen contrahirenden Theile die Vortheile eines auf wechselseitig erspriefslichen Grundlagen und Grundsätzen beruhenden Handelsverkehrs zu sichern, haben es für angemessen befunden, einen feierlichen und definitiven Freundschafts-, Friedens-, Handels- und Schifffahrts-Tractat, nach dem Muster der mit

1823 andern befreundeten Mächten bestehenden Tractate, abzuschliefsen.

Se. Maj. der König von Sardinien haben zu diesem Behufe die Vermittlung ihres Freundes und Bundesgenossen des Königs des vereinigten Königreichs Grofsbritannien und Irland in Anspruch genommen, und daher mit Zustimmung Sr. Grofsbritannischen Majestät zu Ihrem Commissär und Bevollmächtigten ernannt Se. Excellenz den hochgebornen Herrn Percy Clinton Sydney, Lord Viskount und Baron von Strangford, Pair des Königreichs Irland, Grofskreuz des Bathordens, des königlich portugiesischen Ordens vom Thurm und Schwert, und mehrerer anderer hohen Orden; Mitglied des geheimen Raths Sr. Königlich Grofsbritannischen Majestät, und Höchstderen aufserordentlichen Botschafter und bevollmächtigten Minister bei der hohen ottomannischen Pforte; — und

Se. Kaiserliche Majestät der Sultan Mahmud Chan II, haben Ihrerseits zu Ihren Commissären und Bevollmächtigten ernannt II. Excellenzen die HH. Mehmed Arif Bei Efendi, ehemaliger Kadiasker von Rumelien, Mehmed Sadik Reis-Efendi, jetzigen Grofskanzler des Reichs, und Mehmed Seida Efendi, Generalinspector der Artillerie, welche nach erfolgter Auswechselung ihrer respectiven, in gehöriger Form befundenen Vollmachten, und nach reiflich gepflogener Berathung über folgende Artikel übereingekommen sind, und selbe abgeschlossen und unterzeichnet haben:

Art. I. Se. Majestät der König von Sardinien und die hohe ottomannische Pforte schliefsen auf gleiche Weise, wie die hohe Pforte mit andern Mächten durch Verträge verbunden ist, einen Freundschafts-Vertrag in Folge dessen, wie es die Verhältnisse der Freundschaft und des guten Einvernehmens fordern, die Kaufleute, Unterthanen und die Kauffartheischiffe Sr. Sardinischen Majestät in die Staaten des ottomannischen Reichs kommen, ihren Handelsverkehr daselbst mit voller Sicherheit treiben, und alles Schutzes und Beistandes gewärtig sein können. Dagegen können auch die Kaufleute, Unterthanen und Handelsschiffe der hohen Pforte die

Staaten Sr. Königlich Sardinischen Majestät mit der 1823
vollkommensten Sicherheit besuchen, ihren Handelsverkehr daselbst treiben, und alles Schutzes und Beistandes gewärtig sein.

Art. II. Die Unterthanen und Kaufleute beider contrahirenden Theile werden als Zollgebühren für die Ein- und Ausfuhr ihrer Waaren (mit Ausnahme der verbotenen und Kontrebande-Waaren) erlegen, und zwar die sardinischen Kaufleute drei Procent gleich den andern europäischen Handelsleuten, und die ottomannischen Kaufleute eben so viel, und es soll von beiden Seiten nichts über dieses stipulirte Quantum abgefordert werden.

Art. III. Den sardinischen Handelsleuten ist auch, gleich den übrigen Europäern, erlaubt, von den Erzeugnissen der Türkei solche Waaren und Artikel zu nehmen und auszuführen, deren Ausfuhr nicht verboten ist, und deren das Land nicht selbst bedarf.

Art. IV. In den Theilen des ottomannischen Reichs, wo die sardinischen Unterthanen Handel treiben werden, und woselbst die Anwesenheit eines Consuls oder Vizeconsuls zur Besorgung ihrer Angelegenheiten und Interessen offenbar nothwendig sein wird, sollen Consuln und Vizeconsuln aufgestellt werden, welche aus den Unterthanen Sr. Sardinischen Majestät gewählt, und selben die erforderlichen Diplome und Decrete, mit den herkömmlichen Privilegien und Immunitäten, ausgefertigt werden sollen. Auf gleiche Weise steht es der hohen Pforte, wenn sie es für nothwendig erachtet, frei, in Sardinien Schach-Bender oder Consuln und Vizeconsuln aufzustellen, welche als solche auf gebührende Weise ausgezeichnet und denselben die üblichen Privilegien zugestanden werden sollen.

Art. V. Die Schach-Bender und Vizeconsuln, welche in den Seestädten von Sardinien residiren, werden die Consulats-Gebühren von den Waaren der ottomanischen Kaufleute erheben, welche von Handelsschiffen der ottomannischen Pforte daselbst eingeführt und ausgeladen werden, und zwar nach dem festzustellenden Tarif, und die sardinischen Kaufleute werden den Consuln und Vizeconsuln ihrer

1823 Nation die gewöhnlichen Consulats-Gebühren von den Waaren entrichten, welche sie auf sardinischen Schiffen in die Häfen der Türkei einführen und ausladen werden.

Art. VI. Wenn die sardinischen Unterthanen Jerusalem, oder einen andern Ort des ottomannischen Reichs, es sei aus Andacht oder aus blofser Reiselust besuchen wollen, so werden sie zu diesem Behufe mit einem kaiserlichen Ferman versehen werden um frei und ungehindert reisen, und alles Beistandes und Schutzes gewärtig sein zu können.

Art. VII. Wenn ein sardinischer Unterthan in der Türkei mit Tode abgeht, so wird der an dem Orte, wo derselbe verstorben ist, residirende Consul Sr. Sardinischen Majestät sein nachgelassenes Vermögen einstweilen in Besitz nehmen, um es sodann seinen Erben zukommen zu lassen. Wenn sich kein Consul in dem Orte befindet, so wird ein Ortsrichter (Kadi) das Inventarium über den Nachlafs dem nächsten sardinischen Consul übersenden. Dasselbe Verfahren wird auch in Hinsicht der Unterthanen der hohen Pforte, welche in Sardinien mit Tode abgehen dürften, beobachtet werden.

Art. VIII. Diejenigen Streitigkeiten und Prozesse, welche sich unter sardinischen Unterthanen (in der Türkei) erkeben, sollen von den Gesandten und Consuln ihrer Nation untersucht und geschlichtet werden; diejenigen Streitigkeiten und Prozesse aber, welche sich zwischen sardinischen und ottomannischen Unterthanen erheben, sollen nach den türkischen Gesetzen in Gegenwart eines sardinischen Dragomans, entschieden und geschlichtet werden. Jeder solcher Prozefs, dessen Gegenstand über 4000 Aspern beträgt, soll nach Konstantinopel gewiesen, und dort nach den heiligen Gesetzen entschieden werden.

Art. IX. Die sardinischen Unterthanen, welche sich in ottomannische Länder begeben, und sich daselbst ruhig mit ihren Handelsangelegenheiten beschäftigen, sollen, wofern sie sich keiner Vergehungen schuldig machen, auf keinerlei Weise von den türkischen Behörden und Obrigkeiten belastiget wer-

den. Wenn sich aber sardinische Unterthanen Vergehungen zu Schulden kommen lassen, so sollen sie, mit Beiziehung des bevollmächtigten Ministers oder Consuls ihrer Nation, auf die nämliche Art zur verdienten Strafe verurtheilt werden, wie in ähnlichen Fällen, gegen die übrigen Europäer verfahren wird. 1823

Art. X. Wenn sich die Kriegsschiffe beider Mächte begegnen, so werden sie sich wechselseitig die nach dem Seegebrauch üblichen Zeichen der Freundschaft geben; und wenn Kriegsschiffe einer der beiden Mächte Kauffartheischiffen der andern begegnen, so werden solche auf höfliche und freundschaftliche Weise behandelt werden. Die Handelsschiffe beider Theile werden sich bei der Ankunft in die Häfen und auf den Rheden der respectiven Staaten den bestehenden Verordnungen des Landes fügen.

Art. XI. In dem Fall, wenn ein sardinischer Unterthan zu dem Islamismus übertritt, so soll er in Gegenwart des sardinischen Dragomans vernommen werden, und wenn sich ergiebt, dafs er unbestreitbare Schulden hat, so soll die Liquidation derselben nach den heiligen Gesetzen bewerkstelligt werden.

Art. XII. Die Consuln und Vizeconsuln von Sardinien in den ottomannischen Staaten, so wie überhaupt alle sardinischen Unterthanen, welche in Handelsangelegenheiten in die Türkei kommen, werden vom Charadsch, vom Badsch, und von allen andern Abgaben dieser Art befreit sein.

Art. XIII. Es wird stipulirt, dafs die sardinischen Kauffartheischiffe, welche, um Handel zu treiben, nach der Türkei kommen, unter ihrer eigenen Flagge, und nicht unter der einer andern Macht segeln werden; die sardinische Flaggo weder an Fahrzeuge anderer Mächte, noch an Schiffe von Raajas (nicht mahomedanischen Unterthanen der Pforte) gegeben werde; dafs der bevollmächtigte Minister, so wie die Consuln und Vizeconsuln Sr. Sardinischen Majestät keine Patente an Unterthanen der hohen Pforte ausfertigen, noch selbe offen oder insgeheim beschützen sollen, Grundsätze, von denen es nicht erlaubt ist abzuweichen.

1823 Art. XIV. Dem bevollmächtigten Minister, so wie den Consuln Sr. Königl. Sardinischen Majestät, welche bestimmt sind, bei der hohen Pforte und in den ottomannischen Staaten zu residiren, werden alle diejenigen Privilegien, Rechte und Immunitäten zugestanden werden, welche die bestehende Freundschaft gebietet, und deren die Agenten der andern Mächte geniefsen. In Erwiederung dessen, und nach demselben Grundsatz werden den Consuln und Vizeconsuln der hohen Pforte, welche in Sardinien residiren werden, dieselben Privilegien, Rechte und Immunitäten bewilliget.

Art. XV. Nach erfolgter Unterzeichnung und Ratification des gegenwärtigen Freundschafts- und Handels-Tractats von beiden Theilen, soll derselbe auf keinerlei Weise verletzt, sondern pünctlich beobachtet werden. Gegenwärtige Acte wird sowohl von Seiten Sr. Majestät des Königs von Sardinien, als von Seite Sr. Majestät des Kaisers der Osmanen, nach dem bestehenden Gebrauch durch die beiderseitige Unterschrift feierlich bestätigt und ratificirt, und die Ratificationen innerhalb vier Monaten, und wo möglich noch früher, von dem Tage des Abschlusses gegenwärtiger Acte an gerechnet, zu Konstantinopel ausgewechselt werden, von welcher Acte die beiderseitigen Bevollmächtigten zwei gleichlautende Exemplare haben ausfertigen lassen, solche mit ihrer eigenhändigen Unterschrift und mit ihrem Insiegel versehen, und gegenseitig ausgewechselt haben.

So geschehen zu Konstantinopel am 25sten des Monats October im Jahre 1823.

Unterz. Strangford.

"Wir aufserordentlicher Botschafter und bevollmächtigter Minister Sr. Majestät des Königs von Grofsbritannien bei der hohen Pforte, und Bevollmächtigter Sr. Majestät des Königs von Sardinien zum Abschlusse eines Freundschafts- und Handels-Vertrags zwischen Sr. Sardinischen Majestät und der hohen ottomanischen Pforte, bezeugen und erklären jedem, den es angeht, dafs gegenwärtige Abschrift eine echte und genaue Abschrift des unterm 25ten

October des laufenden Jahrs zwischen Sr. Sardinischen Majestät und der hohen ottomannischen Pforte abgeschlossenen Tractats sei, welcher aus einer Einleitung, fünfzehn Artikeln, und einem Schlufssatze besteht, und am besagten Tage von Uns und den ottomanischen bevollmächtigten Ministern unterfertigt, und von uns in zwei gleichlautenden Exemplarien gegenseitig ausgewechselt worden ist. 1823

Urkund dessen u. s. w.

Unterz. STRANGFORD."

(Die Auswechslung der Ratificationen gegenwärtigen Tractats in den respectiven Sprachen ist zu Konstantinopel von den Bevollmächtigten der beiden hohen contrahirenden Mächte am 27sten des Monats April des Jahres 1824, welcher dem Ende des Schaaban des Jahrs der Hedschira 1259 entspricht, auf feierliche Weise vollzogen worden.)

86.

Traité pour l'occupation des places de Barcelonne, Tarragone et Hostalrich par les troupes françoises, conclu à Sarria le 1 Novembre 1823.

(*Le Journal de Francfort* 1823. 25 Nov. No. 328. 329.)

Traité conclu pour l'occupation des places de Barcelonne, Tarragone et Hostalrich, en consequence des bases établies dans la lettre de S. Exc. M. le maréchal duc de Conégliano, commandant en chef, à M. le général Espoz y Mina, en date du 22 Octobre; entre le lieutenant général comte Curial, commandant supérieur du blocus de Barcelonne, le lieutenant général baron Berge, commandant en chef l'artillerie du 4e corps, le maréchal de camp Després, chef de l'état-major général du 4e corps, d'une part; et M.

1823 le maréchal de camp don Antonio Rotten, gouverneur de la place de Barcelonne, les lieutenans colonels don Joseph de la Torre-Trassierra et don Ramon Gali, chargés respectivement des pouvoirs de S. Exc. le lieutenant général don Francisco Espoz y Mina, général en chef du 1er corps d'armée d'opérations, commandant général du septième district militaire, et don Antoine Gironella et don Joseph Elias, habitans de Barcelonne, représentans la dite ville d'autre part.

Art. I. Les troupes de ligne, la milice active et toutes les troupes de terre et de mer soumises à l'ordonnance militaire qui se trouvent sous les ordres du général Mina, sortiront des places de Barcelonne, Tarragone et Hostalrich, et se dirigeront aux cantonnemens qui leur seront assignés d'un commun accord par les généraux en chef des deux armées, dans lesquels cantonnemens, il ne pourra y avoir d'autres troupes que des troupes françoises. Les régimens resteront réunis dans les mêmes cantonnemens, autant qu'il sera possible.

Art. II. Les troupes arrivées dans leurs cantonnemens conserveront leur organisation actuelle, leurs armes, leurs équipages et chevaux, elles recevront la paie et les vivres que leur accorde l'ordonnance; les officiers, sergens et caporaux conserveront leurs emplois et ne pourront être molestés pour leur conduite politique ni pour leurs opinions antérieures. Il sera accordé aux dites troupes les moyens de transport nécessaires qu'on paiera suivant le tarif.

Art. III. Avec les malades et les blessés resteront les employés de santé et les hommes nécessaires, et à mesure de leur guérison, il leur sera donné les escortes et les secours nécessaires pour passer à leur destination.

Art. IV. Si quelques officiers, employés ou autres individus de l'armée désirent demeurer momentanément dans lesdites places pour arranger des affaires d'intérêts ou autres quelconques; ils y sont autorisés: dès qu'ils auront terminé leurs affaires, il leur sera donné des sûretés nécessaires pour passer à leur destination.

Art. V. Les officiers généraux, les officiers retirés de toutes les classes, les officiers isolés, ceux de l'état major, d'artillerie, de génie et de marine, les employés de l'administration militaire qui se trouvent dans lesdites places, conserveront leurs grades et équipages, et obtiendront, relativement à leurs opinions et à leur conduite politiques, toutes les garanties qui sont stipulées dans l'art. 2. pour les officiers de la troupe de ligne. Ils seront autorisés à demeurer dans les lieux où ils se trouvent. 1823

Art. VI. Les employés des douanes, tant d'infanterie que de cavalerie qui se trouvent dans lesdites places, conserveront leur organisation actuelle. Ils seront cantonnés comme les troupes de ligne, et pourront être appelés à remplir les fonctions relatives à leur institution avec les garanties accordées aux troupes de ligne par l'art. 2.

Art. VII. Les chasseurs provinciaux d'infanterie et de cavalerie obtiendront les mêmes garanties. Il leur sera accordé un congé absolu conformément à leur engagement. Les officiers, sergens et caporaux pourront porter leurs marques distinctives; ceux qui rentreront dans l'armée ne pourront porter d'autre marque distinctive que celle du grade qu'ils avoient avant l'époque à laquelle ils ont passé dans les corps de chasseurs provinciaux.

Art. VIII. Les milices locales, tant volontaires que levées en vertu de la loi, les corps des employés déposeront leurs armes dans les parcs d'artillerie, le jour même de l'occupation des places indiquées. Les individus qui composent lesdits corps pourront demeurer dans lesdites places ou se retirer où bon leur semblera, sous les garanties de sûreté personnelle stipulées dans l'art. 2.; les mêmes garanties seront accordées à tout individu quelconque, ayant pris les armes sous quelque denomination que ce soit.

Art. IX. Les miliciens non habitans ni domiciliés dans lesdites places seront libres de rester ou de sortir et de rentrer dans leurs communes respectives; les commandans de place et les justices seront requis de leur donner sûreté et protection.

1823 Art. X. S. Exc. le maréchal duc de Conégliano interposera sa médiation pour faire lever le sequestre apposé à raison des circonstances politiques sur les biens des miliciens et autres individus domiciliés ou refugiés dans les places ci-dessus indiquées.

Art. XI. Les italiens et les allemands qui font partie des corps qui se trouvent dans lesdites places seront traités comme les militaires espagnols. Il sera accordé des passeports à ceux qui les demanderont.

Art. XII. Les employés civils, les personnes qui auront exercé des fonctions publiques sous le système constitutionnel, et tous autres individus ne pourront être poursuivis ni en leur personnes ni en leurs biens pour leur conduite publique, ni pour les opinions qu'ils auront manifestées tant verbalement que par écrit.

Art. XIII. M. le maréchal duc de Conégliano interposera sa médiation pour que les dettes et engagemens contractés par les fonctionnaires et administrations établis en Catalogne par le système constitutionnel soient reconnus, sauf la régularisation des comptes.

Art. XIV. Les réligieux séculiers et réguliers domiciliés ou refugiés dans lesdites places seront libres d'y rester ou de sortir sous les garanties personnelles établies par l'art. 2.

Art. XV. L'armée françoise n'exigera aucune contribution de guerre dans lesdites places.

Art. XVI. Il sera accordé des passeports aux individus de quelque classe que ce soit, qui, pour motifs politiques, voudront sortir d'Espagne. Ils seront transportés soit par terre, soit par mer, aux points qui seront fixés par les autorités françoises, d'un commun accord avec eux, et il leur sera donné les moyens de subsistance pendant le tems nécessaire pour passer à leur destination, mais avec la condition qu'ils devront se présenter aux dites autorités dans les trois premiers jours de l'occupation des dites places. Ils pourront emporter avec eux leurs propriétés mobiliaires, et on leur donnera les moyens nécessaires pour en assurer le transport.

Art. XVII. Les places de Barcelonne, Tarragone et Hostalrich seront occupées par les troupes françoises 48 heures après que la ratification de la présente convention leur sera communiquée. Les dites troupes françoises prendront possession au nom de S. M. Ferdinand VII. Les ports de Barcelonne et de Tarragone seront occupés en même tems que les places par les vaisseaux de la croisière françoise. 1823

Art. XVIII. Les armes de toute qualité, les arsénaux, parcs d'artillerie, tous les magasins militaires et tous les vaisseaux de guerre espagnols qui se trouveront dans les ports de Barcelonne et de Tarragone seront remis sous inventaire aux fonctionnaires françois nommés pour les recevoir.

Art. XIX. Les vaisseaux de quelque nation que ce soit, qui se trouvent dans les ports ci-dessus désignés, ne pourront être détenus ni molestés, sous quelque pretexte que ce soit.

Art. XX. Pour favoriser les intérêts particuliers, les autorités françoises donneront des passeports aux habitans desdites places qui en auront besoin, en attendant que les autorités civiles espagnoles soient installées.

Art. XXI. Les autorités françoises prendront, lors de la prise de possession des dites places, tous les moyens nécessaires pour assurer la tranquillité publique et prévenir toute espèce de désordre.

Art. XXII. La présente convention ne sera valable que lorsqu'elle sera ratifiée par M. le maréchal duc de Conégliano et par S. Exc. le lieutenant général Espoz y Mina. Cette ratification devra avoir lieu demain.

Sarria, 1er Novembre 1823.

Le Comte de Curial, *le Baron* Berge, Desprez, Rotten, Joseph de la Torre-Trassierra, Ramon Gali, Antonio Gironella, Joseph Elias.

Une convention additionnelle conclue à Barcelonne le 2 Novembre 1823 regle plus particulièrement le mode d'occupation de la ville et forteresse de Barcelonne par les troupes françoises.

87.

1823

(*Archives diplomatiques* Vol. 6. p. 134.)

S. M. le Roi du royaume uni de la Grande-Brétagne et d'Irlande, et S. M. l'Empereur d'Autriche, également animés du désir de conclure un arrangement définitif au sujet de l'emprunt autrichien, et d'amortir la totalité de la dette dont l'Autriche est chargée sous cette dénomination, leurs dites Majestés, ont résolu d'en faire l'objet d'une convention, et ont nommé à cet effet des plénipotentiaires savoir:

(Autriche le Prince de Metternich p. t. . . . Grande-Brétagne: l'honor. Robert Gordon p. t.)

lesquels après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs sont convenus des articles suivans:

Art. I. S. M. l'Empereur d'Autriche s'engage à payer la somme de deux millions cinq cent mille livres Sterling, pour acquit de la totalité des créances britanniques envers Sa Majesté impériale sous le titre d'emprunt autrichien.

Art. II. Il est convenu que cette somme de deux millions cinq cent mille livres Sterling sera payée à

87.

Convention entre l'Autriche et la Grande-Brétagne concernant l'acquittement définitif de l'emprunt Autrichien en Angleterre; signée à Vienne le 17 Novembre 1823. 1823

(*The Times* 1824. February 6. No. 12, 103.)

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and his Majesty the Emperor of Austria, being equally desirous of coming to a definitive agreement upon the subject of the Austrian Loan and of cancelling the whole debt with which Austria is burdened under this denomination, their said Majesties have resolved to make this the subject of a convention, and have named their respective plenipotentiaries for drawing up and concluding the same, to wit: — His Britannic Majesty, the Hon. Robert Gordon; and his Majesty the Emperor of Austria, Clement Wenczeslas Lothaire, Prince Metternich-Winnebourg, Prince of Ochsenhausen, Duke of Portella, Knight of the golden Fleece, Grand Crofs of the royal order of St. Stephen of Hungary, of the civil crofs of Honour and of St. John of Jerusalem, Chancellor of the Military Order of Maria Theresa, Grand Crofs of the Guelphic Order, and of several others, Chamberlain, privy councillor of his Imperial Majesty, his Majesty's Minister of state and of conferences, Chancellor of court and state and of the Imperial House etc. etc., who, after having communicated their full powers, have agreed upon the following articles: —

Art. I. His Majesty the Emperor of Austria engages to pay the sum of two millions five hundred thousand pounds sterling, in satisfaction of the whole of the British claims upon his Imperial Majesty, under the head of the Austrian Loan.

Art. II. It is agreed, that this sum of two millions five hundred thousand pounds sterling shall be

1823 la trésoreris britannique, au nom et à l'acquit du gouvernement autrichien, par les maisons Baring, Reid et Irving, et Rothschild, à Londres; les dites maisons ayant été désignées et pleinement autorisées par le gouvernement autrichien pour faire ledit payement, conformément aux conditions convenues et agréés par le gouvernement britannique.

Art. III. Immédiatement après la ratification de la présente convention par leurs Majestés le Roi du royaume uni de la Grande-Brétagne et d'Irlande et l'Empereur d'Autriche, le plénipotentiaire de S. M. britannique délivrera à telles personnes que S. M. impériale aura désignées à cet effet, les obligations originales et la totalité des bons impériaux, qui ont été retenus en la possession du gouvernement de S. M britannique, comme sûretés, depuis l'époque où l'emprunt autrichien fut contracté; et le dit gouvernement restera dès lors responsable de l'acquittement complet du gouvernement autrichien pour toutes les réclamations britanniques qui pourroient être fondées sur ledit emprunt.

Art. IV. Il est expressément entendu, qu'en vertu de la présente convention, toutes les réclamations pécuniaires envers l'Autriche, qui seroient en connexion avec l'emprunt autrichien, aussi bien que toutes les réclamations pécuniaires envers la Grande-Brétagne, de quelque nature qu'elles soient, qui ont existé ou pourroient être censées exister de la part du gouvernement autrichien, sont déclarées éteintes, et sont totalement abolies par les présentes.

Art. V. La présente convention sera ratifiée dans le délai de six semaines, ou plus tôt s'il est possible, et les ratifications seront échangées à Londres.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs y ont apposé leurs signatures et le sceau de leurs armes.

Fait à Vienne le 17 Novembre de l'an de grâce 1823.

R. Gordon.

Metternich.

paid into the British Treasury, in the name and on the behalf of the Austrian government, by the houses of Baring, Reid, and Irving, and Rothschild in London; the said houses having been appointed and fully empowered by the Austrian government to make the above payment, according to such terms as have been agreed to, and are judged satisfactory, by the British government. 1823

Art. III. Immediately after the ratification of the present convention by their Majesties the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the Emperor of Austria, his Britannic Majesty's Plenipotentiary will deliver up to such persons as shall be appointed by his Imperial Majesty to receive them, the original letters of octroi, and the whole of the imperial bonds, which have been held in the possession of his Britannic Majesty's government, as securities, from the time of raising the Austrian loan; and his Britannic Majesty's government will henceforth be responsible for the complete release of the Austrian government from all british claims that could be founded upon the said loan.

Art. IV. It is exprefsly understood that, in virtue of the present convention, all pecuniary claims upon Austria that are connected with the Austrian loan, as well as all pecuniary claims upon Great Britain, of whatsoever description they may be, which have existed, or might be considered to exist, on the part of the imperial government of Austria, are declared to be extinct and are hereby totally abolished.

Art. V. The present convention shall be ratified within the space of six weeks, or sooner if possible, and the instruments of ratification shall be exchanged at London. In faith of which the respective Plenipotentiaries have hereunto affixed their signatures and the seals of their arms.

Done at Vienna, this seventeenth day of November, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-three.

R. Gordon.

Metternich.

88.

1823 *Convention entre le royaume de Wurtemberg et le grand-duché de Baden pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes, publiée le 10 Décembre 1823.*

(*Königl. Würtembergisches Staats- und Regierungs-Blatt* 1823. 22ten Dec. No. 66.)

Zwischen der Krone Würtemberg und dem Grofsherzogthum Baden ist, zu Abwendung der in den beiderseitigen Gränz-Waldungen häufig eintretenden Verwüstungen, eine besondere Übereinkunft wegen Bestrafung derjenigen, welche in diesen Waldungen Frevel begehen, getroffen worden; welche Übereinkunft wörtlich folgende Bestimmungen enthält:

§. 1. Jeder der beiden Staaten läfst Übertretungen der Forst-Gesetze (Forstfrevel), welche durch seine Staats-Angehörigen in dem Gebiete des andern begangen sind, nach den eigenen Gesetzen aburtheilen, als wäre den letzteren in den eigenen Waldungen von den eigenen Angehörigen zuwider gehandelt worden.

§. 2. Die auf eigener sinnlicher Wahrnehmung beruhende Angabe eines verpflichteten Forst-Officianten aus dem einen Staate bewirkt gegen den — dem andern Staate angehörigen Forstfrevler einen vollen Beweis und hat dessen Verurtheilung zur Folge, wenn der Angeschuldigte den Beweis nicht durch Gegenbeweis zu entkräften vermag.

§. 3. Das Forst-Personal ist berechtigt, den 1823
Frevler auf dem Gebiete, wo er gefrevelt, zu verhaften, und ihn an die Behörde seines Wohnorts abzuliefern: welche Ablieferung sogleich nach Erhebung der erforderlichen Notizen von den persönlichen Verhältnissen des Verhafteten zu bewerkstelligen ist.

§. 4. Gegenseitig wird zur Entdeckung Hülfe geleistet, und es werden Haussuchungen auf der Stelle von den Orts-Behörden gestattet, jedoch in Gegenwart der letzteren, welche das Entdeckte verwahren lassen, ohne für ihre Mitwirkung eine Belohnung zu empfangen.

§. 5. Wenn der Forst-Excefs dergestalt durch Erkenntnifs erledigt ist, dafs die Strafe vollstreckt werden kann, so hat die Untersuchungs-Behörde eine beglaubigte Abschrift der zu Protokoll genommenen Verhandlung und des zu vollstreckenden Erkenntnisses dem Angeber zuzustellen und gleiche Abschriften seiner vorgesetzten Behörde zuzusenden, beides bei einer Strafe von einem bis fünf Gulden.

§. 6. Die Untersuchung und Bestrafung wird möglichst beschleunigt, und namentlich veranlafst die untersuchende Behörde auch die Vollstreckung des Erkenntnisses.

§. 7. Über den Schadens-Ersatz wird von den Behörden des Staats, wo die Übertretung abgeurtheilt wird, und zwar in der Regel sogleich bei der Aussprechung der Strafe erkannt.

Die Behörde, welche den Forstfrevel rügt, erkennt auch über die Anzeige-Gebühr, deren Statthaftigkeit und Betrag nach den Gesetzen und Verordnungen des Staats festgesetzt werden, von dessen Behörde der Forstfrevel abgeurtheilt wird. Erkannte Geld- und Arbeits-Strafen werden zum Vortheil jenes Staats vollzogen, dessen Behörden sie verhängt haben.

1823 §. 8. Die Übereinkunft tritt von dem 15ten December 1823 an für beide Staaten in Kraft.

Nachdem Se. Königliche Majestät dieser Übereinkunft die Allerhöchste Genehmigung ertheilt haben; so wird der Inhalt derselben andurch auf Allerhöchsten Befehl zur Nachachtung, öffentlich bekannt gemacht.

Stuttgart den 10ten December 1823.

Für den Minister:

MAUCLER.

LIBRARY
APR 22 1976
UNIVERSITY OF TORONTO

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

JX
142
N67
t.6
pt.1